



# Landtag von Baden-Württemberg

37. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 22. Januar 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Schluss: 18:29 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	2355	3. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/471	
Begrüßung des Generalkonsuls der Republik Polen, Waclaw Oleksy . . . . .	2422	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/472	
1. Aktuelle Debatte – <b>Die so genannte „Offensive für den Mittelstand“ der Bundesregierung – Erwartungen und Enttäuschungen der mittelständischen Betriebe und deren Beschäftigten in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	2355	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1639 . . . . .	2389
Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	2355	Abg. Schneider CDU . . . . .	2390
Abg. Schmiedel SPD . . . . .	2357, 2369	Abg. Stickelberger SPD . . . . .	2391
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	2360	Abg. Dr. Glück FDP/DVP . . . . .	2392
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	2362, 2371	Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	2392
Minister Dr. Döring . . . . .	2364	Minister Dr. Schäuble . . . . .	2393
Abg. Kurz CDU . . . . .	2367	Beschluss . . . . .	2394
Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	2370	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung</b> – Drucksache 13/1245	
2. Aktuelle Debatte – <b>Notwendigkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	2372	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1640 . . . . .	2394
Abg. Drexler SPD . . . . .	2372, 2385	Abg. Heinz CDU . . . . .	2394
Abg. Heinz CDU . . . . .	2374, 2387	Abg. Stickelberger SPD . . . . .	2395
Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	2378, 2388	Abg. Dr. Glück FDP/DVP . . . . .	2396
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	2380, 2388	Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	2397
Minister Dr. Schäuble . . . . .	2382, 2389	Minister Dr. Schäuble . . . . .	2398
		Beschluss . . . . .	2398

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Einführung des Amtes einer oder eines Landesbeauftragten für den Tierschutz</b> – Drucksache 13/1270	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – <b>Luftverkehrskonzeption für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/1505 . . . . .	2410
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 13/1677 . . . . .	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	2410, 2432
Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .	Abg. Dr. Caroli SPD . . . . .	2412
Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	Abg. Scheuermann CDU . . . . .	2415
Abg. Dr. Glück FDP/DVP . . . . .	Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	2418, 2430
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	Minister Müller . . . . .	2422
Minister Stächele . . . . .	Abg. Göschel SPD . . . . .	2428
Beschluss . . . . .	Abg. Hauk CDU . . . . .	2430
	Beschluss . . . . .	2434
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose</b> – Drucksache 13/1620 . . . . .	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2002 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein</b> – Drucksachen 13/1449, 13/1565 . . . . .	2403
Beschluss . . . . .	Abg. Schebesta CDU . . . . .	2434
	Abg. Kaufmann SPD . . . . .	2435
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung heilberufrechtlicher Vorschriften</b> – Drucksache 13/1621 . . . . .	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	2436
Beschluss . . . . .	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	2436
	Minister Müller . . . . .	2437
	Beschluss . . . . .	2439
8. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – <b>Therapieplätze für Sexualstraftäter</b> – Drucksache 13/888 . . . . .	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. September 2002 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Stellungnahme zu dem Gesamtkatalog der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“</b> – Drucksachen 13/1329, 13/1633 . . . . .	2403
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	Beschluss . . . . .	2439
Abg. Alfred Haas CDU . . . . .		
Abg. Sakellariou SPD . . . . .		
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .		
Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck . . . . .		
	Nächste Sitzung . . . . .	2439
9. a) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/545		

## Protokoll

über die 37. Sitzung vom 22. Januar 2003

Beginn: 10:01 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 37. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Pauli erteilt.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Weckenmann.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel, Frau Ministerin Dr. Schavan und Herr Minister Köberle.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die so genannte „Offensive für den Mittelstand“ der Bundesregierung – Erwartungen und Enttäuschungen der mittelständischen Betriebe und deren Beschäftigten in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU**

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt, die in zwei Runden verbraucht werden soll.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die so genannte ‚Offensive für den Mittelstand‘ der Bundesregierung – Erwartungen und Enttäuschungen der mittelständischen Betriebe und deren Beschäftigten in Baden-Württemberg“ ist für die CDU-Fraktion ein hochaktuelles Thema. Wir alle wissen, dass die Situation im Mittelstand existenzbedrohlich ist. Der Mittelstand hat die höchste Abgaben- und Steuerlast zu tragen. Die derzeitige Bundesregierung lässt den Mittelstand, Selbstständige und Freiberufler im Stich und hat kein Konzept, wie aus dieser Misere herauszukommen ist.

Wir erwarten im Februar die ersten Demonstrationen des Mittelstands. Der Mittelstand ist nicht mehr bereit, diese Politik der rot-grünen Bundesregierung hinzunehmen. Deshalb werden wir, die CDU-FDP/DVP-Koalition einschließlich der Landesregierung, seitens des Landes alles tun, um unseren Beitrag dazu zu leisten, dass der Mittelstand am Standort Baden-Württemberg auch in den nächsten Jahren eine Chance hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es gibt eine Reihe von herben Enttäuschungen für den Mittelstand. Ich möchte beispielhaft das Scheinselbstständigkeitsgesetz nennen und das 325-€-Gesetz, das Sie 1998 geändert haben. Mittlerweile haben Sie diese Änderungen teilweise wieder zurückgenommen. Dadurch ist eine erhebliche Verunsicherung und wirtschaftliche Belastung für den Mittelstand eingetreten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und Schaden!)

Schauen Sie sich einmal die Zahl der Unternehmensinsolvenzen an: Allein im Jahr 2002 gab es bundesweit über 40 000 Insolvenzen. Das waren ein Drittel mehr als im Vorjahr. In Baden-Württemberg waren es 18 % mehr als im Vorjahr. Davon sind allein in Baden-Württemberg rund 25 000 Arbeitsplätze betroffen und stehen auf dem Spiel.

(Abg. Capezzuto SPD: Wer regiert in Baden-Württemberg? – Gegenruf des Abg. Döpper CDU)

Während Rot-Grün bei spektakulären Rettungsaktionen wie Holzmann und Mobilcom die Millionen nur so über den Tisch schiebt, wartet der Mittelständler, der Handwerksbetrieb, wenn er in einer dramatischen, wirtschaftlich schwierigen Situation ist, vergeblich auf den einschwebenden Kanzler.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Jetzt versuchen Sie mit einer Initiative „pro mittelstand“, einige Beruhigungspillen in den Mittelstand hineinzuteilen.

(Abg. Döpper CDU: Valium!)

Die Initiative „pro mittelstand“ ist viel heiße Luft,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Von da vorn!)

nicht ungeschickt verpackt, aber im Ergebnis ohne Substanz und Perspektive für Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand des Landes.

(Beifall des Abg. Döpper CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die rot-grüne Regierung in Berlin arbeitet mit viel versprechenden Worthülsen: Job-Center, Minijob, Ich-AG, Small-Business-Act.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr gut!)

(Dr. Birk)

Das alles sind Mogelpackungen, die nichts zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und des Standorts Baden-Württemberg beitragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte einige Beispiele der Clement-Initiative herausnehmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Minister Clement!)

Die Minimalbesteuerung für Existenzgründer und Kleinstbetriebe: Existenzgründer und Kleinstbetriebe mit einem Umsatz von bis zu 17 500 € sollen die Hälfte ihrer Einnahmen pauschal als Betriebsausgabe absetzen können. Das klingt ja zunächst einmal sehr verlockend und interessant. Aber wenn man einmal dahinter schaut, was im Ergebnis herauskommt, stellt man fest: Weniger als 10 % der Kleinunternehmen im Land werden von dieser Regelung profitieren. Selbst die rot-grüne Bundesregierung geht davon aus, dass es für den Mittelstand, für das Handwerk, für den Kleinunternehmer nur zu einem Entlastungsvolumen von 50 Millionen bis 60 Millionen € kommt. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass die derzeitige rot-grüne Bundesregierung Zusatzbelastungen von 6 Milliarden € durch Steuererhöhungen und 9 Milliarden € durch zusätzliche Sozialabgaben zumutet. Das kann nicht die Mittelstandspolitik sein, die in dieser Situation erwünscht ist. Unser Mittelstand leidet darunter, dass er zu wenig Eigenkapital hat, dass die Rahmenbedingungen im Steuerrecht und in der Sozialgesetzgebung nicht mehr stimmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Ist daran die Bundesregierung schuld, oder was? So ein Blödsinn!)

Arbeiten Sie lieber daran, Strukturreformen zu entwickeln, die zu einer wesentlichen Entlastung des Mittelstands führen, damit es in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg auch weiterhin Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Mittelstand gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Beispiel: Masterplan Bürokratieabbau. Auch das hört sich toll an. Es ist immer schön, so etwas ins Schaufenster der rot-grünen Bundesregierung in Berlin zu stellen. Wir im Land sind seit einigen Jahren beim Thema Bürokratieabbau, Bürokratiekostenabbau auf dem Weg.

(Lachen bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

– Ich verstehe Ihre Erregung nicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Im Rückwärtsgang!)

Getroffene Hunde bellen laut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Rückwärtsgang!)

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht auch zu Ihnen ein Mittelständler in die Wahlkreissprechstunde kommt, um Sie auf diese Missstände aufmerksam zu machen.

(Abg. Capezzuto SPD: Oh!)

Eigentlich hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie gegenüber diesem Anliegen aufgeschlossen sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Haben Sie die falsche Rede?)

Ich betone nochmals: Im Land sind wir dabei, Bürokratie abzubauen. Eine neue Arbeitsgruppe der Landesregierung ist eingerichtet, um hier noch Zusätzliches zu bewirken. Rot-Grün dagegen hat im Bereich Bürokratie eher noch zusätzlich etwas aufgebaut. Liebe Frau Haußmann, gerade bei den 325-€-Jobs oder beim Thema Scheinselbstständigkeit haben Sie so große bürokratische Hürden aufgebaut, dass in diesem Bereich in erheblichem Umfang Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Sie haben die Eigeninitiative abgewürgt. Sie haben mit dem Scheinselbstständigkeitsgesetz junge Existenzgründer in den Ruin getrieben. Deshalb verstehe ich nicht, dass Sie sich in dieser Sache auf diese Art und Weise hier im Parlament aufführen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nicht so aufgeregt, Herr Kollege!)

– Ich erinnere, Herr Kollege Oelmayer, auch noch an ein paar weitere Unbequemlichkeiten, die wir Rot-Grün zu verdanken haben.

Erstens: Anfang dieses Jahres kam die fünfte Stufe der Ökosteuer. Da hieß es einmal ganz groß von einem Bundesarbeitsminister: Wir machen eine Rentenreform und werden die Rentenversicherungsbeiträge stabilisieren. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Rentenversicherungsbeitrag steigt auf ungeahnte Größen, auf deutlich über 20 %, und zusätzlich belasten Sie jeden Bürger noch an der Tankstelle mit der Ökosteuer für den Rentenbeitrag. So sieht kein Zukunftsreformkonzept für die Sicherung der Sozialversicherungssysteme aus.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben ein sehr kurzes Gedächtnis!)

Ich erinnere an die Mehrwertsteuererhöhung für einzelne Produkte und Dienstleistungen des Handwerks: im Zug der Gesundheitsreform bei den Zahntechnikern, bei den Floristen, bei den Grünberufen, wo Sie vom halben auf den vollen Mehrwertsteuersatz hinaufgehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie nicht mitgekriegt, was in der Politik wirklich läuft?)

Das wird dort natürlich zu entsprechenden Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzverlusten führen.

Ich erinnere an die geplante Erhöhung der Dienstwagen- und Firmenwagenbesteuerung, die massiv das Kfz-Handwerk, die Autohersteller, die Zuliefererbetriebe in Baden-Württemberg negativ treffen wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Mitarbeiter! – Oh-Rufe von der SPD)

(Dr. Birk)

Deshalb müssen wir, denke ich, als CDU-Landesregierung im Bundesrat einiges von den Opfern und Zumutungen, die von Ihnen in Berlin beschlossen wurden, korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

Weiter hat Clement eine Lockerung des Kündigungsschutzes vorgeschlagen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zitiere ich wörtlich aus der „Financial Times Deutschland“:

*Der . . . Kündigungsschutz in Betrieben bis zu fünf Mitarbeitern führt dazu, dass diese Kleinstunternehmen nicht mehr Leute einstellen als fünf. Also muss ich doch darüber nachdenken, ob und, wenn ja, wie ich diese harte Grenze abschleife.*

Recht hat der Mann. Clement hat Recht, wenn er an den Kündigungsschutz herangeht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir wollen den Kündigungsschutz nicht opfern, aber wir wollen ihn dort lockern, wo dies sinnvoll ist zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, nämlich im Mittelstand, im Bereich der Selbstständigen, im Bereich der Freiberufler.

(Abg. Nagel SPD: Machen Sie mal!)

Clement befindet sich aber im Würgegriff der Gewerkschaften.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Capezzuto SPD: Quatsch!)

Kaum hat er sich so geäußert, schon sind die Gewerkschaften auf den Plan gekommen. Man muss ja mittlerweile wirklich ernsthaft die Frage stellen, inwieweit die SPD eine eigenständige Wirtschaftspolitik betreiben kann oder diese vonseiten der Gewerkschaften vorformuliert und entsprechend durchgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: So ist es! Genau so ist es! – Abg. Bebbler SPD: Das ist aber lieb, dass Sie sich Sorgen machen! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Noch zu einem anderen Thema des Clement-Plans, der Überprüfung der Handwerksordnung. Wir haben nichts dagegen, dass die Handwerksordnung gelockert wird, um Existenzgründern den Weg in die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Wir wollen aber keinen Angriff auf den Großen Befähigungsnachweis, auf die Meisterprüfung, weil wir eben wissen, dass gerade in einem Handwerksland wie Baden-Württemberg Dienstleistung und Qualität eng zusammenhängen

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

und dass wir die Existenzgrundlagen für das Handwerk, für die Dienstleistungen in Baden-Württemberg weiterhin sichern müssen. Deshalb kann man Sie nur dazu auffordern, nicht über die Köpfe der Handwerkskammern hinweg an ei-

ner Stellschraube zu drehen, die sehr gefährlich werden könnte für alle Selbstständigen, für alle Freiberufler, für alle Handwerker in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich

(Abg. Capezzuto SPD: Zum Ende kommen! – Abg. Teßmer SPD: Hör besser auf!)

abschließend noch deutlich machen, dass wir im Land im Bereich Mittelstandsförderung auf dem richtigen Weg sind.

Erstens: Wir haben entsprechende Förderprogramme für den Mittelstand, die greifen.

Zweitens: Gerade auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung ermöglichen wir Mittelständlern durch Technologie- und Kooperationsbörsen den Weg ins Ausland. Durch die Clement-Initiative soll jetzt zum ersten Mal von der Bundesseite her das kommen, was wir in Baden-Württemberg schon seit vielen Jahren erfolgreich machen. Clement kann in vielen Bereichen vom Land Baden-Württemberg lernen. Tun Sie es auch, dann kommen Sie zu anderen Schlüssen als mit Ihren schlechten Konzepten für die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das war dürrtig!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaft in der Bundesrepublik und ganz besonders die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist geprägt einerseits durch große Unternehmen, namhafte Weltunternehmen, und andererseits durch einen in der Regel sehr starken und leistungsfähigen Mittelstand. Durch das Zusammenwirken beider ist die Bundesrepublik zu der Wirtschaftskraft gekommen, die wir haben. Deshalb ist es schon bemerkenswert, dass Sie unentwegt den Gegensatz „Hier die Großen und da die Kleinen“ an die Wand malen und behaupten, wenn es den Großen gut gehe, ginge es indirekt den Kleinen schlecht. Das Gegenteil ist der Fall: Beide sind aufeinander angewiesen. Deshalb sollten wir keine künstlichen Gegensätze konstruieren, wo es diese nicht gibt.

(Beifall bei der SPD)

Klar war natürlich, dass am Ende der Regierungszeit Kohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland,

(Lachen des Abg. Fleischer CDU – Abg. Fleischer CDU: Jetzt bin ich einmal gespannt!)

die sich natürlich auch darin ausdrückt, wie viele Direktinvestitionen hier getätigt werden, stark beschädigt war. Das musste in Ordnung gebracht werden. Das ist in der Regierungszeit Schröder mit großem Erfolg geschehen.

(Schmiedel)

(Abg. Fleischer CDU: Das ist doch heute viel schlechter! Die Direktinvestitionen sind weit schlechter!)

Während der Regierungszeit Schröder haben sich die Direktinvestitionen bis heute verzehnfacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das glauben auch nur Sie! Das ist ein Ammenmärchen! – Abg. Seimetz CDU: Das glaubt nur Herr Schmiedel!)

Wenn jetzt das Weltwirtschaftsforum in Washington feststellt, dass wir zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten auf der Welt gehören, dann ist das auch ein Ergebnis einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Jetzt versuchen Sie, permanent an die Wand zu malen, wie schlecht es dem Mittelstand gehe, und zwar aufgrund einer Steuerpolitik, die die kleinen Mittelstandsunternehmen vernachlässigen würde.

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch Tatsache!)

Jetzt haben wir wieder einmal einen Beweis, einen unabhängigen Zeugen, nämlich die OECD, die festgestellt hat: Die Steuerquote der Bundesrepublik Deutschland ist die niedrigste in Europa.

(Abg. Blenke CDU: Waren Sie schon mal da? – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Schmiedel, glauben Sie an den Weihnachtsmann? – Abg. Fleischer CDU: Wie sieht das dann mit den Nebenkosten aus? – Abg. Fischer SPD: Das stand gestern in der Zeitung!)

Wir liegen nicht im Mittelfeld, wir liegen nicht am Ende, sondern unsere Steuerquote ist die niedrigste. Also können wir doch davon ausgehen, dass auch der Mittelstand davon profitiert.

Jetzt reden Sie immer davon, dass wir für die Körperschaften sehr viel getan haben. Dabei reden Sie immer nur von Daimler, von Porsche, von Bosch und von anderen Weltkonzernen. Sie vergessen jedoch, dass natürlich eine ganz große Zahl von Körperschaften GmbHs sind. Es sind kleinere und mittlere Unternehmen, die alle von einem Körperschaftsteuersatz von 25 % profitieren. Nur wegen der Flut wurde dieser Satz kurzfristig erhöht.

Für die anderen, die Personenunternehmen, haben wir natürlich auch etwas getan: Wir haben den Spitzensteuersatz gesenkt, den Eingangssteuersatz gesenkt

(Abg. Dr. Birk CDU: Verschiebung der Steuerreform!)

und etwas verwirklicht, was das Handwerk und der Mittelstand bei Ihnen über Jahre hinweg zu erreichen versucht hat: dass die Gewerbesteuer faktisch angerechnet wird. Das haben Sie nie zugelassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Eigentlich müsste ja dann die Wirtschaft boomen! Warum boomt sie nicht? Warum wächst dann die Wirtschaft nicht?)

Die rot-grüne Koalition in Berlin hat dies durchgesetzt und damit den Mittelstand faktisch von der Zusatzbelastung der Gewerbesteuer befreit.

(Beifall bei der SPD)

Es ist also in der Vergangenheit schon einiges auf den Weg gebracht und verwirklicht worden.

(Abg. Fleischer CDU: Ja, Mist! – Abg. Seimetz CDU: Warum läuft es nicht?)

Ich verstehe nicht, weshalb Sie die auf den Weg gebrachten Maßnahmen so klein reden,

(Abg. Fleischer CDU: Weil sie nichts taugen!)

obwohl Ihre Länder zum Teil mitmachen.

Nehmen wir doch einmal das Beispiel Leiharbeit. Zu Ihrer Regierungszeit war die Leiharbeit stigmatisiert. Zu Ihrer Regierungszeit war Leiharbeit in anderen Ländern bereits gang und gäbe. In entwickelten Ländern war es gang und gäbe, dass man Auftragsschwankungen zum Beispiel auch durch Leiharbeit auffangen kann. Das war in Deutschland überhaupt nicht üblich.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Schmiedel SPD:** Gerne, aber diesen Gedankengang will ich noch zu Ende bringen.

(Abg. Blenke CDU: Ein Gedankengang war das eben?)

Zu Ihrer Regierungszeit wurde überhaupt nicht richtig erkannt, welche Chancen Leiharbeit auch für diejenigen bietet, die nicht direkt eine feste Anstellung bekommen, aber über die Leiharbeit die Möglichkeit haben, in den Betrieb hineinzukommen, sich zu bewähren und dann eine feste Anstellung zu bekommen.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist aber kein Gedankengang, was Sie gerade bringen! – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege, Sie gehören auch mal ausgeliehen!)

Leiharbeit wird künftig einen sehr viel höheren Stellenwert bekommen, und das ist doch eine positive Entwicklung.

Sie mokieren sich, dass jetzt im Bereich der Minijobs ein großer Schritt nach vorne passiert: 400 €. Sie sagen, das sei nichts. Natürlich ist das viel!

(Abg. Fleischer CDU: Das ist doch kein Gedankengang, was Sie vortragen! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Sie wissen doch gar nicht, was das ist, Herr Fleischer! Sie reden von etwas, von dem Sie nichts verstehen! Gedankengang! Was ist denn das?)

(Schmiedel)

Der Grundsatz, dass einer neben seinem Hauptjob einen so genannten Minijob ausüben kann, ist eine wichtige Maßnahme zugunsten des Mittelstands.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auf einmal!)

Nehmen wir das Beispiel EDV. Auch kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen, eine leistungsfähige EDV zu haben.

(Abg. Fleischer CDU: Toller Gedanke! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das sagen wir die ganze Zeit!)

Deshalb brauchen Sie dafür einen Fachmann oder eine Fachfrau. Aber Sie brauchen keine ganze Stelle und auch keine Teilzeitstelle. Sie brauchen stundenweise eine Fachfrau, und eine solche Beschäftigung ist jetzt möglich.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt lassen Sie mal Herrn Hofer fragen! – Zuruf von der CDU: Es ist schön, dass Sie das auch einsehen! Es hat aber lange gedauert!)

Was haben Sie eigentlich dagegen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nachdem man es vorher abgeschafft hat!)

Was haben Sie eigentlich dagegen, wenn man Kleinstunternehmen und Existenzgründer so entlastet, dass man sagt: Die Hälfte eurer Umsätze werden pauschal als Ausgaben anerkannt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Was haben Sie eigentlich dagegen? Das versteht niemand.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Schmiedel – –

**Abg. Schmiedel** SPD: Natürlich soll der Betrag auf 25 000 € erhöht werden. Und wenn es sich bewährt, warum soll er dann nicht noch einmal erhöht werden? Was haben Sie denn dagegen? Das ist doch eine mordsmäßige Entlastung von bürokratischer Arbeit. Der Mensch kann sich auf seine Arbeit konzentrieren. Er kann schauen, dass das Geschäft läuft und die Umsätze steigen. Applaudieren Sie doch an dieser Stelle, und meckern Sie nicht herum.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Ein toller Gedankengang! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abgeordneter – –

**Abg. Schmiedel** SPD: Bitte schön.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ich möchte etwas zu dem Stichwort „Auf den Weg bringen“ fragen.

Erstens: Teilen Sie die Ansicht des Sprechers der Bundesregierung, dass man bei dem Vorstoß des Wirtschaftsministers Clement in Sachen Kündigungsschutz zwischen einem Denkanstoß und einer Initiative sehr genau unterscheiden muss?

Zweitens: Sind Sie mit mir der Ansicht, dass diese strikte Trennung zwischen Denken auf der einen und Initiative auf der anderen Seite sehr zu der Konfusion beigetragen hat?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Blenke CDU: Ganz einfache Antwort: „Ja“!)

**Abg. Schmiedel** SPD: Es würde sich lohnen, wenn Sie über das, was Sie heute diskutieren, auch wirklich einmal etwas lesen würden:

(Abg. Capezzuto SPD: Die kennen bloß die Überschrift!)

„Offensive für den Mittelstand“, verfasst in der Wiesbadener Erklärung. In dieser Wiesbadener Erklärung ist deutlich ausgeführt, dass eine erfolgreiche Politik für den Mittelstand natürlich die Bundesregierung braucht, aber genauso die Gewerkschaften, genauso die Arbeitgeber, genauso die Verbände und übrigens auch die Länder. Woher kommt denn die ganze Bürokratie?

(Zuruf von der CDU: Vom Bund! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Woher denn?)

Da sitzt er, der Minister. Jetzt reden wir doch einmal beispielhaft. Wir alle wissen, dass es für Erweiterungsinvestitionen gerade im Handwerk, im Mittelstand ein großes Hemmnis gibt, nämlich die Vorschrift, diese Erweiterung auf jeden Fall behindertengerecht zu gestalten, zum Beispiel einen Aufzug einzubauen, wenn jemand auf sein Dach baut und er dort Maschinen hinstellt, an denen nie und nimmer ein Behinderter beschäftigt wird. Wir wissen das. Wir wissen das schon seit der letzten Wahlperiode. Wir als Opposition haben signalisiert: Lasst uns dies ändern!

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind auf dem Glatteis! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Lasst uns aber gemeinsam darüber nachdenken – das ist ein sensibler Bereich –, wie wir da eine notwendige Öffnung schaffen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

Herr Kollege Witzel hat eine entsprechende Anfrage gestellt. Zwei Jahre ist das her.

(Abg. Fleischer CDU: Was sagen denn Ihre Sozialpolitiker?)

Wo bleibt die Änderung? Wo bleibt die Erleichterung für solche Investitionen? Was hören wir vom Wirtschaftsminister? „Wir sind noch in Abstimmungsgesprächen mit dem Sozialministerium.“

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses! – Abg. Fleischer CDU: Was sagt denn der AK VII dazu?)

Sie sind noch in Abstimmung! Warum machen Sie denn nicht Ihren Job? Warum reklamieren Sie immer bei anderen, sie sollten etwas tun, und machen nicht selber endlich das, was in Baden-Württemberg notwendig ist?

(Schmiedel)

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Sie sind sich doch in Ihrer eigenen Fraktion nicht einig!)

Wir haben im Bereich des Handels entbürokratisiert und neue Regelungen auf den Weg gebracht, die dem Handel das Geschäft erleichtern. Das Rabattgesetz – über Jahrzehnte hat es die Bundesrepublik begleitet – ist abgeschafft. Jetzt kommen andere Dinge dran: mündiger Verbraucher, fairer Wettbewerb.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ladenschluss!)

Warum gehen Sie eigentlich nicht die Regelungen an, die Sie angehen könnten? Neulich hat ein Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse dem Kollegen Capezzuto und mir ein Beispiel geschildert: Eine Existenzgründerin will ein Ladenlokal eröffnen, 60 Quadratmeter. Was verlangt die Regierung?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Landesregierung!)

Eine Toilette für die weiblichen Besucher, eine Toilette für die männlichen Besucher, eine Toilette

(Abg. Pfister FDP/DVP: Für wen noch?)

für die Bediensteten und, wenn sie Männlein und Weiblein beschäftigt, auch noch eine Toilette für die männlichen Bediensteten und eine Toilette für die weiblichen Bediensteten.

(Abg. Fleischer CDU: Sind das jetzt Latrinengespräche?)

Das ist mehr eine Toilettenanlage als ein Ladenlokal.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das sind Latrinenäußerungen von Ihnen!)

Handeln Sie doch endlich da, wo Sie handeln können!

Und nun zu Baden-Württemberg, weil Herr Birk diese Geschichte so lobt. Wo sind wir denn? Lesen Sie keine Statistiken? Wir waren einmal Spitze im Bereich der Existenzgründer. Wir sind abgefallen,

(Abg. Dr. Birk CDU: „Dank“ Rot-Grün!)

nicht ins Mittelfeld, sondern nach hinten. Wo sitzt denn aktuell die Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik? Vortzter Platz für das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Birk CDU: „Dank“ Rot-Grün!)

Lassen Sie uns also darüber reden. Wir müssen gemeinsam etwas tun.

Ich will Sie zum Schluss auch einmal loben, damit nicht der Eindruck entsteht, hier würde nur Murks gemacht. So ist es natürlich auch nicht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist ein schwaches Lob!)

In der Wiesbadener Erklärung wird zu Recht ausgeführt, dass die Finanzierung des Mittelstands ein ganz wesentlicher Handlungsaspekt ist.

(Abg. Fleischer CDU: Wenn Sie jetzt noch Herrn Hofer antworten!)

Durch den Einsatz der Bundesregierung und durch ein Machtwort des Bundeskanzlers ist es gelungen, das, was mit Basel II gedroht hat – unseren Mittelstand bei der Kreditfinanzierung zu belasten –, zu entschärfen. Da haben Sie gute Arbeit geleistet. Sie haben das durch einen Antrag im Bundesrat positiv begleitet und dadurch das Signal ausgesandt: „Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihrem Einsatz für eine Überarbeitung von Basel II.“ Das war gut. Sie sollten das auch in anderen Bereichen tun. Dann erreichen wir gemeinsam mehr für den Mittelstand.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Herr Birk, das war etwas anderes!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die so genannte Offensive der Bundesregierung für den Mittelstand ist heute unser Thema. Aber es lässt sich leider wenig Positives über die Vorschläge sagen, da sie wenig Substanz für den Mittelstand in sich haben. Ich frage mich, und ich frage Rot-Grün: Worin liegt die Konsequenz einer Politik, die den mittelständischen Betrieben mit Betriebsverfassungsgesetz, Abschaffung der 630-DM-Jobs, Scheinselbstständigkeitsgesetz das Leben schwer gemacht hat und sie jetzt auf einmal doch am Leben erhalten will?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und sie feiert!)

– Und sich feiern lassen will. In Wortschöpfungen allerdings ist unsere Bundesregierung außerordentlich gut. Ich erinnere daran, dass die „Ich-AG“ gestern zum Unwort des Jahres gekürt wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP!)

Ich erwähne ferner „Job-Floater“ und jetzt „Small-Business-Act“.

(Abg. Capezzuto SPD: Was ist das?)

Dazu muss ich sagen: Das ist eine Wortschöpfung Ihrer Regierung. Da geht es um die Minimalbesteuerung. Herr Schmiedel hat das hervorgehoben. Einerseits war es natürlich gut, in dieses Thema einzusteigen.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann macht doch mit!)

Andererseits muss man doch eines klar sagen: 17 500 € in diesem Jahr

(Abg. Schmiedel SPD: 25 000 im nächsten Jahr!)

und 25 000 € im nächsten Jahr, Herr Schmiedel, wissen Sie, was das für einen Betrieb überhaupt bedeutet? Das ist Umsatz. Wenn ich bedenke, dass der Betrieb vielleicht einen

(Drautz)

Gewinn von 20 % des Umsatzes hat, dann werden hier nur Leute entlastet, die unter dem Sozialhilfeniveau leben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Was passiert jetzt mit denen?)

Das muss man sehen. Damit es überhaupt überlebensfähige Betriebe gibt, muss man mit mindestens 50 000 € in diesen Bereich einsteigen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie denn so etwas in Ihrer Regierungszeit gemacht?)

Bei der Modernisierung der Handwerksordnung besteht Konsens. Hier muss ich sagen: Auch der BWHT ist für die Freistellung von Existenzgründern in den ersten vier Jahren. Aber hier, finde ich, ist die Bundesregierung zu kurz gesprungen. Man sollte hier auch an Betriebsübernehmer denken. Man muss Existenzgründer und Betriebsübernehmer gleichberechtigt behandeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Oettinger CDU)

Auch die Enquetekommission des Landtags hat damals festgestellt, dass das sehr wichtig ist. Es gibt in den nächsten fünf Jahren hier in Baden-Württemberg 40 000 Betriebsübernehmer. Mir ist es wichtig, dass zunächst einmal die vorhandenen Betriebe erhalten werden können. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Betriebsübernehmer genauso zu fördern wie die Existenzgründer. Das machen wir in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann geht es um die Sicherung der Finanzierung. Sie haben gesagt, dass es für die Existenzgründer von Vorteil sei, dass die Deutsche Ausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau zusammengelegt würden. Dazu sage ich Ihnen eines: Das bringt den Existenzgründern nichts, weil die Hausbank – gleichgültig, ob das die Sparkasse oder die Volksbank ist – vor Ort die Anträge für die Existenzgründer macht. Deshalb ist es für die Existenzgründer nicht entscheidend, ob die Zusammenführung erfolgt oder nicht. Für die Existenzgründer war es bisher sogar von Vorteil, dass beide nicht zusammen waren. Denn durch die Angebote der Deutschen Ausgleichsbank hat man zusammen mit den IHKs einen neuen Weg gefunden. Früher war dies nicht möglich. Jetzt ist die Finanzierung durch beide Banken möglich, da die Ausgleichsbank den Vorstoß gemacht hat, die Existenzgründer entsprechend zu fördern. Hier hat die Konkurrenz das Geschäft belebt.

Zum Masterplan Bürokratieabbau: Was von der Bundesregierung dazu gekommen ist, hätte sie in Baden-Württemberg in der letzten Legislaturperiode praktisch schon abschreiben können. Herr Schmiedel, bisher ist das eine leere Worthülse. Clement will erst einmal horchen, wo er Bürokratieabbau vornehmen soll. Dazu muss ich Ihnen sagen: Die Umfragen liegen vor; hätte er das „Handelsblatt“ gelesen, hätte er es gewusst.

Die Innovationsinitiative Mittelstand – Frühphasen und Anschlussfinanzierung – habe ich jetzt angesprochen.

Zur Außenwirtschaftsoffensive: Sie wissen das selbst, nachdem Sie mit dem Wirtschaftsminister schon öfter bei Auslandsreisen dabei waren: Im Westen nichts Neues. In Baden-Württemberg mit Döring haben wir das schon lange.

Ich stelle als Ergebnis fest: Viel Prosa, wenig Substanz im Programm.

(Abg. Bebbler SPD: Richi, du bist in der Substanz unschlagbar!)

Ich möchte noch auf das Neun-Punkte-Programm von Wirtschaftsminister Döring kommen, das wesentlich weitreichender ist. Es sieht einen Abbau der Bürokratiekosten und eine umfassende Steuerreform vor.

Zur Steuerreform: Wenn Sie die Steuerreform für den Mittelstand nicht vertagt hätten, würde es dem Mittelstand schon viel besser gehen,

(Beifall bei Abgeordneten FDP/DVP)

und unseren Arbeitslosen würde es besser gehen, weil es weniger Arbeitslose gäbe.

(Abg. Birzele SPD: Und wie hätten Sie die Flutkosten finanziert? – Weiterer Zuruf von der SPD: Sagen Sie das einmal in den neuen Bundesländern! Die FDP/DVP nimmt das aus der Portokasse; das wissen wir!)

– Herr Birzele, die Flutkosten wären auch finanziert worden, weil der Mittelstand wieder mehr Steuern bezahlt hätte, wenn die Wirtschaft wieder gelaufen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dies muss man klar sehen.

Die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Handwerkerleistungen würde das Handwerk wieder ankurbeln.

Wir sollten gemeinsam das Gemeindefinanzierungsrecht in Baden-Württemberg ändern, damit die Wirtschaftstätigkeit von kommunalen Betrieben nicht weiter zulasten des Handwerks, des Mittelstands und der Freiberufler geht.

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen zum Neuesten, zum Kündigungsschutzgesetz, eines sagen: Die Diskussion ist doch eine Lachplatte.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Clement kündigt etwas an; die Gewerkschaftsmehrheitsfraktion SPD würde dem im Bundestag aber niemals zustimmen, obwohl unserer Meinung nach der Kündigungsschutz in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten abgeschafft gehört. Damit würden wir den Arbeitslosen etwas Gutes tun, was sie wieder in Arbeit brächte, und würden unsere Betriebe wieder optimal nach vorne bringen.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand braucht dies. Ich weiß doch, wovon ich rede. Ich habe selber sechs Mitarbeiter und bin ein kleiner Mittelständler. Ich weiß, wo die Probleme liegen. Alle theoretische Wirtschaftspolitik bringt nichts. Es geht darum, wirklich Erleichterungen zu schaffen.

(Drautz)

fen. Ich bin froh, dass Hartz der SPD ein bisschen die Augen geöffnet hat und Sie zu den Minijobs zurückgekommen sind. Sogar der Kollege Schmiedel begrüßt jetzt, dass es die Minijobs wieder gibt. Das finde ich hervorragend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich kann mich noch gut an die Debatte in diesem Haus erinnern, in der Sozialpolitiker der beiden großen Fraktionen mit tränentiefenden Reden – Rolf Kurz war damals ausgeschlossen –, zum Beispiel Mühlbeyer und die Sprecher der SPD, gesagt haben, die größte soziale Ungerechtigkeit seien die 630-DM-Jobs.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Woher kommt diese Wende, Herr Schmiedel, dass Sie hier auf einmal klar denken können?

(Abg. Drexler SPD: Von Herrn Schmiedel! – Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann nicht sein!)

Ohne Hartz würde es furchtbar aussehen. Ich sage Ihnen eines zu Hartz: Das Schlimme dabei ist, dass die SPD das Hartz-Papier in seiner Vollständigkeit noch nicht kapiert hat und Hartz nicht mehr dessen Vater sein will, weil sein Papier derart verfälscht ist.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, so reagieren Sie. Herr Drexler, es stimmt,

(Abg. Drexler SPD: Was?)

dass Hartz die Vaterschaft nicht mehr übernehmen will, weil er von der Umsetzung seiner Vorstellungen sehr enttäuscht ist.

(Abg. Drexler SPD: Ach was!)

Da können Sie jetzt bläken, so viel Sie wollen, aber das nützt überhaupt nichts. Das ist Fakt, und das muss heute einmal gesagt sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Oh Richard, das war nichts!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zurzeit wird der Vorschlag diskutiert, die Landtagswahltermine zusammenzulegen, damit nicht so viel Wahlkampf stattfindet und man wieder seriösere Politik machen könne. Wenn man allerdings nur Wahlkampf produziert, obwohl gar keine Wahlen stattfinden, Herr Kollege Birk,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

nützt dies natürlich nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch zu dem, was Kollege Drautz gesagt hat – hier finde zu viel Prosa statt –, muss ich sagen: Prosa ist das Richtige,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Handeln ist richtig! Handeln ist richtig!)

aber Sie produzieren nur Lyrik.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Zum Beispiel kennt sich Rezzo Schlauch besser in den Speisekarten von Gourmetrestaurants aus als im Handwerk!)

Was ist die Schwäche Ihrer ganzen Argumentation? Das kann ich Ihnen ganz klipp und klar sagen: Sie stellen nur Forderungen auf – man kann natürlich immer mehr fordern –, aber Sie sortieren diese Forderungen nicht im Zusammenhang erstens mit der Sanierung unserer sozialen Sicherungssysteme, die sich in einer dramatischen Situation befinden, und zweitens mit der desolaten Lage der öffentlichen Finanzen.

Wenn Sie heute die Zeitung aufschlagen, lesen Sie, dass die Steuereinträge in Baden-Württemberg nicht „nur“ 1 Milliarde, sondern 1,7 Milliarden € betragen werden. Logischerweise kann man bei einer solchen Situation nicht das tun, was man gerne möchte, sondern nur das, was möglich ist, Herr Kollege Birk.

Jetzt steigen wir da einmal konkret ein. Nehmen wir einmal den so genannten Small-Business-Act. Sie mosern da nur rum und sagen, dies sei alles viel zu wenig, man müsse mehr tun. Dazu ist Folgendes zu sagen: 17 500 € sind zunächst einmal ein richtiger Einstieg, und dieser Betrag wird, wenn sich dies bewährt, im nächsten Schritt im Jahr 2004 auf 35 000 € erhöht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Nein, ich habe ja noch gar nicht richtig angefangen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Was soll jetzt daran falsch sein, wenn man bei der derzeitigen Situation der öffentlichen Finanzen zunächst so einsteigt? Allein dieser bescheidene Einstieg – da gebe ich Ihnen Recht: er ist bescheiden – verursacht zunächst einmal Steuerausfälle in Höhe von 250 Millionen €. Sie können sich doch ausrechnen, was es bedeuten würde, wenn man jetzt mit 50 000 € einsteigen würde. Man kann doch nicht Geld versprechen, das man aufgrund der Steuerausfälle gar nicht hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Das ist genau Ihre Politik, die sich durch Ihre Argumentation zieht.

Die Bundesregierung hat jetzt eine sehr ehrgeizige Steuerreform auf den Weg gebracht. Diese Steuerreform hat schon im letzten Jahr eine Entlastung von 9 Milliarden € für den Mittelstand gebracht, und wir senken in der Endstufe

(Kretschmann)

dieser Steuerreform den Höchststeuersatz von 53 auf 42 % und den Eingangssteuersatz auf 15 %. Dies verursacht gewaltige Steuerausfälle, die verkraftet werden müssen. Trotzdem ist es eine richtige Politik, zu der wir stehen.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung natürlich auch aus Gründen der Haushaltssituation Steuervergünstigungen abgebaut; sie muss nämlich gleichzeitig ihren Haushalt in Ordnung halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Dies bringen Sie nie richtig zusammen. Deshalb bringt all das, was Sie sagen, nichts.

Sie sagen, Sie wollten mehr für den Mittelstand tun. Sagen Sie uns doch zugleich, wie Sie dies angesichts der Situation der Haushalte finanzieren wollen.

Zweitens zu Ihrer Kritik am Masterplan Bürokratieabbau: Das ist doch haargenau dasselbe. Wenn Sie Bürokratie abbauen, dann müssen Sie überprüfen: Sind die Vorschriften, die dort existieren und die ja nicht aus Jux und Tollerei erlassen worden sind, notwendig, und kann man die Ansprüche, die hinter solchen Forderungen stehen, zurückschrauben? Da schrauben Sie Ansprüche zurück, verstehen Sie?

Natürlich mokiert sich jeder über die Rütteltest-Verordnung für Grabsteine. Darüber kann man sich natürlich lustig machen, aber nur so lange, bis ein Kind von einem umfallenden Grabstein totgeschlagen worden ist. Ich will damit nur sagen: Es ist leicht, von Bürokratieabbau zu reden. Aber man muss genau überprüfen: Was geht? Was geht nicht? Wie erreicht man dasselbe Ziel anders?

Deswegen ist es richtig, was hier gemacht wird, nämlich in der Diskussion mit dem Mittelstand und den Interessenvertretern zu überprüfen: Was können wir abbauen? Wie erreichen wir das Ziel, das durch Bürokratie erreicht wird, auf andere Weise?

Ich komme zum nächsten Punkt, den Sie kritisiert haben, zu den Minijobs. Da hat man sich geeinigt. Sie haben im Bundesrat der Entbürokratisierung dieser Minijobs zugestimmt. Wir sind jetzt bei 400 €, und es gibt noch ein Übergangsmodell bis 800 €. Warum modernisieren Sie jetzt daran herum?

(Abg. Seimetz CDU: Tun wir doch gar nicht! –

Abg. Drautz FDP/DVP: Wer hat denn da herumgemostert?)

Das ist doch völlig unbegreiflich. Jetzt hat man sich auf dem richtigen Weg bewegt. Und was fällt Ihnen ein? Nur daran rumzumodern. Wenn richtige Sachen gemacht werden, wenn auch Fehler korrigiert worden sind –

(Abg. Dr. Birk CDU: Aha!)

das ist in diesem Punkt gemacht worden –, dann ist es richtig, wenn man sagt, das sei die richtige Richtung, anstatt immer nur daran herumzumäkeln, wie Sie es gemacht haben, und damit eigentlich nur schlechte Stimmung zu verursachen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Seimetz CDU: Deswegen haben wir doch zugestimmt! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk CDU:** Herr Kollege Kretschmann, wären Sie bereit, die Feststellung zu akzeptieren, dass wir mit dieser Regelung zu den Minijobs seitens der CDU einverstanden sind und dass wir uns sogar im Bundesrat positiv dafür ausgesprochen haben, dass aber diese Reform viel zu spät kommt und schon viel früher hätte kommen müssen?

(Abg. Capezzuto SPD: Dazu haben Sie vorhin kein Wort gesagt!)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Da rennen Sie doch bei mir offene Türen ein. Was soll denn das?

(Abg. Seimetz CDU: Also gut!)

Das ist bei der Scheinselbstständigkeit genauso. Unsere Position dazu ist sehr wohl bekannt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Dann müsst ihr euch halt einmal gegenüber der SPD durchsetzen!)

Seien Sie doch froh, dass das korrigiert worden ist und dass unser Druck und der Druck der Verhältnisse dazu geführt hat, dass es jetzt endlich gemacht worden ist.

Jetzt komme ich zur Lockerung des Kündigungsschutzes.

(Abg. Seimetz CDU: Der ist notwendig!)

Meine Fraktion steht dazu, dass der Kündigungsschutz vorsichtig gelockert wird.

(Abg. Seimetz CDU: Gut!)

Das ist gar keine Frage. Wir können uns vorstellen, dass man das in Betrieben mit bis zu zehn Beschäftigten macht,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das hatten wir schon einmal!)

dass man es in Betrieben mit, sagen wir, bis zu 50 Beschäftigten über großzügige Abfindungsregelungen macht

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und dass es in Betrieben mit über 50 Beschäftigten so bleibt wie bisher. Das ist ein Vorschlag von UnternehmensGrün.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Über so etwas können wir diskutieren.

Aber wir müssen berücksichtigen, dass auch Arbeitnehmerinteressen da sind, dass solche Reformen den Leuten Angst machen und dass es negative wirtschaftliche Effekte haben

(Kretschmann)

kann, wenn die Leute sich dann wirtschaftlich noch konservativer verhalten und ihr Ausgabeverhalten noch restriktiver wird, als es ist. Das dürfen Sie nicht vergessen. Sie denken immer, es seien Wunderpillen, was Sie hier verteilen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Und das Ihre sind Beruhigungspillen!)

Das alles sind Maßnahmen, die man vorsichtig angehen muss, die oft Effekte haben, die wir gar nicht ohne weiteres abschätzen können.

Ich fasse zusammen: Die Bundesregierung hat mit der Steuerreform ein gewaltiges Steuerentlastungsprogramm auf den Weg gebracht. Sie kann im Moment nicht mehr tun, weil die Haushaltslage das nicht zulässt. Das sind die Erblasten, die wir von Ihnen haben:

(Unruhe bei der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP:  
Jetzt machen Sie aber auch Wahlkampf!)

ein riesiger Schuldenberg, den Sie in 20 Jahren angehäuft haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das können Sie sich sparen!  
Alte Schallplatte! – Abg. Hauk CDU: Das ist jetzt langsam alt!)

Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation können wir den nicht sofort abbauen. Deswegen können wir nicht mehr machen. Da schreien Sie, aber das ist so. Sie können mich anschreien, aber Zahlen nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dies ist nun einmal Tatsache. In einer solchen Situation kann man so extrem risikoreiche Dinge, wie Sie von der FDP/DVP sie sich vorstellen, bei denen die Staatseinnahmen erst einmal krass einbrechen würden, gar nicht machen, weil wir wegen der hohen Staatsverschuldung diesen Spielraum überhaupt nicht haben. Ich würde Ihnen auch zu etwas mehr Zurückhaltung raten. Denn der Nachtragshaushalt steht bevor, und da sind Sie dann einmal gefragt. Wir sind sehr gespannt, wie Sie die Probleme lösen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir wissen es schon: Mit einem weiteren Einstieg in die Nettoneuverschuldung werden Sie sie lösen, um das einmal klipp und klar zu sagen. Diesen Weg gehen wir nicht mit. Deswegen hat die rot-grüne Bundesregierung hier wichtige Reformen angestoßen. Sie gehen uns allen natürlich nicht weit genug; sie müssen fortentwickelt werden. Aber der Stand der Verschuldung und die gegenwärtige Situation der Haushalte lassen es nicht zu, dass wir da – in einer wirtschaftlich so schwierigen Lage – mit riesigen Schritten einsteigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg.

(Glocke des Präsidenten)

Wir erwarten von Ihnen eine konstruktive Oppositionspolitik in Berlin, bei der Sie auch sagen, wie Sie Ihre Vorschlä-

ge gegenfinanzieren wollen. Mit allem anderen kann man wenig anfangen.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Ja, bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Kollege Kretschmann, Sie behaupten, dass es in einer solchen Situation keine Möglichkeiten gebe, Steuern zu senken. Wie erklären Sie sich dann, dass sich die amerikanische Regierung

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

und das amerikanische Parlament in der Lage sehen, die Steuern zu senken,

(Abg. Teßmer SPD: Hier ist Rhodos!)

um die Wirtschaft anzukurbeln?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Das kann ich Ihnen beantworten. Die Clinton-Regierung hat die Staatsverschuldung praktisch auf null heruntergefahren. Das ist der Grund.

(Abg. Capezzuto SPD: Ein guter Sozialdemokrat!)

In einer Situation, in der ich praktisch einen ausgeglichenen Haushalt habe, kann ich natürlich sehr viel weiter in Steuer-senkungsprogramme einsteigen als in einer Situation, in der die öffentlichen Haushalte von den Schulden erdrückt werden.

Ich sage Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit und Eindringlichkeit: Schenken Sie den Leuten über die Situation der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherungssysteme reinen Wein ein.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wer ist denn in der Regierung?)

Nur wenn Sie das machen, können Ihre Vorschläge überhaupt ernst genommen werden und glaubwürdig sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Pflichtgemäßer Beifall!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kretschmann, ich glaube nicht, dass die beantragte Aktuelle Debatte etwas mit Wahlkampf zu tun hat, wie Sie es unterstellen.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Heike Dederer:  
Nein!)

Ich glaube vielmehr, dass die beiden Regierungsfaktionen sehr wohl wissen, dass sich Mittelstand, Handwerk und Freiberufler im alltäglichen Existenzkampf befinden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! Das ist der Punkt!)

(Minister Dr. Döring)

Deswegen ist diese Debatte allerdings berechtigt. Denn in ihr werden auch Vorschläge gemacht, die Sie dann hoffentlich auch auf Bundesebene umzusetzen helfen. Diese Debatte ist dringend notwendig. Erster Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Zweiter Punkt: Bei Ihrem ganzen Engagement und Ihrem vollen Einsatz, den Sie hier zeigen, sollten Sie eines allmählich vielleicht einmal weglassen: Dass man, nachdem man in Berlin nun fünf Jahre an der Regierung ist, immer noch auf Altlasten von Vorgängerregierungen verweisen muss, das ist im Grunde ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Göschel SPD: Wenn sie da sind! –  
Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben. Ich glaube, dass wir Ihnen eine ganze Reihe von Vorschlägen machen. Ich habe in den Beiträgen des Kollegen Birk und des Kollegen Drautz nicht so viele haushaltswirksame Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört. Lassen Sie uns ein paar Vorschläge unterbreiten und über ein paar Vorschläge diskutieren, die den Haushalt nicht belasten.

Sie sagen zu Recht: „Zu dem, was ihr heute fordert, müsst ihr dann, wenn es um den Haushalt geht, auch Deckungsvorschläge machen.“ Wir werden Sie übrigens bei den Beratungen unseres Haushalts daran erinnern, wie verantwortungsbewusst man mit Aussagen und Forderungen umgehen muss, auch wenn es um den Landeshaushalt geht.

Herr Kretschmann, Sie haben angedeutet, Sie seien dazu bereit, beim Kündigungsschutz über Veränderungen mit sich reden zu lassen. Ich halte das auch für zwingend notwendig. Ich halte die gegenwärtige Regelung für absolut kontraproduktiv. Sie verhindert Einstellungen gerade im Kleinst- und Kleinbereich. Deswegen muss es beim Kündigungsschutz auf jeden Fall Veränderungen geben. Diese kann man auch flexibel gestalten. Warum kann man denn nicht den Vorschlag aufgreifen, der im Raum steht? Dieser Vorschlag lautet: „Wir heben die Grenze bei fünf Beschäftigten auf, wir fangen bei zehn Beschäftigten an. Wenn der elfte eingestellt wird, erhält derjenige, der am längsten im Betrieb ist, den vollen Kündigungsschutz. Bei 12 bis zu 15 Beschäftigten erhalten zwei den vollen Kündigungsschutz, und ab 15 greift dann das Ganze voll.“

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie brauchen beim Kündigungsschutz mehr Flexibilität, sonst verhindern Sie Einstellungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rückert  
CDU – Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Da wäre es schon hilfreich, wenn man nicht nur jeden dritten Tag Herrn Clement als Superminister mit irgendwelchen neuen Vorschlägen durchs Land rennen ließe,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

um ihn jeden zweiten Tag mit seinen Vorschlägen wieder einzufangen, sondern auch einmal sagte: „Wir sind bereit, Veränderungen vorzunehmen.“

(Abg. Bebber SPD: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Diese Veränderungen, zum Beispiel beim Kündigungsschutz, erhalten nach Ihren Andeutungen und nach unseren Vorschlägen den Kündigungsschutz im Kern aufrecht.

(Abg. Bebber SPD: Der Luftblasenexperte der Landesregierung sagt es!)

Sie sind nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtet. Der entscheidende Punkt ist doch, dass Politik nicht nur immer für die gemacht wird, die in Arbeit sind, sondern endlich auch einmal für die, die ohne Arbeit sind und endlich auch in Arbeit kommen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Wenn Sie das erreichen, sind Sie ein ganzes Stück weiter. Und, Herr Kretschmann, Sie werden zustimmen: Das kostet gar nichts. Das belastet den Haushalt überhaupt nicht.

Jetzt muss ich einmal sagen: Ich habe weder bei Herrn Birk noch bei Herrn Drautz gehört, noch habe ich selbst es irgendwo geäußert, dass Große gegen Kleine ausgespielt werden sollten oder umgekehrt. Herr Schmiedel, Sie bauen da einen Pappkameraden auf und hauen dann auf ihn ein, obwohl niemand in Aussicht gestellt hat, dass man sich daran störte. Jeder hier im Land weiß, dass wir die Global Players ganz selbstverständlich brauchen und dass Tausende von mittelständischen Betrieben an ihnen hängen. Es geht nicht um ein Gegeneinander-Ausspielen, sondern es geht wahrscheinlich um den Hinweis, dass zu Holzmann der Bundeskanzler und zum Mittelständler der Gerichtsvollzieher kommt. Das ist die Unterscheidung in der Politik, die Sie machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.  
Schmiedel SPD: Gehen Sie doch zu einem Mittel-  
ständler! Das ist doch Ihr Programm!)

Lassen Sie uns an ein paar Punkten auch einmal konkret werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist dann Ihr Pro-  
gramm?)

– Gehen Sie doch wieder einmal ein bisschen herunter vom Gas, Mensch! Aufgeregtes Getue ist das.

Sie haben angedeutet, dass Sie im Zusammenhang mit der Landesbauordnung Veränderungen beim barrierefreien Bauen haben wollen.

(Abg. Schmiedel SPD: Vor zwei Jahren!)

Jetzt kann ich nur eines sagen: Bei jeder Veranstaltung – immer wenn der auf unsere Initiative hin vor Jahren einmal eingeführte „Tag der behinderten Menschen“ im Landtag stattfindet – übertreffen Sie sich in Ihrer Fraktion gegenseitig: Wer bringt die härtesten Vorschläge, damit wir den be-

(Minister Dr. Döring)

rechtigten Anliegen der Behinderten gerecht werden können?

(Abg. Bebber SPD: Na, na, na! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Was machen Sie denn da?)

Wenn wir uns, Herr Schmiedel, jetzt bei der Veränderung der Landesbauordnung hinsichtlich des barrierefreien Bauens Zeit lassen, weil wir alle Verbände anhören und selbstverständlich das Sozialministerium mit einbeziehen

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

und ja auch dem Grundgesetz gerecht werden müssen, wozu niemand ausgeschlossen werden darf, dann können Sie uns das nicht zum Vorwurf machen, sondern das ist verantwortungsbewusste Politik,

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

die wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist Heuchelei! Herr Minister, wo Sie Recht haben, haben Sie Recht!)

Wir sind nicht nur in diesem Zusammenhang, den Sie, Herr Schmiedel, ansprechen, daran interessiert, dass man sagt: Wenn auf einem Dach noch etwas aufgebaut wird, wo nur Lagerung stattfindet, dann muss da nicht zwangsweise ein Aufzug vorhanden sein. Es gibt noch eine Reihe von weiteren Beispielen, wo wir zu Veränderungen kommen müssen. Nachdem wir aber hier im Landtag erst vor zwei oder drei Jahren einstimmig Verschärfungen beschlossen haben, können Sie nicht mit dem Finger auf einen zeigen und sagen: „Jetzt ändere du das. Beeil dich gefälligst einmal.“ Es sind einstimmige Landtagsbeschlüsse zu berücksichtigen, und die müssen, gerade auch mit Blick auf die Opposition, sehr sorgfältig geändert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat mich schon schier umgehauen, als Sie angefangen haben, zu behaupten, die Regelung bei den Minijobs sei ein Erfolg der rot-grünen Bundesregierung.

(Lachen bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Beifall des Abg. Herrmann CDU – Abg. Drexler SPD: Wird es jetzt gemacht?)

Aber hallo! Da erinnere ich Sie an Endlosdebatten, die wir gehabt haben, in denen Sie den Unfug, der bislang vorgesehen war, mit Zähnen und Klauen verteidigt haben, in denen Sie auch noch gesagt haben, die Beschränkung auf haushaltsnahe Dienstleistungen sei vernünftig, und in denen Sie wieder die Ausbeutung der Menschen an die Wand gemalt haben. Es war vor allem diese Landesregierung, die über den Bundesrat für eine Veränderung gesorgt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der Bundestag hat es beschlossen! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich bin froh, dass wir diese Veränderung endlich haben. Von Ihnen kam noch in der Dezembersitzung des Bundesrats – ich weiß nicht, ob Sie da dabei gewesen sind; vermutlich waren Sie das aber nicht – Widerstand gegen die Ände-

rung bei den Minijobs. Das war noch im Dezember im Bundesrat!

(Abg. Schmiedel SPD: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. Lesen Sie die Protokolle nach und behaupten Sie hier keinen Unfug.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie waren doch gar nicht dabei! – Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das?)

– Das merkt man.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich ja: Lesen Sie doch die Protokolle nach, dann haben Sie es.

(Abg. Drexler SPD: Warum soll er das?)

– Damit er kündigt wird.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Manchmal bildet Lesen, meine Damen und Herren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kretschmann, ich sage es noch einmal: Es geht um Vorschläge, deren Umsetzung nichts kostet. Wir sagen schon seit geraumer Zeit, man sollte nur den halben Mehrwertsteuersatz auf Handwerkerleistungen erheben, oder man sollte zumindest die Bereitschaft dazu erklären. Darauf muss man sich jetzt vorbereiten. Das halte ich für dringend notwendig.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Theurer FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie viel kostet das?)

– Ich darf Ihnen das gleich sagen. Herr Kretschmann, es gibt Modellprojekte in Europa. In Frankreich und in den Niederlanden werden sie bereits evaluiert. Sie zeigen ganz hervorragende Ergebnisse. Es gab 40 000 neue Arbeitsplätze in Frankreich durch den halben Mehrwertsteuersatz im Baugewerbe. Das kostet wirklich nichts. Da gibt es natürlich zunächst einmal wegen des halben Mehrwertsteuersatzes eine Reduzierung, aber das rechnet sich und zahlt sich zweifach und dreifach aus. Lassen Sie die Bereitschaft erkennen, dass Sie auch solche durchgreifenden Reformen mitmachen! Dann können wir wirklich etwas für das Handwerk und den Mittelstand tun.

Das sind doch konstruktive Vorschläge, die vorliegen. Sie können uns doch nicht ständig beschimpfen, wir würden nur irgendwelche Vorschläge bringen, die gar nicht realisierbar seien. Das sind Vorschläge, die in europäischen Nachbarländern mit ganz hervorragenden Ergebnissen praktiziert werden. Erklären Sie sich dazu bereit, dies auch in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Dann sind wir einen gewaltigen Schritt weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, Herr Schmiedel: das Rabattgesetz. Prima. Aber eine weitere Entbürokratisierung wäre natürlich auch beim Ladenschluss möglich. Da sträuben Sie sich mit Händen und Füßen, ob-

(Minister Dr. Döring)

wohl sich auf der letzten Wirtschaftsministerkonferenz die Mehrheit für die Lösung ausgesprochen hat, die auch die Landesregierung will: die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag weitgehend freigeben und an Sonntagen restriktiv handhaben. Es ist ein Erfolg für diese Landesregierung, dass wir uns da geeinigt haben. Aber bringen Sie dann doch auch den Mut vollends auf und sagen Sie: Wir machen nicht nur beim Rabattgesetz, sondern auch beim Ladenschluss eine Veränderung. Das gibt es sonst nirgends auf der Welt, dass der Gesetzgeber einem Unternehmer vorschreibt, wann er sein Geschäft öffnen darf und wann er mit seinem Unternehmen ein Geschäft machen darf, meine Damen und Herren.

Zu einem weiteren Punkt, den Sie angesprochen haben, an dem Sie sich bei der Deregulierung und Entbürokratisierung stören. Das mit den Kleiderhaken und den Toilettenanlagen, das ist der eine Bereich.

(Abg. Seimetz CDU: Der klopolitische Sprecher der SPD!)

Es geht aber auch weiter, wenn Sie es insgesamt haben wollen, nämlich dass wir auch über Maßnahmen im Arbeitsschutzbereich und im Betriebsverfassungsgesetz nachdenken. Das Betriebsverfassungsgesetz kostet nichts. Die Betriebe kostet es sehr viel: mehr Freistellungen. Nicht ein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz ist durch den Unfug geschaffen worden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Geben Sie da Veränderungsbereitschaft zu erkennen. Da könnten Sie das Handwerk und den Mittelstand sehr spürbar entlasten und eine wirkliche Unterstützung leisten.

Dann führen Sie Basel II und die Finanzierung des Mittelstands an. Es sind zwei ganz konkrete Bundesratsinitiativen des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg gewesen, die hier zu einem entscheidenden Durchbruch und zu einer Verbesserung beigetragen haben: internes Rating, externes Rating. Herr Schmiedel, jetzt tun Sie doch nicht so. Das war nicht die Bundesregierung, es sind die Bundesratsinitiativen von Baden-Württemberg gewesen, die im Bundesrat einstimmig angenommen worden sind. Dann hat die Bundesregierung gespürt: Hoppla, da müssen wir etwas tun; wir schließen uns dem an.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD)

So war es chronologisch der Reihe nach – eindeutig so und nicht anders.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mittelstandsfinanzierung: Sie werden kein Bundesland finden, Herr Schmiedel und Herr Kretschmann, in dem es die Instrumentarien der L-Bank, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und der Bürgschaftsbank gibt, die sich dermaßen engagieren, sich intensiv und mit Erfolg um eine begleitende Mittelstandsfinanzierung kümmern, wie dies hier im Land der Fall ist. Deregulierung und Entbürokratisierung: in zehn Tagen bearbeitet. Haben Sie Fälle, bei denen es länger dauert? Wenn ja, bitte melden. Haben Sie in diesem Zusammenhang bezüglich der Antragstellungen bei

den genannten Instituten irgendwelche Beschwerden? Wenn ja, bitte melden. Wir haben deutlich erleichterte Antragsformulare und Antragstellungen, keine Doppelerhebungen. Die Beratung und die Entscheidung wurden beschleunigt, die Kreditfinanzierungsmöglichkeiten über die L-Bank wurden deutlich erweitert; die L-EA hat einen Fonds mit einem Volumen von 125 Millionen € aufgelegt. Sie finden dies in keinem anderen Bundesland. Wir reden nicht nur, wir handeln. Das ist der Unterschied zur Bundesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das müsste in Hessen bekannt werden!)

Wir haben von daher unserer Überzeugung nach natürlich noch eine Menge zu machen – das ist gar keine Frage –, gerade auch im Zusammenhang mit Deregulierung und Entbürokratisierung. Aber Sie werden wiederum verstehen, wenn wir auf unsere Leistungen verweisen und sagen können: Allein das Wirtschaftsministerium hat in den letzten zweieinhalb Jahren 600 Regeln und Vorschriften auf den Prüfstand gestellt. Unser Bürokratiekosten-TÜV zeigt Erfolge. Der Innenminister wird nachher sicher im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform darauf hinweisen, dass die Zahl der Regeln und Vorschriften, die hier abgebaut worden sind, mittlerweile in die Tausende geht. Nehmen Sie sich in den anderen Bundesländern und in der Bundesregierung ein Beispiel an Baden-Württemberg, dann werden Sie eine Mittelstands- und Handwerkspolitik haben, die den Betrieben in diesem Bereich hilft, meine Damen und Herren.

(Abg. Wieser CDU: Prima! – Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP und Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

**Abg. Kurz** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Herr Wirtschaftsminister jetzt alles abgeräumt hat,

(Abg. Wieser CDU: Glückwunsch an den Minister!)

bleibt mir eigentlich nur noch übrig, einige wenige Punkte anzusprechen.

Herr Kretschmann, wenn ich gleich bei Ihnen beginnen darf: Wenn wir Kritik üben an einem Vorhaben, nämlich Kleinstbetriebe mit einem Jahresumsatz bis zu 17 500 € steuerlich und administrativ zu begünstigen, dann kann man dies zwar als „Prosa“ oder „Lyrik“ reklamieren oder abtun, aber Sie setzen bei diesem Mittelstandsprogramm den Imperativ falsch; das ist das Wesentliche. Wenn Sie genau diese Zielgruppe in den Fokus Ihrer Mittelstandspolitik stellen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die Schwelle ist zu niedrig! Er hat es nicht verstanden!)

dann gehen andere Ressourcen verloren. Wir müssen doch die Betriebe, die innovativ sind, die Ideen haben, die investitionsbereit sind und die vor allem Arbeitsplätze schaffen, stützen und fördern.

(Kurz)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! Sehr gut!)

Der Mittelstand ist ja längst kein homogener Block mehr.

(Abg. Wieser CDU: Leider!)

Zum Mittelstand gehören hoch innovative kleine Unternehmen, arbeitsintensive Unternehmen, kapitalintensive Unternehmen, Handwerk, Handel und Dienstleistung. Man kann Mittelstand also gar nicht mehr nach der Größe des Betriebs oder der Branche definieren.

Heinz Dürr hat einmal gesagt: „Mittelstand ist eine Frage der Mentalität.“ Ich glaube, genau dies ist die richtige Wertung. Diese Mentalität ist derzeit durch die gewaltigen Lasten aus Steuern, Abgaben und Bürokratie, die auf den Mittelstand einströmen, durch Arbeitslosigkeit, durch Kaufkraftverluste nicht mehr in der Lage, der eigentlichen Funktion als Mittelstand in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Die psychologische Wirkung ist bedenklich, weil sie sich so verhängnisvoll auf unsere mittelständischen Betriebe legt. Die Investitionsbereitschaft geht zurück, die Innovationsfähigkeit geht zurück, und die Schaffung von Arbeitsplätzen geht zurück.

Wer hat denn eigentlich in den letzten Jahren in unserer Gesellschaft noch Arbeitsplätze geschaffen? Das waren doch in der Hauptsache die Familienbetriebe. Wer hat Ausbildungsplätze von hoher Qualität und in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt? Das waren die kleinen Familienbetriebe. Das sind auch die Inhaber, die sich mit ihrer Stadt identifizieren, die unsere Städte noch einigermaßen urban halten, weil sie noch bereit sind, in diesen Städten zu investieren. Gehen Sie heute einmal aufmerksam durch die Straßen unserer Städte. Sie werden bemerken, dass ein kleiner Laden nach dem anderen zumacht.

(Abg. Wieser CDU: Ja! Wenn ich Zigarren kaufen will, muss ich 20 Kilometer laufen!)

Das ist doch die Situation, in der wir uns befinden. Herr Schmiedel, da kann man nicht sagen, wir hätten in unserer Republik die besten Voraussetzungen für den Mittelstand.

Nachdem Sie jetzt mit der Steuerquote kommen: Das erzählen Sie einmal am Monatsende den Millionen Arbeitnehmern, wenn diese ihre Lohnzettel in der Hand haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ganz genau! Es sind hauptsächlich die Abgaben!)

Da kommt die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung erneut auf den Prüfstand. Gestatten Sie mir in dem Zusammenhang einmal eine ganz persönliche Bemerkung: Ich habe meinen Mitarbeitern aufgrund besonderer Leistungen einen ganz minimalen Betrag, nämlich 250 €, auszahlen lassen.

(Abg. Capezzuto SPD: So wenig?)

Diese 250 € haben mich 350 € gekostet, und bei den Mitarbeitern sind 90 € angekommen.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ein Skandal!)

So wirkt sich im Augenblick die Belastung durch Steuern und Abgaben aus. Da geht doch jede Motivation verloren!

(Abg. Wieser CDU: Wenn keine Lust mehr da ist! Das Unlustprinzip!)

Wenn jede Partei für sich in Anspruch nimmt, die Minijobs wiederbelebt und rekultiviert zu haben, muss ich sagen: Gott sei Dank kehrt Reife ein, wenn auch etwas spät. Diese Maßnahme war aber dringend notwendig für unseren gewerblichen Mittelstand und stellt für viele Familien eine notwendige Ergänzung des Einkommens und des Lebensunterhalts dar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es wird ja viel über Entbürokratisierung geredet. Seit ich im Landtag bin, ist dies ein Schlagwort. Jetzt gibt es einen Masterplan Bürokratieabbau.

(Abg. Wieser CDU: Oi! „Masterplan“! Es gibt auch eine Ich-AG! – Abg. Seimetz CDU: Das ist ein Studiengang!)

Ich hoffe nur, dass der nicht mal unter dem Begriff Musterplan in die Geschichte eingeht, wenn das alles nach dem alten Muster abläuft: Viel g'schwätzt und nichts umgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Muster ohne Wert!)

– Ja, ein Muster ohne Wert. Aber hier sind natürlich alle aufgefordert, an der Modernisierung unseres Staatswesens mitzuarbeiten.

Was in dieser Mittelstandsoffensive auch deutlich nach vorne gestellt wird, ist die Unterstützung bei Auslandsmessen und durch Beratung der Unternehmen. Hier muss ich einmal ein Kompliment an unser Landesgewerbeamt machen; denn hier werden die Unterstützung bei Auslandsmessen und die unternehmerische Beratung schon längst praktiziert. Wir haben hier also ein Muster für die Bundesebene geliefert. Was nun an Ideen zurückkommt, kann nicht besser sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch was die Mittelstandsbank angeht, würde ich die Hoffnungen nicht allzu hoch ansetzen. Bisher hat sich das sogenannte Hausbankenprinzip bei uns im Land Baden-Württemberg bewährt, nicht aber im Bundesgebiet insgesamt. Auch in der Zukunft wird alles über die Hausbank gehen. Diese neue Mittelstandsbank, entstanden aus einer Fusion zwischen der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, wird schon organisatorisch nicht alles leisten können, was die Kreditnehmer vor Ort erwarten. Insofern ist das Hausbankenprinzip auch weiterhin ein wesentliches Instrument der Mittelstandsförderung.

Neue Programme müssen erst in der EU evaluiert werden, das heißt, es dürfen keine wettbewerbshemmenden Wirkungen auftreten. Damit sind auch der Mittelstandsbank Grenzen gesetzt.

(Kurz)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns vielleicht einmal eines ins Gedächtnis rufen: Wer beschäftigt sich eigentlich noch mit der Gewährung von Krediten für den Mittelstand? Bei den Großbanken – Herr Schmiedel, hier gibt es eine ganz neue Erhebung – sind die Ausleihen im letzten Jahr um 14 % zurückgegangen, bei den Volks- und Raiffeisenbanken um 4 %, und bei den Sparkassen – dies sei hier positiv vermerkt – stiegen sie um 2 %. Ich glaube, das ist ein Beispiel, wie man sich um den Mittelstand kümmert. Gleichzeitig ist das ein Beispiel, an dem wir Politiker uns messen lassen sollten.

Der Mittelstand ist bei uns wirklich die gesellschaftliche Gruppe, die etwas bewegt. Sie stellt den Humus für unsere Wirtschaft dar, schafft Arbeitsplätze, garantiert die Ausbildung und bietet vor allem einen gesellschaftlichen Ausgleich zwischen Arm und Reich.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Kurz, Sie haben völlig Recht. Die Steuer- und Abgabenquote ist mit 41,5 % zu hoch. Deshalb soll sie auch gesenkt werden. Allerdings lag sie am Ende Ihrer Regierungszeit bei 42,4 % und damit nicht niedriger, sondern höher.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Hört, hört! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Schon wieder vergessen!)

Wir sind auf dem Weg nach unten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie muss noch weiter herunter.

Sie haben den guten Beitrag der Kreissparkassen bei der Finanzierung des Mittelstands angesprochen. Das ist völlig richtig. Aber auch die Kreissparkassen sind allmählich völlig überfordert, vor allem wenn die Geschäftsbanken die Kreditlinien kürzen. Deshalb brauchen wir zwingend ein weiteres Angebot der L-Bank, dass sie in solchen Fällen Kreditlinien auffängt. Die Kreissparkassen können dies nicht mehr allein leisten.

Nun zum Thema Kündigungsschutz. Über dieses Thema wird im Bündnis für Arbeit gesprochen werden. Wir haben aber schon ein Beispiel, denn Sie haben den Kündigungsschutz ja bereits einmal gelockert. Ein Jobwunder hat dies aber nicht gebracht.

(Abg. Nagel SPD: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hat es doch gebracht!)

Wann stellt denn ein Mittelständler jemanden ein? Er stellt ihn doch nicht nach dem Motto ein: Wie kriege ich den denn schnell wieder los? Er stellt ihn doch ein, wenn er Aufträge hat. Dies ist doch momentan das Dilemma – Sie haben davon gesprochen –: Es fehlt an Aufträgen, und deshalb sollten wir tun, was in unseren Möglichkeiten steht, um Aufträge jetzt zu beschleunigen. Deshalb reden wir uns

den Mund fusslig, dass wir etwas tun, damit im Baubereich mehr Modernisierungs- und Sanierungsarbeit stattfindet.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Hier könnten wir etwas tun, und hier könnten Sie etwas tun

(Zuruf von der CDU: Ganz ruhig, ganz ruhig!)

und, anstatt die Mittel zusammenzuzustreichen,

(Beifall bei der SPD)

endlich einmal puschen. Das Bauhandwerk geht am Stock, und Sie tun nichts.

(Abg. Drautz FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des –

**Abg. Schmiedel SPD:** Nein.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Feigling!)

Sie haben gesagt, Baden-Württemberg sei Spitze und der Bund solle nur lernen. Jetzt sage ich Ihnen einmal Folgendes: In der Wiesbadener Erklärung steht etwas von der Notwendigkeit der Modernisierung der Berufsausbildung. Der Bund will sich da noch stärker beteiligen, als er es jetzt schon tut.

(Zurufe des Ministers Dr. Döring und des Abg. Oettinger CDU)

Greifen Sie doch zu! Sie sind doch nicht in der Lage, die notwendigen Mittel für die überbetriebliche Ausbildung bereitzustellen. Sie haben sie in der Stiftung vergraben, und da liegen sie, anstatt dass sie jetzt endlich in den Haushalt gebracht werden. Nutzen Sie doch die Chance!

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Wer blockiert denn die zweijährigen Ausbildungsgänge?)

In der Wiesbadener Erklärung steht etwas von der notwendigen Stärkung der Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe. Greifen Sie doch zu! Wo ist denn Ihr C1-Programm? Schmal, schmaler, am schmalsten. Nutzen Sie doch die Chance! Gehen Sie doch konstruktiv in diese Debatte: Bund und Land Hand in Hand – das hilft dem Mittelstand, aber nicht Mosern, Miesmachen und Schlechtreden.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt bei der notwendigen Außenwirtschaftskampagne, denn wir müssen unsere mittelständischen Betriebe stärker auf die globalisierten Märkte bringen. Natürlich macht die GWZ einen guten Job, keine Frage. Aber wir sind uns einig: Sie müsste mehr tun. Sie erreicht etwa 20 % des Potenzials. Wir müssen mehr erreichen. Warum nutzen Sie nicht einfach diese Chance? Das sind doch gute Ansätze. Es sagt auch niemand, dass sie völlig neu sind. Der Herr Kollege Capezzuto und ich haben auch erfahren,

(Abg. Seimetz CDU: Was der Capezzuto alles erfährt!)

(Schmiedel)

dass die Kreissparkasse Ostalb schon ein paar Jahre lang ein eigenes Programm „Job-Floater“ laufen hat, mit gutem Erfolg.

(Abg. Seimetz CDU: Wo, in Palermo?)

Also reden Sie das doch nicht schlecht, sondern seien Sie froh, dass das jetzt von der neuen Mittelstandsbank bundesweit angeboten wird, und hoffen Sie, dass möglichst viel Gebrauch davon gemacht wird. Sie sollten sich von Ihrer Fiktion lösen, Sie müssten bei allem und jedem Opposition gegen Berlin ergreifen. Das schadet dem Land.

(Minister Dr. Döring: Machen wir doch gar nicht!  
– Abg. Drautz FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht!  
Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Andersherum wird ein Schuh daraus: Nutzen Sie die Chancen durch die Politik der Bundesregierung zugunsten des Mittelstands!

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Capezzuto SPD: Das wird schwer! Da wird man kaum etwas dagegensetzen können!)

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht mehr viel Zeit, deswegen möchte ich es ein bisschen grundsätzlich machen.

(Zuruf von der SPD: Ein bisschen! – Abg. Capezzuto SPD: Er gibt ja schon auf!)

Ich glaube, wir alle wissen, dass eines der großen Probleme, die wir derzeit in der Wirtschaft haben, darin besteht, dass diejenigen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen sollen, gegenwärtig nicht genügend Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Minister Dr. Döring: So ist es!)

Übrigens ist ein Haufen Geld vorhanden, aber es wird nicht eingesetzt, weil sich im Moment jeder zurückhält. Deshalb sage ich – durchaus auch auf uns selbst bezogen –: Wenn wir Vertrauen herstellen wollen, ist es nicht sehr sinnvoll, dort, wo man sich bemüht, mit kleinen Schritten Verbesserungen zu schaffen – das gilt durchaus auch für die Bundesregierung –, diese sofort zuzuschütten. Wir sollten uns in der Tat über kleine Verbesserungen freuen, sie unterstützen und sie nicht schlecht machen. Sonst können wir das Vertrauen, das wir dringend brauchen, gar nicht erreichen. Das muss man an dieser Stelle einfach einmal übereinstimmend, glaube ich, feststellen.

Umgekehrt darf es auch nicht so sein – – Ich denke, wir haben die alte Tante „Erblast“ begraben

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir können die Schulden doch nicht vergraben! – Unruhe bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Wir leiden jetzt gerade an fünf Jahren Rot-Grün! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist die FDP: Augen zu und durch!)

– jetzt warten Sie doch einmal! – und sollten sie nicht immer wieder aufleben lassen. Aber Sie sollten – –

(Unruhe bei der SPD)

– Jetzt lassen Sie mich diesen Gedanken noch zu Ende bringen.

Es ehrt Sie ja, Herr Kretschmann, wenn Sie sagen: Wir haben Fehler gemacht. In diesem Hause kommt es nicht allzu häufig vor, dass jemand Fehler einräumt. Wenn das gewissermaßen zum Anlass genommen wird, die Fehlerquote für die Zukunft zu verringern, dann ist das immerhin schon ein erfreulicher Ansatz. Ich möchte an dieser Stelle bloß hinzufügen: Wir von der FDP haben eigentlich Grund zur Freude darüber, dass die Regelung für geringfügig Beschäftigte wieder eingeführt worden ist. Natürlich haben wir Grund zur Freude darüber, dass das gemacht worden ist. Wer keinen Grund zur Freude hat, sind diejenigen, die in der Zwischenzeit unter den Fehlern leiden mussten. Darüber muss man auch einmal reden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann möchte ich an dieser Stelle noch sagen: Bitte berücksichtigen Sie doch: Wir können solche Pflänzchen unterstützen, aber zwei Dinge müssen dann hinzutreten. Diese Pflänzchen dürfen nicht derartig beladen werden mit Konzepten wie Masterplan, Small-Business-Act und was weiß ich. Ich wehre mich an sich nicht gegen die Bezeichnungen, aber wenn dabei zum Ausdruck kommt, das sei eigentlich das Wesentliche, wird es gefährlich. Die Stellschrauben sind ganz woanders zu drehen. Die Stellschrauben sind zu drehen bei der Gesellschaftspolitik, bei der Frage der steuerlichen Belastung, bei den Abgaben. Das dürfen Sie nicht mit diesem Pflänzchen überdecken.

Noch ein weiterer Punkt. Das, finde ich, muss man an dieser Stelle gerechterweise hinzufügen: Dann müssen Sie es konsequent machen. Wenn ich feststelle, dass jetzt 20 % weniger Dienstwagen bei den Firmen, wo sie in aller Regel gekauft werden, gekauft worden sind nur wegen einer Diskussion, die nachher möglicherweise wieder zu einer Nullregelung führt, dann haben Sie Schaden angerichtet. Das sollten Sie in Zukunft nicht mehr tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn Sie sich das alles vornehmen, dann können wir viel leicht auch einen Konsens finden. Dann müssen wir sehen – auch das ist sicher richtig –: Wir sollten nicht nur auf andere deuten, sondern auch selber dort tätig werden, wo wir zuständig sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Noch ein Wort zum Ladenschlussgesetz: Das ist eine Frage der Bürokratie. Man muss sich einmal fragen, ob es besser ist, etwas überhaupt nicht zu regeln, als es nur ein bisschen zu regeln. Für die kleinen Einzelhandelsgeschäfte wäre es viel besser, sie wären nicht gezwungen, bei der Regelung mit 20 Uhr mitzumachen, sondern der Ladenschluss bliebe 24 Stunden ihrer Entscheidung überlassen.

(Abg. Bebbler SPD: Reden Sie mal mit dem Einzelhandel, was der dazu sagt!)

(Hofer)

Wenn Sie mit kleinen Einzelhändlern sprechen, dann hören Sie, dass ihnen das allemal lieber ist.

Aber jetzt zur eigenen Bürokratie. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wir melden gerade 19 Statistiken des Statistischen Landesamts an, die entbehrlich sind, 19 Maßnahmen. Da haben wir Sorge, ob das im Bund durchgeht. Sorgen Sie mit dafür, dass solche Initiativen auch im Bund durchgehen. Übrigens gilt das natürlich auch für andere Bundesländer.

Meine Redezeit ist zu Ende.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Ich möchte an dieser Stelle noch einen Hinweis geben: Es ist wunderschön, wenn Sie ältere Arbeitnehmer unterstützen, indem Sie sagen: Da kann man vielleicht schon früher zeitlich befristete Verträge machen; da kann man auch Zuschüsse geben, damit ältere Arbeitnehmer in Arbeit und Brot kommen. Das wollen wir alle auch. Aber dann müssen Sie an der Stellschraube drehen, damit die auch einen Anreiz haben und eben nicht im schlechtesten Fall 32 Monate lang Arbeitslosengeld bezahlt wird. Diesen Schritt müssen Sie dann mitmachen. Wenn Sie diese Konsequenz nicht haben, werden Sie in diesem Land auch keine Vertrauensbasis für eine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung feststellen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der Schluss war völlig falsch! – Abg. Schmiedel SPD: Der Anfang war besser als der Schluss!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Zimmermann CDU: Jetzt kommen die Wirtschaftsexperten!)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar kurze Bemerkungen.

Erstens: Herr Kollege Hofer, bei der Scheinselbstständigkeit und den Minijobs haben nicht wir Fehler gemacht, sondern die Bundesregierung, und wir konnten uns da nicht durchsetzen. Das Problem dürfte Ihnen nicht ganz unbekannt sein.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber ihr habt anders argumentiert! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zweitens: Der halbe Mehrwertsteuersatz, Herr Kollege Döring, ist meines Wissens eine Experimentierklausel der EU, die in einigen Berufen ausprobiert wird. Man muss abwarten, was das da bringt, und dann kann man weitersehen. Ich weise aber auch nochmals darauf hin, dass wir bei den Mehrwertsteuersätzen in Europa im mittleren Feld liegen und dass das Problem in anderen Ländern nicht so groß ist, weil diese an sich höhere Mehrwertsteuersätze haben.

Drittens: Das Ladenschlussgesetz ist die Deregulierung, von der ich am allerwenigsten halte,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber Sie machen mit!)

weil ich nicht glaube, dass die Leute, nur weil die Läden länger geöffnet sind, mehr kaufen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum machen Sie dann mit?)

Aber das ist gar nicht mein Hauptargument. Das zeigt immer, wie eindimensional Sie denken. Man muss doch auch fragen: Ist das für die dort Beschäftigten eine familienfreundliche Regelung? Wir bemühen uns um die verlässliche Halbtagschule, damit sie für die Familien verlässlich ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das Ladensterben findet jetzt statt!)

Wenn Sie jetzt die Arbeitszeit rund um die Uhr ermöglichen, ist das dann familienfreundlich? Ich will Ihnen damit nur sagen: Man darf bei solchen Vorschlägen nicht nur so eindimensional denken wie Sie. Es gibt immer mehrere Interessen zu berücksichtigen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Jetzt komme ich zu meinem Hauptpunkt. Jetzt möchte ich Ihnen nachweisen, dass meine These, dass das, was Sie machen, unseriös ist, weil Sie die Finanzierung nicht diskutieren, stimmt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Nicht gern, aber nur aus Zeitgründen, Herr Kollege.

**Präsident Straub:** Herr Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Kollege Kretschmann, zur Familienfreundlichkeit: Nehmen Sie wahr, dass Familienfreundlichkeit für die Kunden auch ein Thema der Ladenöffnungs- und der Ladenschlusszeiten ist und dass dies in der Regel mehr Familien betrifft als Familien jener, die dort beschäftigt sind?

(Zuruf von der SPD: Daran hat keiner gedacht!)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Sie können mir glauben, dass die Frauen, die Kinder haben und einkaufen, es in der Regel bei den bestehenden Ladenöffnungszeiten auf die Reihe bekommen, rechtzeitig einzukaufen, weil sie gewohnt sind, ihre Familie zu organisieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber wie! – Abg. Hoffmann CDU: Die berufstätig sind!)

Das, was Sie wollen, nützt irgendwelchen durchgeknallten Singles, denen nachts um eins einfällt, was sie noch brauchen, aber vergessen haben einzukaufen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Das sind doch eure Wähler! – Unruhe)

Mit solchem Zeug will ich jetzt meine Zeit nicht verschwenden.

(Kretschmann)

Ich will Ihnen jetzt zentral nachweisen, dass meine These stimmt, dass das, was Sie tun, nicht seriös ist. Sie machen nämlich Versprechungen, die nicht finanzierbar sind. Was wäre das Wichtigste, was die Landesregierung für den Mittelstand zu tun hätte? Unsere jungen Menschen gut auszubilden,

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das machen wir! –  
Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit!)

damit sie gut ausgebildet in die Berufe gehen können. Was ist aber Tatsache? Seit Jahren sind Sie nicht in der Lage, 1 000 Deputate im Pflichtbereich bei den Berufsschulen zu besetzen. Warum? Weil Sie nicht in der Lage sind, in Ihrem Haushalt das Geld für diese 1 000 Deputate zusammenzubekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Minister  
Dr. Christoph Palmer: 23 % Bildungsanteil! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Was will ich damit sagen? Dort, wo Sie selber die Verantwortung haben, scheitern Sie an der Aufgabe einer richtigen Berufsschulausbildung, weil Sie nicht in der Lage sind, die Mittel zusammenzubringen. Ich gebe zu: Das ist auch außerordentlich schwierig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Dann sind wir auf Ihre Vorschläge gespannt!)

Gehen Sie dann aber auch mit anderen Gremien wie zum Beispiel dem Bundestag so um, dass Sie seriös argumentieren. Das Einmaleins der Seriosität heißt: Man stellt keine Forderungen, die nicht bezahlbar sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr.  
Birk CDU: Wir messen Sie an Ihren Taten!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Notwendigkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt, wobei die Redezeit in zwei Runden verbraucht werden soll.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Drexler SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben seit 50 Jahren eine Verwaltungsstruktur, die in den Siebzigerjahren einmal verändert wurde. Nach all dem, was wir diskutiert haben, auch in diesem Hause, sind wir der Auffassung – da kann man dann im eigenen Haus seine Reformbereitschaft wirklich bezeugen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU –, dass wir die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger wieder durchschaubarer machen müssen. Deswegen gehört sie auf den Prüfstand. Wir brauchen eine Verwaltungsreform, um die Verwaltung erstens wieder bürgernah, transparenter, schlank und leistungsfähiger zu machen; das heißt, insbesondere Planung und Um-

setzung müssen in Baden-Württemberg in eine Hand kommen. Zweitens müssen wir für die Kunden die Entscheidungswege verkürzen. Drittens wollen wir als weiteres wichtiges Ziel damit auch wieder die Kommunen stärken.

Nur mit einer durchgreifenden Verwaltungsreform wird die Verwaltung auf Dauer wieder bezahlbarer werden. Ich will einmal am Beispiel der Pensionslasten begründen, warum wir das machen müssen. Die Pensionskosten für unsere Landesbeamten betragen jetzt im Jahre 2002 2,3 Milliarden €. Im Jahre 2013 steigen sie auf 4,7 Milliarden € und liegen im Jahre 2020 bei 7,3 Milliarden €. Das sind nur die Pensionslasten, ohne Bezahlung des öffentlichen Dienstes. Jedem Abgeordneten, der darüber nachdenkt, muss doch klar sein, dass wir die Verwaltung im Grunde genommen vereinfachen und verschlanken müssen, weil wir sie in Zukunft sonst nicht mehr bezahlen können, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich schaue vor allem die CDU an.

Nun jammert die Landesregierung dauernd über Finanzierungskosten. Warum sagt die Landesregierung aber nicht: „Wir gehen einmal daran, die einzelnen Verwaltungsbereiche zu vereinfachen“? Von der Landesregierung werden laufend Forderungen aufgestellt, 7 000 oder 5 000 Stellen müssten wegfallen. Die Landesregierung lässt aber die Hierarchien, die Strukturen und die Aufgaben gleich. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, hält keine Landesverwaltung in Zukunft aus.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch gespannt, wie weit die FDP/DVP mitmacht – nicht im Detail; darüber kann man ja lange diskutieren –, ob das, worüber wir seit über einem Jahr in diesem Hause diskutieren, endlich umgesetzt wird, dass wir einmal ernsthaft miteinander eine Debatte über eine Verwaltungsreform führen.

Nachdem ja der Ministerpräsident immer wieder aus Zeitungen zitiert – meistens aus nördlich der Mainlinie erscheinenden Zeitungen –, will ich einmal drei Zeitungen – südlich der Mainlinie – zitieren, die sich mit diesem Thema befassen.

„Badische Zeitung“, 14. Januar 2003, Leitartikel:

*Baden-Württemberg erstarbt – Schuld hat eine Regierung, die verwaltet, statt zu gestalten.*

*Es mangelt an Ideen, an Konzepten und dem Mut, sie umzusetzen. SPD und Grüne versuchten es jüngst mit Vorstößen zur Verwaltungsreform. Die ersten Reaktionen stimmen jedoch nicht hoffnungsvoll. Dabei war bereits das vergangene Jahr für die Landespolitik ein verlorenes.*

„Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Januar 2003:

*Das Beharrungsvermögen des Ministerpräsidenten wird in der Wirtschaft längst kritisch beäugt.*

„Stuttgarter Nachrichten“ vom 9. Januar 2003:

*Die Reform ist überfällig, da das Land an seinem aufgeblähten Verwaltungsapparat schwer zu tragen hat.*

(Zuruf von der SPD: Jesses!)

(Drexler)

*Lange kann sich das Land diese Last nicht mehr leisten. Insofern stellt sich nur eine Frage: Warum hat die CDU beim Thema Verwaltungsreform bisher abgeblockt? Die einfache Antwort: Die Regierungspartei fürchtet auf vielen Ebenen um ihre Pfründe – und damit um Macht.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann  
SPD: So ist es! – Abg. Dr. Caroli SPD: Eine gute  
Analyse! – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen sagen wir noch einmal: Gehen Sie in einen konstruktiven Dialog mit uns! Wir wollen einige dieser Vorschläge heute noch einmal einbringen. Wir werden sie dann auch in einem Antrag formulieren, damit sie konkret in die Landtagsarbeit eingehen können.

Wenn wir viele Dinge aus dem Landratsamt – von der Kfz-Zulassung bis zur Führerscheinstelle, vom Waffenrecht bis zum Baurecht – auf die Kommunen übertragen –

(Abg. Schneider CDU: Mit Gemeindereform!)

– Ach, keine Gemeindereform! Die brauchen wir überhaupt nicht.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt Kommunen, die das selbst machen können. Es gibt Verwaltungsgemeinschaften, Herr Landrat Schneider, es gibt auch größere Städte, die für kleinere Städte etwas machen können.

(Abg. Schneider CDU: Ja, richtig!)

Ich brauche also keine Gemeindereform.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn ich das mache, dann habe ich noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, Nahverkehr, Abfallbeseitigung, Krankenhauswesen, Regionalstraßen, Berufsschulen, Wirtschaftsförderung, Fremdenverkehr. Und da sagen alle Spezialisten, die wir angehört haben – alle! –: Diese Aufgaben sind auf regionaler Ebene besser zu regeln. Das sagen sogar Landräte, die der CDU angehören.

(Beifall bei der SPD)

– Lesen Sie einmal, was von der ganzen Ostalb kommt!

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Herr Landrat, Sie sollten sich nicht so sehr engagieren, denn Sie sind betroffen. Einfach nachdenken, das wäre ganz gut.

(Beifall des Abg. Fischer SPD – Zurufe von der  
SPD)

Wenn Sie also das eine bürgernäher machen, das andere nach oben verlagern, hat der Landkreis nichts mehr. Dann können Sie diese Ebene einsparen.

Im Übrigen: Jeder, der über Verwaltungsreform nachdenkt und Kosten sowie Stellen einsparen will, liebe Kolleginnen

und Kollegen, muss eine Ebene einsparen. Sonst wird das nichts mit einer besseren finanziellen Situation dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen also kürzere und transparentere Entscheidungsvorgänge, wir brauchen keine Doppelzuständigkeiten. Deswegen ist es auch sinnvoll, eine Mittelebene zu schaffen und dort Aufgaben zu bündeln.

Nun kann man sich darüber unterhalten, ob unser Vorschlag, acht große Regionalkreise zu bilden, richtig ist.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Nach einer langen Debatte mit vielen Experten sind wir zur Auffassung gekommen, dass man die Region Stuttgart nicht mehr zerschlagen kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Man muss  
aber nicht alles danach ausrichten!)

Deswegen wollen wir sie so belassen. Insofern muss doch im Grunde genommen ein Gleichgewicht im Land bestehen. Deswegen sind wir auf die Zahl sieben gekommen. Wir wollen nicht eine große Region Stuttgart und 15 kleinere Regionen, weil sonst wieder eine Diskrepanz entstünde, sondern wir wollen Gleichheit. Deshalb sind wir auf die Zahl acht gekommen. Darüber kann man sicherlich reden.

Wir wollen im Übrigen auch die staatlichen Aufgaben in diesen Mittelinstanzen bündeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich sage Ihnen einmal, was es da alles in diesem Land gibt: Es gibt vier Oberschulämter, vier Regierungspräsidien, das Landesamt für Flurneuordnung und Landesentwicklung, neun Gewerbeaufsichtsämter, 19 Flurbereinigungsämter, 20 Straßenbauämter, 30 Schulämter, 35 Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur, 163 Forstämter oder Staatliche Vermessungsämter.

(Lebhafte Unruhe bei der SPD)

Das ist doch irre!

Schauen wir uns überhaupt einmal die demographische Entwicklung in diesem Land an. Es zeichnet sich ja ein deutlicher Bevölkerungsrückgang ab. Also ist es doch sinnvoll, sich jetzt Gedanken über die Umgestaltung dieser Verwaltung zu machen und zu sagen: Die bündeln wir in Mittelinstanzen, und dann versuchen wir, tatsächlich eine ganz einfache Struktur – Kommunen, Regionalkreise und Land – zu machen.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es in der Zwischenzeit – Sie haben vorhin gefragt – viele Äußerungen in der Öffentlichkeit. Ich erwähne den Brettener CDU-Oberbürgermeister Paul Metzger, „Stuttgarter Zeitung“ vom 17. Januar:

*„Die Strukturen sind für die heutige Zeit einfach zu kleinkariert“, kritisiert Metzger die verschachtelten bürokratischen Entscheidungsebenen. Weil die „Selbstbeschäftigung der Verwaltungen zu viele Blüten“ treibe, ist für ihn und viele seiner Kollegen klar: „Wir brauchen andere Hierarchien.“*

(Drexler)

Welche Aufforderung brauchen Sie noch aus Ihrer Partei?  
Da spricht ein Praktiker vor Ort,

(Abg. Heinz CDU: Im Gegensatz zu Ihnen!)

der Ihnen auch das Ziel vorgibt. Oder der CDU-Regionaldirektor Bernd Steinacher, „Südwest Presse“ vom 9. Januar:

*Die Menschen haben zwei Bezugspunkte: ihre Heimatgemeinde und die Region. Sie leben zunehmend regional, sie pendeln in der Region zur Arbeit. . . . Die Zukunft verlangt starke Gemeinden und eine stärkere Region.*

Das brauchen Sie sich von uns nicht sagen zu lassen. Lassen Sie sich von Ihren eigenen Leuten die Sache erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das Nächste ist die Ministerialebene. Da gibt es doch überhaupt keine Diskussion. Wir können doch locker zwei Ministerien zusammenlegen. Das eine ist das Landwirtschaftsministerium. Davon können wir den einen Teil in das Wirtschaftsministerium und den anderen Teil in das Ministerium für Umwelt und Verkehr eingliedern. Den Wissenschaftsbereich können wir richtigerweise ins Schulministerium eingliedern und daraus ein Bildungsministerium machen. Das ist doch überhaupt kein Problem. Im Übrigen schaffen wir es dann auch, die Kleinstreferate im Landwirtschaftsministerium, wo drei oder vier Beamte ein Referat bilden, endlich einmal aufzulösen. Das ist auch ein unmöglicher Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dadurch erreichen wir auch in der Regierung eine Verkleinerung, und gleichzeitig müssen die Regierung und die Ministerien kein operatives Geschäft mehr machen. Auch da gibt es eine Entlastung.

Klar ist – und wir bieten das an, das ist unser Vorschlag zur Diskussion –, dass man nicht alles gleich 1 : 1 umsetzen kann, sondern wir brauchen da eine Aufgabenkritik, und wir brauchen eine Aufgabenverlagerung. Wir müssen andere Finanzbeziehungen schaffen, und, liebe Kollegen, wir brauchen einen ganz dramatischen Bürokratieabbau im Lande, und den schaffen Sie nur mit einer Verwaltungsreform.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt, Herr Minister Döring, kann man nicht mehr Rot-Grün in Berlin oder irgendjemand anderen verantwortlich machen, jetzt geht es um Baden-Württemberg. Jetzt geht es um den Wirtschaftsminister.

(Abg. Dr. Birk CDU: Revolution!)

Jetzt geht es um die CDU. Nirgendwo kann man das Problem mehr hinschieben. Jetzt sind Sie gefordert. Wollen Sie eine schlankere Verwaltung?

(Minister Dr. Döring: Ja!)

Wollen Sie weniger Geld ausgeben? Wollen Sie das operative Geschäft,

(Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl!)

und wollen Sie das bezahlbar machen? Sie können es mit uns machen. Im Detail können wir streiten. Aber, bitte schön, treten Sie an, und verstecken Sie sich nicht. Sagen Sie nicht, wir brauchen nichts, wie der Ministerpräsident, den ich in der Zwischenzeit als das größte Reformhindernis bezeichne.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rüeck CDU: Unglaublich!)

– Es ist doch so. Ein Mann, der nur noch sagt: „Wir brauchen gar nichts, es ist am schönsten so, wie es ist, wir brauchen keine Reform“,

(Zurufe von der CDU)

ein Ministerpräsident, der die Sonnentage zählen lässt und sie mit den Sonnentagen anderer Bundesländer vergleicht und sagt: „Wir sind da Spitze“, und sich auch noch dafür verantwortlich erklärt, das ist nun wirklich nicht der Reformeiferer Nummer 1 in unserem Land.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja wirklich nichts Neues, was Sie hier kreiert haben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Lachen bei der SPD)

Ich darf an den Juli 2001 erinnern. Damals wollten Sie noch eine Expertenkommission einrichten. Da haben wir Ihnen gesagt: Sagen Sie doch gleich, was Sie meinen; nennen Sie doch Ross und Reiter. Damals haben Sie es nicht gemacht. Wir haben Ihnen aber damals schon gesagt, was Sie machen wollen. Ich habe es im Protokoll nachgelesen. Die CDU hat gesagt, Sie wollen die Landkreise abschaffen und Sie wollen die Regierungspräsidien abschaffen. Genau das haben Sie jetzt im Prinzip vorgeschlagen.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben viel mehr vorgeschlagen!)

– Doch. Aber genau das haben Sie im Kern einmal vorgeschlagen.

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Das finde ich ja gut. Da muss ich Ihnen ein Kompliment machen, dass Sie gesagt haben: Jetzt wollen wir mal rüberkommen und lassen unsere rot-grünen Freunde in Berlin die Kommission einrichten; wir machen mal was Richtiges.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt kommen Sie mal rüber!)

Jetzt kann man, wie der Herr Ministerpräsident Teufel heute in der „Stuttgarter Zeitung“, sagen: „Nichts Neues unter der Sonne.“ Oder man kann mit Erich Maria Remarque sagen: „Im Westen nichts Neues.“ Ich denke, die Dinge sind eigentlich schon in der Diskussion,

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

(Heinz)

und wir haben in den letzten Jahren auch einige Erfolge aufzuweisen.

(Abg. Bebbler SPD: Lassen Sie die Polemik jetzt mal weg, und kommen Sie zur Sache!)

Das will ich Ihnen jetzt einmal sagen.

Sie, Herr Drexler, haben davon gesprochen, dass das Land Baden-Württemberg seit 50 Jahren besteht, und haben selber eine herausragende Reform aus den Siebzigerjahren erwähnt.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich auch gesagt! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Das sage ich ja. Ganz ruhig, ich wiederhole es ja nur. – Zu den 30 Jahren, Herr Capezzuto, sage ich auch noch etwas.

Wir haben in den Siebzigerjahren gemeinsam diese Reform gemacht. Wenn Sie mich jetzt nach der Bewertung fragen – ich glaube, ich weiß, wovon ich rede, im Gegensatz zu manchem von Ihnen –, dann antworte ich Ihnen, dass wir meiner Meinung nach mittlerweile sagen können: Wir haben die Spätfolgen der Reform alle hinter uns. Wir haben Integrationsprozesse abgeschlossen. Das denke ich wohl, trotz manchem, das gerade auch an Sie von den Oppositionsfractionen herangetragen wird. Es gibt noch manche Bürgerinitiative, die sich direkt an Sie wendet mit Wünschen, bei denen wir Beharrungsvermögen zeigen und zu der Reform stehen, Sie manchmal hingegen nicht. Das möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch einmal sagen.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn? – Abg. Göschel SPD: Ross und Reiter nennen!)

Meine Bewertung ist die, dass ich sage: Wir haben diesen schweren, mühevollen Prozess nach 30 Jahren einigermaßen abgeschlossen, obwohl es manchmal immer noch Verwerfungen gibt.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Aber wenn ich mir jetzt das Ergebnis anschau und es mit der Situation im Bund und in anderen Ländern vergleiche, muss ich doch sagen: Das, was wir damals gemacht haben, hat Bestand. Das war ein richtiger, guter Entwurf, den wir gemeinsam erstellt haben.

(Abg. Stickelberger SPD: Reicht nicht!)

Wir können auch nicht immer von einem ins andere springen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wenn ich mir anschau, was Sie vorhaben, so muss ich sagen:

(Zurufe von den Grünen)

Da würden Sie als Tiger abspringen und als Bettvorleger landen. Das kann ich Ihnen, glaube ich, auch beweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben nicht nur diese Reform gemacht, Herr Drexler. Sie haben das jetzt ein bisschen untergehen lassen. Ich verstehe ja, dass Sie es nicht erwähnen. Aber lassen Sie mich es einmal sagen: Wir haben 100 Sonderbehörden in die Landkreise eingegliedert, wir haben zum Teil auch welche abgeschafft. Wir haben die OFDs von drei auf zwei reduziert, wir haben die Forstdirektionen von vier auf zwei reduziert. Wir sind bei den Regierungspräsidien einen Strukturprozess ohnegleichen angegangen und haben ihn fast abgeschlossen. Wir haben die Staatsschuldenverwaltung aufgelöst, wir haben in vielen Bereichen Landesbetriebe gegründet. Ich denke, das sind doch gewaltige Leistungen.

(Zuruf von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Abg. Heinz CDU:** Aber ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Kollege Heinz, ist Ihnen bewusst, dass mit der gemeinsamen Reform der großen Koalition von 1966 bis 1972 auch beschlossen wurde, die vier Regierungspräsidien aufzulösen, wovon Sie in der folgenden Legislaturperiode sofort wieder abgerückt sind?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der SPD)

**Abg. Heinz CDU:** Das weiß ich.

(Beifall bei der CDU)

Ich war damals schon – Sie mögen es glauben oder nicht, Herr Birzele – in der Verwaltung aktiv, seit 1967. Ich habe das noch mitbekommen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Capezzuto: Was sagen Sie dazu?)

Ich will noch etwas anderes sagen, weil Sie, Herr Drexler, von Verschlinkung geredet haben: Wir haben über 10 000 Stellen abgebaut.

(Abg. Drexler SPD: Das ist das Problem!)

In diesem Punkt bin ich ja mit Ihnen einer Meinung. Wir werden die Verwaltung weiterhin verschlanken müssen. Wir haben 10 000 Stellen abgebaut. Wir haben sie zugegebenermaßen aber – auch zum Teil gemeinsam, was die Polizei und manche Lehrerstelle angeht – wieder schaffen müssen, weil ein entsprechender Zwang bestand. Aber wir müssen diesen Prozess fortsetzen; hier darf es keinen Stillstand geben.

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie doch nicht ohne Strukturveränderung machen!)

Die CDU-Fraktion wird sich auch in Zukunft für eine bürgernahe, effiziente und schlanke Verwaltung einsetzen; das ist kein Thema.

(Abg. Drexler SPD: Das schaffen Sie nicht ohne Strukturveränderung!)

(Heinz)

Jetzt will ich einmal Ihren Vorschlag bewerten. Was bietet denn nun die SPD an? Sie bieten an: Abschaffung der 35 Landkreise, der neun Stadtkreise, der vier Regierungspräsidien, der Sonderbehörden und, und, und. Sie sagen, es könnten zirka acht Regionalkreise entstehen. Sie sagen es ja selbst und haben es heute schon wieder relativiert. Man kann auch über die Dinge reden. Sie wollen acht Regionalkreise anbieten, und Sie wagen es, für diesen Begriff das Wort „bürgernah“ in den Mund zu nehmen. Das halte ich schlicht und einfach für einen Skandal.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Gucken Sie doch, was die für Aufgaben haben!)

Dieses Wort würde ich nicht in den Mund nehmen. Stellen Sie sich einmal vor – das kann man im Kopf ausrechnen –, welche Behörden nach Ihrem Vorschlag entstehen würden. Das wären Mammutbehörden, die mehrere Tausend Mitarbeiter hätten, die dort arbeiten würden.

(Abg. Göschel SPD: Er verwechselt „bürgernah“ und „bürgermeisternah“!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Drexler SPD: Die haben Sie doch jetzt auch!  
– Abg. Stickelberger SPD: Wasserköpfe!)

– Beileibe keine Tausende von Mitarbeitern. Nach Ihrem Vorschlag wären es aber Zehntausende, wenn Sie alles zusammenzählen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Diese Regionen wären größer als manches Bundesland. Da würde ich jetzt lieber den Vorstoß des Herrn Wirtschaftsministers unterstützen, was die Neugliederung der Bundesländer angeht, obwohl ich selbst weiß,

(Abg. Stickelberger SPD: Das ist der gleiche Ansatz!)

dass dies wahrscheinlich ein schwieriger Weg sein wird.

(Abg. Fischer SPD: Das hat auch Ihr Parteifreund Wolfgang Schäuble gesagt!)

Aber dies wäre wahrscheinlich effizienter, als wenn wir hier diese Regionen mit solchen Größenordnungen schaffen würden.

Für Ihren Vorstoß – das war von Frau Vogt zu lesen –, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu ordnen, wäre ich auch. Das wäre des Schweißes der Edlen wert.

(Abg. Drexler SPD: Machen wir doch gerade!)

– Ja, gut. Das wäre viel wichtiger, als dass Sie hier mit solchen Vorschlägen kommen.

(Abg. Fischer SPD: Zum Thema!)

– Ich komme zum Thema zurück, vielen Dank.

Die Schnittstelle zwischen der Region, die Sie wollen, und der kommunalen Ebene ist für mich noch völlig offen. Ich

sehe da große Dinge auf uns zukommen. Bei den kleineren Gemeinden – ich würde den Schnitt bei etwa 10 000 Einwohnern ansetzen – wird meiner Meinung nach kein Stein auf dem anderen bleiben. Das bedeutet: Sie müssen eine Gebietsreform machen.

(Widerspruch bei der SPD – Beifall der Abg. Schneider CDU und Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nein, nein! Das haben wir lang diskutiert! Sie haben sich gar nicht damit auseinander gesetzt!)

Sie können dies nicht durchziehen, gar keine Frage. Ich weiß das von der Praxis her. Ich weiß, wovon ich rede. Wir von der CDU-Fraktion lehnen das eindeutig ab. Wir sind gegen die Konsequenz dieser Gebietsreform, die sich aus Ihren Vorschlägen automatisch ergibt.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben mehrere Seminare darüber gemacht! Erzählen Sie mir doch einmal: Warum soll sich das ergeben?)

Jetzt frage ich mich: Wie wird Ihr Vorstoß denn von der Bevölkerung bewertet? Ich kann nur einmal die Pressestimmen zitieren, die es dazu gibt. Ich habe auch welche mitgebracht, Herr Drexler, nachdem Sie so schön zitiert haben. Da steht einmal in der „Badischen Zeitung“: „Bürgernähe geht verloren“. Und im „Südkurier“ steht: „Bürokratie auf dem Prüfstand“. Wenn ich jetzt noch den Inhalt lese und merke, dass der Gemeindegtag dagegen ist und der Landkreistag – –

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Boris Palmer GRÜNE)

– Gut, beim Landkreistag kann ich das ja verstehen. Aber dann lese ich vom DGB, dass er dafür sei. Da frage ich, wo mehr Sachverstand sitzt: beim Gemeindegtag, beim Landkreistag oder beim DGB?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn ich dann noch die Begründung des Herrn Bliesener lese, lässt mich das nur staunen. Er sagt, das Konkurrenzdenken der Bürgermeister und Landräte würde Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land gefährden. Da kann ich nur milde lächeln.

(Abg. Drexler SPD: Sprechen Sie einmal mit der Wirtschaft!)

Der Mann hat ja keine Ahnung. Es lässt auch tief blicken, wie ein solcher Funktionär für die Gewerkschaft denkt. Er denkt wahrscheinlich: „Konkurrenz belebt das Geschäft“ ist für mich ein Fremdwort.

(Abg. Drexler SPD: Über was reden Sie eigentlich?)

Das kennt er wahrscheinlich gar nicht: Konkurrenz belebt das Geschäft. – Ich rede über Herrn Bliesener und seine Bewertung der Reform.

(Abg. Drexler SPD: Der steht doch gar nicht zur Debatte! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Heinz)

– Ja, doch. Mit dem muss man sich auch auseinander setzen.

(Abg. Göschel SPD: Aber woanders!)

Wenn ich dann sehe, dass wir – da sage ich einfach einmal „wir“ – im kommunalen Bereich durch einen gesunden Wettbewerb Arbeitsplätze schaffen, Gewerbegebiete ausweisen und Infrastruktur schaffen,

(Abg. Fischer SPD: Das gibt es doch nachher auch noch!)

dann wird da doch im Prinzip eher die Wirtschaft vorangebracht, als dass, wie Bliesener sagt, die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze gefährdet würden. Das halte ich wirklich für an den Haaren herbeigezogen.

Dann haben die FDP/DVP und auch der Steuerzahlerbund Herrn Hesse beauftragt. Auch Hesse kommt zu völlig anderen Ergebnissen als Sie. Ich halte das, was er meint, im Prinzip noch eher für machbar als das Konzept, das Sie durchführen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Ohne konsequente Einsparung, das ist mir schon klar!)

Wir hätten bei Ihrem Vorschlag – ich sage es noch einmal – Mammutbehörden, die Millionen von Einwohnern verwalten. Das ist wirklich das Gegenteil von bürgernah und effizient.

(Abg. Bebbler SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht! Sie haben nichts kapiert!)

Dann gehe ich noch einen Schritt weiter. Ich weiß nicht, ob Sie das schon getan haben. Sie müssten für diese neuen Einrichtungen neue Behörden bauen.

(Abg. Drexler SPD: Müssten wir überhaupt nicht!)

Riesige Zentren würden entstehen.

(Abg. Drexler SPD: Gar nicht! Bei den vielen Behörden, die wir haben! Jetzt wird ein Popanz aufgebaut!)

Das wird ja noch schlimmer. Wenn Sie jetzt hergingen und sagten, Sie bauten nichts Neues, dann müssten Sie wahrscheinlich in irgendeiner zentralen Behörde einmal einen Teil machen, und dann müssten Sie den Bürgern erklären: „Die Jagdgeschichte machen Sie da, und das andere machen Sie dort.“ Das kannst du doch vergessen!

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch bei den Bürgermeisterämtern! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Das ist doch hinterher völlig unübersichtlich. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist nicht der große Wurf, Herr Drexler. Das können Sie vergessen!

(Abg. Fischer SPD: Das tut schon weh!)

Jetzt komme ich zu dem Teil, bei dem wir, wie ich meine, weitermachen müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt sind wir gespannt!)

Ich glaube, es gibt keine Alternative – in diesem Punkt sind wir vielleicht einig – zu einer Verschlinkung der Verwaltung. Dazu gibt es keine Alternative.

(Abg. Drexler SPD: Sie schaffen es doch gar nicht!)

Wir sind aber auch gesprächsbereit, und wir führen bereits Gespräche über die Neuordnung von Bereichen in den unteren Sonderbehörden. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode angefangen. Wir werden das weiterhin prüfen. Seien Sie versichert: Da, wo es Synergieeffekte gibt, werden wir diese heben. Das ist gar keine Frage.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich persönlich will noch ein Beispiel geben. Das, was Sie uns anbieten – ich stelle einmal einen Vergleich an –, ist so, dass ich sage: Sie wollen lieber große Tanker als kleine Schiffe bauen. Ich persönlich würde dafür plädieren, kleine Schiffe zu bauen. Kleine Schiffe sind wendig und schnell. Große Tanker sind langsam und reagieren, wenn man das Steuer herumwirft, sehr, sehr langsam. Deshalb denke ich: Wir brauchen eher kleine, wendige, schnelle Schiffe in der Verwaltung als viele große Tanker.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ihre großen Tanker will ich nicht haben.

(Abg. Drexler SPD: Welche haben wir denn?)

Wir sind eindeutig dafür, dass wir das Subsidiaritätsprinzip in der Verwaltung von oben herunter, von Europa bis hinunter zur Kommune, konsequent durchsetzen.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen es doch nicht!)

Dies machen wir auch,

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

und für dies stehe ich ein.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Wir müssen nach der letzten Legislaturperiode an der Reform der Sonderbehörden weiterarbeiten und in dieser Legislaturperiode sicherlich auch einmal nach innen in die Verwaltung schauen.

Wir müssen uns im Bereich der NSI-Steuerung,

(Abg. Drexler SPD: Oh Jesses, der größte Flop des Jahrhunderts!)

im Bereich von E-Government voranbringen. Ich denke, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Ich glaube auch, dass es keine Alternative dazu gibt, die Verwaltung weiterhin zu modernisieren. Wenn ich einen Blick darauf werfe – Sie tun es gelegentlich auch –, wie wir im Land Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern dastehen, muss ich, wenn ich den kommunalen Sektor anschau, feststellen: Es gibt kaum leistungsfähigere Kommunen und Landkreise als hier in Baden-Würt-

(Heinz)

temberg. Da können Sie den Rest der Republik nördlich des Weißwurstäquators, wo Sie regieren, abschreiben. Und wenn ich schaue, wie viele dieser Länder etwas von Baden-Württemberg übernommen haben, meine ich, dass es auch nicht so falsch sein kann, wie wir uns positionieren.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Landesverwaltung. Auch hier sind wir, denke ich, eher im vorderen Bereich. Wenn Sie die Ergebnisse anschauen, sehen Sie: Wir brauchen hier keinen Vergleich zu scheuen. Wir halten die Spitze. Seien Sie versichert, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wir werden alles daransetzen, dass wir auch weiterhin die Spitze halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ja, wo?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Regierungs- und Verwaltungsreform ist nicht erst seit der heutigen Diskussion aktuell. Deshalb haben wir auch schon frühzeitig, gestützt auf das Hesse-Gutachten, das vorhin angeführt worden ist, eine umfassende Konzeption und sehr detaillierte Vorschläge vorgelegt. Wir wissen nun in der Zwischenzeit auch, was die SPD-Fraktion will, und auch die Grünen haben an den Reformzug einen Waggon angehängt – gegenwärtig, würde ich sagen, handelt es sich eher noch um ein Wägele.

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist mit der CDU?)

– Darauf komme ich noch.

Aber wie dem auch sei, ich halte eigentlich nicht viel davon, zu sagen: Weil das Land Baden-Württemberg glücklicherweise schon 50 Jahre besteht und weil die letzte Reform ein Vierteljahrhundert zurückliegt, müsse mal wieder eine neue her. Das für sich allein ist keine ausreichende Begründung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Das hat auch niemand gesagt!)

Aber dass sich in der Zwischenzeit insbesondere die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit verstärkt hat, und zwar aufgrund des globalen Wettbewerbs, aufgrund europäischer Verhältnisse und, und, und, das ist schon ein viel besseres Argument. Vor allem meinen wir, dass eine Haushaltsstrukturkommission, die sich angesichts der wohl anhaltenden Finanznot richtigerweise vorgenommen hat, sämtliche Strukturen auf den Prüfstand zu stellen, schlicht und einfach zu kurz springt, wenn sie die Strukturen einer Regierungs- und Verwaltungsreform außen vor lässt. Das muss in diese Kommission hinein, sonst wird man immer zu kurz springen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Vorhin hat der Kollege Heinz ganz richtig erwähnt, dass es eine beachtliche Reihe von Einzelmaßnahmen gibt, die durchgeführt worden sind. Ich habe sie mir auch aufgeschrieben. Aus der Zeitnot heraus will ich sie gar nicht aufzählen, sonst bräuchte ich allein dafür eine Viertelstunde. Ich könnte gerade wegen der Regierungspräsidien noch hinzufügen: immerhin 100 Aufgaben abgebaut, 50 Referate, über 30 % des Personals, 100 Sonderbehörden-Außenstel-

len zusammengelegt, wieder 1 400 Personalstellen weniger mit allen Vor- und Nachteilen. Ich finde, Sie haben vorhin zu Unrecht etwas gelacht, als Sie das Behördenqualitätsverbesserungsmanagement „Neue Steuerungsinstrumente“ nicht mit eingebunden haben. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Wir haben dazu eine Anhörung gemacht! Da hätten Sie dabei sein sollen!)

Trotz all dieser Einzelmaßnahmen, die beachtlich sind, ist nach unserer Meinung ein ganzheitlicher Ansatz notwendig. Man braucht eine Struktur, um Einzelmaßnahmen sinnvoll ableiten zu können. An dieser Strukturüberlegung müssen wir nach unserer Meinung ansetzen. Das sind die Grundsätze, die wir haben: Das ist Subsidiarität, das ist Kommunalisierung, und das ist Konzentration.

(Abg. Stickelberger SPD: Bravo!)

Unter Subsidiarität verstehen wir übrigens erstens in erster Linie Vorrang der Privaten, nicht nur Vorrang der privatwirtschaftlichen Erledigung, sondern Vorrang nicht staatlicher Erledigung bis hin zu sozialen Gruppen und zu ehrenamtlicher Tätigkeit.

Zweitens: Dort, wo der Staat bleibt – er wird immer bleiben; das ist auch recht so –, brauchen wir eine breit angelegte konsequente Verlagerung von Zuständigkeiten von oben nach unten. Kommunalisierung heißt, wann und wo immer möglich die staatliche Erledigung von Verwaltungsaufgaben in kommunale Hände zu geben. Denn eines haben wir doch alle gelernt, die wir irgendwie schon einmal kommunal vor Ort tätig waren: Die direkte und unmittelbare Tuchfühlung des Bürgers zu den Verantwortlichen stärkt Effizienz und Effektivität.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Deshalb muss man auch sagen: Dass die Kommunen ihren Job – angefangen bei der erwähnten Vorsorge für Pensionsleistungen bis hin zum Thema Verschuldung – unstreitig am besten gemacht haben, ist auch das beste Argument für eine handfeste Reform zugunsten der Kommunen mit der Verlagerung von mehr Verantwortung nach unten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Nach unserer Reformlogik – ich hoffe, wir sind da nicht allein – baut sich der Staat von unten nach oben auf. Deshalb entspricht es unserer Reformlogik, dass wir natürlich auch von oben nach unten

(Abg. Drexler SPD: Delegieren!)

verschlanken. Meine Damen, meine Herren, es ist doch ganz klar, dass man die Ministerressorts dabei nicht einfach außen vor lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das hat man auch in der Vergangenheit nicht getan. Wir haben schon zu Beginn unserer Koalition die Zahl der Ministerien von elf auf neun reduziert. Das wird man auch in Zukunft immer wieder diskutieren müssen. Das hat überhaupt

(Hofer)

nichts mit Majestätsbeleidigung zu tun. Vielmehr müssen die Ergebnisse auch als Erstes oben sichtbar sein, wenn eine Verwaltungsreform von oben nach unten ansetzt. Das ist eine Logik, um die man meines Erachtens nicht herumkommt.

Lieber Herr Drexler, ich habe vorhin gehört, es würde nicht genügend gemacht, was die zahlenmäßige Verringerung der Landesoberbehörden und -mittelbehörden angeht. Das Hesse-Gutachten kommt zu einer zahlenmäßig viel größeren Verringerung, als Sie mit der Schaffung von Regionalämtern anstreben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann man sagen! Ja!)

Nicht umsonst ist der Bund der Steuerzahler darüber ganz erfreut – was nicht immer richtig ist; denn es geht nicht nur um Einsparung, sondern auch um die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Verwaltung.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Übrigens – weil vorhin das Thema Länderaufgliederung angesprochen worden ist, Herr Heinz – machen wir auch andere Vorschläge. Ich bin da auch guten Willens, aber ich weiß auch, dass es da einige Hürden gibt. Wir schlagen vor – wieder gestützt auf das Gutachten –, doch wenigstens einen ersten Schritt zu machen und einmal zu überlegen, ob man Länderkooperation nicht durch gemeinsame Einrichtungen verstärken kann. Das kann man insbesondere dort machen – da gibt es ganz detaillierte Vorschläge –, wo es um spezialisierte Dinge oder um reine Bildungseinrichtungen geht. Eine Feuerweherschule etwa könnte das Land Baden-Württemberg auch zusammen mit einem anderen Bundesland schaffen. Man kann sich selbst einmal überlegen, ob jedes Bundesland ein Landeskriminalamt haben muss. So könnte man nicht nur über Ländervereinigung reden, sondern möglicherweise erst einmal eine Zusammenarbeit praktizieren. Dann tut man sich nachher vielleicht auch leichter.

Außerdem schlagen wir vor, dass man zusätzlich verstärkt Landesbetriebe einrichtet, zum Beispiel für die Forstwirtschaft.

Vorhin wurde, glaube ich, das Thema Schulverwaltung angesprochen: Wir machen ganz konkrete Vorschläge, wie man durch mehr Autonomie bei den Schulen selbst die Lasten der Behörden bei der Erledigung von Aufgaben verringert und dadurch zu einem Wegfall einer Verwaltungsebene kommt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich werde nachher auch sagen, wie wir weiter damit verfahren wollen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ah ja!)

Übrigens kommen Sie ja bei den Ministerien nahezu deckungsgleich zu den gleichen Ergebnissen wie das Hesse-Gutachten. Erst habe ich gedacht, das sei ein weiteres Plagiat; daran hätten wir uns schon langsam gewöhnt. Aber selbst wenn das so wäre: Ein Plagiat ist die beste Form der Bestätigung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Jetzt komme ich zu dem Bereich, bei dem wir nicht mehr einer Meinung sind. Das ist kein Detail, wie Herr Drexler meint, sondern es gehört für uns zum Gesamtaufbau dazu. Da gehen die Meinungen eindeutig auseinander. Das ist das Thema

(Abg. Pfister FDP/DVP: Regionalkreise!)

Regionalkreise. Das ist kein ganz taufrischer Vorschlag. Manche sagen, das sei ein Ladenhüter. Ich erinnere an die Achtzigerjahre, an Regierungspräsident Bulling.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Viel früher! Das war in den Siebzigerjahren!)

– Noch früher. – Uns ist es damals schon aufgestoßen. Allerdings – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen – haben wir diesen Vorschlag früher auch in Betracht gezogen. Es ist nicht so, dass dieser Vorschlag völlig neu wäre. Aber – und da bitte ich Sie einfach, in die Diskussion und in die Überlegungen mit einzusteigen – dieser Vorschlag ist in der Zwischenzeit durch die Entwicklung, insbesondere durch die regionale Entwicklung, überholt. Es hat sich auch gezeigt, dass er für eine Umsetzung – wir dürfen nicht nur von Reformen reden; beim Reden besteht kein Defizit; das Defizit besteht bei der Umsetzung – kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Erstens einmal bin ich nicht der Meinung, dass das Land Baden-Württemberg am Stuttgarter Wesen genesen sollte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wäre ja noch schöner!)

Wir haben immer gesagt: Stuttgart hat seine Arbeit gut gemacht. Die Region soll diese Arbeit fortführen. Aber regionale Entwicklung heißt auch regionale Vielfalt und Eigentümlichkeiten. Eine regionale Arbeit gestaltet sich in einer grenzüberschreitenden Gegend – im Dreiländereck, im Rhein-Neckar-Dreieck – völlig anders als in der Metropolregion Stuttgart.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Am Bodensee ist es anders als in einem Gebiet des ländlichen Raums. Dies alles über einen Kamm zu scheren schadet einer Regionalentwicklung und tut ihr nicht gut.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist unsere Meinung. Wir sind sehr viel mehr für eine projektbezogene, vernetzende Zusammenarbeit. Da gefällt mir das Karlsruher Beispiel, die Technologieregion Karlsruhe, ausgezeichnet. Diese Art der Zusammenarbeit soll weiterhin stattfinden dürfen.

Der Vorschlag der SPD – hier stimme ich dem Kollegen Heinz zu – bezüglich der Regionalämter führt nun wirklich nicht zu mehr Bürgernähe. Er bewirkt das krasse Gegenteil, nämlich einen Verwaltungszentralismus ältester Prägung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich muss Ihnen sagen – Sie können dies abstreiten, wie Sie wollen –: Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat Recht.

(Hofer)

Die notwendige Folge wäre dann auch eine neue Gemeindegebietsreform. Das geht gar nicht anders. Wenn Sie auf der einen Seite Regionalkreise mit über 1 Million Einwohner haben, über die Hälfte der Kommunen jedoch weniger als 5 000 Einwohner hat, dann passt das nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist eindeutig.

Ich sage Ihnen auch: Lassen Sie uns über den Vorschlag der SPD bezüglich der Regionalämter ruhig diskutieren. Ich bin dafür sehr dankbar, denn man muss immer beide Seiten sehen. Er ist, was die Umsetzung angeht, kontraproduktiv. Ich weiß, je rigoroser ein Vorschlag ist, desto größer ist die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und desto öffentlichkeitswirksamer ist dieser Vorschlag.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

aber desto unwirksamer ist er bei der Umsetzung. Dies ist eine Vorgehensweise nach dem Motto „Alles auf einmal, alles zur gleichen Zeit: weg mit den Regierungspräsidien, weg mit den Landkreisen und noch schauen, was man mit den Kommunen macht“. Ein Vorgehen nach einem solchen Motto hat in der Bundesrepublik jedes Mal zu gescheiterten Reformen geführt. Das können wir uns nicht mehr erlauben.

Wir wollen also – ich komme zum Schluss – die Landkreise nicht abschaffen, sondern wir wollen sie über die Regionalentwicklung stärken. Wir wollen die Regierungspräsidien in ihrer Struktur bis hin zu ihrer Zahl und ihrem Bestand ständig weiter überprüfen. Wir wollen die Landkreise nicht abschaffen, sondern stärken und dort staatliche Aufgaben kommunalisieren. Dazu gehört bei uns übrigens notwendigerweise auch die Direktwahl des Landrats. Wir wollen weitere Sonderbehörden einbinden oder sie dort, wo dies nicht geht, wenigstens zusammenlegen.

Vor allem aber – und darauf läuft bei uns alles hinaus – wollen und müssen wir den Kommunen mehr Gestaltungsräume bieten. Dafür setzen wir uns ebenso ein wie für die Konnexitätsfinanzierung, die dann ebenfalls eingeführt sein muss, denn sonst geht es natürlich nicht.

Wie geht es jetzt weiter? Unsere Vorschläge sind im Detail derartig ausgearbeitet, dass wir in den nächsten Wochen als Erstes einmal die kommunalen Landesverbände dazu anhören wollen, was sie davon halten. Natürlich sind wir in der Koalition Realisten und werden uns auch vertrauensvoll an unseren Koalitionspartner wenden.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr schön! – Abg. Drexler SPD: Der lässt euch vertrauensvoll auflaufen!)

Denn der Umstand, dass von dort bisher noch nicht so furchtbar viel Konkretes gekommen ist, ist kein Hinweis darauf, dass es dort keine Vorstellungen gibt.

(Zuruf von der SPD: Schön formuliert! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Drexler)

Übrigens haben wir, lieber Herr Drexler, im nächsten Jahr die Möglichkeit, eine Art Bürgeranhörung über die Kommunalwahlen zu machen. Dabei werden wir unser Konzept

und Ihr Konzept gegenüberstellen und dabei sehen, was Bürger unter Bürgernähe verstehen und was nicht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt hat er eine Karte dabei! – Abg. Pfister FDP/DVP: Er bringt eine Karte mit! Sollen wir sie aufhängen?)

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Man muss es ja einmal ein bisschen spannender gestalten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Verwaltungsstrukturereform beschäftigt den Landtag in einer dynamischen Reihenfolge seit tatsächlich 50 Jahren. Das Ergebnis der bisherigen Reformen darf ich Ihnen einmal schaubildlich darstellen.

(Der Redner entrollt ein Schaubild „Aufbau der Landesverwaltung Baden-Württemberg“.)

Dieses Schaubild habe nicht ich erstellt, sondern es stammt aus dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wenn Sie sich dieses Schaubild einmal vergegenwärtigen – ich weiß nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer von Ihnen sich die Mühe gemacht hat, dieses Schaubild einmal genau zu verfolgen; ich zeige es auch den Sozialdemokraten –,

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Wir kennen es auswendig! – Abg. Hofer FDP/DVP: Wir kennen es auch! Zeigen Sie es einmal in die eigenen Reihen!)

werden Sie schnell feststellen, dass die Landesverwaltung in zahlreiche vertikale und horizontale Ebenen gegliedert ist. In diesen Strukturen arbeiten, wenn man die Universitäten und Kliniken hinzunimmt, 280 000 Menschen – und das auf der Basis einer Reform, Herr Kollege Heinz, die im Jahr 1970 begonnen wurde und 1973 abgeschlossen war. Vorbei an allen gesellschaftlichen Entwicklungen haben sich grundsätzliche Reformen in der Landesverwaltung seitdem nicht mehr durchsetzen lassen.

Unser Anliegen ist nun Folgendes – da können Sie abwinken, solange Sie wollen, Herr Kollege Heinz, es bleibt trotzdem richtig –: Wir müssen in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen doch wenigstens einmal evaluieren, ob die Strukturen der Landesverwaltung mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen und mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes noch übereinstimmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Das ist unser wichtigstes Anliegen.

(Oelmayer)

Ich darf drei weitere Punkte benennen, die erklären, warum wir der Meinung sind, dass die Verwaltungsstrukturreform auf die Agenda dieses Landtags gehört.

Erstens: Wir haben schon den ganzen Morgen von Sparzwängen gehört, darüber gesprochen und diskutiert. Man kann nun darüber streiten, ob 1 Milliarde oder 2 Milliarden € fehlen. Dieser Streit ist müßig. Tatsache ist, dass große finanzielle Einbrüche vor uns stehen, dass wir sparen müssen. Jetzt geht es einfach darum, dass wir natürlich nicht nur punktuell und partiell sparen können und sollten, sondern dass wir strukturell sparen sollten.

Allein deswegen ist eine Verwaltungsstrukturreform nicht so zu machen, wie Sie das seit Jahren machen wollen: in Einzelbereichen einmal einige Behörden zu fusionieren, Aufgaben auf Landesbetriebe zu übertragen, in geringem Umfang vielleicht auch Aufgaben und Stellen abzubauen.

(Abg. Heinz CDU: 10 000 Stellen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aber bei gleichen Strukturen!)

Das will ich ja gar nicht bestreiten. Das alles findet aber bei gleich bleibenden Strukturen statt und nicht – da gebe ich Herrn Kollegen Hofer Recht – auf der Grundlage eines ganzheitlichen Konzepts.

Ein Weiteres, was ich Ihnen, Herr Kollege Heinz – das gilt auch für die CDU insgesamt und für den Herrn Innenminister –, an dieser Stelle einmal ins Stammbuch schreiben möchte: Wenn Sie sich einmal mit dieser Frage befassen und sie ganzheitlich angehen wollten, dann schauen Sie sich einmal den Landesentwicklungsplan an, der gerade fortgeschrieben worden ist. Da werden Sie schnell feststellen, dass sich die Bedeutung der Regionen in den vergangenen Jahren – auch nach Ihrer Auffassung, denn der fortgeschriebene Landesentwicklungsplan kommt ja von Ihrer Landesregierung – sehr verändert hat. Aber an den Verwaltungsstrukturen wollen Sie keine Veränderung vornehmen. Das passt einfach nicht zusammen. Das bedeutet tatsächlich: Sie sind nicht nur reformresistent, sondern Sie sind auch beratungsresistent, und das ist immer schlecht für ein Land und für die Entwicklung eines Landes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ach was! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Weil jetzt auch mehrfach zitiert worden ist, darf auch ich mir noch zwei oder drei Zitate erlauben, die durchaus interessant sind, Herr Kollege Drexler, zum Beispiel was den hier gerade nicht anwesenden Ministerpräsidenten betrifft.

(Abg. Drexler SPD: Au!)

Er hat einen Brief an alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg geschrieben und darin vieles vorgetragen.

(Zuruf von der CDU: Das gab viel positive Resonanz!)

Ich will das im Einzelnen gar nicht bewerten. Aber an einer Stelle hat er einen Satz formuliert, aus dem, wie ich meine, Kollege Drexler, hervorgeht, dass er wohl doch weiß, wozu es in der Zukunft geht. Er sagt nämlich: „Darüber hi-

naus ist eine Strukturreform im öffentlichen Dienst dringend erforderlich.“

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Hört, hört!)

Wenn er das den Beschäftigten des Landes schreibt, dann hat er sich – das unterstelle ich beim Ministerpräsidenten – auch etwas dabei gedacht. Dahinter kann sich eigentlich nur die Überlegung verbergen, auch Strukturreformen herbeizuführen.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Besoldungsstruktur!)

– Vielleicht auch bei der Besoldungsstruktur.

Ich zitiere den Ministerpräsidenten noch einmal, weil er später, am 28. Dezember, in der „Schwäbischen Zeitung“ gesagt hat: Wir haben eine Aufgabe für das neue Jahr, das Behördendickicht zu lichten und Behörden abzubauen. Wenn er das ernst meint, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, dann brauchen wir eine konzertierte Aktion in diesem Landtag, um die Verwaltungsstrukturen des Landes zu reformieren.

Zwei weitere Punkte möchte ich in dieser ersten Runde noch erwähnen.

Erstens: Aufgabenabbau. Ich habe mir die Mühe gemacht, auch hier wieder eine Internetseite des Innenministeriums abzurufen – das ist manchmal ganz sinnvoll –

(Abg. Drexler SPD: Ui!)

– Kollege Drexler, das ist gar nicht so schlecht –, aus der man feststellen kann, dass die Mär, dass es immer mehr Gesetze und Verordnungen gebe,

(Abg. Hofer FDP/DVP: 622 Gesetze!)

weswegen man immer mehr Menschen im öffentlichen Dienst brauche, jedenfalls nach Auffassung des Innenministeriums dieses Landes nicht stimmt. Wir haben einen Rückgang vom Jahr 1982 – das war hier der Ausgangspunkt – zum Jahr 2000 in der Größenordnung von 25 %.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Darauf sind wir stolz!)

Im Land; selbstverständlich im Land.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Große Leistung!)

Wenn dies stimmt, Herr Innenminister und Herr Kollege Hofer,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das stimmt!)

und wenn das, was auf Ihren Internetseiten steht, richtig ist, dann kann es aber bei zurückgehenden Aufgabenstellungen nicht sein, dass wir am 31. Dezember 2001 den höchsten Personalstand mit den meisten Strukturen und den meisten Ämtern in der Geschichte dieses Landes überhaupt hatten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Insofern passt auch diese Ihre Veröffentlichung damit nicht zusammen.

(Oelmayer)

(Abg. Blenke CDU: Herr Oelmayer, Sie müssen aber auch Schwerpunkte setzen!)

Ein Weiteres kommt natürlich hinzu – Herr Kollege Drexler hat es zu Recht angesprochen; auf dem vorhin gezeigten Schaubild kann man das leicht sehen –: Wir sind doch sicherlich einer Meinung – da will ich dem Landwirtschaftsminister gar nicht zu nahe treten –, dass die Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Land nicht zu-, sondern abnimmt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wenn die Bedeutung abnimmt, dann nehmen die Aufgaben ab, Kollege Scheuermann. Und wenn die Aufgaben abnehmen, dann müssen wir reformieren, und dann müssen wir uns überlegen, welche Einsparmöglichkeiten zum Beispiel bei Flurneuordnungen möglich sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das geht aber weit darüber hinaus!)

Wenn Sie das nicht überlegen, dann vergeuden Sie personelle und materielle Ressourcen des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ein letzter Punkt, auf den ich zu sprechen kommen möchte, ist der Verfahrensvorschlag. Es ehrt die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses, dass sie ein aus ihrer Sicht fertiges Konzept auf den Tisch gelegt hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nach uns!)

Wir können dem Konzept nicht alles, aber manches abgewinnen. Die Bedeutung der Regionen spricht zunächst einmal für Regionalkreise.

Man kann aber natürlich auch anders vorgehen, und das war unser Vorschlag, unsere Überlegung, auf die wir doch gern noch eine Antwort hätten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie haben eine Pressekonferenz gemacht, weiter gar nichts!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen führen wir heute eine Debatte: Wir wollen das gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Wir sind uns der demokratischen Spielregeln bewusst. Wir haben nicht die Mehrheit in diesem Haus; wir können aber als Opposition Ideengeber sein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jawohl! – Abg. Hofer FDP/DVP: Die müssen Sie auch mal zu Papier bringen!)

Wenn Sie sich über unsere Ideen und Vorstellungen mit uns austauschen wollen, dann wollen wir für diese zentrale Aufgabe eine Enquetekommission einsetzen. Diese macht aber dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, keinen Sinn – Kollege Heinz, da schütteln Sie zu Recht den Kopf –, wenn Sie nicht bereit sind, die Debatte offen und meinestwegen auch ergebnisoffen – deswegen gibt es von unserer Fraktion kein fertiges Konzept – zu führen. Wenn Sie dazu nicht bereit sind, dann verkennen Sie die wichtigen Zukunftsaufgaben der Landespolitik und tun so, als habe sich in den vergangenen 30 Jahren nichts verändert. Vielleicht hat sich in Ihrer Fraktion und in Ihrem Kopf nichts verän-

dert, aber gesellschaftlich, strukturell, wirtschaftlich und bei den Lebensverhältnissen der Menschen haben sich viele Veränderungen ergeben. Diese müssen wir in der Verwaltung und in der Verwaltungsstruktur des Landes aufnehmen. Ich fordere Sie auf, in gutem demokratischem Geschäftsgebaren den Austausch mit allen Fraktionen dieses Hauses über die Verwaltungsstrukturreform zu suchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Das wollen die nicht!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Des Pudels Kern bezüglich des Streites über das richtige Vorgehen bei der Verwaltungsreform liegt meines Erachtens in Folgendem: Die einen halten für die Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg einen dreistufigen Verwaltungsaufbau für richtig, also Landkreise, Stadtkreise und Große Kreisstädte auf der unteren Ebene, dann die Regierungspräsidien als Mittelinstanz und schließlich die Ministerien. Die anderen sagen: Wir verringern die Zahl der Landkreise; sie werden zu Regionalkreisen – das ist dann die untere Ebene –, die dann so groß sind, dass die mittlere Ebene, die Regierungspräsidien, nicht mehr notwendig ist. Dies ist dann ein zweistufiger Verwaltungsaufbau.

Ich glaube, ich habe schon in der letzten Debatte im Juli 2001 gesagt: Beide Denkschulen sind nach meiner Überzeugung in sich schlüssig, aber es sprechen eben überwiegend Gründe dafür, beim dreistufigen Verwaltungsaufbau zu bleiben und diesen dreistufigen Verwaltungsaufbau weiterhin zu optimieren. Die wesentlichen Gründe dafür, die zum Teil schon genannt worden sind, sind Folgende: Wenn Sie aus den jetzt 35 Landkreisen und neun Stadtkreisen acht oder zwölf Regionalkreise bilden würden, wäre dies nicht mit einem Mehr an Bürgernähe verbunden, sondern mit einem Weniger an Bürgernähe. Dies ist auch schon gesagt worden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wieso denn?)

Das Zweite, was ich in diesem Zusammenhang auch immer mit in die Überlegungen einzubeziehen bitte – Herr Kollege Drexler, eigentlich sind das keine parteiideologischen Überlegungen –, ist:

(Abg. Drexler SPD: Nein, das glaube ich auch nicht!)

Wenn wir acht oder auch zwölf – manchmal wechselt die Zahl, wie viele sinnvoll wären – Regionalkreise in Baden-Württemberg hätten – ich glaube, das hat vorhin auch Kollege Heinz angeführt –, dann hätten wir Landkreise in Form von Regionalkreisen – ich weise immer darauf hin, dass dies nach wie vor Landkreise wären; denn die Landkreise können Sie gar nicht abschaffen;

(Zuruf: Richtig!)

sie haben ja in der deutschen Verfassung die Institutsgarantie – in der Größe von Regionen. Wir hätten dann Landkrei-

(Minister Dr. Schäuble)

se, die größer wären als manches Bundesland in Deutschland. Dies kann aber nicht im Interesse von Baden-Württemberg liegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Warum denn? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Aus diesem Grund – verehrter Herr Kollege Stickelberger, Sie sind ja rationalen Argumenten in besonderer Weise zugänglich, wie ich weiß –

(Abg. Stickelberger SPD: Bei Ihnen immer!)

mache ich auch darauf aufmerksam – und das wissen Sie auch –: Baden-Württemberg hat schon heute die zweitgrößten Landkreise Deutschlands. Übrigens sind unsere Landkreise viel größer als die in Bayern, das Sie uns dauernd im Sinne des Wettbewerbs vorhalten.

(Zuruf: Wir haben die doppelte Anzahl!)

Wir haben schon heute die zweitgrößten Landkreise Deutschlands, und keines der anderen Bundesländer, die zum Teil von Ihrer politischen Couleur geführt sind, die kleinere Landkreise haben, denkt daran, im eigenen Bundesland Landkreise durch Regionalkreise ersetzen zu wollen. Dies hat doch auch seinen Grund.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jetzt plötzlich!)

Ich darf jetzt um eines herzlich bitten.

(Abg. Stickelberger SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Darf ich den Satz noch kurz zu Ende sprechen? – Mit großem Wortschwall wird insbesondere von Herrn Kollegen Oelmayer immer wieder kritisiert, dass wir Ihnen in dieser Kernfrage – wie gesagt, des Pudels Kern bei dieser Streitfrage ist dieser Punkt – nicht nachgeben oder, besser gesagt, dass wir Ihnen da nicht auf den Leim gehen, sondern bei unserer richtigen Auffassung bleiben. Es ist aber absurd, deswegen permanent den Vorwurf zu erheben: Bei der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg geschieht nichts. Das ist infam.

Bitte, Herr Stickelberger.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Das Wort zu einer Zwischenfrage erhält Herr Abg. Stickelberger.

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Innenminister, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass Sie nicht erwähnt haben, dass mit der Bildung der Regionalkreise nach unserem Konzept gerade eine Aufgabenverlagerung nach unten einhergeht, nämlich bezüglich jener Aufgaben, die den Bürger unmittelbar und elementar betreffen? Und stimmen Sie mir auch zu – nachdem Sie früher ja auch eine Große Kreisstadt als Oberbürgermeister geführt haben –, dass sich in der Vergangenheit gerade die Großen Kreisstädte als untere Verwaltungsbehörden bewährt haben, dass also die Aufga-

benverlagerung nach unten, die Vorbild für unseren Vorschlag ist, in der Vergangenheit funktioniert hat?

Danke schön.

(Zurufe)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich stimme Ihnen gerne zu. Kollege Stickelberger hat ja schon das besondere Recht auf eine angemessene Antwort.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nur er?)

Ich stimme bei der ersten Frage schon zu, dass bei Regionalkreisen das Thema Aufgabenverlagerung vielleicht noch anders gesehen werden könnte als beim jetzigen System, wie auch beide Modelle ja Vor- oder Nachteile haben. Aber es wäre für mich aus den genannten Gründen nicht so viel wert, dass wir auf das bisherige Modell des dreistufigen Aufbaus, insbesondere auf die Landkreise in ihrer bisherigen Größenordnung und auf die Regierungspräsidien, verzichten sollten. Denn das hätte ja die anderen vorhin schon genannten nachteiligen Folgen.

Was das andere Thema angeht: Bei den Großen Kreisstädten, verehrter Herr Kollege Stickelberger, können Sie uns nicht überholen, und das brauchen Sie auch nicht. Wir sind ja vom Wert der Großen Kreisstädte überzeugt und im Übrigen froh darüber, dass deren Zahl permanent steigt. Wir nähern uns in Baden-Württemberg ja allmählich der Zahl 100 bei den Großen Kreisstädten an. In diesem Punkt sind wir einer Meinung.

Wichtig ist für die Diskussion – nicht nur für die zweite Runde, sondern über den Tag hinaus; das Thema bleibt uns ja erhalten –:

(Abg. Drexler SPD: Hoffentlich!)

Ich bitte einfach, möglichst im Konsens zu sehen, dass der eigentliche Streit von dieser von mir vorhin beschriebenen Kernfrage ausgeht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Aus diesem Grund sollte man nicht immer so tun, als würde in Baden-Württemberg überhaupt nichts geschehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Im Gegenteil, von den Kollegen Heinz und Hofer ist vorhin ja schon aufgezählt worden – ich brauche das nicht zu wiederholen –, was in den letzten Jahren – auch in den letzten Legislaturperioden, mit Ihnen in der großen Koalition, aber auch seit 1996 – alles bewirkt worden ist.

Herr Kollege Oelmayer, ich darf Sie noch einmal ansprechen: Wir haben in den letzten Jahren 10 000 Stellen abgebaut. Es ist deshalb nicht in Ordnung, wenn Sie sagen, wir seien sozusagen auf dem Höchststand.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sie wissen nämlich genau – auch Sie, Frau Kollegin Dederer –, dass wir die Stellen, die wir im Verwaltungsbereich abgebaut haben – die Verwaltung ist also schlanker geworden –, sozusagen in Lehrerstellen, in Stellen für die Polizei

(Minister Dr. Schäuble)

und in Stellen für die Hochschulen umgewandelt haben. Das war doch das absolut richtige Vorgehen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Daran kann man doch keine Kritik üben.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Ich darf noch ein paar Bemerkungen zum Thema Ministerien machen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Der Zuschnitt der Ministerien ist immer im Rahmen von Koalitionsverhandlungen zu entscheiden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau!)

Das als erste Bemerkung zur politischen Realität, damit wir hier auf dem Teppich bleiben.

Nur eines, Herr Kollege Drexler.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das Innenministerium bliebe ja, Herr Minister!)

– Bitte?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das Innenministerium bliebe! – Heiterkeit)

– Das ist doch gerade der Grund dafür, dass ich nicht in eigener Sache spreche.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich will aber noch auf zwei, drei Punkte im Zusammenhang mit den Ministerien aufmerksam machen. Herr Kollege Drexler, der Zuschnitt der Ministerien – und als Innenminister kann ich davon ein Lied singen – entspricht immer noch ziemlich stark dem, wie es damals mit Ihnen in der großen Koalition beschlossen worden ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Es gibt nur eine wesentliche Ausnahme, die Kollege Hofer schon erwähnt hat: Wir haben heute zwei Ministerien weniger als in der Zeit mit Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Ja und? Was ist das für ein Argument?)

Wir haben nämlich kein Frauenministerium mehr, und durch die Zusammenlegung des Verkehrsministeriums und des Umweltministeriums wurde ein weiteres Ministerium eingespart.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Wenn ich mich nicht täusche – ich bin mir nicht ganz sicher, Herr Kollege Drexler, Sie werden dazu sicherlich in der zweiten Runde noch etwas sagen –,

(Abg. Drexler SPD: Weiß ich nicht!)

war es noch vor kurzem, nämlich im Landtagswahlkampf 2001, eine Forderung der SPD, die Zusammenlegung des

Verkehrsministeriums und des Umweltministeriums wieder rückgängig zu machen und daraus wieder Einzelministerien herzustellen. Vor diesem Hintergrund machen sich Ihre Bemerkungen etwas unglaublich aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Jetzt möchte ich die beiden Koalitionspartner noch einmal ansprechen. Dies hat, glaube ich, einen ernsten Hintergrund. Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode gesagt: Natürlich müssen wir an den Strukturen weiter arbeiten. Ich wiederhole mich: Diese Debatte wird immer irgendwo auf der Tagesordnung bleiben, weil das Leben eben auch weitergeht. Es ist auch vom Kollegen Hofer darauf aufmerksam gemacht worden: Vor dem Hintergrund der finanziellen Zwänge werden auch wieder ganz andere und zusätzliche Überlegungen bezüglich Strukturen – und insbesondere Aufgabenabbau –, was eine Kernaufgabe für ganz Deutschland und damit auch für uns darstellt, anzustellen sein. Unter diesem Blickwinkel können finanzielle Zwänge in einem gewissen Umfang durchaus heilsam sein.

Aber meine dringende Bitte auch aufgrund der ganzen Argumente, die wir ausgetauscht haben, ist: Wir sollten dabei nicht ohne Not unseren dreistufigen Verwaltungsaufbau infrage stellen, sondern innerhalb dieser Grundkonzeption das vorhandene System durch Beiträge, wie sie vorhin auch genannt worden sind, optimieren. Das scheint mir der richtige Weg zu sein.

Im Übrigen will ich noch auf Folgendes aufmerksam machen: Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode, als das finanzielle Desaster allerdings noch nicht absehbar war, in der Koalition gesagt: Trotz aller Strukturen, die man immer wieder verbessern kann, wird das Thema Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode vor allem eine Frage der inneren Verwaltungsreform sein. Ich rate auch dringend dazu, das Thema Verwaltungsreform nicht immer nur darauf zu verengen, wie jetzt gerade die Behörden irgendwo aufzubauen sind.

(Abg. Drexler SPD: Die Aufgaben!)

Das mag zwar spektakulär sein, aber es gehört auch die innere Verwaltungsreform dazu, und, verehrter Herr Kollege Drexler – da habe ich vorhin auch etwas gestutzt, als Sie einen Zwischenruf gemacht haben –, bitte unterschätzen Sie das Thema „Neue Steuerungsinstrumente“ nicht,

(Abg. Drexler SPD: Machen wir nicht!)

und helfen Sie alle mit, dass dieses ehrgeizige, aber auch schwierige Projekt am Ende auch gelingt.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht so!)

Es ist ein sehr ehrgeiziges Projekt. Wir wissen übrigens auch von der Wirtschaft, von großen wie von mittelständischen Firmen – ich darf den Kollegen Steim, der selber eine mittelständische Firma in Schramberg führt, als Zeugen benennen –: Auch in der Wirtschaft klappt ein so ehrgeiziges Unterfangen nicht von Anfang an reibungslos. Da ist auch

(Minister Dr. Schäuble)

Learning by Doing dabei. Aber es hat natürlich das Ziel, dass wir ein Stück weit wegkommen von den alten Denkstrukturen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Die Verwaltungsreform ist ja eigentlich vom Inneren her auszumachen. Wir müssen von den alten Denkstrukturen wegkommen und auch in der Verwaltung Schritt für Schritt die Instrumente einführen, die sich in der Wirtschaft bewährt haben

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schritt für Schritt!)

und die dort selbstverständlich sind. Das Thema „innere Verwaltungsreform“ ist deshalb ganz wichtig, und dazu gehört neben den neuen Steuerungsinstrumenten eben auch das ganze Thema „elektronische Bürgerdienste“, bei denen man einfach auch mit der Zeit gehen muss.

Wir haben – das will ich noch einmal festhalten – zu Beginn dieser Legislaturperiode gesagt: Beim Thema Verwaltungsreform muss ein Schwerpunkt gesetzt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich bitte ganz herzlich, parteipolitisch völlig neutral, uns dabei zu unterstützen. Wenn es gelingt – und es muss gelingen –, dann wird dies für die innere Befindlichkeit der Verwaltung, der ganzen Behörden im Grunde genommen fast eine revolutionäre Entwicklung einleiten.

Bei der Verwaltungsreform ist entscheidend, dass wir auch die Denkstrukturen verändern. Darauf kommt es eben ganz besonders an. Deshalb ist das das vorrangige Projekt und das vorrangige Ziel in dieser Legislaturperiode.

Und es gehört ein Drittes dazu; das ist vorhin ganz kurz angesprochen worden. Kollege Oelmayer hat ein Beispiel genannt. Ich will mich zunächst dafür bedanken. Sie haben Recht. Seit Jahren reden wir davon – und das gehört ja eigentlich als wichtigster Baustein zum Thema Verwaltungsreform –, dass wir endlich einmal mit der Bekämpfung der Vorschriftenflut und mit dem Bürokratieabbau in ganz Deutschland Ernst machen. Das ist eigentlich das zentrale Thema jeder Verwaltungsreform.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang hat Kollege Oelmayer – und dafür bedanke ich mich ganz herzlich – gesagt, was da in Baden-Württemberg schon geleistet worden ist. Aber ich sage Ihnen, auch wir müssen weiter am Ball bleiben, vor allem auch bei dem Thema Aufgabenabbau.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Ich füge aber auch hinzu: Wenn es so ist, Herr Kollege Oelmayer, dass wir in Baden-Württemberg beim Thema Vorschriftenabbau vorzügliche Arbeit geleistet haben, aber die Menschen in Baden-Württemberg nach wie vor unter zu starker Bürokratie und Vorschriftenflut leiden, dann kommen die Vorschriften von irgendwo außerhalb Baden-Württembergs her,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jetzt haben wir es wieder: von Rot-Grün in Berlin!)

und zwar vor allem von der europäischen Ebene und von der Bundesebene. Kollege Drexler, Sie ahnen es, was auf Sie zukommt, aber es nützt alles nichts, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Beim Thema Vorschriftenabbau gibt es viele Schwierigkeiten, aber es gibt eine Grundschwierigkeit, und diese besteht darin: Sie können keine Deregulierung und keinen Vorschriftenabbau mit Erfolg hinbekommen, wenn Sie kein Vertrauen zu den Bürgern haben. Sie dürfen die Bürger also nicht bevormunden, sondern müssen auf Freiheit und Eigenverantwortung setzen. Das ist aber das große Problem von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir machen doch ein Konzept und bevormunden nicht! Ziel verfehlt! Setzen, abtreten! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich will es Ihnen ersparen, sich jetzt noch die ganzen Beispiele dafür anhören zu müssen. Sie kennen sie selbst. Nur: Beim Thema „Abbau von Vorschriften und Bürokratie“ ist eine der Grundschwierigkeiten: Sie haben kein Vertrauen zu den Bürgern.

(Abg. Drexler SPD: Wir? Das ist doch lächerlich!)

Sie bevormunden die Bürger. Das ist immer die Art von Sozialdemokraten und Sozialisten, und das führt zwangsläufig zu mehr Bürokratie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist doch völliger Unsinn!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Oh-Rufe von der CDU)

**Abg. Drexler SPD:** Herr Minister, es war für mich klar, dass Sie zum Schluss wieder die alte Orgie „Wir sind gut, und alles, was schlecht ist, kommt von Berlin“ bringen würden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Orgie!)

Jetzt haben Sie es wieder geschafft. Sie haben sich nur teilweise mit den Problemen im Land beschäftigt und zum Schluss wieder die Orgie gebracht: Die SPD will die Bürger bevormunden, und Berlin ist eigentlich schuld.

(Abg. Herrmann CDU: Stimmt alles! – Abg. Hofer FDP/DVP: Unter Orgie verstehe ich etwas anderes!)

Berlin ist im Grunde genommen auch für den Verwaltungsaufbau des Landes Baden-Württemberg zuständig, und weil wir da nichts ändern wollen, ist Berlin auch da zuständig. – Das ist alles durchsichtig.

Ich will Ihnen etwas sagen: Man kann über den Aufbau einer reformierten Landesverwaltung nachdenken. Aber man muss dann vielleicht nachfragen, welche Aufgaben die ein-

(Drexler)

zelen Verwaltungsebenen haben. Das haben wir gemacht, und wir sind von den Aufgabenstellungen her zu dem Ergebnis gekommen, dass wir eine Verwaltungsebene nicht mehr brauchen. Sie hingegen stellen am Anfang apodiktisch fest: „Wir brauchen drei Ebenen“, und deswegen sei das von uns vorgeschlagene System falsch. Wir sind von der Aufgabenstellung her ausgegangen.

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal, damit das klar wird: Wir sind dafür, dass all das, was im Landratsamt läuft, bürgernäher geschieht und nach unten auf die Kommunen verlagert wird. All dies wollen wir auf die kommunale Ebene übertragen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen führt unser Vorschlag zu mehr Bürgernähe und nicht zu Bürgerferne.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Wenn wir unseren Vorschlag umsetzen, hat das Landratsamt außer seinen Aufgaben im Bereich der Abfallbeseitigung, des Fremdenverkehrs und des Nahverkehrs nicht mehr sehr viel zu tun – ich habe das vorhin schon gesagt –, und diese Zuständigkeiten sollten wir, wie uns in einer Anhörung alle Verwaltungsspezialisten gesagt haben, auf die regionale Ebene übertragen. Dann hat der Landkreis keine Aufgaben mehr.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Wir hätten ja auch die Einsetzung einer Enquetekommission beantragen und sagen können: Wir brauchen eine Verwaltungsreform. Wir haben vor einem Jahr versucht, mit der CDU und der FDP/DVP über die Einsetzung einer Enquetekommission zu verhandeln. Eine Enquetekommission hat aber den Sinn, dass alle Fraktionen die Arbeit dort offen und ohne Absprachen angehen und es ermöglichen, in Anhörungen alles zu hinterfragen. Das wollte die CDU nicht, und das wollte die FDP/DVP nicht. Deswegen haben wir uns ein Jahr lang hingezettelt und in mühsamer Weise einen Vorschlag erarbeitet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir auch!)

– Das bestreite ich ja nicht. Herr Pfister, die Wahrheit zeigt sich nicht bei der Kommunalwahl, sondern die Wahrheit zeigt sich in diesem Parlament, wenn Sie hier irgendwann einmal die Hand heben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir dann hier machen und nicht ausweichen.

Kolleginnen und Kollegen, der Sprecher von der CDU hat ja überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Er hat nur die Jagdaufsicht und den Jagdschein angeführt. Den Jagdschein erhalten Sie nach unseren Vorstellungen bei den Kommunen und nicht bei der Region. Völlig falsch.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Sie haben auch nichts zur Reform der Regierung gesagt.

(Abg. Herrmann CDU: Da brauchen wir keine Reform! Die Regierung ist gut!)

Herr Kollege, Sie haben im Grunde gar nichts gesagt. Sie haben von kleinen und großen Tankern gesprochen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Dass Sie zu Hause vielleicht gern Tanker bauen und sie in Ihrer Badewanne vorführen, ist etwas anderes. Aber mit der Verwaltungsreform hat das im Wesentlichen nichts zu tun.

Noch einmal: alles auf die Kommune verlagern. Die Landkreisebene brauchen wir dann nicht mehr, wenn wir über Aufgaben reden. Die Region ist dann die zentrale Mittelinstanz.

Wir wollen einen dramatischen Abbau von Bürokratie und Aufgaben, um dadurch wirklich Stellen einsparen zu können. Herr Minister, Sie können doch nicht dauernd den Abbau von 7 000 Stellen vorgeben und die Strukturen gleich lassen. Denn sonst fragt man sich eines Tages in Baden-Württemberg: Was haben die Beamten eigentlich vor vier Jahren getan, wenn man, obwohl die Aufgaben gleich bleiben, 10 000 Stellen einfach streichen kann?

Im Übrigen sagen auch der Beamtenbund und die Gewerkschaften: So kann man das nicht mehr weiter betreiben. Deswegen muss man die Strukturen angehen. Wir haben doch ein Jahr lang darum gebeten, da gemeinsam etwas zu machen. Jetzt unterbreiten wir einen Vorschlag und werden Sie eben über das Parlament zwingen, sich damit zu beschäftigen. Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten eine Gruppe gebildet und hätten schließlich einen einheitlichen Vorschlag gemacht – so, wie es Herr Hofer gesagt hat –, an dem wir uns hätten orientieren können.

Ich sage noch einmal: Das Angebot besteht. Sehen Sie nur einmal: Das ist das Behördenverzeichnis von Baden-Württemberg,

(Der Redner hält das „Behördenverzeichnis Baden-Württemberg“ hoch.)

und das muss dünner werden.

(Abg. Herrmann CDU: Das ist in Rot! Das ist doch Ihre Farbe!)

Im Übrigen muss auch eingespart werden. – Ich kann es Ihnen hinüberwerfen. Sie würden wahrscheinlich von diesem dicken Wälzer erschlagen. Wir wollen einen dünneren Wälzer. Wir wollen damit auch Kosten sparen.

Jetzt sage ich Ihnen zum Schluss einfach noch einmal eines, damit Sie es auch sehen:

(Der Redner hält eine Schautafel hoch.)

Das ist der bisherige Aufbau, und das soll der zukünftige Aufbau sein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer: Das mit den 1 111 Gemeinden stimmt hinten und vorn nicht! Die Hälfte werden Sie wegnehmen müssen!)

Wenn Sie darauf schauen, dann sehen Sie, dass das der schlankere und bürgernähere Aufbau ist.

(Zurufe)

(Drexler)

Wenn die CDU das Behördenverzeichnis nicht hat, dann kann ich Ihnen das Buch hier liegen lassen. Dann kann sich der Kollege das anschauen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe, u. a. des Abg. Beber SPD – Abg. Herrmann CDU: Das ist ja rot, das Behördenverzeichnis! – Unruhe)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

(Zurufe von der SPD)

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Drexler, ich will auf das letzte Bild zurückkommen. Das sagt doch im Kern eigentlich alles. Es sagt, dass Sie die Aufgaben von den drei Ebenen auf zwei Ebenen verlagern wollen. Aber das wird dazu führen – das mögen Sie mir jetzt glauben oder nicht; ich weiß, wovon ich rede –,

(Zuruf des Abg. Beber SPD)

dass wir auf der kommunalen Ebene eine Erosion bekommen. Das heißt, bei allen Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner haben, bleibt dabei kein Stein auf dem anderen, weil sie das nicht leisten können.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Das haben wir auch geprüft! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Das hat Herr Krause schon geprüft!)

– Prüfen, prüfen! Das geht nicht. Sie brauchen bei diesem Modell eine Gemeindegebietsreform.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Das müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern sagen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das ist der Knackpunkt von allem, was Sie vorschlagen.

Dann will ich Ihnen einmal noch etwas anderes sagen, und zwar zum Stellenabbau. Bei dem, was Kollege Oelmayer vorhin gesagt hat, muss ich milde lächeln. Ich war ein Jahr lang im Parlamentarischen Beirat „Neue Steuerungsinstrumente“. Da hat man vielleicht die Möglichkeit gesehen, mit neuen Steuerungsinstrumenten, wenn wir jetzt die Verwaltung verschlanken und Aufgaben neu sortieren und zum Teil abbauen oder nach unten verlagern, auch Personal zu sparen. Das sagt uns auch ein Gutachter. Das ist so ein Gutachter, wie Sie auch einen haben. Er hat sogar gesagt, wir könnten 7 000 Stellen sparen. Man hat sich auf 3 500 Stellen geeinigt. Wissen Sie, wer dann gar nichts davon wissen will, wenn man Stellen sparen will? Sie, die SPD und die Grünen!

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Sie haben das immer kritisch hinterfragt.

(Abg. Drexler SPD: So kann man keine Reform machen! Das geht doch nicht!)

Ich habe das angemahnt, aber Sie haben immer gesagt: „Nein, nein. Stellen sparen? Damit nicht, nein.“

(Abg. Fischer SPD: Nein! Wegen der Finanzierung, Herr Heinz!)

Deshalb müssten wir, wenn wir dies so machen würden, wie Sie es jetzt wollen, in der Verwaltung so viel verändern, dass dann wirklich einmal Stellen eingespart würden. Dann hätten gerade Sie Riesenprobleme.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Drexler?

**Abg. Heinz CDU:** Bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Drexler.

**Abg. Drexler SPD:** Herr Kollege Heinz, wir haben etwas ganz anderes gesagt. Man kann nicht die Kosten von NSI – sagen wir einmal: die Summe von 360 Millionen € – nehmen, dann fragen: „Wie bezahlen wir sie?“ und dann auf genau das Ergebnis kommen, dass man 3 500 Stellen spart und sagt: „Damit bezahlen wir die Einführung von NSI.“ Dagegen haben wir uns gewendet.

**Abg. Heinz CDU:** Was wollen Sie mich jetzt fragen?

**Abg. Drexler SPD:** Wir haben gesagt: Das, was NSI bringt, muss man unabhängig von dem Kostenfaktor machen.

**Abg. Heinz CDU:** Was wollen Sie mich jetzt fragen?

**Abg. Drexler SPD:** Geben Sie mir da Recht?

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Abg. Heinz CDU:** Nein, da gebe ich Ihnen nicht Recht. Das sehe ich etwas anders. Die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen habe ich anders in Erinnerung. Ich war in diesem Parlamentarischen Beirat und Sie nicht. Sie waren nicht dabei, Herr Drexler, aber ich war mit in diesem Parlamentarischen Beirat.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich am Schluss noch eines sagen. Die Struktur, die Sie wollen, wird unsere Gemeinden und Städte nicht weiter nach vorn bringen.

(Abg. Drexler SPD: Kein Popanz!)

Ich will noch einmal an das erinnern, was sowohl der Minister als auch Herr Kollege Hofer gesagt haben: Wir brauchen keinen Vergleich mit anderen Bundesländern zu scheuen. Ich weiß gar nicht, warum Sie jetzt mit aller Gewalt sagen, wir hätten dort einen großen Handlungsbedarf.

(Abg. Drexler SPD: Weil wir Spitze sein wollen!)

– Wir sind Spitze, und zwar auch mit dieser Struktur.

(Abg. Herrmann CDU: Wir sind Spitze, jawohl! – Beifall des Abg. Herrmann CDU)

Wenn wir diese Struktur beibehalten und weiterentwickeln, sind wir noch mehr Spitze. Die CDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass wir diese Struktur verbessern.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

(Heinz)

Wir sind auch bereit, auf der Ebene der Verwaltung miteinander darüber zu reden, wie wir das verbessern können. Aber Ihr Modell führt in die Sackgasse.

(Beifall der Abg. Schuhmacher und Rüeck CDU –  
Abg. Drexler SPD: Dann machen wir doch eine  
Kommission, wenn Sie reden wollen!)

**Präsident Straub:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Meine Damen, meine Herren! Nachdem jeder hier etwas ans Rednerpult mitbringt, bringe auch ich ein schönes Buch mit.

(Abg. Drexler SPD: Was ist das?)

Wir kommen übrigens zu einer größeren Zahl von Einsparungen.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben keine Zahl definiert!)

Wir machen das aber ein bisschen differenzierter als Sie mit Ihrer Schwarz-Weiß-Regelung.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– So ist es halt.

Ich möchte etwas zum Vorschlag, eine Enquetekommission einzusetzen, sagen. Wir halten nichts davon. Ich habe ein bisschen den Eindruck – –

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Nein. Ich bin nicht dafür, und zwar ganz einfach deshalb: Wir haben das über anderthalb Jahre hinweg detailliert vorbereitet. Wenn man dagegen bei Ihnen ein Stück Papier dazu haben will, dann heißt es: Außer den Aussagen in einer Pressekonferenz können wir gegenwärtig noch nichts vorweisen. Deshalb bin ich auch nicht dafür, dass wir als Ersatz eine Enquetekommission einsetzen.

Ich möchte nur noch kurz auf vier Punkte eingehen, weil Sie vorhin sagten – Beispiel Bürgernähe –: Das kann ja ein Regionalkreis genauso machen wie ein Landratsamt.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich doch nicht gesagt! Wer sagt denn das?)

– Dann nenne ich einmal ein Beispiel. Vielleicht stimmen Sie mir zu. Man hat früher einmal gesagt: Wozu braucht man einen Landrat? Um Sozialhilfe auszurechnen? Das kann man bei einem Regionalamt ausrechnen, und dann wird es überwiesen. Dies verkennt jedoch völlig, was an sozialer Arbeit über Kreissozialpläne, Kreisjugendpläne, Kreisaltenpläne und, und, und in einem Landkreis stattfindet. Dazu bedarf es einer Ortsbezogenheit, einer Bürgerbezogenheit und nicht einer Bürgerferne.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das kann nicht ein Inspektor I irgendwo regeln.

Nächster Punkt noch in aller Kürze: Wir sind in Baden-Württemberg – das sagt auch das Hesse-Gutachten – in vielen Dingen blendend verwaltet. Es gibt natürlich Schwach-

stellen; deshalb wollen wir aber nicht erst einmal den ganzen Bestand aufheben, sondern aus dem Bestand heraus verbessern.

(Abg. Drexler SPD: Sechs Ebenen wollen Sie bezahlen!)

Was die Dreistufigkeit anbelangt, so kommen wir in unserem Gutachten zum Ergebnis, dass alle großen Bundesländer einen dreistufigen Aufbau haben, während die kleineren mit zwei Stufen auskommen. Herr Hesse ist ein erklärter Gegner der Regierungspräsidien und hat dennoch gesagt: Bei einem großen Bundesland wird zumindest für die Entwicklung eine Dreistufigkeit erforderlich sein.

Ich möchte noch etwas zum Zuschnitt der einzelnen Ressorts sagen. Das wird jede Koalition machen. Ich habe in der Fraktion gesagt: Ich war einmal in der Baurechtsabteilung des Innenministeriums und fand dort das Baurecht sehr gut aufgehoben.

(Zuruf von der CDU: Prima!)

Das ist damals auf das Wirtschaftsministerium übertragen worden, um diesem Ministerium unter Herrn Spöri einfach mehr Bedeutung zu geben. Ich wäre als wirtschaftspolitischer Sprecher durchaus bereit, darüber zu reden, aus dem Wirtschaftsministerium ein Infrastrukturministerium zu machen und andere Zuständigkeiten wieder an das Innenministerium zurückzugeben.

(Zurufe)

Letzter Punkt, weil Sie sagten, das würde bei Kommunalwahlen kein Thema sein: Ich bin fest überzeugt, dass dies schon ein Wahlkampfthema für Kommunalwahlen gibt. Was denn sonst?

(Abg. Drexler SPD: Aber vorher stimmen wir hier ab!)

– Vor dieser Abstimmung habe ich gar keine Scheu.

Lassen Sie mich das als Letztes sagen: Wenn Sie und wir – da sind wir uns ja einig – sagen: „Wir brauchen ein ganzheitliches Modell“, dann stimmen wir auch nur einem ganzheitlichen Modell zu und nicht nur den Teilen, bei denen wir mit Ihnen übereinstimmen. Da wir mit Ihnen in Bezug auf die Regionalkreise nicht übereinstimmen und das zu unserem ganzheitlichen Modell gehört, können wir daher nicht zustimmen, weil wir sonst widersprüchlich handeln würden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:  
Dann stimmen wir über Ihr Konzept ab, und Sie stimmen Ihrem eigenen Konzept nicht zu!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch drei kurze Bemerkungen, insbesondere zu den Ausführungen des Herrn Innenministers.

Wenn man sich die Prüfaufträge der Landesregierung im Zusammenhang mit den anstehenden Sparmaßnahmen an-

(Oelmayer)

schauf – Strukturuntersuchungen bei den Finanzämtern, Strukturuntersuchungen bei der Schulverwaltung, Strukturuntersuchungen bei den Hochschulen und Fachhochschulen usw.; ich will es gar nicht fortsetzen, weil mir die Zeit dazu fehlt –, wird deutlich, dass es offensichtlich Reformbedarf und Veränderungsbedarf innerhalb dieser Verwaltungsstrukturen gibt. Deshalb nochmals die Forderung und die Überlegung unsererseits, das besser ganzheitlich und nicht als partiell, um nicht die Gesamtheit aus den Augen zu verlieren.

Ein weiterer Punkt, den ich noch nennen möchte, ist das Thema NSI. Herr Innenminister, es ist natürlich richtig, dass Sie betriebswirtschaftliche Grundsätze auf die Landesverwaltung übertragen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Das bestreitet niemand!)

Wenn aber ein Betrieb und zumal ein Großbetrieb in einer Größenordnung von 250 000 oder 280 000 Beschäftigten neue betriebswirtschaftliche Elemente einführt, dann diskutiert er und schaut, ob die vorhandenen Strukturen zu diesen Elementen passen. Genau dies verweigern Sie aber, wenn Sie sagen: Es gibt keinen Reform- und Diskussionsbedarf.

Ein Letztes: Ich lasse mich ja gern vom Innenminister loben. Ich gebe es ja zu. Man wird ja in diesem Haus selten gelobt. Aber Herr Innenminister, Sie loben mich für ein Zitat auf der Grundlage einer Internetseite Ihres Hauses, wonach hier die Zahl der Verwaltungsvorschriften zurückgeht, verbinden dieses Lob jedoch mit der Aussage: Ja, aber die Zahl der bundesgesetzlichen Vorschriften geht nicht zurück.

(Abg. Drexler SPD: Rot-Grün!)

Mit diesem Zitat wollte ich aber sagen: Wenn Sie Aufgaben zurückführen, müssen Sie auch die Strukturen untersuchen und überlegen, ob das Personal, das Sie haben, in der Landesverwaltung noch richtig eingesetzt ist. Hätten Sie diese Schlüsse aus meinem Zitat gezogen, wäre das Lob bei mir gut angekommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich nochmals Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung mit Blick auf das, was Kollege Oelmayer gesagt hat.

Bei allem netten Hin und Her – ich will jetzt nicht über Lob und Selbstlob sprechen; ich lobe Sie, Sie loben mich, in Ordnung – geht es mir um eine Sache – ganz im Ernst –: Kein Mensch seitens der Regierung und auch seitens der Koalitionsfraktionen sagt, dass wir, gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Zwänge, keine weiteren Reformen machen müssten. Mein Bemühen vorhin war aber, herauszustellen, dass der entscheidende Kernpunkt unseres Streits

über die Vorgehensweise bei der Verwaltungsreform vor allem darauf beruht, dass die einen den zweistufigen Verwaltungsaufbau und die anderen den dreistufigen Verwaltungsaufbau wollen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das heißt nicht – wenn man diesen Streit im Kern erkennt –, dass diejenigen, die sagen, wir müssten bis auf weiteres beim dreistufigen Verwaltungsaufbau bleiben, sagen würden, wir bräuchten deshalb keine weiteren Reformen. Nur: Unser und insbesondere mein Rat ist, dass wir die anstehenden Strukturveränderungen bis hin zu weiteren Überlegungen zu den genannten Fachverwaltungen im Rahmen des jetzigen Systems des dreistufigen Verwaltungsaufbaus leisten, weil der zweistufige Verwaltungsaufbau bei allen möglichen Vorteilen im Einzelfall mit zu gravierenden Nachteilen in der Summe verbunden wäre. Darum geht es. Das wollte ich noch einmal ausdrücklich festhalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, bereits jetzt in die Mittagspause einzutreten. Ich unterbreche die Sitzung. Sie wird um 14:00 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:42 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/471**

b) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/472**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1639**

**Berichterstatter: Abg. Blenke**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über die Gesetzentwürfe eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen?

(Stellv. Präsident Birzele)

(Abg. Bebber SPD: Ist ja keiner da! – Abg. Herrmann CDU: Dem Kollegen Schneider! – Abg. Schneider CDU: Erhalten nicht zuerst die Antragsteller das Wort? – Abg. Herrmann CDU: Bei uns spricht ein Fachmann zu dem Thema! – Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Da gibt es ja Befangenheit!)

– Nein. Bei der Zweiten Beratung gilt die allgemeine Reihenfolge.

Herr Schneider, Sie haben das Wort.

**Abg. Schneider** CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sie haben offenbar eine bestimmte Befangenheitsregelung, Herr Oelmayer. Immer, wenn jemand etwas vom Thema versteht, gilt er bei Ihnen offenbar als befangen.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Blenke CDU: Deswegen ist Herr Oelmayer befangen! – Zuruf von der SPD: Da müssten wir alle raus!)

– Ja, ja. Das ist klar. – Ich möchte als Verwaltungspraktiker ganz ehrlich sagen: Ich finde es fast tragisch, dass man angesichts der tatsächlichen kommunalen Probleme hier überhaupt wieder diesen Wanderpokal im Landtag aufischt.

(Beifall des Abg. Kübler CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Zunächst einmal: Die Argumente sind, glaube ich, zur Genüge ausgetauscht worden. Ich möchte nur festhalten: Alle drei kommunalen Landesverbände sind einhellig gegen die Gesetzesvorschläge, wie sie hier vorliegen. Wir haben im Innenausschuss die von den Fraktionen benannten Sachverständigen gehört, und dabei bot sich ein interessantes Bild. Herr Professor Dr. Wehling hat eine von Abwägung getragene Stellungnahme abgegeben, sich aber gegen die Inkompatibilität von Bürgermeisteramt und Kreistagsmandat ausgesprochen. Herr Professor Dr. Geitmann war dafür, dies jedoch mit vagen Verdachtsmomenten und ohne diese empirisch zu begründen. Herr Professor Dr. Knemeyer war gegen die Inkompatibilität. Am interessantesten fand ich den bayerischen Landrat. Dies war wirklich Lokalkolorit von hervorragender Sorte. Er hat ganz ehrlich gesagt: Die Bürgermeister müssen raus, weil sie uns ärgern. Punkt. Das war hochinteressant.

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Wenn Sie ihn gesehen hätten, dann hätten Sie auch gesehen, was bei einer Volkswahl der Landräte herauskommen kann. Dies war ein Stück weit „Bayerischer Komödienstadel“.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Fazit war letztendlich: Die Sachverständigen haben sich überwiegend gegen Ihre Gesetzentwürfe ausgesprochen. Was die Argumente betrifft, so haben wir eigentlich auch nichts Neues gehört. Die vorgetragene Interessenkollision ist ein Scheinproblem. Denn die Gemeinsamkeiten zwischen Gemeinden und Landkreis sind weitaus größer als die Gegensätzlichkeiten. Wir sitzen vielfach im gleichen Boot. Ich halte es deshalb in Übereinstimmung mit der CDU-

Fraktion auch im Hinblick auf eine Verzahnung von Kreis- und Gemeindepolitik für gut, wenn Bürgermeister auch im Kreistag sind.

Der angesprochene Aufsichtskonflikt zwischen dem Landrat in seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde und den Bürgermeistern

(Abg. Blenke CDU: Der ist rein theoretisch!)

ist aus meiner Sicht, und das heißt aus der Sicht der Praxis, die größte Fehleinschätzung überhaupt. Hier wird maßlos übertrieben; denn Sie müssen wissen, dass die Entscheidungen im Rahmen der Rechtsaufsicht in weiten Teilen rechtlich absolut gebundene Entscheidungen sind. Die eigentlichen Aufsichtsmittel, die immer angeführt werden, vor allem im disziplinarischen Bereich, sind sehr, sehr selten.

(Zuruf von der SPD: Warum wohl?)

Zudem wird völlig verkannt, dass die Landräte als Behördenleiter natürlich nicht einfach entscheiden können, wie sie wollen. Vielmehr unterstehen sie selbst der Rechts- und Fachaufsicht der Regierungspräsidenten.

(Zuruf von der SPD: Na Gott sei Dank!)

Das heißt, die Dinge sind mehr oder weniger justiziabel. Es sind Beschwerdeführer gegen die Bürgermeister da, die sich natürlich nicht jede Entscheidung gefallen lassen. Das heißt, wenn ich jetzt wohlwollende Entscheidungen treffen würde, die nicht mit dem Recht in Einklang stünden, dann käme der Beschwerdeführer sofort und nähme mich wieder selbst mit Dienstaufsichtsbeschwerden und Ähnlichem unter Beschuss. Ich glaube, das wird in dieser Diskussion völlig verkannt.

Es bleibt dabei: Es gibt keinen einzigen Fall einer unzulässigen Interessenverquickung. Keinen! Interessant war, was Herr Kollege Walter bei der ersten Lesung gesagt hat.

(Abg. Herrmann CDU: Wo ist er denn?)

Er ist ja gewissermaßen in Peinlichkeiten geraten, als er einen Einzelfall benennen sollte. Er hatte daraufhin gesagt, es gäbe etwas zwischen dem Ludwigsburger Landrat und Bürgermeister Storer aus Asperg. Ich habe daraufhin nachgefragt und erfahren: Der gute Mann ist gar nicht im Kreistag und war es überhaupt nie.

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Peinlich, peinlich!)

Da muss Herr Walter letztlich schon noch etwas erklären.

Für uns, für die CDU, ist letztlich der Wählerwille entscheidend. Wir sind der Auffassung, man sollte den Wählerwillen nicht einschränken. Die Bürgermeister und Oberbürgermeister sind von Bürgern gewählt. Nun wollen Sie, Herr Oelmayer, ja immer mehr Bürgerbeteiligung. Auf der anderen Seite sagen Sie aber, bestimmte Personen dürften nicht gewählt werden. Sie sprechen dem Souverän letztlich also das Recht ab, diesen oder jenen zu wählen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

(Schneider)

Ich sage: Das ist ein Stück weit fehlendes Vertrauen in den Bürger, und es ist auch der Geist der Gängelung. Anders kann ich das nicht sehen. Deshalb lehnen wir von der CDU diese Gesetzentwürfe ab. Mein dringender Appell ist: Wir als Parlament sollten uns wirklich den tatsächlichen kommunalen Problemen – und die sind riesengroß – zuwenden und uns nicht noch weiter so intensiv mit den Gegenständen beschäftigen, über die wir jetzt beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger.

(Abg. Kübler CDU: Da gibts nichts mehr zu sagen!  
– Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Jede Menge! Und das Wesentliche!)

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kübler, es gibt eben doch noch etwas zu sagen, und zwar sehr viel.

Herr Kollege Schneider, dass ausgerechnet Sie es für tragisch halten, dass wir diese Debatte führen, verwundert mich doch etwas. Natürlich haben wir große Probleme. Wir haben heute Morgen ja eine Debatte geführt, deren Auswirkungen vielleicht eine größere Tragweite haben als das, was wir jetzt diskutieren. Aber die Debatte wurde von Ihnen losgetreten, auf Ihrem Parteitag und nicht auf unserem.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Scheuermann, die CDU hat diese Debatte angefangen. Wir haben sie aufgegriffen. Dann haben Sie auf einem weiteren Parteitag die Rolle rückwärts veranstalten müssen. Bei der Richtigkeit unseres Gesetzentwurfs bleibt es trotzdem.

(Abg. Scheuermann CDU: Ich war vom vorletzten Parteitag noch nicht einmal daheim, da haben Sie schon die Initiative ergriffen! – Abg. Herrmann CDU: Sie sollten sonst mal so schnell sein und Initiativen von uns aufgreifen!)

– Daran sehen Sie, wie schnell wir sind, Herr Scheuermann. Wenn die CDU sinnvolle Vorschläge macht, greifen wir sie umgehend auf.

Aber jetzt zur Sache: Herr Schneider, Sie haben natürlich zu Recht die Anhörung erwähnt, die wir im Ausschuss hatten. Sie ergab durchaus ein differenziertes Bild, mit dem Ergebnis – da stimme ich Ihnen zu –, dass die Argumente abgewogen wurden und die Sachverständigen sich mit einer Inkompatibilität insgesamt nicht anfreunden konnten. Lassen Sie mich gleichwohl noch auf einige Punkte hinweisen.

Unser Gesetzentwurf bezieht sich auf Bürgermeister kreisangehöriger Gemeinden, nicht auf Oberbürgermeister. Im Zusammenhang mit dieser Debatte ist auch immer wieder Kritik daran geübt worden, dass man zwischen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern differenziert. Zum Beispiel sind im Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald 47 % der Kreistagsmitglieder Bürgermeister.

(Abg. Kübler CDU: Das ist gut!)

Davon ist kein einziger Oberbürgermeister; es sind alles Bürgermeister. Sie, Herr Kübler, gehören also nicht zum Problemkreis.

(Abg. Kübler CDU: Danke! Können wir das festhalten?)

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf Interessenkonflikte verhindern, aber nicht Bürgermeister anprangern. Herr Schneider, unser Ziel ist es auch nicht, irgendwelches Fehlverhalten von Bürgermeistern aufzudecken, sondern wir orientieren uns an den rechtlichen Gegebenheiten, die da lauten: Die Bürgermeister unterstehen der persönlichen Dienstaufsicht des Landrats.

(Abg. Blenke CDU: Aber das hat der Kollege Schneider doch gerade erklärt!)

Der Landrat führt die Rechtsaufsicht über die Gemeinden. Insoweit ist die Kritik nicht zutreffend. Wir haben das schon diskutiert, Herr Innenminister. In den Kreistagen sind ja auch Gemeinderäte vertreten, die natürlich ebenfalls die Interessen ihrer Gemeinden vertreten können. Aber sie stehen nicht in diesem Konflikt wie die Bürgermeister selber, die der Rechtsaufsicht bzw. der Dienstaufsicht unterliegen – ein aus unserer Sicht gewaltiger Unterschied.

Lassen Sie mich im Übrigen, meine Damen und Herren, einmal kurz aus der „Badischen Zeitung“ zitieren. Kurz vor Weihnachten erschien darin ein Artikel, der die schöne Überschrift trägt: „Bürgermeisterputsch im Kreistag“. Mit Bürgermeisterputsch im Kreistag ist hier ein Putsch der CDU-Bürgermeister gegen den CDU-Landrat gemeint – nur um das einmal festzustellen. Dabei ging es – wie derzeit in vielen Kreistagen – um die Kreisumlage.

(Abg. Heinz CDU: Nicht Schlimmeres?)

Da hat man gesehen – natürlich, Herr Heinz, aber ich nehme das jetzt einmal als aktuelles Beispiel –, wie die Bürgermeister agieren. Das ist ein politischer Punkt, das ist doch klar. Das kann man nicht rechtlich werten. Das Abstimmungsverhalten der Bürgermeister ist nicht zu beeinflussen. Sie sind souverän. Daraus kann man ihnen keinen Vorwurf machen.

Umso mehr sehen wir Handlungsbedarf durch diese gesetzliche Regelung. Die Kreise sind selbstständige Gebietskörperschaften mit eigenen kommunalen Aufgaben. Sie sind nicht lediglich ein Zusammenschluss oder eine Vertretung der Gemeinden, die zufällig in ihrem Kreisgebiet liegen. Es sind eigene Gebietskörperschaften mit eigenen Aufgaben, wie sie die §§ 1 und 2 der Landkreisordnung definieren.

Wenn Sie sich den Katalog der Ausschlussgründe in § 24 anschauen, erkennen Sie, dass sich der Ausschluss der Bürgermeister eigentlich in diesen Katalog einreicht. Andere Bundesländer haben eine parallele Regelung. Sie ist auch verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Das kann man in Rechtsprechung und Kommentarliteratur nachlesen, wenn man will. Da besteht auch kein Ansatzpunkt.

Wir halten die begehrte Regelung für sinnvoll. Stellen Sie sich einmal vor: Ein Bediensteter eines Verbandes, dem der Kreis in untergeordneter Funktion angehört, kann nicht für

(Stickelberger)

den Kreistag kandidieren, während der Bürgermeister der Gemeinde, die diesen Verband dominiert oder mehrheitlich beherrscht, in den Kreistag gewählt werden kann. Das ist vom Ergebnis her völlig unbefriedigend und eigentlich auch unlogisch. Deswegen, meinen wir, reiht sich unser Vorschlag in den Katalog der Ausschlussgründe nahtlos ein.

Deshalb, meine Damen und Herren, bitten wir Sie, unserem Gesetzesvorhaben im Interesse der Klarheit und Transparenz der Entscheidungswege zuzustimmen. Wie gesagt, unser Vorschlag unterscheidet sich von dem der Fraktion GRÜNE etwas, aber nicht fundamental. Uns geht es um klare Kompetenzabgrenzung, Vermeidung von Interessenkonflikten und Transparenz. Das ist unser Ziel, und das erreichen wir mit diesem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stickelberger, ganz habe ich Ihr Beispiel mit dem Putsch nicht verstanden. Ich meine, das war eine demokratische Mehrheit von Bürgermeistern, die einen bestimmten Beschluss herbeigeführt hat. Putsch ist ja etwas Gesetzwidriges, wenn ich das richtig verstehe.

(Abg. Fischer SPD: Er hat aus der Zeitung zitiert!)

Ich denke, da ist es ja demokratisch völlig richtig zugegangen.

Meine Damen und Herren, es besteht ein rein theoretischer – ich betone: rein theoretischer – Interessenkonflikt oder eine rein theoretische Interessenkollision bei den Bürgermeistern in den Kreistagen, weil sie einerseits den Landrat wählen und andererseits der Landrat die Dienstaufsicht über sie ausübt. Dieses Problem ließe sich auf drei Wegen lösen: Der eine wäre in der Tat: Bürgermeister raus aus den Kreistagen! Die zweite Möglichkeit wäre die Volkswahl der Landräte, und die dritte Möglichkeit wäre die Übertragung dieser Dienstaufsichtspflicht – das ist ja nur eine ganz kleine Sparte – auf das Regierungspräsidium.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die vierte haben Sie vergessen, Herr Kollege: Kreistage auflösen!)

– Auf diese Möglichkeit möchte ich jetzt nicht eingehen. Das haben wir heute Vormittag schon einmal diskutiert.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich wollte es ja nur ergänzen!)

Die FDP/DVP hat gleich lautende Beschlüsse sowohl auf ihrem Parteitag als auch in der Fraktion gefasst. Wir wollen an unserem Begehren auf Volkswahl der Landräte festhalten. Wir wissen nach dem Meinungsumschwung auf dem letzten Parteitag der CDU, dass wir von diesem Ziel wieder ein Stückchen abgekommen sind.

(Abg. Seimetz CDU: Wir sind halt lernfähig!)

Aber wir wollen dieses Ziel trotzdem hartnäckig weiterverfolgen.

(Abg. Heinz CDU: Ziele braucht der Mensch!)

Die Forderung der Opposition „Bürgermeister raus!“ wird bei uns unterschiedlich gesehen. Ich persönlich bekenne mich ganz klar dazu: Ich möchte die Bürgermeister in den Kreistagen haben. Ich möchte ihren Sachverstand nicht missen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber ich räume ein, dass es hierzu in der FDP/DVP, wie vor allem auf unserem Landesparteitag deutlich wurde, unterschiedliche Vorstellungen gibt. Vorhin wurde von Herrn Schneider schon darauf hingewiesen: Es gibt auch einen Grund, warum die Bürgermeister in aller Regel mit einem sehr hohen Stimmenanteil in die Kreistage gewählt werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist ja klar!)

Der Bürger möchte seine Bürgermeister in den Kreistagen haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Da fängt doch die Inkompatibilität an!)

Die Meinung der kommunalen Landesverbände ist in dieser Frage auch ganz eindeutig. Das brauchen wir nicht zu wiederholen.

Für uns ergibt sich nun folgende Situation: Realistischerweise können wir nicht zwei Forderungen durchsetzen, die unser Koalitionspartner etwas anders beurteilt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Schon wieder!)

Deshalb würden wir jetzt das Ziel der Volkswahl des Landrats an die erste Stelle setzen und auf die zweite Forderung „Bürgermeister raus!“ auf jeden Fall verzichten. Wir werden dieses Ziel kontinuierlich verfolgen. Vielleicht gibt es bei unserem Koalitionspartner irgendwann einmal einen dritten Parteitagsbeschluss, der den ersten wiederum bestätigt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD: Der Glaube an ein Wunder!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt bin ich aber gespannt, was er sagt! Er fordert die Abschaffung dieser Gremien! – Abg. Herrmann CDU: Sie sind doch gar nicht im Kreistag, Herr Oelmayer!)

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben unseren Gesetzentwurf eingebracht, weil wir der Auffassung sind, dass die Landkreisordnung in diesem Zusammenhang reformiert werden muss, da zumindest theoretisch ein Interessenkonflikt entsteht. Das hat ja niemand bestritten. Wir können ja nicht alle möglichen Fälle voraussehen. Ich erinnere nur an die letzte Legislaturperiode, in der es auch um die Abwahl oder um

(Oelmayer)

die Amtsenthebung von Bürgermeistern ging. Auch dies war bis dahin ein rein theoretisches Problem.

Ich räume ein, dass man dann, wenn man auf der einen Seite für die Abschaffung der Kreistage eintritt, auf der anderen Seite diese Debatte eigentlich nicht mehr führen muss. Das ist klar. Diese Forderung haben wir aber nicht erhoben. Wir haben gesagt, wir wollten das prüfen, wir wollten das gemeinsam mit Ihnen diskutieren.

Ein Grund für den Gesetzentwurf war des Weiteren – ich habe es genannt – die Inkompatibilität. Diese kann in mehrfacher Form auftreten, nämlich zum Beispiel dadurch, dass der im Kreistag sitzende Bürgermeister auf der einen Seite ja die Interessen seiner Gemeinde vertritt und auf der anderen Seite auch für den Landkreis als eigenständige Gebietskörperschaft – der Kollege Stickleberger hat das richtig beschrieben – tätig sein soll. Ich nenne nur das Beispiel der Kreisumlage.

Ein weiterer und, ich glaube, wichtigerer Punkt – da kann ich mich sogar auf die Ausführungen des Kollegen Heinz im Ausschuss stützen – ist die Frage der Rechtsaufsicht. Ich glaube, es ist tatsächlich einmalig in unserer Rechtsordnung in Baden-Württemberg, dass in dieser Form ein und dieselbe Stelle die Rechtsaufsicht ausübt: Der Landrat übt nämlich über die Bürgermeister die Rechtsaufsicht aus, jene Bürgermeister, die ihn zuvor gewählt haben. Dass da Interessenkonflikte auftreten können, Herr Kollege Schneider, liegt doch wohl auf der Hand.

Jetzt berufe ich mich auf den Kollegen Heinz. Wenn Sie tatsächlich der Meinung sind, dass die beabsichtigte Änderung, wonach Bürgermeister nicht mehr Kreistagsmitglieder sein dürfen, nicht in die richtige Richtung zielt,

(Abg. Heinz CDU: Sind wir!)

dann müssen Sie dem Kollegen Heinz folgen. Er hat nämlich im Innenausschuss eine bemerkenswerte Ausführung gemacht. Er hat gesagt, die CDU-Fraktion werde lediglich noch prüfen, also immerhin prüfen

(Abg. Heinz CDU: Prüfen!)

– ich bin gespannt, welches Ergebnis herauskommt –, ob in Bezug auf die Rechtsaufsicht Änderungsbedarf bestehe. Immerhin ist das Problem erkannt. Herr Kollege Schneider, offensichtlich tut dies die CDU-Fraktion nicht so einfach ab. Jetzt warte ich für meine Fraktion und vielleicht auch für die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses auf Ihre Gesetzesinitiative, die nun die Direktwahl des Landrats ermöglicht.

Herr Kollege Schneider, an dieser Stelle noch etwas: Natürlich sind wir für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Wie aber könnte man das besser gewährleisten als dadurch, dass der Landrat nicht vom Kreistag, sondern von der Bevölkerung direkt gewählt wird?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das wäre unseres Erachtens tatsächlich die richtige Maßnahme. Insofern ist das doch ein ganz entscheidender Punkt dieser Gesetzesreform.

Ein letzter Punkt, den ich benennen möchte: Schauen wir uns die Statistik an, was die Angehörigkeit von Bürgermeistern in Kreistagen anbelangt; diese hat ja dankenswerterweise sogar ein Kollege der CDU-Fraktion, glaube ich, ermitteln lassen.

(Abg. Stickleberger SPD: Kollege Pauli, Bürgermeister!)

Man muss feststellen: Es gibt Kreistage, in denen sage und schreibe 44 % der Mitglieder Bürgermeister sind.

(Abg. Herrmann CDU: Wie viele gibt es?)

Jetzt sagen Sie, die Menschen werden ja einen Grund dafür haben, dass sie die Bürgermeister wählen. Da haben Sie völlig Recht. Allerdings ist gerade an dieser Stelle eine weitere Inkompatibilität vorhanden, weil die Bürgermeister ihr Amt, ihre Tätigkeit dafür nutzen können, um erstens bekannt zu werden – eine wichtige Voraussetzung, um gewählt zu werden – und zweitens auch die entsprechenden Kenntnisse zu erwerben – das wird ja gar nicht abgestritten –, um dann für solche Wahlämter wiederum zu kandidieren. Auch dies ist eine Begründung dafür, dass die Inkompatibilitätsvorschrift in unsere Landkreisordnung aufgenommen werden muss. Deswegen unsere Gesetzesinitiative.

Ich gehe davon aus, dass diese Initiative in diesem Haus wahrscheinlich noch keine Mehrheit finden wird, dass aber der Kollege Heinz den Prüfbericht, den er abzuliefern hat, dem Plenum vielleicht in Form einer Gesetzesinitiative für die Direktwahl der Landräte vorlegen wird. Herr Innenminister, wenn Sie sich dort bewegen würden, wäre das einmal eine Innovation, auch für den Landtag von Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur noch auf eines hinweisen, Herr Kollege Oelmayer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, bitte!)

Sie und andere – ich glaube, auch der Kollege Stickleberger – haben sich darüber beklagt, in den Kreistagen säßen zu viele Bürgermeister. Dazu sage ich: Die Bürgermeister sind ja nicht aufgrund eigener Machtvollkommenheit in die Kreistage eingerückt,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

sondern deshalb, weil sie gewählt worden sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Klar!)

Wenn die Bevölkerung sie nicht will, braucht sie sie auch nicht zu wählen.

(Minister Dr. Schäuble)

Im Übrigen bin ich ein wenig überrascht, dass Sie jetzt von der Volkswahl der Landräte reden. Das beunruhigt mich beim Kollegen Glück weniger, weil die FDP/DVP heute Vormittag ja ein klares Bekenntnis zu unseren Landkreisen abgelegt hat. Aber Sie haben doch in der Debatte zu Punkt 2 der Tagesordnung gesagt, Sie wollten die Landkreise durch Regionalkreise ersetzen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein!)

Dann würde ja auch die Volkswahl der Landräte obsolet.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Da haben Sie nicht richtig zugehört, Herr Innenminister! Das habe ich nicht gesagt!)

– Dann steht es jetzt eins zu null für Sie.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Danke schön!)

Also, okay.

Ich bin aber deshalb beunruhigt, weil das Thema „Volkswahl der Landräte“ in diesem hohen Haus schon so oft besprochen wurde, dass es wohl in absehbarer Zeit nicht erneut aufgerufen werden muss.

Zum Thema selbst: Sie haben auch eingeräumt, dass der behauptete Interessenkonflikt theoretischer Natur ist.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich bleibe dabei: Uns – mit „uns“ meine ich auch die zuständige Fachabteilung des Innenministeriums – sind konkrete, praktische Interessenkonflikte nicht bekannt geworden. Sollte dies künftig so sein, darf ich darauf aufmerksam machen, dass ja für diesen Fall auch über ein Selbsteintrittsrecht des Regierungspräsidiums als höhere Rechtsaufsichtsbehörde diskutiert wird,

(Abg. Schneider CDU: Richtig!)

sodass auch dieser bisher nur theoretische Fall irgendwie lösbar wäre.

Auch vor diesem Hintergrund bitte ich einfach: Wir sollten uns weiterhin des Sachverstands der Bürgermeister in den Kreistagen bedienen. Wenn die Bevölkerung dies will, sollten sie auch weiterhin wählbar sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über die Gesetzentwürfe.

Ich rufe zunächst den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/471, zur Abstimmung auf. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen mit seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/1639 Ziffer 1, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Sie sind damit einverstanden, dass ich den Gesetzentwurf insgesamt aufrufe?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja!)

– Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/471, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das ist aber wenig!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit abgelehnt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: War klar!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 13/472. Der Innenausschuss empfiehlt mit seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/1639 Ziffer 2, auch diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

Wer diesem Gesetzentwurf, den ich insgesamt zur Abstimmung stelle, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist die Zweite Beratung der Gesetzentwürfe beendet und Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung – Drucksache 13/1245**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1640**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Glück**

Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Heinz, Sie haben das Wort.

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf enthält im Wesentlichen zwei Begehren, zum einen den Wegfall des Positivkatalogs und zum anderen die Absenkung des Entscheidungsquorums für Bürgerentscheide von 30 auf 25 %.

Ich darf noch einmal auf die erste Lesung in Freiburg und die temperamentvolle Rede unseres Kollegen Schneider zurückblenden, der in diesem Zusammenhang gesagt hat: Man muss aufpassen, dass man vor lauter Wald die Bäume nicht aus den Augen verliert. Er hat gemeint, im Hinblick auf die riesige Finanzkrise, in der sich die Kommunen befinden, diskutieren wir hier ein relativ nebensächliches Problem.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber die Verwaltungsstrukturreform wollt ihr doch auch nicht machen! Was wollt ihr denn dann machen? Gar nichts?)

Wir müssen das ein Stück weit richtig einsortieren. – Langsam, Herr Oelmayer.

Ich möchte auch an die Ausschussberatung im Dezember erinnern, wo wir uns eigentlich weitestgehend einig waren,

(Heinz)

dass der Positivkatalog abgeschafft werden soll. Halten wir also fest, dass sich hier schon etwas getan hat.

Jetzt müssen wir noch darüber reden, wie wir beim Negativkatalog vorgehen. Hier gibt es sicherlich verschiedene Möglichkeiten. Es gibt bei uns in der Fraktion die Tendenz, den Negativkatalog gegenüber dem jetzigen Zustand sogar noch weiter zu entschlacken. Das heißt, wir wollen eigentlich eine recht knapp gefasste Version haben.

Wir sind uns zum Beispiel mit dem Gemeindetag einig, dass wir in den Negativkatalog nicht unbedingt Gegenstände aufnehmen müssen, die von vornherein schon qua Gesetz klar geregelt sind. Um es zu verdeutlichen, nenne ich ein Beispiel: Satzungen über den Anschluss- und Benutzungszwang stehen nicht zur Diskussion und zur Disposition. Diese können keinem Bürgerbegehren zugänglich gemacht werden.

Für mich noch offen ist die Frage – da müssen wir sowohl mit dem Koalitionspartner als auch mit dem Gemeindetag und auch mit dem Innenministerium noch einmal reden –:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wie oft denn noch?)

Wie sieht es im Bereich der Bauleitplanung aus? Da bin ich offen, was die Frage anbelangt, ob man das doch noch in den Negativkatalog aufnimmt. Dieser Punkt muss noch geklärt werden. Aber ich glaube, da sind wir uns relativ schnell einig.

Beratungs- und auch Prüfungsbedarf sehen wir dagegen wirklich noch bezüglich des Quorums. Hier müssen wir uns noch mit der FDP/DVP abstimmen, ob wir den Schritt von 30 auf 25 % machen. Ich will aber in diesem Zusammenhang noch etwas sagen, Herr Oelmayer, wenn Sie mich so nett anschauen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich schaue immer nett!)

Baden-Württemberg hat im Jahr 1956 als erstes Bundesland, lange vor allen anderen Bundesländern, das Bürgerbegehren und die Bürgerbeteiligung eingeführt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und seitdem tut sich nichts mehr!)

Die anderen Bundesländer kamen 35 Jahre später. Ich will nur noch einmal gesagt haben, dass wir dem Gedanken, die Bevölkerung partizipieren zu lassen, eigentlich schon sehr früh gefolgt sind. Ich glaube auch, dass der Wegfall des Positivkatalogs für sich allein genommen schon eine deutliche Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkungsrechte bringt. Wir müssen also einfach prüfen, ob wir den zuvor angesprochenen Schritt noch tun, und ich glaube, dass wir Ihnen schon im ersten Halbjahr 2003 eine Lösung vorschlagen können.

Ich glaube auch – und das ist der dritte Punkt, den ich als Randbemerkung bringen möchte –, dass wir hinsichtlich der Herabsetzung der Bindungswirkung von drei Jahren auf ein Jahr einen entsprechenden Schritt tun. Das könnte ich mir jedenfalls vorstellen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Im Sinne der Ausführungen meines Kollegen Schneider in Freiburg möchte ich,

dass wir trotz der Nebensächlichkeit dieser Bestimmung, wenn man demgegenüber die finanzielle Situation sieht, die die Kommunen im Moment doch erheblich plagt, bereit sind, die Änderung durchzuführen, was den Positivkatalog angeht. Wir werden auch die Absenkung des Quorums prüfen und diese Frage möglichst im ersten Halbjahr 2003 erledigen. Ich denke, dass wir damit einen Schritt weitergekommen sind.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Also, Sie prüfen erst! Wie lange?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger.

(Abg. Hauk CDU: Stickelberger heute im Dauereinsatz!)

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, aber ich kann es mir auch nicht aussuchen.

Meine Damen und Herren, das ist schon eine seltsame Rollenverteilung. Wenn wir, wie heute Morgen, große Vorhaben vorschlagen, dann handeln wir uns den Vorwurf ein, wir würden zu große Sprünge machen oder zu groß ansetzen und vielleicht sehr weich oder gar nicht landen. Wenn kleine Schritte auf der Tagesordnung stehen, dann sind das aus Ihrer Sicht entweder Nebensächlichkeiten, Nebensächlichkeiten, die Sie dann selbst definieren, oder Sie sind noch in der Beratung, in der Prüfung. Mit anderen Worten, Sie kommen nicht zu Potte. Bei den großen Vorhaben fehlen Ihnen Alternativen, Mut und Kraft zum großen Wurf, und bei den kleinen Dingen werden Sie sich nicht einig. Das ist der Befund.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das war schön formuliert!)

– Schön formuliert, gell?

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das war schön formuliert! Aber ob es richtig war? – Zuruf des Abg. Hauk CDU – Zurufe von der SPD)

– Herr Präsident, ich bekomme nach diesen lebhaften Beifallsbekundungen sicher eine Zeitgutschrift.

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben noch genügend Zeit, Herr Kollege Stickelberger.

(Heiterkeit)

**Abg. Stickelberger SPD:** Danke. – Meine Damen und Herren, die Herabsetzung des Quorums für Bürgerentscheide von 30 auf 25 % scheint, wie es Herr Heinz heute oder auch an anderer Stelle schon zutreffend ausgeführt hat, nicht das wirklich elementare Änderungsbegehren zu sein, obwohl wir uns auch mit einem Quorum von 25 % noch über der Grenze bewegen würden, die im Freistaat Bayern gilt. Andere Bundesländer haben also großzügigere Regelungen und leben gut damit.

(Stickelberger)

In diesem Haus haben wir auch schon darüber diskutiert, ob Missbrauchsfälle vorliegen. Das kann man für Baden-Württemberg in der Vergangenheit nicht konstatieren. Das kann man auch für andere Bundesländer, die liberalere Regelungen haben, nicht konstatieren. Die Gefahr des Missbrauchs besteht bei der angesprochenen Reduzierung des Entscheidungsquorums für Bürgerentscheide also nicht.

Hinsichtlich der Erweiterung der Angelegenheiten, für die künftig ein Bürgerbegehren bzw. ein Bürgerentscheid zulässig sein soll, habe ich ja einen gewissen Konsens herausgehört. Danach ist man hier durchaus bereit, die betreffenden Möglichkeiten im Sinne einer effektiven Bürgerbeteiligung zu erweitern. Das läge auch in unserem Interesse.

Dann stellt sich die Frage, wie man das organisiert. Der bisherige Negativkatalog hat ja viele Vorhaben, die gerade für die Gemeinden von großer Bedeutung sein konnten, von vornherein faktisch ausgeschlossen. Wir sind uns darüber einig, dass man diesen Katalog zukünftig wegfallen lässt.

(Abg. Heinz CDU: Sie meinen den Positivkatalog!)

– Ja, Entschuldigung, den Positivkatalog.

Weiter stellt sich die Frage, wie man den Negativkatalog gestaltet, der diejenigen Gegenstände enthält, bei denen Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheide nicht zum Zuge kommen können. Darüber, Herr Heinz – das haben wir schon im Ausschuss angekündigt –, kann man mit uns nach wie vor reden. Es ist wahrscheinlich eine Frage der Praktikabilität. Bei bestimmten Angelegenheiten ist die Zulässigkeit von Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheiden sicher von vornherein per se ausgeschlossen. Das gilt etwa für die Regelung der Rechtsverhältnisse der Bürgermeister oder der Beziehungen zwischen Gemeinderat und Bürgermeister. Eine Entscheidung darüber kann man sicher nicht einem Bürgerentscheid unterstellen. Regelungen über den Anschluss- und Benutzungszwang dürften auch ausgeschlossen sein.

Bei Bebauungsplänen kann man sich in der Tat fragen – das ist ja mit einer der wichtigsten Bereiche für die kommunalpolitische Entwicklung –: Nimmt man das in den Negativkatalog auf? Wir waren der Meinung: Im Bundesbaugesetz, im Baugesetzbuch sind schon dezidierte Regelungen über die Bürgerbeteiligung enthalten. Danach können die Bürger innerhalb bestimmter Fristen Einwendungen erheben. Wir haben dort also schon ein sehr stark formalisiertes Verfahren, das man an sich –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Formalisiert, aber nicht stark!)

– Herr Oelmayer, machen Sie einmal einige Verfahren mit. Dann sehen Sie, wie formalisiert sie sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich habe schon ein paar mitgemacht!)

Wir sehen da keinen Regelungsbedarf.

Ansonsten kann man über den Negativkatalog reden. Uns sind einfache, klare Regelungen lieber als komplizierte, gerade weil sie für den Bürger auch praktikabel sein sollen.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung: Heute Morgen wurde der Vorwurf erhoben, wir würden den Bürgern nicht vertrauen. Herr Schneider hat vorhin in der Debatte ebenfalls in den Raum gestellt, wir würden den Bürgern nichts zutrauen. Wir trauen den Bürgern sehr wohl viel zu und wollen sie deshalb durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide verstärkt aktiv in die Kommunalpolitik einbeziehen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Prüfung, die Sie im Ausschuss ja auch angekündigt haben – Sie haben sich zu den einzelnen Problemen ja sehr differenziert geäußert –, endlich einmal abschließen würden und vielleicht zu einer gemeinsamen Willensbildung kämen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Wenn es tatsächlich nur ein kleines Problem ist, wie Sie immer sagen, dann müssten Sie ja irgendwann einmal zu Potte kommen und vielleicht bald auf unseren Gesetzentwurf eingehen. Wir sind zu Verhandlungen über Einzelpunkte bereit. Einen Grundkonsens habe ich heute herausgehört. Ich glaube, nun sollte man ihn auch auf dem Gesetzgebungsweg umsetzen, zumal es sich hier ja, Herr Dr. Glück, um ein zutiefst liberales Anliegen handelt.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! – Abg. Junginger SPD: Hört, hört!)

Ich würde sagen: Die FDP/DVP müsste doch mit fliegenden Fahnen auf einen solchen Gesetzentwurf einschwenken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Argumente sind ja ausgetauscht. Wir haben bei der Ersten Beratung alle Argumente auf dem Tisch gehabt. Der Herr Minister hat dazu Stellung genommen. Sie haben heute – wie gesagt: Kompliment! – differenziert Stellung genommen. Auch Sie von der FDP/DVP haben das getan. Was hindert Sie denn dann noch, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen? Springen Sie über Ihren Schatten, und stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

(Abg. Nagel SPD: Jetzt kommen die wehenden Fahnen!)

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Ersten Beratung haben wir über diesen Gesetzentwurf diskutiert. Er wurde auch im Innenausschuss diskutiert. Neue Argumente sind, wie ich denke, nicht dazugekommen. Die Beschlusslage der FDP/DVP ist klar: Wir wollen eine Absenkung des Quorums für den Bürgerentscheid von 30 % auf 25 %. Wir wollen den Positivkatalog abschaffen, und wir wollen einen Negativkatalog, der so klein wie irgend möglich ist.

Ich bin froh, dass wir von der CDU sowohl im Ausschuss als auch heute wieder, Herr Heinz, positive Töne gehört ha-

(Dr. Glück)

ben, dass wir uns nächstens – und zwar wirklich zeitnah – über den letzten strittigen Punkt, dem Sie aber auch offen gegenüberstehen, nämlich über die Absenkung dieses Quorums, unterhalten werden.

Das steht im Übrigen auch im Koalitionsvertrag drin. Darin sprechen wir von einer Stärkung der unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Das wäre der ganz logische Schritt.

Leider haben wir, Herr Minister, schon im letzten Jahr einen Gesetzentwurf hierzu erwartet. Ich denke, Sie werden nachher ein Wort dazu sagen, warum sich das noch ein bisschen verzögert hat.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Wir möchten Sie bitten, dass dieser Gesetzentwurf möglichst bald kommt,

(Abg. Fischer SPD: Was heißt „unser Gesetzentwurf“, Herr Glück?)

damit wir möglichst schnell ein vernünftiges Gesetz in einem Guss verabschieden können.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Seit wann ist der Gesetzentwurf der Regierung „unser Gesetzentwurf“?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Koalitionsvereinbarung vor mir liegen. Darin heißt es auf Seite 25 im ersten Absatz über die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP:

*Die Regierungskoalition will die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden deutlich verstärken. Wir werden deshalb in der Gemeindeordnung den so genannten Positivkatalog für die Zulassung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid . . . aufheben. Bis auf den so genannten Negativkatalog wird es künftig also keine thematischen Einschränkungen für Bürgerentscheide geben.*

So weit, so gut.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist eindeutig!)

– Das ist eindeutig, Kollege Pfister.

Jetzt muss man natürlich wissen, Kollege Stickelberger: Es gibt parlamentarische Gepflogenheiten. In unserer parlamentarischen, von Parteien bestimmten und durch Koalitionsvereinbarungen festgelegten Demokratie ist es so, dass selbst dann, wenn ein Gesetzentwurf einem Parlament vorliegt –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Mann hat es begriffen!)

wie hier zum Beispiel zu dem Thema „direkte Bürgerbeteiligung, Absenkung von Quoren, Wegfall des Positivkatalogs und Beschränkung der Sperrwirkung“ – – Wir sind uns ja inhaltlich weitgehend einig.

Wir haben eine Ausschussberatung hinter uns gebracht. In der Ausschussberatung hätte es genügend Möglichkeiten und Gelegenheiten gegeben, zum Beispiel über den Negativkatalog zu diskutieren. Wir als grüne Fraktion sind zum Beispiel der Auffassung, dass wir – wie in Bayern – auch Bebauungspläne bürgerentscheidsfähig machen sollten, Kollege Stickelberger, weil die Möglichkeiten, nach denen Bürgerinnen und Bürger da mit ihren Meinungen durchgreifen können, im Baugesetzbuch nicht so stark sind, wie Sie das darstellen.

All das sind Themen, die nach den parlamentarischen Gepflogenheiten eigentlich hätten im Ausschuss diskutiert und entschieden werden können. Dann hätten wir den Gesetzentwurf, den die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses vorgelegt hat, entsprechend abgeändert. Man hätte von mir aus auch noch die kommunalen Landesverbände hören können. Man hätte auch dem Innenminister ausreichend Gelegenheit gegeben, darüber zu diskutieren. Dann hätten wir heute die Verabschiedung eines Gesetzes, das wahrscheinlich von allen Fraktionen dieses Hauses getragen worden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist traurig für jemanden wie mich, der in seiner täglichen Arbeit, ob als Anwalt oder auch als Familienvater, etwas anderes gewohnt ist, solche ineffizienten Veranstaltungen miterleben zu müssen, bei denen Koalitionsvereinbarungen sozusagen das Diktat für das Parlament für eine gesamte Wahlperiode bedeuten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Blenke CDU: Wie ist das in Berlin?)

– Das ist in Berlin nicht anders. Der Zuruf „Berlin“ ist zu Recht gemacht worden. Ich glaube, auch dort gibt es Gesetzesvorhaben, die wahrscheinlich alle dort vertretenen Fraktionen gemeinsam verabschieden könnten. Deswegen der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion, der auch das Thema Bürgerbeteiligung umfasst. Was sollen die Menschen draußen denken, wenn wir hier gemeinsame Ideen vortragen, eine Fraktion die Idee dann in einen Gesetzentwurf gießt und dieser Gesetzentwurf trotzdem abgelehnt wird, und zwar nur deswegen, weil es da eine Koalition gibt, die vielleicht ein halbes Jahr später – hoffentlich schon ein halbes Jahr später – mehr oder weniger den gleichen Gesetzentwurf einbringt? Ich glaube, das ist nicht zuträglich im Sinne von Bürgerbeteiligung und von Bürgerpartizipation, sondern das ist eher ein abschreckendes Beispiel dafür, dass wir uns als Parlament hier nicht mehr in der Eigensubstanz verkörpern und keine Beschlüsse fassen, obwohl wir die gemeinsam fassen wollen. Insofern will ich zu dem Themenbereich eigentlich in den Details gar nicht mehr sagen.

Dass wir das Quorum absenken müssen, ist schon deswegen klar, weil sonst die Bürgerentscheide an den Quoren scheitern. Keine Bürgermeisterwahl, um darauf zurückzukommen, ist bisher an ein Quorum geknüpft. Sonst hätten wir in manchen Gemeinden schon keine Bürgermeister mehr. Deswegen wollen wir die Absenkung des Quorums.

Das Begehren, den Positivkatalog zu streichen, ist auch logisch, weil wir die Möglichkeit und die Kompetenz, Bürgerentscheide zu treffen und die Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden entscheiden zu lassen, den Bürgerinnen

(Oelmayer)

und Bürgern zurückgeben sollten, die diese Kompetenz nur auf Zeit an ihre Repräsentanten verleihen. Das ist doch ein hohes Gut, das wir hier im Haus auch einstimmig verabschieden können.

Letztendlich zur Sperrfrist: Auch da haben wir eigentlich eine einheitliche Meinung.

Insofern ist es heute für mich kein Glückstag in diesem Parlament, sondern eher ein Beispiel dafür, wie wir es eigentlich nicht machen sollten. Wir sollten uns vielleicht darauf besinnen, dass wir auch in unserer Selbstständigkeit als Landtag von Baden-Württemberg manchmal über dieses oder jenes Diktat in dieser oder jener Koalitionsvereinbarung hinwegspringen sollten. Ich glaube, dies wäre für die politische Kultur im Parlament und in unserem Land Baden-Württemberg ein Zeichen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Oelmayer, ich glaube, Sie verkennen den Sinn und die Bedeutung von Koalitionsvereinbarungen. Diese sind einfach notwendig, um sich nicht nur ein Programm zu erarbeiten, sondern auch um die Mehrheit im Parlament, die wiederum Voraussetzung dafür ist, dass eine Regierung arbeiten kann, sicherzustellen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber wenn dann alle einig sind über die Punkte!)

Deshalb: Überall, wo es Koalitionen gibt, gibt es entsprechende Vereinbarungen. Und überall ist es immer wieder eine permanente Herausforderung auch im Alltag. Sie haben vorhin mit Recht auf das Beispiel Berlin reagiert. Dort ist es ja auch so. Es ist also eine Herausforderung im Alltag, diese Mehrheiten immer wieder zu sichern. Dass hier eine Koalitionsvereinbarung die Richtschnur ist, ist auch ganz klar.

Im Übrigen bitte ich auch zu berücksichtigen, dass auch Sie dort prüfen, wo Sie es für notwendig halten. Zum Beispiel haben Sie bei der Verwaltungsreform heute Morgen darauf hingewiesen und wollen immer noch länger und weiter prüfen. Hier waren eben einige Gespräche zwischen den Fraktionen, die die Koalition bilden, notwendig. Die sind noch nicht ganz abgeschlossen. Herr Kollege Stickelberger, nachdem Sie auch das zeitliche Moment angesprochen haben, will ich sagen: Ich habe jetzt eigentlich den Eindruck, dass man so langsam in die Zielgerade einbiegt und dann auch die Koalitionsgespräche abgeschlossen hat. Deshalb kann ich Sie beide, Herr Kollege Stickelberger und Herr Kollege Oelmayer – jetzt versuche ich es auf Schwäbisch –, mit dem trösten, was der Schwabe sagt: Auf was Gwieß ist gut warte. So heißt es, glaube ich.

(Zurufe, u. a. Abg. Blenke CDU: Da muss man noch ein bisschen üben!)

– Für die Kurpfälzer. – Also: Auf was Gwieß ist gut warte.

Die Sache steht wohl bald vor dem Abschluss. Das Ministerium ist jedenfalls mit seinen Vorarbeiten fertig. Wir warten auf das Signal. Unser Entwurf ist schubladenreif, sodass aus unserer Sicht durch uns keine weiteren Verzögerungen mehr erfolgen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Sobald die Gespräche zu diesem außerordentlich wichtigen Thema abschließend zu Ende geführt sind,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

können wir auch die parlamentarische Beratung fortführen.

Dass wir uns, Herr Kollege Oelmayer, heute und auch schon bei der Ersten Beratung und im Innenausschuss mit diesem Thema befassen mussten, ist im Grunde genommen nur darauf zurückzuführen, dass Sie nicht widerstehen konnten, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, obwohl Sie wussten, dass dies bei uns schon auf der Agenda steht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Junginger SPD: Wie lange sollen wir noch warten? Bis 2006?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 13/1640, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich stelle den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Einführung des Amtes einer oder eines Landesbeauftragten für den Tierschutz – Drucksache 13/1270**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 13/1677**

**Berichterstatterin: Abg. Elke Brunnermer**

(Große Unruhe)

Frau Abg. Brunnermer wünscht als Berichterstatterin das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

(Anhaltende Unruhe)

Frau Abg. Brunnermer, Sie erhalten in der Aussprache das Wort.

**Abg. Elke Brunnemer** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei allem, was wir derzeit tun, müssen wir die schwierige Haushaltssituation im Blick haben. Dabei ist klar: Wir müssen sparen. Wir brauchen weniger Staat und weniger Bürokratie.

Dabei ist noch einmal klipp und klar zu sagen: Alle Überlegungen in Richtung Ausbau und Neuschaffung von Behörden sind fehl am Platz. Ganz im Gegenteil: Wir müssen alles tun, damit Bürokratie abgebaut werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Bravo!)

Das Ziel, das wir hier einvernehmlich verfolgen, nämlich die weitere Verbesserung des Tierschutzes, ist mit den vorhandenen Einrichtungen erreichbar. Der Tierschutz in Baden-Württemberg ist äußerst qualifiziert, effizient und effektiv. Er wird durch den konsequenten Vollzug bestehender Bestimmungen erreicht und durch immer neue und weiter gehende Verordnungen verbessert. Gerade durch die gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium, Behörden, Organisationen und Ehrenamtlichen werden ständig Weiterentwicklungen auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Gar nicht wahr!)

Dabei ist es zunehmend wichtig, die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen und des bestehenden Rechts zu überwachen und zu kontrollieren. Das ist eine staatliche Aufgabe, die von den zuständigen Behörden ganz hervorragend wahrgenommen wird.

Das bestätigen auch die kommunalen Landesverbände, die sich in der Anhörung deutlich gegen die Einführung des Amtes einer oder eines Tierschutzbeauftragten ausgesprochen haben. Sie sehen darin erhebliche finanzielle Mehraufwendungen und befürchten Verfahrensverzögerungen, die den Tierschutz eher behindern als fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer  
SPD: Das ist eine Vermutung!)

Das Ergebnis der Anhörung des Tierschutzbeirats ist eindeutig: Von den insgesamt 13 im Landesbeirat für Tierschutz Baden-Württemberg vertretenen Organisationen stimmt derzeit nur eine Organisation ohne weiteres für die Einführung des Amtes. Fünf Organisationen halten die Einführung für nicht erforderlich. Sechs Organisationen enthalten sich derzeit einer abschließenden Stellungnahme und schlagen eine Anhörung der Tierschutzbeauftragten des Landes Hessen vor.

Die Beratung im Ausschuss führte zur Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Einführung des Amtes einer oder eines Landesbeauftragten für den Tierschutz – abzulehnen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund stelle ich seitens der CDU-Fraktion fest: Für die Einrichtung des Amtes gibt es keine Notwendigkeit; daher erübrigt sich auch die Durchführung einer Anhörung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Einrichtung eines zusätzlichen Amtes belastet den Haushalt und schafft zusätzlich Bürokratie und Abstimmungsbedarf. Damit ist dem praktischen Tierschutz vor Ort bestimmt nicht gedient. Eine nachhaltige Verbesserung des Tierschutzes gelingt nicht allein durch die Weiterentwicklung von Gesetzen und Verordnungen, sondern es bedarf hierfür vor allem eines breiten gesellschaftlichen Bewusstseins für den Tierschutz

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

und des Engagements des Einzelnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winkler.

(Abg. Wieser CDU: Wer, der Winckler? Nein, der  
Winkler!)

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Landestierschutzbeauftragter, die Zweite. Regieanweisung: keine Änderung der Einstellung. Das Drehbuch gibt die Regieanweisung vor; die Rollenverteilung ist klar.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Amen! – Heiterkeit –  
Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es wurde gesagt, die Ablehnung durch die drei Verbände, des Gemeinde-, des Städte- und des Landkreistags, sei sehr eindeutig. Ich unterstelle sehr viel Eigennutz; sie befürchten den Verlust irgendwelcher Zuständigkeiten.

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

Aber im Tierschutzbeirat hat immerhin die Hälfte der Mitglieder den Gesetzentwurf nicht abgelehnt, sondern die Beratung vertagt. Der Tierschutzbeirat bittet uns darum, dass diese Anhörung stattfindet.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Es gibt einen Grund hierfür: Die Anhörung der Tierschutzbeauftragten des Landes Hessen ist vernünftig; denn es kann ja nicht sein, dass Informationen sozusagen verhindert werden sollen.

(Abg. Teßmer SPD: Vielleicht ist sie nicht schwarz  
genug in Hessen!)

Wir haben deshalb im Ausschuss – leider vergeblich – vorgeschlagen, diese Anhörung stattfinden zu lassen. Wir halten sowohl unsere Zustimmung zu einem Gesetzentwurf, mit dem ein Landesbeauftragter oder eine Landesbeauftragte für den Tierschutz eingeführt wird, als auch unsere Forderung nach einer Anhörung aufrecht.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Noch eine An-  
hörung!)

Zusammenfassend: Wir würden es ganz speziell begrüßen, wenn diese Anhörung trotzdem noch stattfinden könnte,

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

(Alfred Winkler)

sodass diese Ablehnung nicht die allerletzte Ablehnung und damit der Schlusstrich unter diese Sache ist. Leider ist die Regierungskoalition aber nicht offen genug für diesen Vorschlag. Ich befürchte aber, dass alle Gegner irgendwann einmal auf der roten Liste auftauchen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im Oktober letzten Jahres in Erster Beratung diskutiert. Im Januar, also vor wenigen Tagen, befasste sich der Landwirtschaftsausschuss mit diesem Thema, und ich denke, neue Argumente sind nicht dazugekommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Um den Tierschutz ist es in Baden-Württemberg gut bestellt. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit den Tierschutz als Staatsziel in die Verfassung hineingebracht;

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

wir haben einen sehr, sehr kompetenten Landesbeirat, und ich denke, im Ministerium und in den nachgeordneten Dienststellen wird in Sachen Tierschutz eine hervorragende Arbeit geleistet. Wir wollen den Tierschutz!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, wir wollen keinen Aufbau zusätzlicher bürokratischer Strukturen. Wenn die kommunalen Landesverbände es jetzt ebenfalls abgelehnt haben, dieses Amt neu zu schaffen, dann haben sie gute Gründe dafür. Dann ist es einfach lächerlich, ihnen vorzuwerfen, sie hätten das nur aus Angst vor einem scheinbaren Kompetenzverlust getan.

Auch der Landestierschutzbeirat – Sie haben es vorhin bereits erwähnt – lehnt die Einführung dieses Amtes mehrheitlich ab.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist nicht richtig!)

Meine Damen und Herren, der Tierschutz ist in Baden-Württemberg in guter Hand. Selbstverständlich ist nichts so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Dieser Aufgabe stellen wir uns, aber, wie gesagt, ohne einen Aufbau neuer bürokratischer Strukturen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Tierschutz ist ins Grundgesetz und in die Landesverfassung aufgenommen worden – fraktionsübergreifend, mit Unterstützung aller Fraktionen. Die Aufnahme des Tierschutzes in unsere Verfassungen hat aber mehr als nur symbolischen Charakter. Sie beinhaltet einen

klaren Handlungsauftrag. Aus diesem Verfassungsrang ergibt sich für alle staatlichen Organe die Pflicht, verfahrensrechtliche Normen zu schaffen, durch die ein effektiver Schutz der Tiere erreicht wird, und zwar ganz konkret im Hinblick auf artgerechte Haltung, die Verhinderung vermeidbarer Leiden und die Vermeidung einer Zerstörung der Lebensräume der Tiere.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wir Grünen halten die Einrichtung eines unabhängigen Amtes eines oder einer Landestierschutzbeauftragten für ein geeignetes Instrument, diesen Verfassungsrang konkret umzusetzen.

Sie haben im Wesentlichen drei Argumente vorgetragen, weshalb Sie der Einrichtung eines solchen Amtes nicht zustimmen. Sie haben gesagt, den Belangen des Tierschutzes werde in Baden-Württemberg ausreichend Rechnung getragen. Sie haben das Bürokratiargument genannt, und Sie haben die zusätzlichen Kosten benannt.

Da möchte ich Sie aber einmal daran erinnern, dass Sie ohne Skrupel für die Einrichtung einer B-9-Stelle in der Landesvertretung in Berlin gestimmt haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Doch nicht skrupellos!)

Da hatten Sie überhaupt keine Bedenken, was zusätzliche Kosten anbelangt.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Der macht doch gute Arbeit!)

Aber für das Amt eines Tierschutzbeauftragten, wo es um Millionen von Tieren geht, die nicht selbst für sich sprechen können, haben Sie Bedenken, und da zählen plötzlich die zusätzlichen Kosten. Wir halten das für ein Scheinargument, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Braun und Fischer SPD)

Zum Zweiten: Wir haben in unserem Gesetzentwurf ganz klar gesagt, dass wir eine kostenneutrale Umsetzung wollen. Wir haben bereits heute ein Referat Tierschutz im Landwirtschaftsministerium. Selbstverständlich wollen wir, dass dessen Mittel für das Amt eines Tierschutzbeauftragten umgeschichtet werden.

Zum Stichwort Bürokratie: Im Landestierschutzbeirat wurde auch von den Vertretern der Tierschutzorganisationen gesagt, dass es in Hessen, wo es eine Landestierschutzbeauftragte gibt, keinesfalls zu mehr Bürokratie gekommen ist. Im Gegenteil, in Hessen findet eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Landestierschutzbeauftragten, den Veterinärämtern, den Tierschutzorganisationen und allen anderen Organisationen, die im Tierschutz relevant sind, statt. Darüber hinaus leistet diese Landestierschutzbeauftragte eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit und trägt zur Sensibilisierung für Themen des Tierschutzes und der Prävention erheblich bei.

Der Landestierschutzbeirat hat deshalb mehrheitlich vorgeschlagen, dass sich der zuständige Ausschuss des Landtags

(Renate Rastätter)

in einer Anhörung mit dem Amt des Landestierschutzbeauftragten befasst, weil der Landestierschutzbeirat mehrheitlich eine institutionelle Aufwertung des Tierschutzes in Baden-Württemberg wünscht. Das haben Sie abgelehnt. Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass die Mehrheit des zuständigen Ausschusses, wenn der Landestierschutzbeirat, der eingerichtet wurde, um die Landesregierung und den Landtag zu beraten, diese Empfehlung gibt, sich einfach darüber hinwegsetzt. Das ist ein Armutszeugnis und zeigt, wie wenig Ihnen der Tierschutz tatsächlich wert ist.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Das Gleiche gilt für Sie, Herr Minister Stächele. Für Sie hat der Landestierschutzbeirat, den Sie verbal immer so hochhalten, ebenfalls nur eine Alibifunktion. Sonst wäre es nicht passiert, dass Sie den Landestierschutzbeirat beauftragen, eine Stellungnahme zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur neuen Schweinehaltungsverordnung in Baden-Württemberg auszuarbeiten, dass Kommissionen des Landestierschutzbeirats eingerichtet werden und Sie bereits ein Jahr vorher heimlich, ohne dass dies öffentlich wird, ohne dass Sie den Landestierschutzbeirat informieren, einen Brief an die Landwirtschaftsministerin Renate Künast schreiben, in dem Sie sie auffordern, die EU-Richtlinie 1 : 1 umzusetzen, das heißt, im nationalen Recht keine höheren Anforderungen an den Tierschutz zu stellen.

(Abg. Teßmer SPD: Ein dicker Hund!)

Auch da beweisen Sie, dass der Landestierschutzbeirat für Sie eine reine Alibiveranstaltung ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Klartext: Im Gegensatz zu dem, was Sie sagen, nämlich dass Tierschutz für Sie einen hohen Stellenwert habe, zeigen Ihr Umgang mit diesem Gesetzentwurf, Ihre Blockade einer institutionellen Verbesserung und Ihre Scheinargumente, dass bei weitem noch nicht die Bereitschaft besteht, den Tierschutz auch real ernst zu nehmen, Präventionsarbeit zu leisten, sich als Landtag ernsthaft damit zu befassen. Deshalb werden wir auch weiterhin dieses Anliegen verfolgen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt wollen wir mal hören!)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte hat auf jeden Fall den Sinn, dass wir uns wieder Gedanken machen über das, was Tierschutz ist und was es noch weiterzuentwickeln gilt.

Ich denke, Tierschutz ist ein Grundanliegen unserer Gesellschaft. Das hat sich immer mehr herumgesprochen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Bis zum Landwirtschaftsminister!)

– Hören Sie jetzt erst einmal zu!

Ich möchte zuallererst einmal denen danken, die in sehr großer Zahl ehrenamtlich tätig sind und ohne viel Aktionismus und Bürokratie den Tierschutz verwirklichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Liebe Frau Rastätter, auch der Minister ist ein Anhänger des Tierschutzes.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein großes Wort!)

Um das gleich abzuräumen, was Sie, Frau Rastätter, am Schluss Ihrer Rede zu der Schweinehaltungsverordnung und Frau Künast gesagt haben: Das wird leider ein Eigentor; denn, liebe Frau Rastätter und verehrte Damen und Herren der Fraktion GRÜNE,

(Abg. Teßmer SPD: Ich sage nur: Höhlenschwein!)

in der Tat hat der Minister vor einem Jahr Frau Künast angeschrieben, aber nicht, weil er den Tierschutzbeirat umgehen wollte, sondern weil ich Frau Künast raten wollte, doch endlich etwas zu tun.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Denn bis heute liegt uns kein Entwurf einer Verordnung, nicht einmal für eine Umsetzung der EU-Verordnung im Verhältnis 1 : 1 vor. Wenn sie vor einem Jahr auf diesen Brief hin wenigstens den kleinen Schritt getan hätte, hätten wir schon wieder ein Stück Tierschutz gewonnen. Sie hat gar nichts getan. Deswegen: Mir vorzuwerfen, ich hätte den Tierschutzbeirat umgangen, ist weit hergeholt, liebe Frau Rastätter. So ernst haben Sie das sicherlich nicht gemeint. Schreiben Sie nach Berlin, telefonieren Sie mit Berlin, damit Frau Künast zumindest einmal den ersten Schritt tut.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das gäbe Planungssicherheit und insbesondere auch Gleichheit auf der europäischen Ebene. Daher ist der Appell umso wichtiger, endlich den Verordnungsentwurf vorzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich denke, beim Tierschutz ist es ganz wichtig, dass wir nicht irgendein Schaulaufen machen, sondern dass wir konkrete Taten vollbringen. Denn alles andere hilft den Tieren nicht wirklich.

Ich möchte Ihnen einmal vortragen, was in den letzten Monaten so alles geschehen ist. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass wir, das Land Baden-Württemberg, eine Bundsratsinitiative zur Qualzucht auf den Weg gebracht haben.

(Zurufe: Zu was? – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Minister Stächele)

– Lieber Kollege, wenn man sich über Tierschutz unterhält, sollte man sich zuerst einmal ein paar Grundkenntnisse zu-legen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Akustik!)

– Akustik? Dann ist es eine Sache der Anlage.

(Zuruf von der SPD: Oder der Aussprache!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige weitere Beispiele nennen. Erst vor wenigen Tagen wurde im Ausschuss erfolgreich eine Bundesratsinitiative zur absoluten zeitlichen Begrenzung von Tiertransporten und zur Streichung der EU-Exporterstattungen verabschiedet.

(Zuruf von der SPD: Hätten Sie es doch durchge-  
setzt!)

Ein weiteres Beispiel: Das HQZ Baden-Württemberg befindet sich derzeit in der Notifizierung in Brüssel. Die HQZ-Vorschriften sehen vor, dass nur derjenige dieses HQZ verwenden darf, der sich auf höchstens vier Stunden Tiertransportzeit beschränkt.

Ich nenne ein anderes Beispiel, um ganz konkret zu zeigen, was getan wird: Im Jahr 2001 sind von der Autobahnpolizei und von der Veterinärverwaltung insgesamt 100 000 Kontrollen durchgeführt worden.

(Abg. Teßmer SPD: Was hat das mit dem Tier-  
schutzbeauftragten zu tun?)

– Das hat sehr viel damit zu tun, weil es nicht um Lamentieren und um Verbalismus geht, sondern um konkrete Taten. Diese aufzuzeigen ist im Zusammenhang mit dieser Debatte sicher richtig.

(Abg. Zeller SPD: Staatsaufgabe! Thema verfehlt!)

Jetzt will ich Ihnen etwas anderes sagen. Die verstärkte Überwachung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen an Schlachthöfen, das so genannte Schlachthof-Monitoring, ist jetzt in Vorbereitung. Das wurde von Baden-Württemberg angeregt.

Wiederum aus Baden-Württemberg stammt die Förderung der besonders zielgerechten Haltung landwirtschaftlicher Tiere – ein Förderprogramm, das allein im Jahr 2002 eine Fördersumme von 12 Millionen € hatte und insgesamt etwa 35 Millionen € an Investitionen ausgelöst hat.

Damit haben wir doch gezeigt: Tierschutz ist nicht Sache einer Generaldebatte im Parlament, sondern ganz konkreter Taten. Da sind viele Tausende am Werk. Man soll nicht so tun, als ob dieses richtige und gute Werk erst mit dem Tierschutzbeauftragten zu beginnen hätte.

(Abg. Zeller SPD: Das sagt doch niemand! – Zuruf  
von der SPD: Dann bräuchten Sie es ja nicht zu  
fürchten!)

Liebe Frau Rastätter, jetzt einmal in Ehren: Ich will Ihnen wirklich guten Willen unterstellen. Der Entwurf ist aber nicht geeignet, den Tierschutz voranzubringen. Auch die Begründung im Entwurf muss ich etwas kritisieren. Sie sa-

gen, die jetzigen Verwaltungsstrukturen seien nicht geeignet. Ich hätte dazu gerne einmal ein Beispiel; denn unerschwinglich ist in dieser Formulierung enthalten, die Mitarbeiter meines Hauses seien nicht geeignet, das umzusetzen, was an konkreten Themen des Tierschutzes genannt wird.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die sind nicht un-  
abhängig von Ihnen! Das ist das das Problem!)

– Was sind die?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Die sind nicht un-  
abhängig von Ihnen! Wir wollen unabhängige Tier-  
schutzmitarbeiter!)

– Alle meine Mitarbeiter sind sehr wohl unabhängig und in der Lage, ihre Tätigkeit ihrem Auftrag gemäß zu erfüllen. Wüssten sie um konkrete Probleme oder Themen, wüssten sie diese auch umzusetzen und zu vollziehen.

Was mir ebenfalls missfallen hat, liebe Frau Rastätter, weil es einfach unrichtig und unwahr ist, war Ihre Aussage, der Tierschutzbeirat, eine Einrichtung des Landes mit 27 Mitgliedern, würde deswegen nicht funktionieren, weil dieser Tierschutzbeirat kopflastig sei. Ich habe mir die Liste der Mitglieder geben lassen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Von 27 Mitgliedern stammen immer 11 aus Tierschutzorganisationen oder dem Tierschutz nahe stehenden Organisationen. Zwei Abgeordnete sind ebenfalls im Beirat. Sie sagen, er sei kopflastig, weil dort zu viele seien, die selber Tierhalter seien. Gerade einmal vier Mitglieder sind vom Bauernverband. Damit möchte ich an dieser Stelle auch einmal mit einem immer wiederkehrenden, deswegen aber immer noch nicht richtigen Vorurteil aufräumen. Ich sage Ihnen: Derjenige, der tagtäglich mit dem Tier zu tun hat, ist in den allermeisten Fällen auch der allererste Tierschützer,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

weil er weiß, dass er nur mit dem Schutz der Tiere das erreichen kann, was er aus dem Nutzen der Tiere gewinnen will.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte noch ein Weiteres ansprechen, liebe Frau Rastätter. Ich glaube, wenn wir uns darauf besinnen, dass im Grunde jeder in diesem Hause Tierschutzbeauftragter sein sollte,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Das ist  
es!)

und wenn wir uns den Themen zuwenden, die sich wirklich ernsthaft mit Tierschutz befassen, dann wäre es geradezu fatal und das falsche Zeichen, ein neues bürokratisches Monster wie einen Beauftragten einzurichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage gerade auch in Richtung der Fraktion GRÜNE: Auch mir macht das Schächten großen Kummer. Wir haben zum Schächten einen Entscheid des Bundesverfassungsgerichts, der uns leider zunächst einmal die Hände gebunden hat. Da wurden Artikel 4 und Artikel 12 des Grundgesetzes

(Minister Stächele)

stark gewichtet. Die Stellungnahme der Bundesregierung in jener Gerichtsverhandlung war alles andere als förderlich im Hinblick auf das Eingrenzen des Schächten.

Jetzt haben wir eine andere Situation. Jetzt haben wir nach dem Entscheid auf Bundesebene das Staatsziel im Grundgesetz. Deshalb noch einmal der dringende Appell an Frau Künast: Wenn Sie es mit Tierschutz ernst meinen und das Staatsziel dieses Urteil übersteigt, dann sorgen Sie dafür, dass wir eine Verordnung erlassen können, die das Schächten auf den engstmöglichen Bereich beschränkt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch der Fall!)

– Unser Appell, dies zu regeln, wird nicht befolgt.

Nach unserer Meinung darf nur dann geschächtet werden, wenn die Religionsgemeinschaft ausschließlich das Schächten vorschreibt und keine andere Handlungsweise zulässt.

Allerdings wissen wir von der höchsten Behörde, der höchsten Instanz des Islam, aus Kairo: Schächten ist in einem anderen Kulturbereich, in einer anderen Kulturgemeinschaft wie der unseren überhaupt nicht zwingend geboten.

Wir sollten also im Interesse der Tiere endlich dafür Sorge tragen, dass konkret das Schächten in eine Verordnung gekleidet wird, und zwar so restriktiv, dass wirklich am Schluss nur noch Einzelfälle übrig bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich: Lasst uns Konkretes tun! Deswegen lehnen wir einen Tierschutzbeauftragten ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, nur drei Sätze zu Ihnen: Im Landestierschutzbeirat sind viele Einrichtungen vertreten, aber auch der Verband Forschender Arzneimittelhersteller und die Universitäten und Hochschulen mit Tierversuchseinrichtungen. Ich streite nicht ab, dass der Beirat Tierschutz betreibt, aber in ihm sind auch Vertreter von tierverbrauchenden Einrichtungen. Insofern haben die andere Positionen im Hinblick auf einen Tierschutzbeauftragten.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Zweitens: Ich hätte natürlich erwartet, dass Sie sagen, warum Sie keine Anhörung der hessischen Landestierschutzbeauftragten wünschen. Warum? Wir wissen nur: Sie wollen es nicht.

Drittens: Es ist nicht fair, wenn Sie einen Zusammenhang herstellen zwischen unserem Wunsch, das Amt eines Landestierschutzbeauftragten einzurichten, und der ehrenamtlichen Arbeit der Tierschützer. Die wollen wir mit keinem Satz und mit keiner Bemerkung abschaffen oder kritisieren. Ganz im Gegenteil, darauf sind wir angewiesen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung.

Der Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft empfiehlt Ihnen mit der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1677, den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1270, abzulehnen.

Ich stelle den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1270, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose – Drucksache 13/1620**

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung heilberufrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/1621**

Die Fraktionen sind übereingekommen, auch diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Therapieplätze für Sexualstraftäter – Drucksache 13/888**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten und fünf Minuten für das Schlusswort der Fraktion GRÜNE.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Oelmayer, Sie haben das Wort.

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlass für die heutige Debatte zum Thema „Therapieplätze für Sexualstraftäter“ und auch die Grundlage dafür ist unsere Große Anfrage vom 26. März 2002.

Ich will eingangs kurz erläutern, weshalb wir diese Große Anfrage zu dem sowohl politisch als auch gesellschaftlich nicht einfachen Thema an die Landesregierung gerichtet haben, die ja auch umfangreich beantwortet worden ist. Der

(Oelmayer)

eigentliche Anlass war die Reform des Strafvollzugsgesetzes und des dortigen § 9, mit dem seit dem 1. Januar 2003 festgeschrieben ist – deswegen auch die Debatte jetzt im Jahr 2003 –, dass für Sexualstraftäter, die zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, ein Rechtsanspruch auf einen Therapieplatz besteht.

Wir haben in den vergangenen Jahren, und das auch zu Recht, viel mehr Sensibilität in der Gesellschaft entwickelt für die scheußlichen Sexualstraftaten, die immer wieder auch die Medien beschäftigen und über die wir dann auch entsprechend unterrichtet werden. Es hat von gesetzgeberischer Seite gerade nicht nur im Bereich der Therapie der Sexualstraftäter Maßnahmen gegeben, sondern wir haben Verschärfungen der Strafrahmen eingeführt, wir haben das DNA-Identitätsfeststellungsgesetz geschaffen als Grundlage dafür, dass die DNA-Daten von Sexualstraftätern gespeichert werden können und, und, und. Das ist die eine Seite. Das ist, wenn man so will, die repressive Seite des Staates, der auf diese Straftaten reagieren muss.

Die andere Seite ist nun die, die in einem Rechtsstaat als selbstverständlich zu gelten hat, dass nämlich die Straftäter, wenn sie weggeschlossen werden, natürlich einen Anspruch darauf haben, jedenfalls die meisten davon, soweit keine Sicherungsverwahrung angeordnet wird, wieder in Freiheit zu kommen. Um die Menschen aber darauf vorzubereiten, bedarf es einer therapeutischen Betreuung während der Straftat.

Der Gesetzgeber hat nun zu Recht auf der einen Seite die repressive Keule ausgepackt und die Strafrahmen verstärkt usw. usf., auf der anderen Seite aber auch gesagt: Um die Menschen therapieren zu können, haben sie erst einmal einen Rechtsanspruch auf einen Therapieplatz und dann auch die Möglichkeit, therapiert wieder in die Freiheit entlassen zu werden. Das war sozusagen die Grundlage für unsere Große Anfrage.

Ich will auf drei Punkte im Detail kurz eingehen.

Ein erster Punkt: Reichen denn die Therapieplätze für die Insassen in den Justizvollzugsanstalten, die dort wegen Sexualstraftaten einsitzen? Das Ministerium teilt unserer Fraktion auf die Große Anfrage Zahlen zu den Therapieplätzen im baden-württembergischen Justizvollzug mit. Die Gesamtzahl muss man sich dann selber ausrechnen, aber das kann man. Da kommt man auf etwa 100, vielleicht 110 Therapieplätze. Gleichzeitig teilt das Ministerium mit – und darüber kann man natürlich diskutieren –, dass es am 31. März des vergangenen Jahres 150 therapiebedürftige Insassen gab. Daran sehen Sie schon, dass es eine Differenz von 40 Plätzen gibt. Diese soll nach den Vorstellungen der Landesregierung durch die sozialtherapeutische Einrichtung in Offenburg geschlossen werden. Nur: Nach meiner Kenntnis ist zumindest derzeit noch offen, wann es zur Realisierung des Neubaus der Justizvollzugsanstalt Offenburg und insbesondere zur Realisierung dieser Therapieplätze in Offenburg kommt.

Deswegen hat die Landesregierung meines Erachtens einen nicht zu befürwortenden Weg beschritten, indem sie nämlich sagt: „Wenn wir schon nicht genügend Haftplätze haben, gibt es nur die Möglichkeit, die Verweildauern der In-

sassen zu verkürzen. Um dies zu erreichen und die Insassen trotzdem zu therapieren, stellen wir die Therapieform um.“ Nun gibt es darüber natürlich einen Streit. Ich will mit Ihnen jetzt keine Debatte unter Psychotherapeuten beginnen, weil wir alle keine sind – ich auch nicht; das räume ich ein.

Mir jedenfalls sagen viele der Fachleute – ich habe wirklich versucht, mich vor Ort in den Justizvollzugsanstalten, aber auch bei Psychotherapeuten kundig zu machen –, dass man aus der Umstellung der tiefenpsychologischen Methode, die bisher angewandt wird, auf die verhaltenstherapeutische Methode nicht schließen könne, dass sich die Verweildauer verkürzen lasse. Denn eines ist natürlich klar, wenn jemand solche Straftaten begeht: Diese entstehen ja nicht im Affekt, sondern die Wurzeln dafür reichen in der Regel bis in die Kindheit zurück. Diese aufzuarbeiten und die Menschen zu therapieren ist wirklich eine Herkulesaufgabe. Nach Auffassung unserer Fraktion kann man diese Aufgabe nicht mit einer Verkürzung der Verweildauer und mit einer Umstellung der Therapieform bewältigen. Deswegen bitte ich an dieser Stelle die neue Justizministerin, uns Auskunft zu geben, was sie denn von dieser Umstellung hält.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die Frage der Approbation für Psychotherapeuten. Nach unserer Auffassung gibt es in den entsprechenden Anstalten des Landes Baden-Württemberg gar nicht genügend qualifiziertes Personal, um den Insassen Psychotherapien zukommen zu lassen. Auch hierzu würden mich eine aktuelle Zahl und Aussagen vonseiten des Justizministeriums interessieren.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte und wozu eine Antwort aussteht, ist die Begutachtung vor der Gewährung von Lockerungen. „Gewährung von Lockerungen“ heißt ja, dass man die Menschen – es handelt sich natürlich insbesondere um Männer; man muss nicht immer nur von Menschen sprechen –,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Es sind nur Männer!)

– nur Männer, ja, danke schön, Frau Kollegin; deswegen sage ich es ja auch; überhaupt kein Thema –, wenn man sie wieder in die Freiheit entlassen will, beginnend mit Lockerungen auch wieder an die Freiheit heranführen muss. Eine solche Lockerungsmaßnahme hat nun zu einer erneuten Straftat geführt. Das heißt, der Insasse hat die Lockerung dafür genutzt, erneut eine Sexualstraftat zu begehen. Daraufhin hat die Betroffene gegen das Land geklagt und hat, wenn ich es richtig weiß, vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe auch Recht bekommen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Ja!)

Nun stellt sich die Frage: Wie bekommt man dieses Problem in den Griff? Ich glaube, nicht durch die Verkürzung von Verweildauern, nicht durch die Veränderung oder die Umstellung von Therapiemethoden, sondern letztlich wahrscheinlich nur durch entsprechende Ausdehnung der Therapiemöglichkeiten.

Ein Letztes: Konzepte für die Nachsorge. Wenn die Männer entlassen werden – nach vielen Jahren Straftat und nachdem sie sich einer Therapie unterzogen haben –, ist natürlich immer noch nicht gewährleistet, dass es keiner Nachsorge bedürfte. Hier hat der Freistaat Bayern meines Er-

(Oelmayer)

achtens in vorbildlicher Art und Weise Versuchsmodelle durchgeführt. Hierzu hätte mich interessiert – es gibt ein Versuchsmodell in Baden-Württemberg, und zwar hier in Stuttgart –, wie die Landesregierung, die neue Justizministerin zu der nachsorgenden Therapie an der Schnittstelle zwischen der Beendigung der Therapie in der geschlossenen Anstalt und der Entlassung in die Freiheit steht, welche Möglichkeiten und Maßnahmen die Landesregierung dafür vorgesehen hat und welche sie vorschlagen will.

Zu guter Letzt: Zum Thema „Begutachtung vor Gewährung von Lockerungen“ hat man mir schon vor längerem, Anfang 2002, mitgeteilt, dass es eine Arbeitsgruppe beim Justizministerium gebe, die entsprechende Richtlinien erarbeite. Hier hätte mich interessiert, ob diese Richtlinien vorliegen und wie diese Richtlinien aussehen.

Zum Schluss, meine Kolleginnen und Kollegen: Das Ganze ist ein wichtiges Thema, bei dem wir nicht nur repressiv vorgehen dürfen, sondern bei dem das Land auch die Zuständigkeit für die Betreuung dieser Männer in der Strafhafte und für die Heranführung an die Freiheit in einer Therapie hat, damit sie hinterher ein straffreies Leben führen können. Deswegen hat die Landesregierung die Verantwortung und auch die Pflicht, für diese Therapieformen in der Strafhafte eine entsprechende Zahl von Plätzen und Therapiemaßnahmen bereitzustellen.

Ich darf Sie, Frau Justizministerin, bitten, in Ihrem Beitrag zu den gestellten Fragen Stellung zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Haas.

**Abg. Alfred Haas** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Überschrift dieser Großen Anfrage geht es um ein sozialpolitisches Thema: Therapieplätze für Sexualstraftäter. Nachdem wir in Freiburg auf Initiative der FDP/DVP-Fraktion bereits eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema hatten, hat unsere Fraktionsleitung gesagt, wir sollten diese Angelegenheit heute sozialpolitisch betrachten.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Dr. Caroli SPD: Er muss rechtfertigen, dass er redet!)

Ich bin sehr dankbar, lieber Kollege Oelmayer, dass die Grünenfraktion diese Große Anfrage eingebracht hat. In der Begründung wird ja auch als Hauptziel genannt, darauf hinzuwirken – Sie haben das gerade abschließend noch einmal angesprochen, Kollege Oelmayer –, dass ausreichend Therapieplätze vorhanden sind. Ich denke, dass wir allen Anlass haben – Sie haben das ausführlich dargelegt –, selbst innerhalb kurzer Zeit ein zweites Mal über dieses Thema zu sprechen, weil dies zur Sensibilisierung auch in der Öffentlichkeit beiträgt. Gerade wir als Parlamentarier haben hier eine große Verantwortung.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Hauk CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann kommen Sie zur Sache!)

Es geht nicht nach dem Motto von Schröder in der „Bild“-Zeitung: „Alles wegsperren!“, sondern eben so, wie Sie es einerseits sehr dezidiert abgefragt und andererseits auch hier vorgetragen haben. Wir waren uns in Freiburg, glaube ich, schon einig – zumindest die Rechtspolitiker; ich kann mich dem anschließen –, alles zu tun, dass Sexual- und Gewaltstraftaten mit allen Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, möglichst verhindert werden.

In der Antwort auf die Große Anfrage ist, glaube ich, deutlich geworden, dass das Land insgesamt diese Herausforderung ernst nimmt, dass entsprechende Maßnahmen eingeleitet sind, dass kontinuierlich an diesem Thema gearbeitet wird und dass durchaus wegweisende Dinge durch den Justizminister und jetzt in Folge durch die Justizministerin auf den Weg gebracht wurden und werden. Wir als CDU-Fraktion stehen zu den vier maßgeblichen Punkten: erstens Aufklärung und weitere opferorientierte Schutzmaßnahmen, zweitens täterorientierte präventive Maßnahmen, drittens strafrechtliche und strafverfahrenrechtliche Regelungen und schließlich viertens Verbesserungen der Behandlung und der Sicherheit im Justiz- und Maßregelvollzug. Dort ist ja, wie Sie wissen, insbesondere auch die Sozialpolitik gefragt.

Das Ziel der Großen Anfrage war die Frage: Reichen die Therapieplätze aus? Sie kennen die Probleme – sie sind ja auch in der Antwort dargestellt –, die gerade durch die Einsprüche der Bürgerschaft in Offenburg entstanden sind. Ich glaube, wir wären weiter und die Landesregierung könnte die Frage, die Sie aufgeworfen haben, heute sicherer beantworten, wenn dort im vollen Umfang Therapieplätze für Sexualstraftäter hätten geschaffen werden können, wie es ursprünglich beabsichtigt war.

Insgesamt wird ja auch deutlich, dass man im Ergebnis nicht davon ausgehen kann, dass alle Straffälligen, die der neuen Regelung unterliegen, wenn sie länger als zwei Jahre einsitzen, einer Therapie unterzogen werden müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Denn unter Fachleuten ist ja unstrittig, dass es eine Reihe von Straftätern gibt, die schlicht und einfach nicht therapiefähig sind.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So ist es!)

Gott sei Dank gibt es auch einen gewissen Anteil unter den Straftätern, der nicht therapiebedürftig ist. Insoweit geht man heute – auch mangels statistischen Materials; ich komme darauf noch einmal zurück – auch davon aus, dass man ausreichend Therapieplätze hat.

Für die übrigen, die Therapiefähigen, gibt es – das ist auch unstrittig, und das ist in der Antwort auf die Große Anfrage auch angedeutet – keinen Königsweg. Das ist auch richtig so. Das kennen wir aus den übrigen Therapiebereichen, beispielsweise aus dem Drogenbereich, dass es leider, muss man sagen, keinen Königsweg gibt. Insoweit müssen eben Therapiemodelle entwickelt werden, die den ganz unterschiedlichen Täteranforderungen entsprechen. Es gibt Täter, meine Damen und Herren, denen tatsächlich keine Therapie hilft und bei denen am Ende nur eine Sicherungsverwahrung die Folge sein kann.

(Alfred Haas)

Wir können mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die therapeutische Behandlung wirklich auch eine Rückfallprävention ist. Ich glaube, das Entscheidende in der ganzen Frage, ob wir mit den Therapiemaßnahmen Erfolg haben, ist, dass die Rückfallquote reduziert wird. In der Vergangenheit war ja auch klar – deshalb hat der Bund auch die Gesetzesinitiativen ergriffen –, dass ein längerer Freiheitsentzug ohne qualifizierte begleitende Maßnahme eher dazu beiträgt, dass es bei den Straftätern nicht zu Veränderungen in ihrem Verhalten kommt. Insoweit sind die Ansätze, glaube ich, sehr richtig, und wir erreichen ja auch mit der Therapie, so meine ich, einen adäquaten Opferschutz. Darauf kommt es ja schließlich auch ganz entscheidend an.

Ich meine, Herr Kollege Oelmayer, mit dem von Ihnen zu Recht angesprochenen Rechtsanspruch auf einen Therapieplatz muss auch eine Verpflichtung einhergehen. Das heißt, wir müssen durchaus jemandem nicht nur einen Therapieplatz anbieten, sondern wir sind, glaube ich, auch verpflichtet, jemanden gegen den eigenen Willen zu therapieren.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Das ist gerade im Drogenbereich nach wie vor umstritten, wobei ich immer noch der Meinung bin, dass es auch dort richtig wäre, in dem einen oder anderen Fall jemanden auch gegen den eigenen Willen zu therapieren. Ich glaube, gerade bei Sexualstraftätern kommen wir nicht umhin, genau dieses zu tun. Ich meine, das ist nicht nur ein Rechtsanspruch, sondern auch eine Verpflichtung, diese Therapien zu machen, wenn sie denn durch Begutachtung angezeigt sind.

Sie haben die Nachsorgeformen angesprochen. Ich denke schon, dass die Modellversuche in Ruhe bewertet werden müssen. Die Sicherungsnachsorge, wie sie in Bayern in zwei Stufen angegangen wird, ist, glaube ich, eine Möglichkeit. Es wird sich zeigen, inwieweit das bayerische Nachsorgekonzept erfolgreich ist. Möglicherweise liegen auch schon Ergebnisse vor; denn in der Antwort auf die Große Anfrage, die vom März letzten Jahres stammt, war ja angedeutet, dass bis zum Ende des Jahres 2002 möglicherweise Ergebnisse zu erwarten seien.

Ich meine abschließend: Die Rückfallraten von Sexualstraftätern müssen einfach statistisch noch besser aufgearbeitet werden – die Zusage ist ja da, dass dazu Aufzeichnungen gemacht werden –, damit wir in unserem Handeln mehr Sicherheit bekommen. Ich habe hier gerade eine Aufstellung bekommen, die aber eben auch nur ausgewählte Ergebnisse darstellt und keine zuverlässige Statistik.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Da haben Sie schon mehr als ich!)

Ich denke, insgesamt gibt es in den Bundesländern viel zu wenig solcher Sicherheiten für uns, dass wir nämlich tatsächlich die Rückfallquote verringern und damit zum Schutz und zur Sicherheit unserer Bevölkerung beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

**Abg. Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Deutschland wird alle 20 Minuten ein Kind sexuell missbraucht. Das müssen wir uns einmal vor Augen halten, wenn wir heute dieses Thema diskutieren. Uns allen ist klar, dass es keine absolute Sicherheit gibt und auch nie geben wird, aber es ist die Pflicht der Landespolitik, alle erdenklichen Vorkehrungen für den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung zu treffen. Dieser setzt nun einmal eine effektive Behandlung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter unbedingt voraus. In diesem Bereich müssen absolut Prioritäten gesetzt werden. Dazu gehört eben auch die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf die Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt, vor allem dann, wenn die entsprechende Behandlung angezeigt ist.

Es ist schon angesprochen worden: Dieser Rechtsanspruch ist nicht nur ein individueller Rechtsanspruch des Gefangenen, des Straftäters, sondern daraus folgt selbstverständlich auch die Verpflichtung der Gesellschaft, Therapieplätze bereitzustellen.

Ich möchte daran erinnern, dass schon im Jahr 1996 die baden-württembergische Landesregierung beschlossen hat – ich zitiere aus der Antwort auf unsere Große Anfrage –, zum Schutz der Bevölkerung Verbesserungen der Sicherheit im Justiz- und Maßregelvollzug herbeizuführen. Das war im Jahr 1996. Seitdem – im Moment schreiben wir das Jahr 2003 – wird versprochen und versprochen, und geändert hat sich relativ wenig. Diesen Rechtsanspruch auf einen Therapieplatz, den wir heute einklagen, hat der Bundgesetzgeber im Januar 1998 beschlossen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Seitdem, seit 1998, haben Sie Zeit gehabt, sich darauf einzurichten, dass in diesem Land ausreichend Therapieplätze zur Verfügung stehen müssen. Sagen Sie nicht, es hätte Ihnen von der Zeit her nicht gereicht. Das Gegenteil ist richtig; denn die Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, waren Ihnen bekannt. Es hat sich aber nichts getan. Stellen Sie sich also nicht hin und kommen Sie nicht mit Versprechungen für die Zukunft, wenn Sie seit dieser Zeit Bescheid wussten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Es geht letztlich darum – ich habe von Anfang an darauf hingewiesen –, dass dieser Personenkreis der männlichen Sexualstraftäter effektiv behandelt wird und jemand erst dann entlassen wird, wenn er so behandelt worden ist, dass eine Folgetat so gut wie ausgeschlossen ist. Deshalb geht es heute um die Zahl der Plätze.

Wir haben ja genau diese Problematik im Regelvollzug, wo sich die Leute im Strafvollzug befinden und dort behandelt werden, und dann im Maßregelvollzug, der ja in die Zuständigkeit des Sozialministeriums fällt. Da sieht es so aus: Im Regelvollzug – das hat Herr Kollege Oelmayer ja schon dargestellt – gibt es eine Unterversorgung von 50 Plätzen. Da geht es ja um hochgefährliche Straftäter. Im Maßregelvollzug sind 800 Plätze regelmäßig belegt, aber nur 700

(Sakellariou)

Betten bzw. Patienten sind letztlich vorgesehen. Das heißt, wir haben eine Unterversorgung von 100 Plätzen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Darum bauen wir ja aus!)

– Aber seit 1998 ist Ihnen diese Entwicklung bekannt. Insofern ist es falsch.

Ich möchte Ihnen einmal beschreiben, wie sich das ganz konkret im Maßregelvollzug auswirkt – ich habe vor kurzem mit einem Personalrat gesprochen –: Stellenweise sind dort in Dreibettzimmern fünf Personen untergebracht. Jetzt erklären Sie mir einmal, wie in diesem Rahmen – fünf Personen auf engstem Raum zusammen im Maßregelvollzug, ganz gefährliche Personen – eine sinnvolle Behandlung vorgenommen werden kann, vor allem mit dem Ziel, dass die Leute behandelt herausgehen. Nein, das Gegenteil trifft zu: Die Aggressivität steigt, die Unruhe steigt, und der Therapieerfolg ist von vornherein unter diesen Rahmenbedingungen zum Scheitern verurteilt.

Genau vor diesem Hintergrund stellt sich die Landesregierung hin und verbreitet noch im Mai dieses Jahres die Meldung – ich zitiere –:

*Es wird rechtzeitig ein ausreichendes Therapieangebot für Sexualstraftäter geben.*

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Im August wird ausgeführt – ich zitiere wieder –, dass es keine Versäumnisse der Landesregierung bei der Bereitstellung von Therapieangeboten gibt.

Jetzt kommt der Hammer: Vor wenigen Tagen hat die Forensische Psychiatrie in Wiesloch einen Patientenaufnahmestopp erklärt. Ein Patientenaufnahmestopp bei diesem Personenkreis, bei den Verbrechen, die von diesem begangen werden! Das ist ein Hilfeschrei der Verantwortlichen vor Ort. Alle haben es gewusst. Seit 1998 war klar, dass dieser Termin, der 1. Januar 2003, kommt.

Insofern, meine Damen und Herren, kommt diese Debatte genau zur richtigen Zeit.

(Abg. Alfred Haas CDU: Entschuldigung, das hat doch nichts damit zu tun!)

Diese Versäumnisse Ihrer Regierung haben natürlich erhebliche Auswirkungen auf das Personal. – Selbstverständlich hat das etwas damit zu tun.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist doch etwas völlig anderes!)

– Nein, das ist genau der Bereich, um den es geht. Maßregelvollzug

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

– selbstverständlich – gehört genauso zum Therapieangebot.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Natürlich! Das ist doch eindeutig!)

Wir haben ja genau diese Probleme an den Schnittstellen, wenn die Sexualstraftäter aus dem Maßregelvollzug zurück

sollen in den Regelvollzug. Genau da gibt es eine Verschiebung, die ein Problem darstellt.

Vor allem sollte man die Auswirkungen auf das Personal berücksichtigen. Denn – auch das habe ich aus beruflichem Munde – die Zahl der Sozialtherapieplätze in Baden-Württemberg ist zurzeit so hoch wie vor 25 Jahren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Diese Zahl stimmt, sie ist belegt. Diese verheerende Situation muss man sich vor dem Hintergrund, dass wir diesen rechtlichen Anspruch seit dem 1. Januar dieses Jahres haben, einmal überlegen, vor allem wenn man weiß, dass die Staatsanwaltschaften und die Gerichte natürlich viel zögerlicher entlassen, viel härter und mit längerem Freiheitsentzug bestrafen und letztlich auch die Verweildauer im Maßregelvollzug – das ist auch schon gesagt worden – erheblich länger ist.

Kommen wir zu Ihrer Spezialdisziplin, dem Ländervergleich. Ich möchte keine lange Liste aufmachen, sondern nur die Länder Bayern und Baden-Württemberg miteinander vergleichen. In Bayern sind die Investitionen in diesem Bereich erheblich höher als in Baden-Württemberg. Pro Einwohner stellt das Land Bayern doppelt so viele Therapieplätze zur Verfügung wie Baden-Württemberg. In Zahlen: In Baden-Württemberg sind es 6,36 Therapieplätze pro 100 000 Einwohner, in Bayern 11,9. Sagen Sie jetzt nicht, die Delinquenz in Bayern sei größer als in Baden-Württemberg. Nein, die Bayern haben die Zeichen der Zeit erkannt und dementsprechend schneller und besser reagiert.

Dieses Missverhältnis hat aber auch ganz dramatische Auswirkungen auf die innere Sicherheit. Wir haben es gerade gehört: Sozialminister Dr. Repnik hat ausdrücklich davon gesprochen, dass gerade diese dramatische Überbelegung inzwischen zu einem Sicherheitsrisiko geworden ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir reden doch von etwas anderem!)

Darum brauchen wir eine ausreichende Zahl von Therapieplätzen. Die Resozialisierung hat Verfassungsrang. Außerdem müssen wir auch noch etwas anderes überlegen: Wer fordert, dass die vorbehaltene Sicherungsverwahrung schon im Urteil festgeschrieben werden soll – und da sind wir uns ja alle einig, dass diese Möglichkeit geschaffen werden soll –, der muss natürlich im Gegenzug auch dafür sorgen, dass diejenigen, die unter diesem Gesichtspunkt in Haft und in Therapie kommen, auch die Möglichkeit haben, zu beweisen, dass sie eben nicht gefährlich sind. Diese Möglichkeit muss ihnen unter Rechtsstaatsgesichtspunkten zur Verfügung stehen.

Nächster Punkt: Rückfallrisiko. Sexualstraftäter sind sowohl im Maßregelvollzug als auch im Regelstrafvollzug untergebracht. Behandelte Sexualstraftäter haben eine Rückfallquote von 20 %; bei unbehandelten Sexualstraftätern beträgt die Quote 40 %. Das ist der Bereich, in dem wir uns bewegen. Die Versäumnisse in diesem Bereich führen dazu, dass wir die Opfer –

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Die Zahlen sind gegriffen! – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist gegriffen, was Sie da haben!)

(Sakellariou)

– Nein, die Zahlen beruhen auf internationalen Studien. 40 % würde eine Verdoppelung der Zahl der Opfer in diesem Bereich bedeuten. Insofern fordere ich Sie auf: Hören Sie auf, das Problem schönzureden!

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das macht niemand! Es redet niemand das Problem schön! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Sakellariou – –

**Abg. Sakellariou SPD:** Handeln Sie endlich!

In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Sie haben nicht einmal schön geredet!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE ist ein wichtiges rechtspolitisches Thema angesprochen worden, nämlich die Frage nach der Therapie von Sexualstraftätern, die Frage nach einem menschenwürdigen Umgang mit Gefängnisinsassen mit dem Ziel, möglichst viele dieser kranken Menschen zu re-socialisieren und zu heilen. Wir wissen, wie schwierig dieses Thema zu behandeln ist, und wir wissen auch, wie schwierig dieses Thema politisch zu handhaben ist. Deshalb eignet sich dieses Thema aus meiner Sicht eben nicht für polemische Angriffe gegen die Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das war keine Polemik!)

Sehr geehrter Herr Kollege Sakellariou, ich glaube, Sie haben in Ihren Aussagen, die auch in einzelnen Punkten sachlich nicht den Tatsachen entsprechen, maßlos übertrieben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Festzuhalten bleibt, dass zum Beispiel im Maßregelvollzug hier in Baden-Württemberg der Bestand an Planbetten von 552 im Jahr 1990 auf 703 im Jahr 2002 ausgebaut worden ist. Diese von CDU und FDP/DVP getragene Landesregierung hat sich fest vorgenommen, den Ausbau weiter voranzutreiben,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig! Der Bestand wird weiter ausgebaut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht nicht!)

nämlich um weitere 132 Planbetten im Maßregelvollzug in den kommenden zwei Jahren.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Dies, glaube ich, muss hier gesagt und anerkannt werden.

Es mag ja sein, dass die Zahl noch nicht ausreicht. Aber in der derzeitigen Situation der dramatischen Steuerausfälle, mit denen wir uns konfrontiert sehen –

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

ich erinnere an die Diskussion heute Morgen, bei der Herr Kretschmann ja zur haushaltspolitischen Wahrheit aufgerufen hat –, muss man natürlich auch sagen, dass sich auch dieses Politikfeld in Konkurrenz mit anderen Feldern befindet. Wenn man in politischen Diskussionen steht, dann erhält man in der Öffentlichkeit, bei der Bevölkerung unseres Landes, mit Sicherheit leicht Beifall, wenn man mehr Personal für die Polizei und für den Bereich der Bildung, bei Lehrerinnen und Lehrern, fordert. Ob man jedoch auch hierfür entsprechenden Beifall erhält, weiß ich nicht. Trotzdem ist es erforderlich, dass der Ausbau, den wir uns vorgenommen haben, vorangetrieben wird.

Das Gleiche gilt auch für die Therapieplätze im Regelvollzug. Hier ergibt die Antwort der Landesregierung, dass ein weiterer Ausbau auch durch den Ausbau der Justizvollzugsanstalt Offenburg erfolgt, der unter Umständen einer Verschiebung aus Haushaltszwängen unterliegt. Aber die Landesregierung und vor allem die sie tragenden Fraktionen halten an der Notwendigkeit dieses Ausbaus fest.

Was aber entscheidend ist und ebenfalls aus der Antwort der Landesregierung hervorgeht: Man kann es nicht allein an quantitativen Größen, an Zahlen festmachen. Ich denke, es ist wichtig, dass die Landesregierung bereits 1996 – nach einigen schweren Sexualstraftaten –, also schon lange vor der Novellierung des Strafvollzugsgesetzes, eine Gesamtkonzeption zur Therapie von Sexualstraftätern und zum Schutz der Bevölkerung vor Sexualstraftätern vorgelegt hat. Dieses differenzierte Konzept, das auch moderne therapeutische Ansätze, verhaltenstherapeutische Methoden enthält, beinhaltet verschiedene Möglichkeiten bis hin zu externen Therapiemöglichkeiten.

Festzuhalten bleibt, dass seit 1997 Plätze auch im Regelvollzug geschaffen wurden, etwa in den Justizvollzugsanstalten Bruchsal, Freiburg, Heilbronn und Ravensburg. Eine weitere Ausweitung der Zahl dieser Plätze ist geplant. Dies wird von der Fraktion der FDP/DVP unterstützt. Wir ermutigen die Landesregierung, an diesem Ausbauprogramm festzuhalten. Wir wissen, dass man sich in schwierigen Zeiten nach der Decke strecken muss. Aber trotz dieser schwierigen Zeiten wollen wir die beschlossenen Ausbauprogramme weiter vorantreiben.

Von Herrn Kollegen Haas ist das Thema Therapiebereitschaft angesprochen worden. Leider müssen wir feststellen, dass einige der Sexualstraftäter gar nicht zur Therapie bereit sind. Das ist ein Problem. Wir wissen, dass wir sie dazu nicht zwingen können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ein Satz zur Nachsorge: In der Nachsorge lässt sich mit Sicherheit noch mehr machen. Mit großer Sorge sehen wir deshalb auch auf die Frage: Wie geht es mit der psychotherapeutischen Ambulanz weiter, die vom Bewährungshilfverein in Stuttgart getragen wird? Im Justizhaushalt sind hierfür über den Fonds „Psychotherapie und Bewährung“ 100 000 € zur Verfügung gestellt worden. Die Projektfördermittel des Sozialministeriums sind leider ausgelaufen. Dieser Verein ist, wie viele andere Vereine im Land, auf Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen und setzt auf die Unterstützung durch Spenden. Ich denke, es ist wichtig, dass

(Theurer)

wir in der Bevölkerung für das Thema „Therapien für Sexualstraftäter“ gemeinsam werben und damit auch für den Schutz der Bevölkerung vor Sexualstraftätern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Justizministerin Werwigk-Hertneck.

**Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein wichtiges Thema, das wir heute zu besprechen haben: Therapieplätze für Sexualstraftäter. Zwei Ressorts sind davon betroffen. Der Maßregelvollzug gehört in das Ressort des Sozialministers. Der inhaltliche Schwerpunkt der Großen Anfrage liegt aber in dem Bereich, den ich zu vertreten habe. Daher will ich dazu gerne Ausführungen machen.

Es ist richtig, Herr Oelmayer, wenn Sie gesagt haben, seit 1. Januar 2003 finde dieser neue § 9 des Strafvollzugsgesetzes Anwendung. Danach ist jeder, auf den die gesetzlichen Vorschriften zutreffen, in eine sozialtherapeutische Anstalt zu verlegen.

1996 fanden mehrere schlimme Sexualverbrechen an Kindern statt. Deshalb wurden wir schon 1996 aktiv, noch bevor der Bundesgesetzgeber 1998 die Sollvorschrift eingebracht hat. Deswegen will ich schon gerne die Gelegenheit wahrnehmen, festzustellen, dass Baden-Württemberg somit eigentlich Vorreiter für dieses wichtige Thema im Vollzug geworden ist.

Wir sind uns alle einig: Das eine ist die Richtung Repression, Strafgesetzänderungen – da wurde vieles unternommen –, und das andere ist der wichtige Bereich der Therapie unter dem Motto „Mehr Sicherheit durch Therapie“. Das eine ist, dass man sagt: Die Allgemeinheit muss davor geschützt werden, dass diese Leute eventuell wieder rückfällig werden. Das andere ist das, was Sie gesagt haben, Herr Abg. Theurer: Man muss den Leuten helfen, wieder auf den richtigen Weg zu kommen im Interesse einer Resozialisierung.

Die Leistungsbilanz in Baden-Württemberg sieht gut aus. Herr Oelmayer hat das eher anerkannt als die SPD. Ich denke, das liegt vielleicht auch daran, dass man noch einmal erklären muss, was alles gemacht wurde.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Auf der Habenseite ist zu verbuchen: die Errichtung einer Sozialtherapeutischen Abteilung für jugendliche Straftäter in Adelsheim mit 20 bedarfsdeckenden Plätzen, die fortgeschrittenen Planungen in Offenburg mit 60 Plätzen – allein dort 30 Sexualstraftäterplätze mehr –, die Erweiterung der anstaltsinternen Psychotherapie in vier Schwerpunktanstalten des Langstrafenvollzugs für 40 bis 60 Sexualstraftäter und die Bewertung und Verbesserung der externen Psychotherapie für Sexualstraftäter in dem mit 100 000 € ausgestatteten Fonds „Psychotherapie und Bewährung“ für ebenfalls 40 Sexualstraftäter. Ich kann noch mehr auflisten.

Sie wollten wissen, Herr Oelmayer, ob wir meinen, die Therapieplätze reichten aus. Ich denke, sie reichen aus. Natürlich muss die Strafvollzugsanstalt Offenburg ausgebaut

werden, müssen weitere Plätze geschaffen werden, damit diese Programme überhaupt gefahren werden können.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wichtig ist für Sie zu wissen, dass natürlich noch flankierende Maßnahmen hinzukommen: Schulungen für Anstaltspsychologen, die im Übrigen nicht unbedingt approbiert sein müssen, und Supervision für Mitarbeiter. Wir begleiten wissenschaftlich über den Kriminologischen Dienst. Wir meinen, das ist in dem Gesamtkonzept doch ein wesentlicher Punkt, den wir bereits vollendet haben.

Sie sprachen die Leitlinien an. Es ist Ihnen versprochen worden, dass sie Ihnen geschickt werden. Ich werde dafür sorgen, dass Sie sie unverzüglich bekommen.

Diese Gesamtkonzeption ist schon älter. Sie ist im Übrigen für Bayern Vorbild. Baden-Württemberg war Vorreiter, Bayern hat anschließend diese vorbildlichen Maßnahmen, auch der Sicherungsnachsorge, durchgeführt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Da sieht man es mal wieder! Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Wie ist es mit Andorra?)

Ein Missverständnis muss vielleicht ausgeräumt werden. Die Behandlungsmöglichkeiten sind teils haftplatzabhängig, teils haftplatzunabhängig. Sie haben ja auch schon darauf hingewiesen. Es gilt, auch neue Trends in der Behandlungsforschung zu berücksichtigen und nicht nur konservativ den klassischen Platz besser auszuformen. Ich denke, da ist die anstaltsinterne Psychotherapie ebenso notwendig wie die Rückfallpräventionsprogramme für Gruppen von Gefangenen, sodass man es nicht nur an einem Platz festmachen kann, und für die externe Psychotherapie. Stellen Sie sich vor, es wird jemand entlassen. Er muss einfach noch die Nachsorge bekommen. Sie muss aber natürlich schon vorher im Vollzug ansetzen.

Es ist richtig: Es gibt keinen Königsweg. Wir müssen schauen, dass wir pragmatisch den Ansatz weiterverfolgen mit dem Ziel, möglichst viel Therapie für möglichst viel Sicherheit, für den Schutz der Allgemeinheit zu gewährleisten.

Wir denken, dass sich bei Sexualstraftätern durch Zwang nicht sehr viel erreichen lässt. Aber diese können, wenn sie nicht an einer Therapie teilnehmen, nicht auf Vollzugslockerungen hoffen, und ein Strafrest wird auch nicht eher ausgesetzt, sodass sich der Druck doch deutlich erhöht, an einer Therapie teilzunehmen, und vielleicht die Vernunft voranschreitet, sich einer Therapie zu unterziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Der Strafvollzug in Baden-Württemberg kann sich bundesweit sehen lassen. Unsere Gesamtkonzeption wurde vom Strafvollzugsausschuss der Länder als Positionspapier übernommen. Dennoch muss ich sagen: Nichts ist so gut, als dass es sich nicht verbessern ließe.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist der so genannte Überstundenvollzug!)

(Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck)

Es ist ein heikler und sensibler Therapiebereich. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich auch Ihre Mithilfe bräuchte, wenn wir einmal die eine oder andere zusätzliche Psychologen- oder Sozialarbeiterstelle benötigten. Denn wir können die Mitarbeiter voll fordern, wir können sie aber nicht überfordern mit diesem schwierigen Thema. Ein Resozialisierungserfolg ist nicht erzwingbar. Bei dem Thema „mehr Sicherheit“ ist auch noch wichtig, dass wir sagen können: Wir haben alle Anstrengungen unternommen. Wir meinen, wir sind bestens gerüstet angesichts dessen, was Forschung und Praxis derzeit bundesweit bieten. Ich hoffe, dass wir insoweit auf einem guten Weg sind, die Rückfallquote deutlich zu senken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/888, ist durch die Aussprache erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**a) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in Baden-Württemberg – Drucksache 13/545**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Luftverkehrskonzeption für Baden-Württemberg – Drucksache 13/1505**

Ich rufe zusätzlich die beiden Änderungsanträge Drucksachen 13/1689 und 13/1692 auf.

Das Präsidium hat zu den beiden Initiativen freie Redezeit festgelegt.

Wem von der Fraktion der FDP/DVP darf ich das Wort erteilen? – Frau Berroth, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Große Anfrage über die Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in Baden-Württemberg wurde noch vor dem Desaster in New York vorbereitet. Die ausführliche Antwort der Landesregierung liegt vor; wir haben die Beratung bisher aber zurückgestellt, weil die Auswirkungen des 11. September 2001 die Beratung zunächst nicht vordringlich erscheinen ließen. Inzwischen hat sich die Welt ein Stück weiter bewegt, und deswegen ist es notwendig, dass wir darüber beraten.

Der Luftverkehr und damit die Wichtigkeit einer bedarfsgerechten Flughafenkapazität werden auch künftig sowohl für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als auch für den Freizeitverkehr eine große Bedeutung haben. Das zeigen auch die jüngsten Zahlen des Fluggastaufkommens sowohl in Stuttgart als auch im Baden-Airpark Karlsruhe/Baden-Baden und in Friedrichshafen, die wieder eine steigende Tendenz signalisieren. Deshalb war und ist es das Ziel unserer Großen Anfrage, dass wir zum einen umfassende

und vertiefte Informationen über die Perspektiven des Luftverkehrs in Baden-Württemberg erhalten, zum anderen aber auch darüber, welche Voraussetzungen bei Flughäfen zu schaffen sind, um positiv zu bewertende Entwicklungstrends nicht zu behindern. Schließlich war es ein Ziel, die Diskussion im Landtag fortzuführen.

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage wurde mit breiten und weiter führenden Informationen unserem Anliegen in vollem Umfang gerecht. Das von unserer Fraktion vertretene Prinzip der Dezentralisierung wird als richtig akzeptiert, was ja auch in der Förderung der Regionalflughäfen mit Landesmitteln in diesem Haushaltsjahr zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Alle Landesteile sind berücksichtigt! – Abg. Drexler SPD: Man kann es auch ohne Geld machen!)

Interessant ist die Feststellung, dass es in Baden-Württemberg zwischen den Flughäfen nur ein relativ geringes Verlagerungspotenzial gibt, sodass sich Zuwächse am Baden-Airpark, in Söllingen und in Friedrichshafen überwiegend aus dem eigenen Einzugsgebiet rekrutieren.

Ergänzend wurde ja inzwischen auch der Landesentwicklungsplan weitergeführt und dort Folgendes festgeschrieben:

*Auf eine sachgerechte und umweltschonende Aufgabenverteilung und Verknüpfung der Verkehrssysteme ist hinzuwirken.*

Das scheint uns wichtig.

*Dem Ausbau vorhandener Verkehrswege ist Vorrang vor dem Neubau einzuräumen.*

Und schließlich:

*Der Luftverkehr ist so weiterzuentwickeln, dass die Einbindung des Landes in ein Netz nationaler, europäischer und interkontinentaler Verbindungen in angemessener Bedienungsqualität gesichert ist. Auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen innerhalb des Landes, möglichst unter Einbeziehung von Flughäfen in den Nachbarräumen, ist hinzuwirken.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Ein wichtiger Punkt ist deshalb zum Beispiel auch die Anbindung des Flughafens Stuttgart an das ICE-Netz und die Unterstützung dafür, dass von Stuttgart aus insbesondere der Geschäftsflugverkehr vernünftige Verbindungen zu den wichtigen Wirtschaftsmetropolen sowohl in Europa als auch bei den notwendigen globalen Anbindungen bietet.

Die SPD, meine Damen und Herren, hat nun wieder einmal ein Selbstplagiat gemacht.

(Abg. Zeller SPD: Was ist das? – Abg. Drexler SPD: Sie können es ja nicht einmal schreiben! Dann lassen Sie doch diesen Unsinn!)

(Heiderose Berroth)

Sie hat nämlich von ihrem Antrag Drucksache 13/76 nur wenig Text verändert und ihn als Drucksache 13/1505 wieder eingebracht. Sie verlangt erneut ein Luftverkehrskonzept.

(Abg. Drexler SPD: Da waren Sie einmal dafür!)

Wir sehen dies allerdings im Landesentwicklungsplan, der inzwischen vorliegt, und im Landesverkehrsplan als gegeben an.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Alte Forderung der FDP/DVP!)

Interessanterweise hat die SPD den Schwerpunkt dieses Mal etwas verändert. Beim letzten Mal ging es vor allem um Stuttgart, nun richtet sich die Zielrichtung nach Baden

(Abg. Drexler SPD: Das ist völlig falsch! Völliger Unsinn, was die erzählt!)

und in die Rheinschiene.

(Abg. Drexler SPD: Die kennt sich aber in allen Bereichen aus, und das ganz gut!)

– Danke für das Kompliment.

(Abg. Drexler SPD: Das war gerade ––! Ja, klar! Da reden wir einmal drüber, wenn Sie den Unterschied kennen!)

Es geht um Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze im Land. Hierzu darf ich noch einmal den Landesentwicklungsplan zitieren:

*Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze sollen die Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz sichern und sind dementsprechend weiterzuentwickeln. . . . Dabei kommt den Flughäfen Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden als den größten Flughäfen nach Stuttgart eine besondere Stellung zu, die eine Weiterentwicklung der beiden Flughäfen zur Gewährleistung einer guten luftverkehrlichen Infrastruktur innerhalb des Landes notwendig macht.*

Nun haben wir neuerdings das Begehren und die Aktivitäten auch am Black Forest Airport – ich wage das fast nicht auszusprechen, aber er heißt tatsächlich so – in Lahr, der dem Namen nach offensichtlich vor allem den Schwarzwald erschließen soll, was ich mir nicht so ganz vorstellen kann, und der bisher als Standort für Frachtverkehr sehr wohl geplant und von unserer Fraktion auch akzeptiert wurde. Wenn dort ein Investor genau analysiert und bei Zugrundelegen eines realistischen Kundenpotenzials – und bitte bei Berücksichtigung, dass man sich nicht alle Überschneidungen selbst zurechnen kann – und eines vernünftigen Kostenansatzes – in diesem Kostenansatz sollte bitte auch drin sein,

(Abg. Drexler SPD: Der kriegt doch keinen Landeszuschuss! Das ist doch dem sein Bier! Das kann man doch nicht vorschreiben als Liberale!)

dass man als Flugplatz mit Vollzulassung rund um die Uhr die Flugsicherung und alles, was dazugehört, zu leisten hat

– zu dem Ergebnis kommt, dass unter Berücksichtigung all dieser Aspekte für ihn ein Überschuss erzielbar ist, dann werden wir ihn selbstverständlich nicht von dieser Investition abhalten wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dazu steht allerdings aus unserer Kenntnis noch ein schlüssiges Entwicklungskonzept aus. Beim Zwischenruf ist gerade schon angeklungen: Eine Landesunterstützung kann nach allem, was ich Ihnen bisher vorgetragen habe, nicht erwartet werden und ist definitiv nicht möglich.

(Abg. Capezzuto SPD: Richtig!)

Wie sieht es nun aus beim Baden-Airpark? Der hatte natürlich im Laufe seiner Entwicklung verschiedene Turbulenzen zu überstehen, die nicht unbedingt immer etwas mit dem Luftverkehr zu tun hatten. Das ist, glaube ich, bei der Beurteilung wichtig. Erfreulicherweise haben Land und Kommunen diesen Standort als notwendigen Standort in Baden-Württemberg gesichert. Auch hier sind wir allerdings der Meinung, dass wir uns privaten Investitionen auf keinen Fall verschließen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das heißt, das Eingreifen des Staates war notwendig, weil so schnell gar kein schlüssiges Konzept mit einem privaten Investor zu finden war. Aber wir sollten jetzt durchaus schauen, ob es nicht möglich ist, auch an diesem Standort private Investoren – oder auch nur einen – einzubinden, um dort unternehmerisches Handeln stärker in den Vordergrund zu rücken, damit der Baden-Airpark baldmöglichst auch aus der Zuschussphase herauskommen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! Das ist das Ziel!)

Kooperationen in der Rheinschiene sind sicherlich für die Ergebnisrechnung all dieser Flughäfen sinnvoll und notwendig.

Eines allerdings möchte ich der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE schon noch sagen: Wenn das Umsatzsteuervorhaben der Bundesregierung zum Tragen kommt, die nun tatsächlich vorhat, dass auf den auf die innerdeutschen Strecken entfallenden Anteil des Flugpreises künftig Umsatzsteuer zu entrichten sei, dann können wir uns sämtliche Überlegungen für deutsche Flughäfen in der Rheinschiene sparen. Denn dann machen wir Wirtschaftsförderung für Basel-Mulhouse und für Straßburg, aber bei uns bricht nicht nur der Luftverkehr weg, sondern dann brechen gleichzeitig auch die ganzen Wirtschaftsverbindungen weg, die an diesen Flughafenstandorten hängen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Seien Sie einmal ein bisschen europäischer!)

Wir können dann für den Baden-Airpark gleich den Insolvenzverwalter bestellen. Wollen Sie das wirklich? Das müssen Sie uns bitte darlegen.

(Heiderose Berroth)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, warum denn? Weil sie sich am Markt orientieren? Das ist doch sonst FDP-Linie!)

– Moment. Was ich sage, ist: Sie können nicht einseitig in Deutschland Steuern erheben, wenn sie im restlichen Europa nicht erhoben werden.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wettbewerbsverzerrung!)

Natürlich ist der Umweltaspekt auch uns wichtig.

(Unruhe)

Ich stimme zu und habe das hier auch schon vorgetragen. – Hören Sie mir einmal zu, dann können Sie mir auch ein bisschen folgen. Herr Drexler redet mit sich selber.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– Doch, natürlich. Sie stänkern bloß.

(Abg. Drexler SPD: Weil Sie so komisch reden, deswegen kann man nicht zuhören! Bringen Sie doch mal ein paar Argumente!)

– Es ehrt mich, wenn Sie versuchen, mich zu stören.

Der Umweltaspekt ist wichtig. Der Flugverkehr hat einen Riesenvorteil gegenüber dem aus Umweltsicht viel positiver einzuordnenden Busverkehr und der umweltmäßig viel besser einzuordnenden Bahn, weil beim Luftverkehr weder Mineralölsteuer noch etwas für den Verkehrsweg zu bezahlen ist.

(Abg. Göschel SPD: Mit dem Bus nach Mallorca!)

Aber das können Sie nicht einseitig nur in Deutschland lösen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sondern gar nicht! Ja, wunderbar!)

Da, liebe Bundesregierung – vielleicht können Sie es weitergeben –, ist eine mindestens europäische, aber möglichst sogar weltweite Regelung notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Solange hierfür allerdings Politiker zuständig sind, die qua Amt als Vielflieger gelten müssen, habe ich wenig Hoffnung. Das hat schon vor Franz Josef Strauß angefangen und wird auch mit Joseph Fischer nicht enden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Noch etwas zu den vorliegenden Anträgen. Die SPD beantragt in dem gemäß ihrem Änderungsantrag Drucksache 13/1689 neu in den Antrag Drucksache 13/1505 einzufügenden Abschnitt III, dass man den Genehmigungsantrag für Lahr wohlwollend prüfen möge. Was sagt uns denn das?

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn?)

Gehen Sie davon aus, dass, wenn der Landtag beschließt, dass man das wohlwollend macht, dann das Regierungspräsidium etwas anderes herauskriegt?

(Abg. Drexler SPD: Wir beauftragen die Landesregierung!)

Ich stehe da schon zu dem, was in der „Mittelbadischen Presse“ am 16. Januar am Ende eines Kommentars zu lesen war:

*Ein Flughafen muss von guten Verbindungen zu interessanten Zielen leben. Nicht von guten Verbindungen zu einflussreichen Politikern.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Der Herr Morlok ist doch Geschäftsführer!)

So wollen wir das tatsächlich auch halten, denn die Genehmigung hängt von sachlichen Kriterien ab und nicht vom Wohlwollen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie?)

Wir haben uns deshalb erlaubt, Ihren Text so zu verändern, dass hier gar kein Verdacht aufkommt,

(Abg. Drexler SPD: Dass Sie nichts wollen!)

und bitten Sie hierzu um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der FDP/DVP und Gegenrufe von der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Geschichte der Luftverkehrskonzeption, die ich zuerst ansprechen möchte, hat es in der Vergangenheit einen politischen Eiertanz gegeben. Ich erinnere an die Diskussion im Verkehrsausschuss, wo offensichtlich Einverständnis bestand, dass man eine Luftverkehrskonzeption braucht,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Da war die Frau Berroth mit dabei!)

aber dem Antrag der SPD nicht gerne stattgegeben werden sollte und man deswegen versucht hat, es auf die lange Bank zu schieben.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Das ist die Wahrheit, und Sie wissen ganz genau, dass es so ist. Sie waren sich unter den Koalitionsfraktionen in dieser Frage nicht einig, und das hat zu diesen Wirrnissen geführt.

Heute steht es nun wieder auf der Tagesordnung. Ich will zunächst einmal begründen, warum wir ein solches Luftverkehrskonzept für richtig halten.

Wir sind uns darüber einig, dass die Verkehrsinfrastruktur außerordentliche Bedeutung für die wirtschaftliche, touristische und soziale Entwicklung unseres Landes hat und dass dabei dem Luftverkehr eine Bedeutung zukommt.

(Abg. Scheuermann CDU: Das hat lange gedauert! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Dr. Caroli)

– Meine Damen und Herren, weil gebetsmühlenhaft kommt, wir hätten auch schon einmal anders geredet, will ich diese Aussage gleich abräumen: Jawohl, wir haben schon anders geredet, aber Sie auch. Ich sage Ihnen: Wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, muss man die Konzeption finden, die zeitgemäß ist.

(Abg. Hauk CDU: Richtig!)

Dazu stehen wir. Da muss man auch einmal den Mut haben, eine Meinung zu ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist besser, eine fundierte neue Meinung zu vertreten, die sich von einer früheren unterscheidet, als Erstarrung und Dirigismus an den Tag zu legen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war alles prima! – Zurufe)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich gleichzeitig auch der gebetsmühlenhaft vorgetragenen Aussage des Herrn Ministers entgegengetreten, die er vielleicht auch noch gebracht hätte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war alles gut, Herr Caroli!)

Worum geht es bei einem Luftverkehrskonzept? Dort sollen Rahmenbedingungen und Entwicklungsziele formuliert werden – für das ganze Land wohlgekehrt. Eine Luftverkehrskonzeption formuliert also einen politischen und fachlichen Orientierungsrahmen mit mittel- und langfristigen Zeithorizont.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dabei geht es um die jeweiligen privatwirtschaftlichen und kommunalen Initiativen. Es geht darum, ein in sich abgestimmtes System von Flugplätzen unterschiedlicher Qualität und Nutzungsmöglichkeiten langfristig zu sichern und zu entwickeln.

Die Luftverkehrskonzeption ist auf eine verlässliche, stabile Politik zur Entwicklung des Luftverkehrs in Baden-Württemberg gerichtet und auf die Einbindung und Vernetzung des Luftverkehrs mit den anderen Verkehrsträgern, insbesondere mit der Schiene. In diesem Konzept sollen Anforderungen an die Flugplatzbetreiber und -nutzer sowie an die kommunalen und regionalen Planungen zur Einbindung der Luftfahrt in die Gesamtentwicklung der jeweiligen Regionen definiert werden. Eine solche Konzeption trifft natürlich auch Aussagen zur Infrastruktur am konkreten Standort verbunden mit den Maßnahmen zur Verbesserung des Umwelt- und Naturschutzes.

Dies, meine Damen und Herren, kann kein enges Korsett sein. Die Auflistung und Darstellung in einer Luftverkehrskonzeption kann niemals abschließend sein, sie kann kein Dogma sein. Denn eine bedarfsgerechte Anpassung – das habe ich vorhin schon erwähnt – ist jederzeit notwendig.

Es gibt zwei solcher Luftverkehrskonzeptionen: eine im Land Brandenburg und eine in Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Scheuermann CDU: In Brandenburg gibt es auch keine Flugplätze! Die können leicht eine solche Konzeption haben!)

– Es gibt eine Luftverkehrskonzeption in diesen beiden Bundesländern, Herr Kollege Scheuermann.

(Abg. Drexler SPD: Nordrhein-Westfalen hat mehr Flugplätze als wir! Das sollte man nicht infrage stellen!)

Sie wollen Nordrhein-Westfalen jetzt ja wohl nicht als Entwicklungsland darstellen. In diesen beiden Ländern gibt es jedenfalls eine Luftverkehrskonzeption und sind auch Realisierungsschritte in Optionen dargestellt.

Meine Damen und Herren, bei solchen Fragen braucht man Flexibilität und Bewegungsfähigkeit und darf nicht in einmal festgelegten Bahnen verharren.

(Abg. Hauk CDU: Das haben Sie jetzt fünfmal gesagt! – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Drexler SPD)

Sie verweisen andauernd – das will ich an dieser Stelle einmal sagen – auf den Generalverkehrsplan aus dem Jahr 1995.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Darin wurde beispielsweise für einen Standort festgelegt, dass im Rahmen einer regionalen Struktur Städte einen Flugplatz betreiben. Das ist doch schon längst Makulatur.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Inzwischen ist dort ein privates Unternehmen am Zuge. Die Städte sind längst draußen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr vernünftig!)

Dann können Sie jetzt nicht dauernd die damaligen Festsetzungen des Generalverkehrsplans anführen. Ich bitte ja nur darum, sich endlich einmal ein klein wenig zu bewegen.

(Abg. Hauk CDU: Ja, wohin denn?)

– Ich komme noch darauf. – Im Übrigen hängt die Gesamtentwicklung im Luftverkehr von vielen Faktoren ab, die wir im Moment noch nicht im Griff haben – deswegen auch die Offenheit eines Konzepts.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Warten Sie doch einmal ab, Herr Kollege Hauk. Im Hinblick auf die Weltsicherheitslage wollen Sie ja nicht behaupten, dass man die in den Griff bekommen könnte. Das betrifft auch die allgemeine Konjunktur, die Tourismusedwicklung, die Veränderungen bei den Luftfahrtgesellschaften – beispielsweise bei der Wettbewerbssituation – oder auch ihre Geschäftspolitik und, ganz neu, die Frage, inwieweit sich Billigfluganbieter durchsetzen.

Für uns, meine Damen und Herren, ist es allerhöchste Zeit, dass die Landesregierung endlich eine Konzeption erarbeitet und vorlegt, die den Flugverkehr im Land insgesamt, seine Entwicklungsmöglichkeiten und seine Verteilung auf

(Dr. Caroli)

die vorhandenen Flugplätze ins Blickfeld nimmt und dabei auch die grenznahen Flughäfen in anderen Ländern mit berücksichtigt. Das begehren wir in unserem Antrag.

(Abg. Drexler SPD: Seit Jahren schon!)

Ich weiß ja, dass Sie insgeheim dafür sind. Stimmen Sie doch jetzt endlich zu!

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!  
Warum wollt ihr das nicht?)

Frau Berroth, nachdem Sie sich bei Ihrem Vortrag eben im Kreis gedreht haben, darf ich Ihnen einmal vortragen, was Sie am 1. Februar 2002 von dieser Stelle aus gesagt haben:

*Deswegen hoffen wir sehr,*

– damit ist die FDP/DVP gemeint; das hat Frau Berroth gesagt –

*dass die Landesregierung . . . ein Gesamtkonzept auflegt. Damit, dass man den Kopf in den Sand steckt, ist beim Luftverkehr nichts getan.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Hätte sie das heute gesagt, hätten wir auch geklatscht! – Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat sie auch Recht!)

*Wir müssen jetzt,*

– das ist noch immer Frau Berroth; es ist etwas Seltenes, dass ich sie so ausführlich zitiere –

(Abg. Drexler SPD: Jetzt steckt sie selber den Kopf in den Sand!)

*wo sich gerade die Nachfrage stabilisiert und nicht größer wird, die Chance nutzen,*

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

*vernünftig und in Ruhe darüber zu diskutieren.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt ist alles richtig! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, damit ist alles klar. Es ist an der Zeit für die Luftverkehrskonzeption, die auch einmal von der FDP/DVP befürwortet worden ist. Es ist an der Zeit. Insgeheim sind alle dafür, aber irgendwie meint man, man müsse die Blockade bei diesem Thema immer wieder vorantreiben.

(Abg. Drexler SPD: Bei jedem WC macht man einen Landesplan auf, bei Flughäfen nicht!)

Nun zu der aktuellen Diskussion über den Verkehrslandeplatz in Lahr. Ich will noch einmal sagen, um was es da eigentlich geht. Ich habe manchmal den Eindruck, dass das gar nicht verstanden wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: „Landeplatz“ ist gut!)

Gegenwärtig ist die Betreiberfirma dort nur berechtigt, Fracht- und Passagierflüge bis zu 20 Tonnen im Rahmen ei-

ner Verkehrslandeplatzgenehmigung und Nachtpostflüge im Rahmen einer Sonderflughafengenehmigung abzuwickeln.

(Abg. Drexler SPD: Größte Start- und Landebahn!)

Die nunmehr beantragte Genehmigung würde es dieser Firma jetzt erlauben, Passagierflüge in gleicher Weise entgegenzunehmen wie Frachtflüge, künftig jeden Nachtpostflug nach 24 Uhr auszuschließen, wohlgemerkt, und den gegenwärtig auf viele Einzelgenehmigungen verteilten Genehmigungsstatus zu konsolidieren und damit transparenter zu machen. Außerdem ist dieser Antrag in strikter Anlehnung an den Konsens gestellt worden, der mit allen Gemeinden um den Flugplatz herum erzielt worden ist, damit auch die Lärmbelästigung im Griff zu halten ist. Darum geht es.

(Abg. Drexler SPD zur FDP/DVP: Was haben Sie jetzt für Probleme? – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Ist doch kein Problem! – Abg. Göschel SPD: Das ist marktwirtschaftsfeindlich! – Abg. Drexler SPD zur FDP/DVP: Sie stimmen doch nicht zu! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich habe es vorhin schon gesagt: Dieses Betreibermodell entspricht doch gar nicht mehr den Annahmen des Generalverkehrsplans. Deshalb wäre es unsinnig, jetzt auf diesen Generalverkehrsplan zu verweisen.

Eine Konkurrenz zu Söllingen ist unseres Erachtens weitgehend an den Haaren herbeigezogen, wenn auch Überschneidungen nicht auszuschließen sind. Denn der verstärkte Bedarf ergibt sich aus touristischen Segmenten, die von Söllingen nicht abgedeckt werden. Wenn eine Firma im Europapark ein Hotel mit 1 200 Betten baut

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: 2 300!)

– neu, zusätzlich! –, dann können Sie sich vorstellen, dass hier ein Bedarf entsteht, der gedeckt werden kann. Wenn ich Sie sonst in Wirtschaftskreisen oder hier im Landtag reden höre, dann höre ich immer, dass die Wertschöpfung im Land gehalten werden soll.

(Abg. Drexler SPD: Da wird das natürlich gesucht!)

Nichts anderes wollen wir auch. Dazu trage ich ein Zitat des Fraktionsvorsitzenden Oettinger vor. Er sagte am 27. Juni 2001 im Landtag:

*Wer die Exportorientierung Baden-Württembergs kennt, der weiß, dass Maschinenbau, Chemie, Fahrzeugbau und Zulieferung, Ersatzteile, Waren, Menschen und Güter just in time jeden Tag in die Welt kommen müssen, der wird aus dem Flugverkehrskonzept in Baden-Württemberg mit Stuttgart, mit Söllingen, mit Friedrichshafen und mit Lahr, der wird aus diesen vier Standorten das Beste machen, was möglich ist.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Guten Morgen! – Abg. Drexler SPD zur CDU: Guten Morgen! Da könnt ihr doch zustimmen! Ihr drückt euch doch!)

(Dr. Caroli)

Meine Damen und Herren, durch eine sinnvolle Kombination von Fracht- und Passagierflügen in Lahr wird eine zukunftstaugliche ökonomische Wettbewerbsfähigkeit erreicht.

Übrigens, Herr Kollege Kretschmann, ist auch die ökologische Frage bei uns sehr wohl mitbedacht. Darauf habe ich eben bei dem Konsens deutlich hingewiesen.

Das betriebswirtschaftliche Konzept für den Lahrer Verkehrslandeplatz erfüllt genau jene Bedingung, die Sie, Herr Umwelt- und Verkehrsminister Müller, auch von defizitären Mitkonkurrenten verlangt haben. In der Stellungnahme zu unserem Antrag heißt es, die Flughafengesellschaften seien selbst gefordert, „mit kluger Geschäftspolitik die Differenz zwischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zu verringern“. Auch da gebe ich Ihnen vollständig Recht. Deswegen sollte dem privaten Betreiber, der das volle unternehmerische Risiko ohne Inanspruchnahme öffentlicher Gelder tragen will, die Chance dieser wirtschaftlichen Betätigung gegeben werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Das kennen wir!)

Die Landesregierung darf den Entwicklungschancen eines rein privatwirtschaftlich finanzierten Flughafens keine bürokratischen Steine in den Weg legen. Sie sind dabei, meine Damen und Herren, dies zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich abschließend auf Ihren Antrag zu sprechen.

(Abg. Drexler SPD: Der ist lächerlich! – Abg. Scheuermann CDU: Lieber erst auf Ihren!)

– Unser Antrag, lieber Herr Kollege Scheuermann, enthält eine Intention. Da steht drin, was man will, was das Ziel ist, nämlich die Genehmigung,

(Abg. Drexler SPD: Und Sie wollen die Genehmigung nicht! Das ist der Unterschied!)

der Zuschlag für diese Firma. Ihr Antrag stellt meines Erachtens, einmal ironisch gesagt, ein starkes Votum einer großen Fraktion insofern dar, als er nicht Fisch und nicht Fleisch ist:

(Abg. Drexler SPD: Sie wollen nichts!)

Nullnummer, Neutralisierungsversuch, nichts sagende Kompromissformulierung, wahrscheinlich vor dem Hintergrund von Uneinigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch klar! Die Hose voll wie immer!)

Sie drücken sich vor einer Entscheidung.

Jetzt komme ich zum Inhalt Ihres Antrags. Sie beantragen, dass entschieden wird. Man muss sich das einmal vorstellen: Da stellt jemand einen Antrag, der in jedem Fall entschieden wird, weil dann, wenn ein Antrag gestellt wird, hinterher die Entscheidung kommt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Scheuermann CDU: Das gilt doch auch für Ihren Antrag!)

Also das Regierungspräsidium – einen kleinen Moment! – in Abstimmung mit dem Verkehrsministerium.

(Abg. Drexler SPD: Die haben die Hose voll! Das ist das Thema wie bei der Verwaltungsreform!)

Jetzt verlangen Sie mit Ihrer Formulierung, dass der Landtag darüber abstimmen soll, dass tatsächlich entschieden wird, sonst aber nicht. Das ist eine reine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie schreiben: „wohlwollend zu prüfen“! Das ist doch das Gleiche, nichts anderes!)

Wenn Sie jetzt noch hinzufügen, dass „zügig, sorgfältig und unter Beachtung des Luftverkehrsrechts zu entscheiden“ ist, dann sind das banale Selbstverständlichkeiten.

(Abg. Drexler SPD: Lächerlich! – Abg. Scheuermann CDU: Sie treiben die Sophistik auf den Gipfel!)

Das drückt allenfalls das Misstrauen gegenüber der zuständigen Bearbeitungsbehörde aus,

(Beifall bei der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Danke, gleichfalls!)

enthält aber, meine Damen und Herren, keinerlei Inhalt.

Ich möchte abschließend sagen: Da in unserem Antrag eine Intention enthalten ist, die darauf ausgerichtet ist, dass sich der Landtag positiv dazu bekennt, ist er auch weiter gehend und muss zuerst abgestimmt werden. Ich bitte Sie herzlich, diesem Votum zu folgen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt bin ich gespannt!)

**Abg. Scheuermann CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Anträge auf ihren wahren Gehalt zurückführt, dann geht es heute um zwei Fragen. Erstens: Brauchen wir eine Luftverkehrskonzeption? Und die zweite Frage ist: Wie geht es mit dem, in der jetzt noch gültigen Terminologie, Verkehrslandeplatz Lahr weiter? Die Meinung der CDU-Fraktion ist, dass wir im gegenwärtigen Zeitpunkt kein Luftverkehrskonzept brauchen. Warum das so ist, dazu möchte ich jetzt einige Gründe vortragen.

Erstens: Was an Grundsätzlichem in einem Luftverkehrskonzept stehen könnte, steht bereits im Generalverkehrsplan

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr! – Gegenruf des Abg. Dr. Lasotta CDU: Doch!)

und im neuen Landesentwicklungsplan. Frau Berroth hat Ihnen die wesentlichen Teile vorgelesen.

(Abg. Drexler SPD: Fünf Sätze!)

Ich brauche es nicht noch einmal vorzulesen.

(Scheuermann)

Zweitens: Wenn ich die Diskussion richtig zusammenfasse, dann geht es auf dem Gebiet des Flugverkehrs in Baden-Württemberg im Moment um drei Probleme, nämlich erstens darum, ob wir in Stuttgart eine zweite Landebahn brauchen,

(Abg. Drexler SPD: Wenn wir so weitermachen, ja!  
– Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

zweitens, wie es in Söllingen weitergeht, also wer in Zukunft das fehlende Geld aufbringt,

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht unser Bier!)

und drittens – das habe ich schon einmal gesagt –, was in Zukunft mit dem Verkehrslandeplatz Lahr passiert. Alle drei Probleme erfordern für ihre Lösung keine planerische Konzeption, sondern politische, finanzielle und juristische Entscheidungen.

(Abg. Drexler SPD: In Lahr nicht!)

Alle drei Aspekte finde ich in einem Plan nicht.

(Abg. Drexler SPD: In Lahr nicht!)

Nächster Grund: Wir haben ein Gutachten zur Beurteilung der Zukunftsentwicklung des Flughafens Söllingen in Auftrag gegeben. Ich glaube, wir waren uns alle einig, dass das sinnvoll ist. Dieses Gutachten erhalten wir in allernächster Zukunft.

Weiter: Im Jahr 2001 ist eine Untersuchung über die Verkehrsmengen des Luftverkehrs in Baden-Württemberg erfolgt als Grundlage unserer Haltung zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Wenn Sie einmal diese beiden Dinge zusammen betrachten, ist doch die Forderung nach einem Luftverkehrskonzept nach meinem Dafürhalten wirklich ohne Grund.

(Abg. Hauk CDU: Es gibt nichts Neues!)

Das ist ein weiterer Grund, warum wir das ablehnen.

Den nächsten Grund hat Herr Dr. Caroli selber genannt. Er hat eine ganze Latte von Fragen aufgezählt, zu denen wir im Moment keine Antwort geben können,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Die anderen auch nicht, und doch haben sie eine Konzeption!)

die aber außerordentlich wichtig für ein Luftverkehrskonzept wären.

Jetzt will ich Ihre Gründe, warum wir im Moment auf viele Fragen keine Antwort geben können, noch um ein paar Gründe erweitern.

(Abg. Capezzuto SPD: Oje!)

Erstens: Wir wissen immer noch nicht Bescheid über die mittelfristigen Konsequenzen für den Luftverkehr, die aus dem 11. September 2001 resultieren.

Zweitens: Immer mehr Billigfluglinien tummeln sich.

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt da „tummeln sich“?)

Glaubt denn wirklich jemand in diesem Haus, dass diese Billigfluglinien auf lange Dauer existieren können, wenn sich Dritte, die dazu doch einen erheblichen Geldbeitrag leisten, wirklich einmal überlegen, für wie lange sie sich diesen Geldbeitrag noch leisten können?

Drittens: Wir wissen nicht genau Bescheid über die tatsächlichen Auswirkungen des Bahnhofs am Flughafen Stuttgart als ein Bestandteil von Stuttgart 21.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wissen wir noch mindestens zehn Jahre lang nicht! – Abg. Schmiedel SPD: Dann warten wir einmal zehn Jahre ab! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das Letzte: Egal, wie die Entscheidung für Lahr ausfällt: Welche Entwicklung damit in Lahr erfolgen wird, wissen wir nicht. Das, was wir uns bisher versprochen haben, zum Beispiel im Frachtverkehr, ist sicherlich nie und nimmer eingetreten.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber nicht unser Bier!)

– Das ist nicht unser Bier, aber Sie wollen eine Luftverkehrskonzeption darüber machen.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollen eine zweite Start- und Landebahn!)

– Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, das sei ein Problem.

(Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie gegensteuern, sonst kriegen Sie sie!)

– Also, noch einmal Herr Drexler: Ich habe gesagt: Das ist ein Problem. Die Entscheidung über dieses Problem hängt von politischen, finanziellen und rechtlichen Antworten ab und nicht von Plänen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, dass ich einige wesentliche Gründe dargelegt habe, die unsere Haltung begründen.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Drexler?

**Abg. Scheuermann** CDU: Gerne.

**Abg. Drexler** SPD: Herr Kollege Scheuermann, Sie kennen doch die Berechnungen der Geschäftsführung der Flughafen Stuttgart GmbH. Sie geht davon aus, dass selbst bei einer abgeschwächten Entwicklung irgendwann – ich sage einmal: in vier, fünf, acht Jahren – die zweite Start- und Landebahn gebaut werden müsse, weil dieser Flughafen mit einer einzigen Start- und Landebahn nicht mehr funktionsfähig sei.

Was spricht eigentlich dagegen, dass wir uns jetzt zu einer Flughafenkonzeption aufraffen und gezielt sagen: „Wir

(Drexler)

müssen Verlagerungen vornehmen“? Wenn man eine zweite Start- und Landebahn nicht will – und ich höre bloß immer: Niemand will sie –, dann muss man gegensteuern. Wenn Sie es aber so machen wollen, wie Sie es bisher gemacht haben, und weder gegensteuern wollen noch eine Konzeption haben, wie die Zuwächse woandershin verlagert werden können, dann sind Sie für eine zweite Start- und Landebahn, weil Sie nicht gegensteuern. Sind Sie da mit mir einig, mit meiner Frage?

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD – Abg. Blenke CDU: Wo war das Fragezeichen?)

**Abg. Scheuermann** CDU: Also, Herr Drexler, es tut mir schrecklich Leid, aber ich verstehe die Logik dieser Frage nicht. Die Entwicklung ist doch so: Irgendwann ist die Kapazität der einen Landebahn erschöpft.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Dann habe ich eine Menge an Flugverkehr, der nicht mehr erweitert werden kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wenn ich nichts mache, dann müssen sich diejenigen, die in Stuttgart nicht mehr abgefertigt werden können, überlegen, wo sie hingehen.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist ja abenteuerlich!)

Noch einmal, Herr Drexler: Wann dieser Zustand erreicht ist, wissen weder Sie noch ich.

Die zweite denkbare Alternative: Ich stelle mich auf diese Entwicklung ein, und dann muss ich – ich sage es noch einmal – politische, rechtliche und finanzielle Fragen entscheiden.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt! Nicht nachher! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist doch keine konkrete Planung!)

– Die Frage ist: Jetzt, in zwei Jahren oder in drei Jahren? Das ist die Frage. Von dieser Frage enthebt uns aber auch nicht eine Luftverkehrskonzeption.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Lassen Sie mich jetzt zum zweiten Problem übergehen, nämlich zur Frage: Wie geht es mit dem Verkehrslandeplatz Lahr weiter? Herr Dr. Caroli, ich hätte mir jetzt natürlich auch die Mühe machen können, Zitate der SPD und speziell von Ihnen über Lahr aus den vergangenen Jahren herauszusuchen. Meine Faulheit hat mich davor bewahrt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber schade! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ihrer Meinung nach hätte in Lahr, nachdem die Kanadier weg waren, gar kein Flugverkehr mehr stattfinden sollen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Dann hat man sich mit Mühe und Not – und ich bin fast versucht zu sagen: mit irgendwelchen Argumenten, die man

auch in einer Luftverkehrskonzeption hätte finden können – zu der Aussage durchgerungen, Lahr müsse der Frachtflughafen für Baden-Württemberg werden. Eine ganz einfache Überlegung könnte einem jedoch sagen, dass das schier nicht möglich ist: In Stuttgart haben wir Frachtverkehr in erheblichem Umfang. Aber mehr als die Hälfte dieses Frachtverkehrs ist Beiladung im Linienverkehr, und wenn ich in Lahr überhaupt keinen Linienverkehr habe, dann bedeutet dies doch, dass es wahrscheinlich illusorisch ist, einen reinen Frachtflughafen für Baden-Württemberg ins Konzept zu nehmen.

(Abg. Drexler SPD: Und?)

Jetzt kommt es, wie es kommen soll: Jetzt ist ein Antrag auf Erweiterung der Genehmigung gestellt worden. Bisher lautete diese Genehmigung: Verkehrslandeplatz mit einem Limit für Passagierflugzeuge von 20 Tonnen. Wenn Sie jetzt einmal in das Luftverkehrsrecht hineinschauen, werden Sie feststellen, dass solche Genehmigungen nicht auf Ermessenserwägungen beruhen dürfen, sondern dass es gebundene Genehmigungen sind.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das heißt, die Tatbestandsvoraussetzungen, die in den entsprechenden Vorschriften stehen, sind unbestimmte Rechtsbegriffe. Jeder, der ein paar Semester Jura studiert hat, weiß, dass es bei unbestimmten Rechtsbegriffen nur eine richtige Entscheidung geben kann.

Ich hoffe, dass wir uns wenigstens in einem Punkt einig sind, nämlich darin, dass wir uns insoweit auf unsere Behörden verlassen können – in diesem Fall ist es das Regierungspräsidium Freiburg –, dass nicht nach Wohlwollen und nach Gutdünken entschieden wird, sondern so, dass eine Entscheidung im Ernstfall auch vor Gericht Bestand haben wird.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn?)

Herr Dr. Caroli, da Sie mir gesagt haben, unser Antrag sei weder Fisch noch Fleisch, sage ich: Das Gleiche gilt für Ihren Antrag.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Halt, halt! Eigentlich haben Anträge, die sich mit Entscheidungen von Verwaltungsbehörden befassen und die dann an die Gerichte gehen, hier nichts zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn Sie deswegen Ihren Antrag zurückziehen, ziehen wir sofort auch unseren Antrag zurück.

Wenn Sie sagen, unser Antrag sei unsinnig, dann sage ich: Ihrer ist in gleichem Maße unsinnig.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da haben Sie Recht! Sehr richtig, Herr Scheuermann! Alles Unsinn! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Scheuermann, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

**Abg. Scheuermann** CDU: Ja, er darf mich fragen.

**Abg. Drexler** SPD: Herr Scheuermann, nachdem Sie gesagt haben, hier sei ausschließlich das Luftverkehrsrecht zu beachten – das haben Sie schön ausgeführt –, möchte ich Sie bitten, uns dann einmal zu erklären, was es dabei für einen Sinn hat, die Interessen der Regionen zu berücksichtigen.

**Abg. Scheuermann** CDU: Nach den Voraussetzungen für eine solche Genehmigung sind öffentliche Belange zu berücksichtigen

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht die Regionen!)

oder darf eine Genehmigung öffentlichen Belangen nicht widersprechen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist etwas anderes!)

Jetzt frage ich Sie, was nach Ihrer Meinung alles zu „öffentlichen Belangen“ gehört.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht das alleine!)

Auf jeden Fall, Herr Drexler, gehört zu „öffentlichen Belangen“, was in dem verbindlichen Landesentwicklungsplan steht. Denn wenn das nicht mehr zu öffentlichen Belangen gehört, brauchten wir das gar nicht mehr zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht ausschließlich!)

– Das steht auch nicht in unserem Antrag.

(Abg. Drexler SPD: Doch! „Und dabei die Interessen der Regionen zu berücksichtigen“!)

– Aber doch nicht ausschließlich! Um Gottes willen, jetzt geheimnissen Sie doch nicht mehr hinein. Kann ich Ihnen denn mehr konzedieren, als wenn ich sage: „Unser Antrag ist nicht besser und nicht schlechter als Ihrer“?

(Lachen bei der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Korrekt!)

Jetzt einigen wir uns darauf: Sie ziehen Ihren Antrag zurück, und wir ziehen unseren zurück.

(Abg. Drexler SPD: Sie wollen der Öffentlichkeit nicht sagen, was Sie wollen! Das ist der Unterschied!)

– Sie doch auch nicht!

(Abg. Drexler SPD: Doch! – Unruhe)

Ich kann die Entscheidung des Regierungspräsidiums Freiburg nicht vorwegnehmen –

(Abg. Drexler SPD: Sie können aber sagen, was Sie wollen! – Abg. Schmiedel SPD: Sind Sie für Lahr, oder sind Sie dagegen?)

was Sie gerne machen wollten.

(Abg. Schmiedel SPD: Haben Sie eine Meinung, oder haben Sie keine?)

– Ich habe das nicht zu entscheiden.

(Lachen bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ein kräftiges „Sowohl-als-auch“!)

– Langsam. Ich habe das nicht zu entscheiden. Ich kenne auch den Antrag des Trägers des Verkehrslandeplatzes Lahr auf Erweiterung der Genehmigung nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Herr Müller hat eine Meinung!)

– Herr Müller leitet auch die vorgesetzte Behörde des Präsidiums. Das tue ich nicht.

(Abg. Drexler SPD: Herr Müller hat gleich gesagt: Nein!)

Noch einmal: Wenn wir bei jeder Verwaltungsentscheidung, die irgendeinem politischen Interesse unterliegt,

(Abg. Drexler SPD: Nein, kein politisches! Ein wirtschaftliches!)

hier darüber debattieren und entscheiden wollten, kann ich nur sagen: Wo kämen wir da hin?

(Abg. Drexler SPD: Das machen wir doch auch bei anderen Sachen! – Abg. Bebbler SPD: Das hat der Minister losgetreten!)

Zumindest haben Sie mit Ihrem Antrag einen juristisch zweifelhaften Weg beschritten.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Nicht zweifelhaft!)

Sie wollen nämlich an die Stelle einer Verwaltungsentscheidung eine Parlamentsentscheidung setzen. Für eine Verwaltungsentscheidung sind wir nicht zuständig. Da können Sie uns keine Vorwürfe machen, wenn wir Ihren zweifelhaften Weg ein Stück weit mitgegangen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe versucht,

(Abg. Bebbler SPD: Aber nur versucht!)

unsere Haltung zu den beiden spannenden Fragen, die wir gerade debattieren, darzulegen. Wenn wir nachher abstimmen, werden wir Ihre Anträge ablehnen und unserem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den großen Tageszeitungen finden sich immer wieder Annoncen, in denen Billigflüge beworben werden, zum Beispiel 50 000 Flüge für einen Euro oder gar 100 000 Flüge umsonst.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Boris Palmer)

Die Gesellschaften heißen Deutsche BA oder Ryanair – Sie kennen das. Viele Menschen fragen sich: Wie ist das möglich?

Nun, wir haben keinen Einblick in die Bilanzen dieser Gesellschaften; darüber zu spekulieren, lohnt sich nicht. Aber es ist interessant, die Frage zu stellen, welche politischen Rahmenbedingungen solchen ökonomischen und ökologischen Unsinn erlauben.

Als Erstes ist dabei zu nennen: Der Flugverkehr ist die einzige derzeit existierende globale steuerfreie Zone. Wir erheben keine Mehrwertsteuer für internationale Flüge, und wenn wir das ändern wollen, kommt sofort die neue Umweltpartei FDP und kritisiert das.

(Abg. Hauk CDU: Sie haben doch die Kommissarin Schreyer in Brüssel! Sie ist doch von Ihnen! Machen Sie doch mal etwas, europaweit!)

– Herr Hauk, wenn Sie mir jetzt die Zwischenfrage stellen wollen, warum die EU das noch nicht beschlossen hat, beantworte ich Ihnen diese Frage wie folgt: Es gibt ein Veto. Dieses Veto kommt von Spanien. Dort stellen die Grünen nicht die Regierung. Wir brauchen hier Einstimmigkeit in der EU. Ist diese Antwort ausreichend? – Danke schön.

Wir haben hier keine Mehrwertsteuer und keine Kerosinsteuer. Diese Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber den bodengebundenen Verkehrsmitteln, insbesondere der Schiene, ist ökonomisch und ökologisch nachteilig. Es ist in der Tat notwendig, dass alle politischen Parteien daran arbeiten, dies zu ändern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kaufmann SPD)

Der zweite Punkt – Herr Hauk, jetzt dürfen Sie wieder dazwischenrufen, denn jetzt geht es um Ihre eigene Kompetenz –: Für den Flugverkehr werden nicht nur keine Steuern erhoben, nein, es ist noch viel schlimmer: Er wird massiv subventioniert.

Nehmen wir einmal das Beispiel Rheinland-Pfalz. Dort regieren SPD und FDP – ich wende mich zuerst an diese Seite des Hauses. Dort hat Ryanair den Flughafen Hahn als Konkurrenzstandort zu Frankfurt entwickelt – keine Anbindung an das öffentliche Schienennetz. Der Flughafen in Frankfurt am Main verfügt immerhin über eine ICE-Anbindung, die beste Anbindung in Deutschland. Nach Hahn wird mit dem Auto angereist, dort wird mit kostenlosen Parkplätzen geworben. Dass Ryanair 100 000 Flüge umsonst anbietet, hat einen Grund: Das Land Rheinland-Pfalz hat zur Bedingung gemacht: mindestens 1 Million Passagiere. Erst dann fließen Zuschüsse. Diese werden über diese Art des Angebots erreicht. Da frage ich Sie nach der Weisheit dieser Art der Subventionierung des Flugverkehrs.

(Abg. Hauk CDU: Da machen Sie aber eine Milchmädchenrechnung!)

Jetzt schauen wir in diese Richtung des Parlaments, Herr Hauk. Wie ist es denn hier in Baden-Württemberg? Ist der baden-württembergische Flugverkehr frei von Subventionen des Landes, ja oder nein? Ich nehme an, Sie kennen die

Antwort. Wir haben durch Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart 360 Millionen € aus dem Landeshaushalt in den Flugverkehr gebuttert.

(Abg. Hauk CDU: Ja, natürlich!)

Da frage ich Sie,

(Abg. Hauk CDU: Fragen Sie mal, was wir in die Schiene reinbuttern, in den Nahverkehr reinbuttern!)

Herr Kollege Hauk: Warum muss ich einem Mallorca-Reisenden einen Zuschuss für seinen Flug geben?

(Abg. Alfred Haas CDU: Altes Grünenthema!)

Darauf läuft es hinaus.

Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen Klarheit und Wahrheit bei den Kosten. Der Luftverkehr soll sich selbst tragen. Gerechte Besteuerung statt Subventionen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Weg mit dem Flughafen!)

Der dritte Punkt, warum der Flugverkehr so billig ist: Er hat die Kosten der durch ihn verursachten Umweltzerstörung nicht zu tragen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie war das mit den Bonusmeilen bei Herrn Schlauch?)

– Entschuldigung, hier steht nicht Herr Schlauch. Sehen Sie den größtmöglichen Unterschied?

(Heiterkeit)

Solange der Flugverkehr nicht für die von ihm verursachten Umweltfolgeschäden aufkommen muss, kann er weiter zu Dumpingpreisen agieren. Ich habe hier noch einen Presseauschnitt von Söllingen dabei: „Billigflieger nach London soll Baden-Airport neuen Schub geben. Air Berlin bietet ab Anfang Mai Einfachtickets ab 29 € an.“ Das Ganze wird dann als Ass im Ärmel von Söllingen in der Presse gefeiert. Wenn Sie mit mir der Meinung sind, dass solche Angebote für 29 € nach London jedenfalls dann nicht akzeptabel sind, wenn jeder, der einsteigt, aus Landesmitteln noch 44 € dazubekommt – so ist es nämlich bei dem Defizit von 9 Millionen € pro Jahr und 200 000 Fluggästen –, dann, finde ich, sollten auch Sie sich Ihrer Verantwortung hier bewusst werden und die Frage stellen, ob diese Subventionen aus den knappen Haushaltsmitteln unseres Landes richtig und notwendig sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Für die Fraktion der Grünen formuliere ich zwar kein Luftverkehrskonzept, aber Grundsatzziele im Umgang mit dem Luftverkehr. Selbstverständlich ist Mobilität ein wichtiges Freiheitsgut. Es geht nicht an, dieses über die Maßen einzuschränken. Ich weiß auch, Herr Dr. Steim: Wenn man Unternehmen in China betreibt, kann man da nicht hinschwimmen. Das akzeptiere ich.

(Abg. Dr. Steim CDU: Fliegen wir erst mal zusammen nach Paris! Auf der Chinareise waren Sie überrascht, wie schön das aus der Luft ist! Das war Ihre erste Luftreise! Das konnte ich begreifen!)

(Boris Palmer)

Aber in Anerkennung der Notwendigkeit von Mobilität muss dieser auch eine Grenze gesetzt werden.

Erstens sind wir der Auffassung, dass Belastungen für die Bevölkerung im Umkreis von Flughäfen minimiert werden sollen. Das bedeutet Minimierung insbesondere natürlich des Lärms. Dem widerspricht insbesondere eine Konzeption, die Baden-Württemberg quasi flächendeckend mit Flughäfen überzieht. Wenn schon, dann den Lärm konzentrieren auf einige Flughäfen und nicht, wie es im Generalverkehrsplan – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo?)

– Herr Dr. Noll, selbstverständlich in Ihrem Wahlkreis. Wo denn sonst? Können Sie mir erklären, wo sonst als am Flughafen Stuttgart die Konzentration in diesem Land stattfinden sollte?

(Abg. Hauk CDU: Einflugschneise Tübingen!)

Wir kommen noch darauf, was trotzdem gegen eine zweite Start- und Landebahn einzuwenden ist.

Also den Lärm minimieren und nicht verteilen. Im Übrigen sollte dabei der gleiche Maßstab angelegt werden. Wenn wir der Auffassung sind, dass es vernünftig ist, dass jemand, der in Waldshut wohnt, auch den nahe liegenden Flughafen Zürich benutzt, und jemand, der in Freiburg wohnt, den nahe liegenden Flughafen Basel-Mulhouse benutzt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Frankfurt ist doch näher!)

dann ist es vielleicht auch fair, zu fragen, ob die Bedingungen für den Überflug in Stuttgart andere sein dürfen als in Waldshut oder in Tengen.

Bis 23:30 Uhr ist der Lärm über Stuttgart erlaubt; bis 22 Uhr erlaubt ihn der Staatsvertrag mit der Schweiz. Die hiesige Landesregierung poltert und spricht von Benachteiligung und Verrat nationaler Interessen. Diesen Doppelstandard, diese Doppelmoral müssen Sie sich schon selbst einmal vorhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Selbstverständlich wollen wir das Klima schützen und den Ressourcenverbrauch begrenzen. Drittens wollen wir Kostenwahrheit statt Subventionen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Fliegen Sie nach Paris!)

– Nach Paris werde ich selbstverständlich mit dem TGV-Est fahren, sobald er existiert.

(Zuruf von der SPD: So lange warten Sie? – Abg. Schebesta CDU: Sagen Sie doch Ihrer Bundesregierung, dass sie das Geld schneller zur Verfügung stellen soll!)

Ansonsten habe ich von Paris in der Tat noch nichts gesehen.

(Zurufe von der CDU)

In der Summe heißt das für uns – und darin unterscheiden wir uns wieder von allen, die gerade laut sind –: Wir wollen ein Wachstum des Flugverkehrs vermeiden.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen den heutigen Flugverkehr im Umfang erhalten, aber ein weiteres Wachstum vermeiden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist völlig weltfremd!)

Jetzt fragen wir einmal: Wie lässt sich das realisieren? Herr Kollege Lasotta, die Kollegin Berroth hat einen wichtigen Ansatz selbstverständlich sofort verdammt. Zum ersten Mal wagt eine Bundesregierung – im Koalitionsvertrag so festgehalten –, den Flugverkehr wirklich essenziell zu besteuern. Es geht um einen Betrag von 300 Millionen € an Mehrwertsteuer, der auf internationale Flüge, soweit sie von deutschem Boden starten, erhoben werden soll. Bisher sind diese steuerfrei; wir wollen dafür, soweit es rechtlich möglich ist, Steuern einführen. Allein das würde schon 300 Millionen € einbringen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist das Schlimme! Wettbewerbsverzerrung!)

Selbstverständlich wird diese Verteuerung des Flugverkehrs auch eine Auswirkung auf die Nachfrage haben, und das ist von uns beabsichtigt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Absahnen, nichts anderes!)

Wir wollen nämlich, dass die Bahn, die bisher den vollen Mehrwertsteuersatz von 16 % erheben muss, im Gegenzug zu den Einnahmen, die wir aus der Mehrwertsteuer auf den Flugverkehr erzielen, in Zukunft billiger fährt: 10 % weniger beim Ticketpreis durch eine niedrigere Mehrwertsteuer. Die Verschiebung der Preisrelation bringt selbstverständlich auch der Bahn erhöhte Chancen im Wettbewerb um Kunden. Darauf kommt es an.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Der Zug fährt halt nicht nach Amerika! Das ist das Problem!)

– Herr Kollege Lasotta, ich spreche jetzt nicht vom Zug nach Amerika. Mir ist auch bewusst, dass es noch keine Atlantikbrücken gibt. Ich spreche von den zahlreichen völlig unnötigen Flügen über dem Festland und insbesondere innerhalb Deutschlands; nur sie werden schließlich von dieser Steuer erfasst. Da können wir etwas tun. Wenn Sie nämlich von Basel Badischer Bahnhof mit dem Zug nach Berlin fahren, zahlen Sie 40 € Steuern; wenn Sie mit dem Flugzeug von Basel-Mulhouse nach Berlin fliegen, zahlen Sie aber null Euro Steuern. Diese 40 € sind relevant für die Entscheidung, ob man ins Flugzeug oder in den Zug einsteigt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oder die Zeit, nicht nur das Geld!)

Ich habe Ihnen vorgetragen, dass die Bundesregierung dieses Problem endlich entschlossen anpackt. Im Gegensatz dazu stelle ich fest: In der Landespolitik gibt es überhaupt keine seriösen Bemühungen. An den Subventionen wird

(Boris Palmer)

festgehalten. Auch Söllingen soll weiter subventioniert werden. 150 Millionen € an Investitionen für Söllingen aus Steuermitteln sind im Gespräch. Wir halten diese Investition für verfehlt. Der Flugverkehr soll sich selbst tragen.

Nun zum Thema Luftverkehrskonzeption, die eingefordert ist. Wir haben im Land sehr wohl die Möglichkeit, den Zubringerverkehr am Boden auf der Schiene durchzuführen. Der Generalverkehrsplan trifft eine gegenteilige Aussage. Nach dem Generalverkehrsplan des Landes sollen die Erschließungsdefizite in der Fläche durch Regionalflughäfen behoben werden. Wir halten dieses Ziel des Generalverkehrsplans für falsch. Im Gegensatz dazu wollen wir, dass die Erschließungsdefizite, wenn überhaupt, am Boden behoben werden, aber nicht durch weitere Flughäfen in der Fläche.

Ein zweiter Ansatzpunkt ist, den Trend zu kleinen Flugzeugen umzukehren. Es werden nämlich immer kleinere Jets eingesetzt, was bedeutet, dass bei der gleichen Anzahl von Starts und Landungen weniger Personen befördert werden. Diesen Trend umzukehren, halten wir für dringend nötig. Herr Minister Müller, ich halte es für eine merkwürdige Dialektik, dass Sie in der Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der SPD schreiben, einerseits liege zwar ein Konzept vor, aber andererseits gebe es eine so große Prognoseunsicherheit, dass man kein Konzept vorlegen könne. Ich frage Sie schon, wo darin eigentlich die Logik stecken soll.

Konkret geht es um drei Streitfragen, die der Kollege Scheuermann benannt hat. Ich kann mich hier kurz fassen, was die zweite Start- und Landebahn angeht. Auch hier drückt sich die Landesregierung explizit um eine Aussage. Sie behauptet, diese Frage stelle sich nicht. Die Frage stellt sich sehr wohl, und es gibt eine Antwort darauf: Es gibt auf den Fildern – Herr Noll, ich denke, Sie wissen das und es wird Sie freuen – schlicht keinen Platz für eine zweite Landebahn. Wenn man eine bauen würde, könnte sie nur in einem so geringen Abstand zur vorhandenen Landebahn errichtet werden, dass beide Landebahnen nicht unabhängig voneinander betrieben werden könnten.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dies würde bedeuten, dass maximal 20, 30 % zusätzliche Flüge abgewickelt werden könnten. Diese zweite Landebahn hätte also einen sehr schlechten Kosten-Nutzen-Faktor. Sie ist schon ökonomisch unsinnig.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

aber wir lehnen sie auch aus politischen Gründen ab. Der Flughafen Stuttgart muss lernen, mit dem Flugvolumen, das er hat, auszukommen. Zusätzliche Kapazitäten lehnen wir ab. Es gibt große Reserven durch den Zubringerverkehr am Boden, durch ICE-Verkehr und durch größere Jets statt kleinerer. So muss es gehen.

(Beifall bei den Grünen)

– Beifall des Abg. Dr. Noll hätte ich eigentlich erwartet. Es geht doch um Ihren Wahlkreis!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn Sie noch alternative Standorte genannt hätten, hätten Sie Beifall gekriegt!)

Was nun den Flughafen Söllingen angeht, ist für uns eine Aussage klar: Keine zusätzlichen Landesmittel! Wenn er sich trägt, dann meinetwegen, aber keine Subventionierung von Billigfliegern aus Steuergeldern.

(Beifall bei den Grünen)

Ich stelle übrigens auch die Frage, ob dieser Flughafen wirklich zwingend nötig ist. Die 200 000 Passagiere, die dort bisher abgefertigt werden, fliegen ausschließlich zu einem Urlaubsziel; um Geschäftsreiseverkehr handelt es sich praktisch nicht. Es geht also nicht um Karlsruhe als Wirtschaftsregion, sondern um Karlsruhe als Abflugsregion für Urlaubsflüge.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es ist gerade einmal eine Stunde mit dem ICE zum Frankfurter Flughafenterminal. Insofern glaube ich, dass man über die Begründung dieses Flughafens sehr wohl nachdenken kann. Aber, bitte schön, solange Sie nicht 150 Millionen € an Landesmitteln versenken, ist das Ihre Sache.

Dort scheint es eine Zwischenfrage zu geben.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Steim?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Präsident Palmer! – Unruhe)

**Abg. Dr. Steim** CDU: Nicht Paris, sondern Söllingen! – Wenn Sie über Neuinvestitionen nachdenken, denken Sie dann auch an die bereits erbrachten Investitionen in Söllingen? Und wenn Sie kein Konzept für Söllingen entwickeln, denken Sie auch daran, dass dort dann innerhalb kurzer Zeit eine Ruine steht und Steuergelder bewusst kaputtgefahren werden, weil nichts getan wird?

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Arbeitsplätze weg!)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Kollege Steim, ich beantworte das wie folgt: Wenn dieses Wirtschaftsunternehmen Gewinn erzielt, sind Investitionen sinnvoll, und dann kann das Unternehmen sie erbringen. Wenn dieses Wirtschaftsunternehmen nicht in der Lage ist, Gewinne zu erzielen, dann ist es auch nicht sinnvoll, weitere Steuermittel auszugeben, um künftig Verluste einzufahren. Ich denke, das ist einfache Ökonomie. Darüber bräuchten wir eigentlich kein Seminar abzuhalten.

(Beifall bei den Grünen – Lebhaftes Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Lasotta: Machen wir doch alles dicht, dann müssen wir kein Geld mehr ausgeben! Alles weg!)

Letzter Punkt, zum Flughafen Lahr. Hier unterscheiden wir –

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Ja, bitte.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Kollege Palmer, könnten wir bei Flugplätzen, die im Moment noch nicht wirtschaftlich sind, nicht das Gleiche machen wie zum Beispiel bei den regenerativen Energien, nämlich öffentliche Zuschüsse geben, bis sie an die Grenze der Wirtschaftlichkeit gelangt sind?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zimmermann CDU: Bei den Windmühlen müssen Sie das 20 Jahre machen! Danach wird abgeschaltet! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, da frage ich Sie: Ist Ihnen bewusst, dass es einen elementaren Unterschied zwischen Flugverkehr und erneuerbaren Energien gibt?

(Unruhe)

Der Flugverkehr schadet dem Klima, die erneuerbaren Energien nützen dem Klima.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Zum letzten Punkt, zum Flughafen Lahr: Wir unterscheiden uns hier vermutlich von den anderen Fraktionen im Haus, weil wir eine klare Position haben. Wir lehnen Passagierflugverkehr an diesem Flughafen ab, weil es nicht sinnvoll ist, im Abstand von 50 Kilometern Flughäfen zu betreiben. Die machen sich nämlich tatsächlich Konkurrenz. Selbst wenn dieser Flughafen im Moment keine Zuschüsse von uns einfordern sollte, ist doch schon absehbar, wann der Tag kommt, an dem Sie Subventionen wollen, mit dem Argument von Herrn Steim, dass die bereits getätigten Investitionen sonst verloren seien.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir geraten dann unter Druck. Jedenfalls ist das nicht dazu geeignet, das Defizit in Söllingen zu reduzieren. Aus diesen beiden Gründen halten wir nichts von einem Passagierflughafen in Lahr.

Davon völlig frei ist natürlich eine juristische Bewertung. Wenn das Ergebnis der Prüfung lautet, dass wir die Genehmigung nicht verweigern können, Herr Kollege Scheuermann, werde ich auch nicht den Antrag stellen, das dennoch zu tun, weil Niederlagen vor Gericht ja nicht vorsätzlich angestrebt werden müssen.

Wir haben aber eine politische Position. Wir teilen die Auffassung des Ministers Döring, dass aufgrund der Festsetzungen des Landesentwicklungsplans der Flughafen in Lahr nicht für Passagierbetrieb genehmigt werden soll.

Herr Minister Müller, da auch Sie dieser Auffassung sind: Man kann sich ja manchmal die Bündnispartner nicht aussuchen. Sie haben hier Herrn Teufel im Rücken, aber Sie haben Palmer und Döring an Ihrer Seite. Vielleicht reicht Ihnen das insgesamt, um Ihre Position gegen die Qualität der Anträge, die hier eingebracht worden sind, durchzubringen. Herr Scheuermann hat mit Recht gesagt, die Anträge seien gleichmäßig schlecht. Man könnte ja auch beantragen, dass der Flugverkehr auch künftig die Tatsache berücksich-

tigt, dass die Erde keine Scheibe ist. Gegen die Qualität dieser Anträge werden Sie sich doch sicher durchsetzen können.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Generalkonsul der Republik Polen, Herrn Waclaw Oleksy.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul Oleksy hat seinen Sitz in München und ist auch für das Land Baden-Württemberg zuständig.

Herr Generalkonsul, ich begrüße Sie hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg sehr herzlich und wünsche Ihnen weiterhin einen angenehmen Aufenthalt und erfolgreiche Gespräche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich erteile das Wort Herrn Minister Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Kollegen der SPD-Fraktion haben mich soeben beruhigt und meinten, sie hätten sich für heute Abend nichts vorgenommen, sie könnten mir jetzt in Ruhe zuhören. Machen Sie sich also auf längere Ausführungen gefasst.

(Abg. Göschel SPD: Das machen wir bei Ihnen immer!)

Ich will mit etwas ganz Allgemeinem anfangen, was hier vielleicht noch gar nicht angesprochen worden ist, was aber sicherlich ein Eckpunkt ist. Luftverkehr ist zunächst einmal Marktgeschehen, ganz einfach. Wir reden hier immer über Infrastruktur. Das Verhältnis zwischen Markt und Infrastruktur muss man, glaube ich, zunächst einmal klären.

Wenn ich sage, Luftverkehr sei Marktgeschehen, dann hängt dieses ganz wesentlich von dem ab, was sich generell in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt. Ob das die Weltkonjunktur ist, ob das die Exportabhängigkeit ist, ob das die Entwicklung im Tourismus ist, ob das die allgemeine nationale und internationale Sicherheitslage ist: Diese Faktoren bestimmen zunächst einmal die Größe des Kuchens, und die Größe des Kuchens ist natürlich viel wichtiger als viele Fragen, wo der Kuchen gebacken wird und wie der Kuchen verteilt wird.

Das schlägt sich unmittelbar nieder – in den letzten zwei Jahren hat man das ja sehen können – in Rückwirkungen in der Tourismusbranche, in der Luftverkehrsbranche, in der Luftfahrtindustrie. Geschäftspolitik, Wettbewerbssituation, Ertragssituation, Konkurse – bedeutet dies kleineres Fluggerät, bedeutet dies größeres Fluggerät, bedeutet dies eine Konzentration auf weniger Flughäfen, bedeutet dies die Nutzung von Billigflughäfen, die Low-Cost-Entwicklung? Das alles sind Faktoren, die das Geschäft eigentlich bewegen.

Ich erwähne das deswegen, um zunächst einmal deutlich zu machen: Wer glaubt, dass er mit dem wunderschönen Wort

(Minister Müller)

Luftverkehrskonzeption irgendetwas gestalten würde, der täuscht sich. Er gestaltet gar nichts. Wir reden nur darüber, wie wir diesen Prozess infrastrukturell möglichst gut begleiten, vielleicht stützen, vielleicht auch korrigieren. Aber dieses Geschehen beeinflussen wir nicht. Insofern ist das etwas völlig anderes als beispielsweise beim öffentlichen Personennahverkehr, wo wir tatsächlich auch die Transportleistung selber bestimmen. Hier bestimmen wir ein Stück Infrastruktur, nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Drexler SPD: Bei Straßen machen wir es auch!)

Das Interessante ist, dass diese Infrastruktur, nämlich die Flughäfen, ihrerseits Wirtschaftsunternehmen sind, die übrigens sehr teuer sind und die deswegen im Prinzip nicht gegen den Markt angelegt sein können, weder indem sie Überkapazitäten haben, die sich nicht refinanzieren, noch indem sie umgekehrt knappe Kapazitäten haben, die dann zu großen Schwierigkeiten führen.

Das heißt, das, was wir politisch tun, ist immer eine abgeleitete Größe aus dem, was wirtschaftlich geschieht.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Und jetzt? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Erst warten, Schmiedel!)

Das war der erste Gedanke.

(Heiterkeit)

Ich steigere. Jetzt sage ich einen zweiten Gedanken: Ich finde es schon interessant, dass erst ein Abgeordneter der Grünen überhaupt noch auf die ökologische Dimension des Luftverkehrs zu sprechen kam. Ich habe diesen Aspekt sehr wohl bei allen Entscheidungen im Hinterkopf, und es ist schon bemerkenswert, wie sehr man, je nachdem, in welcher Debatte man gerade ist, Aspekte unter Umständen total ausblendet. Ich will ausdrücklich unterstreichen und bestätigen, was Sie sagen: dass es nicht darum geht, den Luftverkehr zu subventionieren, und dass wir deswegen eine steuerliche Gleichstellung brauchen. Dafür werden Sie immer meine Unterstützung haben. Nur: Sagen Sie es gelegentlich auch noch Herrn Salomon, der sich für die Billigfluglinien in Lahr einsetzt, und sagen Sie es auch Herrn Schlauch, der von diesen Subventionierungen schon in besonderem Maß profitiert hat.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Salomon redet nicht mehr mit ihm!)

Meine Damen und Herren, der Markt, von dem ich gerade gesprochen habe und der in dem ganzen Geschehen der eigentliche bewegende Faktor ist, befindet sich in einem unglaublichen Umbruch. In den letzten zwei Jahren sind mehrere weltbekannte Luftverkehrsgesellschaften in Konkurs gegangen – in Europa wie in Amerika. Die Lufthansa geriet in große Turbulenzen. Die Luftfahrtindustrie schreibt, was noch nie der Fall war, rote Zahlen. Die Entwicklung der Low-Cost-Carrier ist eine kräftige und gleichzeitig eine, bei der ich mir völlig sicher bin, dass sie so, wie sie sich im Moment gestaltet, nicht anhalten wird. Es handelt sich um

eine typische Nischenentwicklung, bei der es irgendwann einmal einen Scheitelpunkt und anschließend eine Marktberreinigung gibt. Das heißt, wer nur auf die Low-Cost-Carrier setzt, setzt auf ein Pferd. Man kann aber nicht einfach sagen: Es ist eine geradlinige Entwicklung, die sich ewig so fortsetzt.

Der Markt befindet sich im Umbruch, und die Frage lautet: Wie können wir darauf reagieren? Was tun wir? Wir haben einen Landesflughafen, wir haben zwei Regionalflughäfen, wir haben in Lahr einen Sonderflughafen für Fracht, und wir haben einige Verkehrslandeplätze. Ich will dazu einmal der Reihe nach etwas sagen.

Landesflughafen Stuttgart: Wir haben uns in der Landespolitik vor langer, langer Zeit entschieden, dass es einen Flughafen im Miteigentum – künftig im überwiegenden Eigentum – des Landes geben soll. Er soll als Kontinentalflughafen ausgebaut werden. Das war die Zielsetzung, und diese ist bis heute richtig. Deswegen haben wir seinerzeit gegen viele, viele örtliche Widerstände – auch Widerstände in diesem Haus – den Ausbau und die Renovierung des Landesflughafens vorangetrieben. Sie werden sich erinnern: Das Planverfahren erstreckte sich über 20 Jahre – mit Tausenden von Einsprüchen,

(Abg. Schmiedel SPD: Viel zu lang!)

mit einer großen politischen Kontroverse, die, wie gesagt, nicht nur auf den Fildern, sondern auch in diesem Haus stattgefunden hat. Wir haben schon damals die Linie verfolgt, an der wir auch jetzt festhalten.

Wir haben dann diesen Ausbau mit der Schuldendiensthilfe finanziell begleitet. Ich kann mich an die Jahre erinnern, in denen für SPD und Grüne die Schuldendiensthilfe einen Steinbruch in der Haushaltspolitik darstellte.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat sich nicht geändert! Bei uns nicht! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist heute immer noch so!)

Wir haben gesagt: Das war damals notwendig. Deswegen, weil es jetzt nicht mehr notwendig ist, wird aus unserer eigenen Entscheidung heraus – das musste uns nicht die Opposition sagen – die Schuldendiensthilfe im Jahr 2003 eingestellt. Auch da ist die Entwicklung geradlinig. Es ist schon merkwürdig, dass diejenigen, die am wenigsten über eine Konzeption verfügen, von uns, die wir eine haben, verlangen, wir sollten eine aufstellen.

Das gilt übrigens auch für das Thema „Zweite Start- und Landebahn“. Der damalige Planfeststellungsbeschluss enthielt klare Aussagen bezüglich einer zweiten Start- und Landebahn.

(Abg. Schmiedel SPD: Denkverbot!)

– Sie bezeichnen das jetzt als „Denkverbot“. Herr Drexler geht nach dem Motto vor: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Liebe Landesregierung, lege dich doch bitte fest. Ich beklage, dass es einen großen Bedarf gibt. Aber ich fordere gleichzeitig, dass es möglichst keine zweite Start- und Landebahn gibt.“ Herr Schmiedel, führen Sie in Ihrer Fraktion einmal eine Abstimmung durch.

(Minister Müller)

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Heiderose Berroth  
FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wir haben kein  
Denkverbot!)

Mich würde interessieren, was da herauskäme. Sie versu-  
chen, anderen ein Problem vor die Füße zu legen,

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

das Sie selbst nicht lösen können. Jetzt können Sie sagen,  
Sie seien in der Opposition, Sie bräuchten es nicht zu lösen.  
Okay, auf diesen Standpunkt kann man sich stellen.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Wir haben zu dieser Frage eine klare Position. Das nämlich,  
was wir heute auf den Fildern haben, ist das, womit der  
Flughafen in den nächsten Jahren rechnen kann und rechnen  
muss. Mehr wird es nicht sein.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Pfister  
FDP/DVP: Klare Aussage!)

– Ja, klare Aussagen. Hier wird immer davon geredet, es  
gebe keine Konzeption. Ich werde Ihnen an vielen Punkten  
noch zeigen, dass es zwei Fraktionen, dass es eine Regie-  
rung gibt, die eine Konzeption haben, die in den aktuellen  
Streitfragen sehr viel mehr zur Orientierung beiträgt, als Sie  
glauben.

Im Übrigen: Sehen Sie die tatsächliche Luftverkehrsent-  
wicklung in den letzten zwei Jahren mit Abweichungen  
von, einmal ganz grob gesagt, minus 5 % im Verhältnis zu  
einer Erwartung von plus 5 %. Das ist allein in zwei Jahren  
eine Abweichung von 20 %, gemessen an den Erwartungen.  
Das verschiebt natürlich alle Probleme, auch die Notwen-  
digkeit eines Ausbaus des Flughafens Stuttgart, um viele  
Jahre nach hinten – das nur nebenbei gesagt.

Unsere klare Position, was den Flughafen Stuttgart anbe-  
langt, ist so beschrieben: Eigentum, Finanzierung, Planung  
in dem Umfang wie bisher.

Friedrichshafen hat einen Regionalflughafen, an dem sich  
das Land Baden-Württemberg – früher in bescheidenem  
Umfang, mittlerweile in sehr bescheidenem Umfang, näm-  
lich mit 1,2 % – beteiligt. Das ist ein Regionalflughafen in  
dem Sinne, dass er regionale Träger hat und dass er vom  
Land Zuschüsse bekommen kann. Diese Zuschüsse hat er  
bekommen. Der Regionalflughafen Friedrichshafen hat jetzt  
große Ausbaupläne. Ich finde es gut, dass ein Flughafen  
eine längerfristige Vorausschau macht, sodass man das  
Ganze auf dem Tisch hat und nicht nur nach einer Salami-  
taktik vorgeht. In einem Gespräch neulich vor Ort – das ist  
ja mein eigener Wahlkreis, deswegen komme ich da ge-  
legentlich vorbei –

(Abg. Wieser CDU: Das ist aber gut, Herr Abge-  
ordneter, dass Sie das machen!)

habe ich geschildert . . .

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister, gestatten  
Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeller?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** . . . ja, sofort;  
ich will nur den Satz zu Ende sagen –, dass die Finanzlage  
des Landes zurzeit keine ausreichende Perspektive für eine  
weitere finanzielle Förderung des Flughafens Friedrichsha-  
fen bietet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ja in Ordnung!)

Das begründe ich jetzt nicht luftverkehrsmäßig. Das wäre  
sehr wohl sinnvoll. Aber wenn ich in die Kasse schaue, stel-  
le ich fest: Wir haben zurzeit 500 000 € für alle Regional-  
flughäfen. Da ist es ein bisschen herb, wenn die Wünsche in  
die Größenordnung von 20 Millionen € gehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das geht nicht!)

Bitte schön, Herr Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Müller, darf ich Ihrer Aussage ent-  
nehmen, dass Sie den Antrag bzw. das Ansinnen des Flug-  
hafens Friedrichshafen, 10 Millionen € für den Ausbau zu  
bekommen, abschlägig beurteilen wollen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie haben doch zugehört,  
Herr Zeller! Das war doch eindeutig!)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja. Ich habe  
das in einem Gespräch zum Ausdruck gebracht. So ist es.

(Zuruf von der SPD: Er hat doch nur nachgefragt!  
Das ist doch sein Recht!)

Ich habe in einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der  
Stadt Friedrichshafen zu Beginn dieser Woche gesagt, dass  
ich zurzeit keine Finanzierungsperspektive sehe. Das kann  
sich wieder einmal ändern, das schließe ich nicht aus. Aber  
zurzeit gibt es keine Finanzierungsperspektive. Sie wissen,  
dass ich mich früher sehr für eine entsprechende Förderung  
des Flughafens Friedrichshafen engagiert habe. Da war ich  
phasenweise allein. Ich war dafür aber ganz schön erfolg-  
reich.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr! Der  
Ausbau war zur Zeit der großen Koalition! Da wa-  
ren Sie noch gar nicht im Landtag!)

Heute ist die Finanzlage des Landes anders. Deswegen  
schildere ich die Situation ganz einfach realistisch so, wie  
sie ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Klare Antwort!)

– Sie wollen Klarheit? Die bekommen Sie.

Ich komme zu Söllingen.

(Abg. Zeller SPD: Das war zur Zeit der großen Ko-  
alition!)

Worum ging es bei Söllingen? Bei Söllingen ging es im  
Kern darum, eine Anlage, die wir schon haben und die aus  
ganz anderen Gründen, nämlich als Militärflughafen, ent-  
standen ist, an einem Standort, den man unter zivilen Ge-  
sichtspunkten nicht so geschaffen hätte, langfristig für jene  
Phase zu sichern, in der wir diese Anlage wirklich einmal  
brauchen, sie dann aber möglicherweise nicht mehr bekom-  
men würden, wenn sie erst einmal weg wäre.

(Minister Müller)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Das war die eigentliche Strategie für Söllingen. Deswegen hat man seinerzeit erst einmal den Rettungsversuch über FlowTex gemacht. Das war aber ein eigenes Problem. Dann kam die Frage: Was geschieht nach FlowTex?

Dann hat die Landesregierung etwas gemacht. Hier sollte man vielleicht genau hinhören. Ich sage auch gleich, warum man genau hinhören sollte: Da steckt etwas ganz Bestimmtes drin. Wir haben gesagt: Wir engagieren uns nicht als Land Baden-Württemberg, sondern wir engagieren uns über den Flughafen Stuttgart. Das heißt, wir engagieren uns im Maße dessen, was wirtschaftlich verträglich ist. Das muss man deswegen erwähnen, weil wir heute vor der Frage stehen, ob die Dinge noch wirtschaftlich erträglich sind. Die These, die vor Ort im Raum Karlsruhe gelegentlich vertreten wird, wir hätten vonseiten des Landes, sprich aus dem Landeshaushalt, eine Zusage gegeben, stimmt schlicht nicht. Wir haben über das hinaus, was schon früher versprochen worden ist, keinen zusätzlichen Euro oder keine zusätzliche Mark aus dem Landeshaushalt versprochen. Wir haben sehr wohl ein Engagement des Flughafens Stuttgart versprochen, das heißt ein Engagement eines Wirtschaftsunternehmens, das auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln muss.

Jetzt hat sich bekanntermaßen die generelle Luftfahrtsituation – übrigens auch die generelle Immobiliensituation, die ja in Söllingen eine ziemlich große Rolle spielt – deutlich verschlechtert. Deswegen stehen wir vor der Frage, ob wir die Länge der Durststrecke, die wir sowieso schon im Visier hatten, miteinander durchstehen können und wie die Rollenverteilung dabei ist. Meine These war: In dieser verschlechterten Situation muss ich zu einer Anpassung der inneren Verhältnisse zwischen den badischen Kommunen auf der einen Seite und dem Flughafen Stuttgart auf der anderen Seite kommen, zu einer Anpassung, die dieser längeren Durststrecke und den höheren Kosten Rechnung trägt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was heißt das?)

Die Rollenverteilung, dass die einen sagen, wie es gemacht wird, und die anderen das bezahlen sollen, dass die einen einen einmaligen Zuschuss geben und die anderen alle künftigen Investitionen und das gesamte unternehmerische Risiko tragen, kann bei einem Regionalflughafen nicht die richtige Spielregel sein. Deswegen bedarf es einer Anpassung an die neue Situation.

Festzustellen, worin die besteht und wie groß die vor uns liegende Aufgabe ist, steht in den nächsten Wochen an. Die Größe der Aufgabe wird uns beschrieben werden durch die Boston Consulting Group aufgrund einer entsprechenden Untersuchung, die in weniger als 14 Tagen auf dem Tisch des Hauses liegen wird. Dann werden wir sehr schnell zu Potte kommen müssen. Ich kann nur sagen: Wir werden ein größeres Engagement, ein dauerhaftes Engagement der Region brauchen. Das ist das Wesen eines Regionalflughafens. Es wäre beispielsweise in Friedrichshafen, wo das komplette unternehmerische Risiko natürlich bei den Gesellschaftern liegt – das Land ist mit 1,2 % beteiligt –, nicht zu verstehen, wenn das Land allein direkt oder indirekt das

unternehmerische Risiko eines anderen Regionalflughafens auf sich nehmen würde, das sich noch dazu deutlich verschärft hat.

Ich komme zum dritten Punkt: Lahr. Hier sind die Karten gemischt, und sie liegen auf dem Tisch. Dabei muss man eines dazusagen: So, wie die Karten jetzt auf dem Tisch liegen, liegen sie in Übereinstimmung mit Lahr auf dem Tisch. Wir haben Aussagen in Form einer luftrechtlichen Genehmigung. Wir haben Aussagen im Regionalplan. Wir haben Aussagen im Generalverkehrsplan. Und wir haben Aussagen im Landesentwicklungsplan. Alle diese Aussagen sind in Abstimmung mit den regionalen Kräften in Lahr so getroffen worden, wie sie heute auf dem Tisch liegen. Das schafft zunächst einmal ganz simpel den rechtlichen Rahmen, und auf der Basis dieses rechtlichen Rahmens sind Investitionen und Zuschüsse geflossen oder nicht geflossen, an der einen Stelle geflossen und an einer anderen Stelle nicht geflossen. Das heißt, was hier geschehen ist, ist nicht nur Papier, sondern hat natürlich ein Stück weit auch Fakten in die Welt gesetzt, von denen man nicht so ohne weiteres wieder herunterkommt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass sich die Positionen, die Auffassungen in Lahr öfter geändert haben. Herr Dr. Caroli, Sie verzeihen, aber ich muss es doch noch einmal sagen: Sie waren auch dabei.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie gegen Veränderungen?)

– Gut. Einverstanden. Ich komme noch einmal kurz auf die Frage von kurzfristigen Änderungen und langfristigen Konzeptionen zu sprechen. Ich will nur einmal darauf verweisen: Wenn Sie davon sprechen, wir hätten keine Konzeptionen, wir hielten an Dingen fest, wenn sie erst einmal entschieden worden seien, will ich sagen: Es ist das Wesen einer Konzeption, dass sie eben nicht nur Tagespolitik ist. Wenn wir vor sieben Jahren im Generalverkehrsplan etwas festgelegt haben, sind diese sieben Jahre, gemessen an dem Anspruch einer langfristigen Konzeption, nicht so wahnsinnig lang. Aber wenn wir vor sieben Monaten im Landesentwicklungsplan in Abstimmung mit der Region etwas beschlossen haben, muss man sagen: Ein paar Monate sollte vielleicht irgendeine Aussage eine gewisse Gültigkeit besitzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben jetzt eigentlich nur eine neue Situation in Lahr. Es gibt nämlich die Anfrage von zwei Low-Cost-Carriern. Okay. Man kann nicht so ohne weiteres alles, was bisher geschehen ist, alles, was bisher planerisch festgelegt worden ist, alles, was gesagt worden ist, schlicht über den Haufen werfen. Ich will ja nicht sagen, dass ein Flughafenbetreiber im Moment auf diese Anfragen irgendwie reagieren kann, wenn er die rechtlichen Möglichkeiten dazu nicht hat. Dass es deswegen nur eine Anfrage ist, das kann ich dem Flughafenbetreiber nun nicht irgendwie kritisch vorhalten. Aber ich kann umgekehrt aus dem Tatbestand, dass an irgendeiner Stelle des Landes zwei Low-Cost-Carrier einmal fragen: „Können wir hier landen?“, nicht unbedingt die Konsequenz ziehen, alles ungeschehen zu machen, was ich jahrelang zunächst einmal getan habe.

(Minister Müller)

Das Bemerkenswerte an dem Vorstoß der SPD ist, dass sie auf diesen Zug relativ flott aufgesprungen ist und dabei natürlich das, was es an Konzeptionen bisher gegeben hat, verlässt, wahrscheinlich weil sie selber keine Konzeption hat.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD:  
Die Welt verändert sich!)

– Ja, das muss man schon sagen. Sie haben natürlich auch ein Problem im Raum Karlsruhe. Ich kenne ja den einen oder anderen SPD-Abgeordneten aus dem Raum Karlsruhe, der im Moment etwas betreten aus der Wäsche schaut, was ich nachvollziehen kann.

(Zurufe)

Sie kennen meine Position, was den Antrag angeht. Diese Position ist nicht an irgendeiner Befangenheit oder an einer Sturheit oder an einer Uneinsichtigkeit orientiert,

(Unruhe bei der SPD)

sondern ist schlicht bestimmt von dem, was wir bis in die letzten Monate hinein in Bezug auf Lahr, Söllingen und andere Standorte zur Luftverkehrskonzeption des Landes gesagt haben. Ich vertrete nur das, was geltende Politik und geltendes Recht ist.

Ich möchte eine Randbemerkung zu dem Thema „keine Subventionen“ machen. Ich kenne keinen einzigen Flughafen in Deutschland, der ohne öffentliche Subventionen betrieben wird.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber in England und in Österreich! – Abg. Göschel SPD: Dann wird es Zeit, dass Sie einen kennen lernen!)

– Herr Göschel, ich kenne den Investor beim Flughafen Lahr, die Firma Wiggins, die an der anderen Stelle in der Bundesrepublik Deutschland, an der sie auch einen Flughafen betreiben will, nämlich in Mecklenburg-Vorpommern, eine Subventionsforderung erhoben hat. Das weiß ich.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Also sage ich mir einmal: In Lahr ist schon so viel passiert. Ich schließe nicht aus – ich bin einmal ganz vorsichtig –, dass wir auch noch mit dem Wunsch nach öffentlicher Förderung konfrontiert werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie haben ausdrücklich erklärt, sie wollen nichts!)

Ich will das aber nicht von vornherein unterstellen, sondern ich sage nur, ich schließe es nicht aus. Ich bin ganz vorsichtig und will mich da ganz sachlich und neutral verhalten.

Ich möchte auf einen zweiten Nebenaspekt verweisen: Es gibt mit Unterstützung aus dem Landeshaushalt eine Untersuchung des Flughafens Frankfurt in Bezug auf Lahr – sie ist nicht übermäßig alt; sie stammt aus dem Jahr 1999 –, in der die Entwicklungsperspektiven an diesem Standort untersucht werden. Es ist ja eine gigantische Start- und Landebahn; das muss man wirklich sagen. Sie ist eine der größten, die es überhaupt in Europa gibt. Sie ist in einem technisch sehr guten Zustand. Da fragt man sich ja wirklich,

was man mit dieser Infrastruktur machen kann. Weil das damals so unklar war, haben wir den Flughafen Frankfurt als Unbeteiligten, aber Kompetenten beauftragt, das einmal zu untersuchen. Ich empfehle, gelegentlich einmal in dieses Gutachten hineinzuschauen, um abschätzen zu können, welche Entwicklungsmöglichkeiten es wirklich gibt.

Es gab den Wunsch, Frachtflug zu machen. Es hat geheißen: Das Ende aller Probleme ist gegeben, wenn wir nur eine Genehmigung dafür haben. Die Genehmigung ist da, der Frachtflug ist noch nicht da. Ich würde sagen: Die erste Entwicklungsoption, die jetzt für Lahr existiert, ist, die Frachtfliegerei, für die es die rechtliche Genehmigung in einem umfassenden Sinn gibt, in der Tat auch auszubauen, sodass es vorangeht.

(Abg. Wieser CDU: Ans Werk!)

– Ans Werk.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen im Übrigen noch an zwei Punkten verdeutlichen, dass wir seit Jahren eine sehr geradlinige Luftverkehrspolitik betreiben. Wenn Sie unter Geradlinigkeit das Wort „Konzeption“ fassen wollen, dann mögen Sie daran sehen: Wir haben eine Konzeption.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist keine Konzeption, das ist Schwachsinn!)

Es geht nicht darum, dass man konzeptionslos wurstelt. Die Frage ist vielmehr, ob man eine gewisse Seriosität und Geradlinigkeit hat. Das Erste ist die Frage: Was ist in Basel-Mulhouse? Da gibt es seit Jahren die Aufforderung – übrigens auch von Sozialdemokraten aus Südbaden –, dass sich das Land Baden-Württemberg, auch finanziell, an dem Flughafen Basel-Mulhouse beteiligen soll. Wir haben schon immer gesagt – und daran wird sich nichts ändern; unter anderem aus Haushaltsgründen jetzt erst recht –: Wir werden das nicht tun; eine klare Aussage.

Zweitens: Flugverkehr Zürich. Auch dazu gibt es eine klare Aussage. Herr Palmer, ich muss dabei hinzufügen: Wenn Sie sagen, man müsse eine Gleichbehandlung zwischen Stuttgart und Zürich haben, was den zeitlichen Korridor anbelangt, antworte ich: Nein. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ein Land oder eine Stadt oder ein Flughafen die Emissionen, die aus dem Flughafen entstehen, trägt oder 95 % des Problems exportiert. Das geschieht im Raum Zürich. 95 % der Anflüge nach Zürich finden über Deutschland statt. Das ist der Fehler. Deswegen, sagen wir, muss es zu Eingrenzungen kommen. Das ist der Unterschied zu Stuttgart.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Abg. Dr. Carmina Brenner und Abg. Wieser CDU:  
Jetzt schon?)

– Ja, mir fällt nichts mehr ein.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kretschmann?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Gern. – Bitte.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Ich möchte Ihnen gern eine längere Frage stellen, damit ich nachher nicht noch einmal reden muss.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Doch nur, wenn ihr die Redezeit streicht, ist es gut!)

– Die Redezeiten sind frei. Ich könnte nachher noch einmal so lange reden, wie ich will.

(Abg. Wieser CDU: Besser eine Frage stellen!)

Ich habe in Ihren Ausführungen jegliche ökologische Komponente vermisst. Das Einzige, was sie konzidiert haben, ist, dass Sie einer Besteuerung von Kerosin zustimmen würden. Da muss man doch vermuten: Da dies nur international möglich ist, ist dies in weiter Ferne, und da kann man leicht Ja sagen.

Sie sind für Mobilität verantwortlich, aber Sie sind auch dafür verantwortlich, dass die Mobilität umweltfreundlich ist. Die Aussage, dass wir bei den Flugzeugen das Ende der Fahnenstange erreicht hätten, wenn es um eine Reduzierung des Spritverbrauchs geht, stammt von Ihnen. Also haben wir im Großen und Ganzen nur die Möglichkeit, die Umweltschädlichkeit des Flugverkehrs über eine Einschränkung des Flugverkehrs zu reduzieren. Wenn Sie aber nun alle Instrumente ablehnen, die Sie als Landesminister in der Hand hätten – Subventionsabbau, die Möglichkeit, über Fluglärmgrenzwerte eine Begrenzung zu erreichen, oder die Möglichkeit der Begrenzung durch Knappheit von Landesflächen –, um die Bremse einzulegen, und sie überhaupt nicht nutzen, dann muss ich Sie doch fragen: Wie wollen Sie das absolut wichtige Ziel dieses Jahrhunderts erreichen, dass diese umweltschädlichste Art der Fortbewegung, die kontraproduktiv zum Klimaschutz ist, reduziert wird?

Wo nehmen Sie Ihre Verantwortung als Umweltminister wahr? Schließlich sind Sie ja nicht nur Verkehrsminister, sondern auch Umweltminister. Sie müssen daher auch ökologische Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Flugverkehr stellen, beantworten. Leider habe ich aber überhaupt nichts zu diesem Thema gehört, mit Ausnahme der Frage nach der internationalen Besteuerung. Ich finde, das geht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Was ist jetzt die Frage? – Weitere Zurufe von der SPD)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Kollege Kretschmann, die Frage, die Sie jetzt gestellt haben, ist die einzige Frage, bei der ich in mir selbst ein Dilemma zwischen meinen Aufgaben als Umwelt- und Verkehrsminister empfinde. Bei allen übrigen Fragen, also bei Fragen zum Straßenverkehr oder zum Eisenbahnverkehr, tue ich das nicht. Bei dieser Frage stimme ich Ihnen zu. Mir geht es dabei selbst so, wie Sie es gerade angedeutet haben.

Ich sehe aber eines: Der nationale und vor allem der internationale Flugverkehr kann nicht von Baden-Württemberg aus beeinflusst werden. Wir können uns deshalb von einer allgemeinen Entwicklung nicht abkoppeln. Wenn wir hier etwas erreichen wollen, können wir dies tatsächlich nur in großräumigeren Maßstäben schaffen. Die Steuerpolitik ist

das eine. Die Tatsache, dass wir beispielsweise eine bestimmte Position in Bezug auf die zweite Start- und Landebahn auf den Fildern haben, ist ja immerhin auch etwas; das sollte man nicht gering schätzen.

Aber zum Dritten muss ich sagen: Die häufigste Kritik ist die, dass wir zu wenig täten, sei es finanziell zu wenig, sei es von der Kapazität her zu wenig, oder sei es, was die Genehmigungen angeht, zu wenig.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nicht von uns!)

– Nicht von Ihnen; aber bei mir landet das alles. Mal kommt es aus der Ecke, mal aus einer anderen Ecke. – Ich reagiere deswegen nicht ganz platt auf Ihre Frage. Für mich ist zum Beispiel die Low-Cost-Entwicklung auch unter ökologischen Gesichtspunkten eine fragwürdige Entwicklung. Das empfinde ich selbst so. Wenn man weiß, dass jeder Zweite der Low-Cost-Passagiere normalerweise überhaupt nicht im Flugzeug säße und nur aufgrund der extrem niedrigen Preise fliegt, dann ist dies schon eine künstliche Aufblähung der Nachfrage, bei der mein ökologisches Gewissen schlägt.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich wäre froh, wenn alle Beteiligten, die sonst das Wort „Ökologie“ im Munde führen – das werfe ich jetzt logischerweise nicht Ihnen vor –, diese Dimension auch noch im Hinterkopf hätten. Ich habe sie im Hinterkopf.

Aber die Instrumentarien der Landespolitik sind bescheiden, und auch die Möglichkeiten, auf die europaweite und auf die weltweite Entwicklung zu reagieren, sind bescheiden. Ich möchte Baden-Württemberg nicht von einer Entwicklung abkoppeln und dabei Gefahr laufen, ökologisch nichts bewirken zu können, ökonomisch aber Schaden anzurichten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist schön!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer? – Herr Palmer, aber bitte eine Frage.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war auch von mir eine Frage, sie war nur sehr allgemein!)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja, bitte.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, was sagt Ihr ökologisches Gewissen, das Sie uns gerade präsentiert haben, zu dem Plan der Bundesregierung, Mehrwertsteuer auf internationale Flüge über deutschem Gebiet einzuführen?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Damit kann ich leben. Eine einfache Aussage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kommen.

Zur Frage nach der Konzeption. Ich glaube, ich habe jetzt an konkreten Beispielen und nicht nur abstrakt – die Diskussion war bisher ziemlich abstrakt – geschildert: Wir ha-

(Minister Müller)

ben eine Konzeption, und diese Konzeption entfaltet sehr wohl eine orientierende, eine gestaltende und eine prägende Wirkung auf unser Verhalten. Eine Konzeption ist logischerweise etwas Längerfristiges. Deswegen können wir uns nicht heute so und morgen anders verhalten. Deswegen steht das, was Sie, Herr Dr. Caroli, gerade gesagt haben, wir sollten uns anpassen, etwas im Widerspruch zu der Forderung nach einer langfristigen Konzeption. Also: Machen wir Tagespolitik, oder machen wir eine längerfristige Politik? Dann aber bin ich gebunden an Entscheidungen von früher. Davon komme ich nicht so ohne weiteres weg.

Wir halten an den Grundlinien der Luftverkehrspolitik des Landes fest. Ich stelle aber fest: Wir haben große Umbrüche. Wir haben eine andere Landeshaltssituation, eine sehr viel schwierigere. Deswegen haben wir nicht nur keinen Grund, an unserer Konzeption etwas zu verändern, sondern es ist im Moment auch nicht die Zeit dazu, wesentliche Änderungen an dieser Konzeption vorzunehmen.

Ich bedanke mich vielmals.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Herrn Abg. Göschel das Wort.

(Abg. Wieser CDU zu Abg. Göschel SPD: Hättest du doch eine Frage gestellt! Das wäre besser gewesen!)

**Abg. Göschel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch nach dem Gehörten bleiben wir dabei: Eine Luftverkehrskonzeption für Baden-Württemberg ist dringend erforderlich. Ich habe kein Argument gehört, das dem widerspricht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Nachdem Sie, Herr Kollege Scheuermann, gesagt haben, die Forderung nach einer Konzeption sei ja quasi schon durch den Generalverkehrsplan – ich füge hinzu: von 1995 – und durch den neuen Landesentwicklungsplan erfüllt, muss ich feststellen: Die Aussagen, die darin enthalten sind, sind sehr wenig konkret. Insofern ist das nach unserer Auffassung völlig unzureichend.

Ich will das ganze Thema nicht noch einmal zu sehr aufwärmen, weil wir schon sehr intensiv darüber diskutiert haben. Aber einem Argument sind Sie bisher noch nicht schlüssig entgegengetreten. Wir stellen uns beispielsweise vor, dass in einem Luftverkehrskonzept für Baden-Württemberg die Frage geklärt werden sollte, wie angesichts des zunehmenden Wachstums des Flugverkehrs am Standort Stuttgart durch ein späteres Erreichen der Kapazitätsgrenze – etwa durch entsprechende Verlagerung – vermieden werden kann, dass eine zweite Start- und Landebahn notwendig wird. Beispielsweise könnte man in einem solchen Konzept durchaus dieser Aussage schlüssig nachgehen.

Lassen Sie mich zu den ökologischen Bedenken, die Herr Kollege Palmer zu Recht vorgetragen hat, ein paar Sätze sagen.

(Abg. Wieser CDU: Der Kollege Kretschmann!)

– Auch Herr Kollege Kretschmann hat das in seiner Frage noch einmal aufgegriffen. – Auch wir sind der Auffassung, dass der Flugverkehr steuerlich unzulässig begünstigt ist und es dadurch zu solchen Schieflagen kommt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann ändert es doch!)

beispielsweise beim Vergleich der Preise von Kurzstreckenflügen und Bahnverkehr. Wir haben schon vor Jahren, als der Kollege Palmer noch nicht im Landtag war, intensiv die Forderung erhoben, die Besteuerung des Flugbenzins endlich wieder einzuführen,

(Abg. Wieser CDU: Herr Dr. Strauß hat die Frage geregelt!)

nach Möglichkeit natürlich europaweit und am besten weltweit, keine Frage. Darüber hinaus sind wir für die Erhebung einer Mehrwertsteuer nicht nur auf nationale, sondern auch auf internationale Flüge. Soweit wir dies steuern können, sollten wir dies national auch tun.

Allerdings sind dabei die berechtigten Bedenken mit einzu beziehen, dass es gerade am Oberrhein die Flughäfen Basel-Mulhouse und Straßburg gibt. Es hilft der Ökologie wenig, wenn Flüge einfach von der rechtsrheinischen auf die linksrheinische Seite abwandern.

(Zuruf von der SPD: Da hat er Recht! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist es!)

Deswegen müssen wir nach wie vor auf die EU hoffen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Etwas tun müssen wir da!)

aber die Zeichen können da in Zukunft sicher positiv stehen.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Nachfrage natürlich durch eine Verteuerung abgesenkt werden kann, muss man festhalten: Flugverkehr ist ein Wachstumsmarkt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Aufwärtskurve nach dem 11. September 2001 und aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die weltweit zu weniger Nachfrage geführt haben, einen Knick erhalten hat.

Sie sollten einmal darüber nachdenken, lieber Kollege Palmer, wieso ausgerechnet die grüne Wählerklientel viel häufiger fliegt als beispielsweise unsere. Da haben Sie eine pädagogische Aufgabe vor sich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wird mit den Billigfliegern anders, Herr Kollege! – Zurufe der Abg. Kretschmann GRÜNE und Hofer FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Am wenigsten fliegt unsere! Das muss Ihnen auch zu denken geben!)

– Da wäre ich nicht so sicher.

Kurzum: Weil dies ein Wachstumsmarkt auf Dauer ist, muss durch vernünftige Geschäftspolitik natürlich jeder Standort dafür sorgen, dass er betriebswirtschaftlich zu recht kommt und ohne staatliche Subventionen auskommt.

(Göschel)

Denn eine steuerliche Subventionierung, insbesondere des laufenden Betriebs, lehnen wir mit Entschiedenheit ab.

Dies gilt nicht nur für eventuelle neue oder derzeit schwächelnde Standorte, sondern dies gilt insgesamt. Wir haben ja immer die Politik verfolgt, dass die Schuldendiensthilfe am Flughafen Stuttgart nicht gerechtfertigt ist, und sie mit Entschiedenheit immer abgelehnt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Gefahr für den Standort Karlsruhe/Baden-Baden geht nicht davon aus, dass möglicherweise in Lahr ein oder zwei Starts und Landungen pro Tag erfolgen, sondern sie geht davon aus, dass die Flughafen Stuttgart GmbH auch den Betrieb in Söllingen übernommen hat und sich natürlich nicht unbedingt die Konkurrenz in Karlsruhe hochziehen will, solange die Kapazitäten in Stuttgart nicht ausgelastet sind. Diese Gefahr sehe ich viel eher, als dass durch den einen oder anderen Flug in Lahr, der zusätzlich erfolgt, Söllingen das Geschäft weggenommen wird. Angesichts dieses größer werdenden Kuchens könnte, wenn die Geschäftspolitik in Söllingen vernünftig ist, auch dort für ein wirtschaftliches Unternehmen gesorgt werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das eingehen, was die Kollegin Berroth gesagt hat. Sie hat gesagt, Zuwächse rekrutierten sich weitestgehend aus eigenem Einzugsgebiet. Dies gilt nach unserer festen Überzeugung auch für Lahr mit der Folge, dass die Konkurrenzsituation, die von vielen an die Wand gemalt wird, so von uns, zumindest von den meisten von uns, nicht gesehen wird. Aus diesem Grunde haben wir auch keine Bedenken, der Möglichkeit, Marktwirtschaft und Wettbewerb am Standort Lahr zu betreiben, nachzugeben. Wir wollen ja nicht eine Förderung des Standorts Lahr durch das Land und durch entsprechende Steuersubventionen, sondern wir wollen eigentlich nur, dass hier nicht mit staatlichem Dirigismus in marktwirtschaftliches Geschehen eingegriffen wird.

(Abg. Hauk CDU: Oh! Das sind die Raumplaner und die Raumordner par excellence!)

Dies sage ich gerade als Appell an die Damen und Herren der Mitte und rechts von mir.

(Abg. Drexler SPD: Herr Hauk, was haben Sie gegen Marktwirtschaft?)

Was haben Sie gegen Marktwirtschaft?

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Von uns gibt es eine klare Aussage: Kein müder Euro Subvention auch am Standort Lahr. Wenn der Betrieb dort eigenwirtschaftlich nicht gelingt, dann gibt es auch keine Förderung. Aber richtig ist auch, dass wir dort einen Standort haben, an dem Frachtflüge stattfinden, an dem Passagierflüge stattfinden bis zu einer Tonnage von 20 Tonnen. Wenn durch die wenigen Flüge, von denen ich gesprochen habe, die Wirtschaftlichkeit dort – und ich betone: die Eigenwirtschaftlichkeit – so verbessert wird, dass Subventionen nicht notwendig werden und der vorhandene Standort erhalten bleibt, dann kann dem eigentlich nichts entgegenstehen.

Deswegen wundere ich mich auch ein bisschen über die Mutlosigkeit der FDP/DVP. Da geht es wieder einmal nach dem Motto: „Wollen täten wir schon mögen, aber dürfen tun wir uns nicht trauen.“

(Abg. Drexler SPD: Genau! Hose voll! – Abg. Wieser CDU: Herr Göschel, wenn Sie jetzt noch singen, dann haben Sie alles gebracht!)

Das ist weder Fisch noch Fleisch.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung: Sie können ohne Bedenken unserem Antrag zustimmen. Dieser Antrag, Herr Kollege Scheuermann, beinhaltet ja keine bindende Verpflichtung für die Landesregierung zu einem bestimmten Handeln.

(Abg. Hauk CDU: Wir haben es begriffen! – Abg. Drexler SPD: Das ist ein Appell!)

Sie müssen einmal genau nachlesen, was wir geschrieben haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Auch die Landesregierung ist an Recht und Gesetz gebunden! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Wir haben doch gar nicht zu ungesetzlichem Handeln aufgefordert!)

– Gerade wenn Sie zu Recht, Herr Kollege Scheuermann, darauf hinweisen, dass es eine gebundene Entscheidung ist, bei der auch die Landesregierung an Recht und Gesetz gebunden ist,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

dann wundere ich mich etwas, wie der Minister – das ist für mich ein Widerspruch – vorschnell die Ablehnung nach außen verkünden konnte.

(Abg. Hauk CDU: Das hat er doch gar nicht! – Abg. Drexler SPD: So hat es in der Presse gestanden!)

– Sie sollten einmal die Zeitung lesen. Er hat zumindest nicht dementiert, dass diese Aussagen gefallen sind. Also das ist ein gewisser Widerspruch, den wir nicht verstehen können. Da müsste auch der Minister sehr zurückhaltend sein, bevor er sich öffentlich dazu äußert.

In unserem Antrag – das will ich jetzt noch sagen, bevor wir dann darüber abstimmen werden –, geht es einzig und allein darum, hier eine politische Willensbekundung zu machen, Farbe zu bekennen. Mit Ihrem Änderungsantrag wollen Sie sich darum herumdrücken, weil Sie sowohl in Karlsruhe als auch in Lahr das Gesicht nicht verlieren wollen. Diese Entscheidung können wir Ihnen nicht abnehmen.

Ich sage zum Schluss noch einmal in Ihre Richtung: Geben Sie der Marktwirtschaft eine Chance!

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD zur CDU: Ihr habt ja gar keine Abgeordneten mehr in Karlsruhe! Das ist doch euer Problem!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei kurze Anmerkungen. Erstens, Herr Minister Müller, bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen für Ihre Ausführungen zum Verhältnis von Luftverkehr und Ökologie. Ich gestehe, dass es mir umgekehrt genauso geht und ich gelegentlich feststelle, dass es in diesem Bereich, der sich dem direkten Zugriff von Regelungen entzieht, manchmal schwierig ist, ökologisch vernünftig zu sein und zugleich das ökonomisch Richtige zu tun. Schwarz-grüne Koalitionen können sich über solche vernünftigen Ideen in ferner Zukunft durchaus ergeben.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Interessant! Zur Abendstunde kommt die Vernunft!)

Die zweite Bemerkung geht in Richtung von Frau Berroth. Ich hoffe, dass Sie Minister Müller zugehört haben. Er hält es für vernünftig oder kann damit leben, dass die Bundesregierung Mehrwertsteuer auf internationale Flüge einführt, die in Deutschland starten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich tue dies auch. Ich sage Ihnen noch – Kollege Göschel hat nämlich ein Gegenargument vorgetragen, das ich für unzutreffend halte –, warum das gerade im Fall von Baden-Württemberg keine negativen Folgen haben kann. An der Rheinschiene gibt es auf deutscher Seite keinen großen Flughafen, der Passagiere nach Frankreich verlieren kann. Alle großen Flughäfen befinden sich nämlich bereits auf der französischen Seite. Söllingen mit seinen 200 000 Passagieren kann nicht viel verlieren, sondern will eher im Gegenteil Fluggäste auf die deutsche Seite ziehen. Das war das erste Argument.

Ein zweites Argument: Wenn von dort Flüge in das deutsche Gebiet starten, zum Beispiel nach Berlin – von Freiburg oder Karlsruhe aus werden ja häufig die französischen Flughäfen genutzt –, dann greift die Mehrwertsteuer ohnehin, weil über deutsches Gebiet geflogen wird.

Ein drittes Argument: Bei Transatlantikflügen, die nach Westen gehen – die Flüge aus Deutschland sind hauptsächlich nach Westen orientiert –, ist es sowieso üblich, dass die Verkehrsteilnehmer nicht erst auf dem Landweg nach Osten fahren, zum Beispiel nach Stuttgart oder München, um dann nach Westen zu fliegen, sondern sich gleich nach Westen orientieren, also nach Frankreich, bestenfalls nach Frankfurt fahren. Negative Auswirkungen der Mehrwertsteuer auf den Flugverkehr, selbst wenn man solche befürchten würde, sind deswegen in Baden-Württemberg überhaupt nicht zu erwarten. Bitte bedenken Sie dies bei künftigen Argumentationen gegen den Plan der Bundesregierung, den ich, weil es eine grüne Idee war, noch einmal ausdrücklich hervorheben möchte.

Eine dritte, abschließende Bemerkung zu unserem Abstimmungsverhalten zu den beiden vorliegenden Anträgen. Ich sage das in aller gebotenen Deutlichkeit: Ich halte diese Art von Show-Anträgen, wie sie die beiden großen Fraktionen dieses Hauses einbringen, eigentlich für völlig unangebracht. Der Show-Antrag der SPD dient im Wesentlichen –

(Abg. Drexler SPD: Ach, Show-Antrag! Der Auftritt ist eine Show! – Abg. Wieser CDU: Der Palmer legt den Finger darauf! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Verzeihung, Herr Dr. Caroli, ich spreche jetzt von Ihrem Änderungsantrag. Der Show-Antrag der SPD, den Sie, Herr Caroli, natürlich auch begründen und vertreten, dient im Wesentlichen dazu, vor Ort im Wahlkreis gute Presse zu produzieren; denn real können Sie mit diesem Antrag nichts bewirken. Um Wohlwollen im Landtag beschließen zu lassen, ist die Zeit der Abgeordneten eigentlich zu schade.

Der gleiche Vorwurf geht in die andere Richtung. Sie hätten ehrlich sein sollen und ihn einfach ablehnen sollen. Statt Angst davor zu haben, eine negative Presse zu bekommen, weil Herr Caroli Sie dann geißelt, dass Sie angeblich gegen den Flughafen sind, hätten Sie ihn einfach einmal ablehnen sollen; Unsinn beschließen wir nicht, egal, wie populär oder unpopulär er ist. Sie kommen aber wieder mit einem Antrag daher, der nur feststellt, dass alles so ist, wie es ist, und dass daran nichts geändert werden kann. Wenn wir im Parlament wirklich abstimmen wollen, dann muss ein Antrag eingebracht werden, der entweder den Generalverkehrsplan oder den Landesentwicklungsplan ändert

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn? Das ist gar nicht notwendig! Ihr habt es noch nicht kapiert! Das sind doch keine staatlichen Pläne!)

– hören Sie jetzt einmal zu! –; denn daraus leiten sich Rechtsfolgen bei der Genehmigung ab.

(Abg. Drexler SPD: Die wollen die doch gar nicht!)

Nur daraus können bei der Genehmigung Rechtsfolgen abgeleitet werden; denn die öffentlichen Belange werden natürlich anhand dieser Planwerke gewichtet und erkannt. Mit Wohlwollen oder Nichtwohlwollen oder dem Beschluss, dass die Erde weiterhin rund zu bleiben hat, wird für diesen Flughafen überhaupt nichts erreicht.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt auch Mieswollen!)

Ich denke, das muss auch einmal gesagt sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hauk.

(Zurufe von der SPD)

**Abg. Hauk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem, was der Kollege Palmer eben wieder gesagt hat, muss man sagen:

(Unruhe)

Am Schluss hatte er Recht. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie es mit Ihrem Antrag wirklich ernst gemeint hätten, hätten Sie ihn so formuliert, dass die Landesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen sollte, dass

(Hauk)

ein Antrag auf alle Fälle genehmigungsfähig wäre. Das wäre ein sauberer Antrag gewesen. Stattdessen versuchen Sie, Bundesrecht durch eine Landesregierung gegebenenfalls sogar beugen zu lassen. Das ist nicht sauber.

(Abg. Wieser CDU: Eine Trockenwaschung!)

Deshalb ist der Antrag auch höchst durchsichtig, mit „Wohlfühlen“ und dergleichen mehr. Das wissen Sie selbst gut genug. Das dient wohl der Beruhigung der südbadischen Schiene und vor allem des Kollegen Caroli, über dessen Sinneswandel ich mich am meisten wundere.

Aber ich muss sagen: Noch heute muss man Helmut Kohl dankbar dafür sein, dass

(Abg. Drexler SPD: Dass er Schwarzgeld besorgt hat! – Unruhe)

die Souveränität Deutschlands erreicht wurde und die Kanadier nach Wiedererlangung unserer Souveränität von dort abgezogen sind, was auch zu dem Sinneswandel des Kollegen Caroli geführt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Herr Dr. Kohl hat die Voraussetzungen geschaffen! – Abg. Drexler SPD: Kohl hat vor allem Schwarzgeld besorgt! Das ist sein Verdienst gewesen! – Weitere lebhaftere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Also, Herr Kollege Drexler, ich weiß gar nicht, worüber Sie sich jetzt erregen.

(Abg. Drexler SPD: Weil Sie Dr. Kohl erwähnt haben! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie profitieren doch von den Früchten, bringen Anträge ein, wollen noch mehr.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie wollen in Baden, in Söllingen mehr.

(Abg. Wieser CDU: Der Kohl war beliebter als Schröder!)

Ich sehe keine Karlsruher SPD-Abgeordneten. – Doch, Frau Schmidt-Kühner ist jetzt da; aber Herr Kollege Fischer ist überhaupt nicht im Raum.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ruhe zu bewahren. Vielen Dank.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn? Der hat doch angefangen! – Anhaltende Unruhe)

**Abg. Hauk** CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Anhaltende Unruhe)

Jetzt fordern Sie, Herr Kollege Drexler, eine Luftverkehrskonzeption. Das wiederholen Sie immer wieder. Sie waren ja vor eineinhalb Jahren mal oben. Seit dieser Zeit gibt es bei Ihnen auch einen gewissen Sinneswandel.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

Immerhin. Das ist erfreulich.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

Ich glaube, die Aussage des Ministers war glasklar. Dem braucht man nichts hinzuzufügen.

Im Augenblick stellen sich auf den Fildern in diesem Sinne überhaupt keine Fragen.

(Anhaltende Unruhe)

Die landseitigen Engpässe werden mit dem Bau des dritten Terminals beseitigt sein, und dann haben wir Kapazitäten. Wie das in fünf, acht oder zehn Jahren aussieht, ist dann zu entscheiden, aber sicher nicht heute.

(Abg. Drexler SPD: Sie brauchen doch eine lange Vorlaufzeit!)

Das ist dann zu entscheiden, und dann wird auch die Frage sein,

(Abg. Wieser CDU zur SPD: Wie lange haben Sie den Flughafen Stuttgart verhindert!)

inwieweit und wie gut die Flughäfen Stuttgart und Söllingen miteinander kooperieren können.

(Abg. Schmiedel SPD: Und Lahr!)

Was tatsächlich an Entflechtungsmöglichkeiten vorhanden ist, wird sich herausstellen.

Aber ich bin schon auch der Meinung: Es ist nicht nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit der nächsten vier, fünf Jahre, über die in Söllingen dann entschieden werden muss, sondern man muss schon eine längerfristige Perspektive herausarbeiten.

Zu dem, was Sie, Kollege Palmer, moniert haben, was Sie zum Thema „Subventionen von Fluggebühren, Low-Cost-Carrier etc.“ gesagt haben, möchte ich sagen: Wenn ich mich recht erinnere, verdient der Flughafen Stuttgart sein Geld nicht mit seinen Start- und Landengebühren, sondern mit Parkgebühren, mit Vermietungen, mit Dienstleistungen im Flughafen und rund um den Flughafen. Eine ähnliche Standortkonzeption ist natürlich auch für Söllingen notwendig.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen,

(Abg. Wieser CDU: Wenn wir jetzt abstimmen würden!)

wenn Sie im Bereich der von Ihnen angesprochenen Umsatzsteuerthematik auch einmal im europäischen Bereich Ihren Einfluss etwas geltend machen würden. Ich habe vorhin schon gesagt: Frau Schreyer ist Kommissarin von Ihnen, ist an entscheidender Stelle in Brüssel. Sie sind Beteiligte in der Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, nicht für alles Entschuldigungen suchen! Genau an den Stellen, an denen es darauf ankommt, machen Sie nichts.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch!)

(Hauk)

Ich teile in dieser Frage nicht die Meinung des Ministers; das sage ich ganz offen.

(Abg. Birzele SPD: Welche?)

Ich sage erneut: Ein Alleingang in einem globalen Standortwettbewerb – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also lieber gar nichts machen! – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Ein Alleingang in einem – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Wieser CDU: Wir sind jetzt alle da, wir können abstimmen!)

Ein Alleingang in einem globalen Standortwettbewerb macht wenig Sinn. Eine europaweite Lösung, ja. Die wird auch grundsätzlich und immer von uns unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nur, Herr Kollege Palmer: Alle Initiativen der rot-grünen Bundesregierung im europäischen Bereich gehen doch gegen eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Die gehen doch dahin, dass entsprechend der bisherigen Praxis ein Veto eingelegt werden kann.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch die glatte Unwahrheit! – Abg. Drexler SPD: Jetzt machen wir wieder Europapolitik, da warten wir auf den Ministerpräsidenten! Der kennt sich da besser aus!)

– Zweifelsohne, Herr Kollege Drexler.

Aber dann bringen Sie nicht solche Dinge, denn eines ist auch ganz klar: Die einseitige Umsatzsteuerbegrenzung trifft doch nicht Flughäfen irgendwo in der Landesmitte, sondern trifft, wenn überhaupt, Standorte in Grenznähe. Und wir wollen auf keinen Fall Standorte in Grenznähe in der Zukunft noch weiter schwächen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Frau Abg. Berroth das Wort.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Nur eine kurze Reaktion auf das, was vorgetragen wurde.

Herr Dr. Caroli, das Zitat von mir, das Sie bezüglich Luftverkehrskonzeption vorgelesen haben, stimmt. Der Dissens liegt einfach darin, was wir darunter verstehen. Nach allem, was ich heute gehört habe, erwartet die SPD, dass man da ein dickes Papier vorlegt,

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt denn das?)

bei dem sich die SPD nachher als Hakelmacher betätigen kann und abhaken kann, was erledigt wurde und was nicht. Das bietet sich für dieses Thema nun wirklich nicht an, weil der Markt sich ständig ändert. Deswegen verstehe ich unter Luftverkehrskonzeption, dass man sich ständig mit der Thematik befasst und entsprechende Maßnahmen ergreift, wenn sie notwendig sind. Das erfolgt, und deswegen bin ich damit zufrieden.

(Abg. Drexler SPD: Vor zwei Jahren hat sich das anders angehört!)

Zum Zweiten: Herr Palmer, Sie führen große Worte vom Freiheitsgut Mobilität spazieren und machen das Ganze nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Sie vergessen dabei aber ganz, dass neben diesem Freiheitsgut vor allem wirtschaftliche Notwendigkeit für den Luftverkehr besteht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist da wirtschaftlich, wenn man das Geld ins Ausland schafft?)

Genau das tun Sie mit Ihrer Umsatzsteuerregelung. Da bitte ich den Herrn Umwelt- und Verkehrsminister schon, dass er in seinem Protokoll noch einmal nachliest, welcher Frage er da zugestimmt hat. Denn genau im Satz vorher hat er sich dagegen verwahrt, dass man sich durch etwas, was ökologisch keinen Sinn gibt, einen wirtschaftlichen Nachteil einhandelt. Genau das aber ist der Fall. Herr Palmer, Sie machen eine „Milchmännerrechnung“ auf, wenn Sie meinen, dass das kein Schaden wäre. Diese Flüge finden trotzdem statt, aber eben nicht von deutschem Gebiet aus, sondern vom Elsass, nämlich von Mulhouse und von Straßburg, aus.

Ich möchte auch den Herrn Verkehrsminister kurz daran erinnern,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass vor dem Herrn Palmer auch ich bereits das Thema Umwelt sehr bewusst und sehr wohl angesprochen hatte, weil es tatsächlich ein wichtiges Thema ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber wir müssen hier europäische, wir müssen internationale Regelungen finden.

Zum Dritten die Frage der vorgelegten Anträge. Auch da hat Herr Dr. Caroli Recht. Aber all das, was Sie gegen unseren Antrag anführen, gilt natürlich erst recht gegen den Ihren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber die Intention!)

Genau deshalb haben wir unseren formuliert.

(Lachen bei der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist Dialektik!)

– Ich erkläre es Ihnen. Es lässt sich auch locker nachvollziehen, dass die Worte fast alle dieselben sind. Aber prüfen Sie einmal, was wir geändert haben.

(Lachen bei der SPD)

Sie verlangen allen Ernstes, dass dieser Landtag beschließt, die Landesregierung möge „wohlwollend“ entscheiden. Wir sind der Meinung, dass hier nach gesetzlicher Lage und nach den Vorgaben zu entscheiden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Heiderose Berroth)

Genau dies haben wir in unserem Antrag formuliert: „zügig, sorgfältig und unter Beachtung des Rechts zu entscheiden“ und eben nicht „wohlwollend“.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber wozu sagen Sie das? Das ist doch selbstverständlich! – Abg. Birzele SPD: Macht das die Landesregierung sonst nicht? – Glocke der Präsidentin)

Im Übrigen muss ich, glaube ich, wirklich noch einmal wiederholen: Der Flugplatz Lahr hat als rein privates Vorhaben unsere Unterstützung.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Göschel?

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Bitte sehr, Herr Göschel.

**Abg. Göschel** SPD: Frau Kollegin Berroth, ist Ihnen nicht auch aufgefallen

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein!)

– wahrscheinlich nicht –, dass unser Änderungsantrag eine politische Willensbekundung enthält, die der Ihre vermissen lässt? Und zum anderen: Wissen Sie nicht, dass –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt!)

Beantworten Sie erst einmal diese Frage.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Göschel, ich sage es noch einmal: Gerade weil uns das aufgefallen ist, wollten wir Ihnen mit unserem Antrag zeigen, dass uns Recht und Gesetz und nicht das Wohlwollen in dieser Sache wichtig sind. Die Entscheidung muss aufgrund von sachlichen Erwägungen erfolgen und darf sich nicht daran orientieren, ob uns eine bestimmte Nase passt oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Abstimmung!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Birzele?

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Nein. Denn ich denke, wir sollten diese Debatte allmählich beenden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

– Da hätte ich eigentlich mehr Beifall erwartet.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP und bei Abgeordneten der CDU)

Lahr hat als rein privates Vorhaben unsere Unterstützung, wenn es wirtschaftlich erfolgreich umsetzbar ist. Mit zwei Billigfliegern allein, die angefragt haben, wird dies nicht der Fall sein. Denn mit Billigfliegern verdient man kein Geld.

(Abg. Schmiedel SPD: Haben Sie schon einmal etwas von Marktwirtschaft gehört? – Abg. Drexler SPD: Das ist eher ein Risiko!)

Auch erweisen wir sämtlichen Vorhaben im Luftverkehr in der Rheinschiene keinen guten Dienst, wenn wir Überkapazitäten schaffen.

(Abg. Drexler SPD: Und Sie regeln das?)

Meiner Ansicht nach – und das sage ich jetzt als studierte Diplom-Kauffrau mit 30 Jahren Berufserfahrung –

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Weg mit den Akademikern!)

wäre die Geschäftsleitung in Lahr sehr gut beraten, wenn sie den Mut aufbringen würde – uns wurde ja Mutlosigkeit vorgeworfen –, auf solche kleinen Dinge nicht viel Kraft zu verschwenden, sondern ihre Kraft darauf zu verwenden, dass bezüglich der Frachtinvestitionen die Anlaufschwierigkeiten, die normal sind, bald überwunden werden und man da in den erfolgreichen Bereich kommt.

Lahr hat also unsere Unterstützung, aber die gleiche Unterstützung hat auch der Baden-Airpark, der nach unserer Meinung möglichst kurz und möglichst wenig am Tropf öffentlicher Kassen hängen soll. Deswegen sind wir sehr gespannt auf das Gutachten, das ja im nächsten Monat vorgelegt werden soll. Wir sind der Meinung, dass man sich dann auch bei diesem Vorhaben umgehend um private Investitionen bemühen muss. Der unternehmerische Wettbewerb und nicht das staatliche Gängelnde wird das voranbringen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt zu Ihnen, Herr Drexler.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Sie verlangen genau einen Dirigismus, indem wir nämlich Verlagerungen durch staatliche Gängelung bewirken sollen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Was? Freiheit und Wettbewerb! Sie wollen Bürokratie!)

Verkehrsverlagerungen lassen sich nicht durch staatliche Richtlinien erreichen.

(Zurufe von der SPD)

Vielmehr kann das nur zum einen über den Preis und zum anderen über den Komfort klappen. Aus diesem Grund gibt es schon relativ viele Kunden, die gezielt zum Baden-Airpark gehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Lesen Sie den Antrag einmal!)

Dort haben sie nämlich erlebt, dass sie zügig, schnell und komfortabel abgefertigt werden. Das möchte ich vielen anderen auch raten. Dann brauchen wir solche Debatten hier bald nicht mehr zu führen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Initiativen.

Die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/545, ist durch die Aussprache erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1505, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1689, und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1692.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag Drucksache 13/1689 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Göschel SPD: Blockadefraktion! Marktwirtschaftsblockierer!)

Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zwei Enthaltungen, Frau Präsidentin!)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1692, zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1505. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1692, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Strecken!)

Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen wurde der Änderungsantrag Drucksache 13/1692 mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt –

(Abg. Birzele SPD: Halt, halt, Frau Präsidentin! Vom ursprünglichen Antrag muss noch über Abschnitt II abgestimmt und Abschnitt I für erledigt erklärt werden!)

– Ja.

Meine Damen und Herren, Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1505, ist ein Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I für erledigt erklärt werden kann. – Das ist der Fall.

Wir kommen zum Abschnitt II. Wer dem Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1505, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Abg. Drexler SPD: Die Grünen wollen keine Konzeption! Die wollen den Flughafen voll laufen lassen!)

Bei einigen Enthaltungen ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1505 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 9 ist damit abgeschlossen.

Damit kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein – Drucksachen 13/1449, 13/1565**

**Berichterstatteerin: Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Schebesta, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Schebesta** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hochwasserschutz: Wir sind in der jüngsten Zeit an mehreren Stellen und mehrfach von Hochwassern berührt gewesen. Erst Anfang dieses Jahres gab es ein Hochwasser in Wertheim. Im Sommer 2002 gab es ein schweres Hochwasser im Landkreis Tübingen. Die Bilder von Elbe und Donau, auch aus dem zurückliegenden Sommer, sind uns in bleibender Erinnerung. Damit verbunden sind menschliche Tragödien in großer Zahl und die Vernichtung von Existenzen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege, einen ganz kleinen Moment. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Gespräche auf den Gang zu verlagern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Danke schön.

**Abg. Schebesta** CDU: Gegenstand dieses Tagesordnungspunkts ist der Hochwasserschutz am Rhein. Mit dem Kulturwehr Kehl/Straßburg, dem Polder Altenheim und mit Maßnahmen auf französischer Seite ist unterhalb von Iffezheim inzwischen ein Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser erreicht. 1955 bestand ein Schutz vor einem 200-jährlichen Hochwasser. Ziel des Integrierten Rheinprogramms ist es, diesen Schutz bis 2015 wiederherzustellen.

Das kostet 600 Millionen €. Das Land trägt 360 Millionen €. Dem stehen geschätzte Schäden eines 200-jährlichen Hochwassers in der zehnfachen Höhe, nämlich von 6 Milliarden €, gegenüber. Damit ist klar, dass mit dem Integrierten Rheinprogramm der Hochwasserschutz am Rhein verbessert werden muss.

Darüber besteht im Landtag Einigkeit bei allen Fraktionen. Das hat eine Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Verkehr im Dezember 2001 gezeigt. Das ging auch aus gemeinsamen Anträgen und der Einmütigkeit in der Ausschussberatung hervor.

(Schebesta)

Diese Umsetzung kostet Geld, und das in der derzeit schwierigen Haushaltssituation. Wir werden im Nachtrag für 2003 die Mittel für den Hochwasserschutz auf 34 Millionen € verdoppeln. Das ist die Basis für die Folgejahre, und das in dieser schwierigen Situation.

Deshalb brauchen wir auch kein Gerede von Bundesumweltminister Trittin über die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz im Hochwasserschutz, wie es heute über dpa verbreitet wurde. Ich bin gespannt, ob es auch darüber Übereinstimmung mit den Oppositionsfraktionen gibt.

Einzelne Maßnahmen des Integrierten Rheinprogramms sind in der Mitteilung der Landesregierung in ihrem jeweiligen Stand der Umsetzung erwähnt. Über weitere Schritte im Vollzug konnte im Ausschuss berichtet werden.

Die Einigkeit unter allen Fraktionen im Landtag führt auch dazu, dass die Umsetzung bei Widerständen von Betroffenen vor Ort leichter gelingt. Deren Anliegen und Interessen bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms gilt es so weit wie möglich in der Planung zu berücksichtigen.

Der Ausgangspunkt der heutigen Beratung ist die Drucksache 13/646. Darin führt das Umwelt- und Verkehrsministerium aus, dass es bis Ende 2002 eine Konzeption vorlegen will, wie die Bewertung der bisherigen Maßnahmen für die Planung der weiteren Standorte umgesetzt und genutzt werden kann. Verzögerungen, die bestimmte Dinge dabei im Rahmen der Berücksichtigung hervorrufen, sind wir, glaube ich, den Interessen und Anliegen vor Ort schuldig. Wir sind es diesen Interessen und Anliegen auch schuldig, uns zu überlegen, wie die Rückhalteräume in Bezug auf Naherholung genutzt werden können. Wir sind es aber auch dem Hochwasserschutz schuldig, dass wir ökologische Flutungen durchführen, um den Hochwasserschutz in den Rückhalteräumen zu optimieren.

Die CDU-Landtagsfraktion steht zum Integrierten Rheinprogramm, und wir stellen in schwierigen Zeiten Gelder dafür zur Verfügung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Professor Kaufmann.

**Abg. Kaufmann SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir nehmen mit dem vorliegenden Tagesordnungspunkt Kenntnis vom Bericht der Landesregierung zur Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein. Im Ausschuss waren wir uns angesichts der Bedeutung des Themas einig, dass dazu auch eine Aussprache im Plenum angezeigt ist.

Der Antrag Drucksache 13/646, der dem Bericht zugrunde liegt, ist von allen Fraktionen unterzeichnet, und das ist gut so. Wenn wir uns allerdings die Ergebnisse des Hochwasserschutzes anschauen – das Integrierte Rheinprogramm besteht seit 1988 –, müssen wir sagen, dass die Ergebnisse bislang nicht gut sind. Sie müssten besser sein. In der Tat haben wir von den 13 geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen bis heute erst zwei realisiert, man könnte auch sagen:

zweieinhalb. Der Rest steht noch zur Umsetzung an. Insofern, Herr Schebesta, ist die Anmahnung von Bundesminister Trittin, die Sie aufgrund der dpa-Meldung zitiert haben, durchaus berechtigt. Das Land hat im Hochwasserschutz seine Hausaufgaben noch nicht gemacht. Wir sind hier in Verzug. Wenn wir über die Grenze nach Frankreich schauen, sehen wir: Dort hat man das, was notwendig ist, realisiert. Es ist durchaus richtig, dass der Bund uns daran erinnert: Macht gefälligst hier im Land eure Hausaufgaben.

Der Hochwasserschutz mit seinen Maßnahmen im Bereich südlich von Iffezheim stößt bei den betroffenen Kommunen auf Widerstand. Mit diesen Bedenken sollte man sorgfältig umgehen. Wir brauchen hier die notwendige Sensibilität, um unser Ziel zu erreichen, aber die Anliegen der Betroffenen müssen in den jeweiligen Verfahren geregelt werden und nicht vor den Verfahren. Das können wir nicht machen; denn wenn wir es weiter zulassen, die Verfahren zurückzustellen, kommen wir in einen entsprechenden zeitlichen Verzug. Deshalb ist es richtig, in dem vorliegenden Antrag zu sagen: In den einzelnen Plan- und Genehmigungsverfahren müssen durchaus im Sinne der Betroffenen noch Korrekturen möglich sein. Wir müssen dort auch entsprechende Angebote im Bereich der Naherholung unterbreiten, aber wir müssen diese Genehmigungsverfahren im Interesse der Sache beschleunigt auf den Weg bringen. Wir können nämlich nicht warten, bis jeder weiß, wo sein Bienenkorb bei Hochwasser hinkommt. Auch die Interessen der Kiesindustrie sind anders zu werten. Es gibt da durchaus Egoismen, die wir überwinden müssen.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren: Die Natur kennt keine Schäden; Schäden treten erst dort ein, wo der Mensch sich breit gemacht hat, und das Wasser kommt halt immer mal wieder an den Ort zurück, wo es ursprünglich auch einmal war. Diese leidvolle Erfahrung hat man an Elbe und Oder gemacht. Wer dann die Risiken bei uns in der Region kennt – ich darf nur an meine engere Heimat erinnern, wo man das Daimler-Chrysler-Werk für die A-Klasse in einen Altrheinarm hineingesetzt hat –,

(Abg. Dr. Caroli SPD: 200 Millionen!)

darf sich nicht wundern, dass hier entsprechende Ängste vorherrschen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch daran erinnern, dass wir die ökologischen Ziele, die im Integrierten Rheinprogramm ihren Niederschlag gefunden haben, nicht vergessen dürfen. Dort wird ausdrücklich die Renaturierung der Auen genannt. Das ist ebenfalls ein effektiver Beitrag zum Hochwasserschutz. Er bringt auch mit sich, dass wir dem Erfordernis des Naturschutzes eher gerecht werden. Herr Minister, eine Reduktion auf das naturschutzrechtlich nur zwingend Gebotene kann uns meines Erachtens nicht befriedigen. Hier müssen wir im Sinne der Natur, aber auch im Sinne des Hochwasserschutzes mehr tun.

Auf die Gefahren und auf die Schäden haben Sie hingewiesen. Wenn wir die 600 Millionen €, die wir für das Integrierte Rheinprogramm brauchen, in Relation zu den Schäden sehen, dann kommen wir auf ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 10 : 1. Ich denke, das ist eine Investition, die mit jeder anderen Investition im Landeshaushalt gut mithalten kann.

(Kaufmann)

Wir brauchen dieses Geld auch. Man muss an dieser Stelle sagen, meine Damen und Herren: Der Hochwasserschutz ist chronisch unterfinanziert. Wenn wir das auf der Zeitschiene sehen, dann stellen wir fest, dass ein entsprechendes Aktionsprogramm fehlt, das uns sagt, welche Mittel wir zu welchem Zeitpunkt haben und welche Maßnahmen damit zu realisieren sind.

Der Herr Minister hat mit seiner Debatte über den Wasserpfeffennig ja auf dieses Problem hingewiesen. Wir halten das nicht für einen geeigneten Vorschlag. Hochwasserschutz muss aus originären Haushaltsmitteln finanziert werden. Deshalb werden wir bei der Beratung des Nachtragshaushalts noch einmal einen Zuschlag vorschlagen und sagen: Wir sind bereit, noch einmal 8 Millionen € draufzusetzen, damit wir auf die Summe kommen, die wir für den Hochwasserschutz brauchen.

(Zuruf von der CDU: Deckung?)

– Die Deckungsvorschläge werden wir im Finanzausschuss unterbreiten. Unsere Fraktion hat ein entsprechendes Konzept.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege Kaufmann, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Kaufmann SPD:** Ich fasse zusammen: Der Hochwasserschutz muss zur Chefsache werden.

(Abg. Hillebrand CDU: Der ist schon Chefsache!)

Die Landesregierung muss unverzüglich eine solide Finanzierung vorlegen. Wir sind bereit, bei der Finanzierung mitzuhelfen. Die anstehenden Genehmigungsverfahren müssen, wie unter Ziffer 1 des Berichts der Landesregierung dargestellt, beschleunigt vollzogen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde schon angesprochen: Gerade dieses Projekt „Hochwasserschutz am Rhein“ ist gekennzeichnet durch erstaunliche fraktionsübergreifende gemeinsame Aktivitäten; das ist auch notwendig.

Ich glaube, Herr Kaufmann, dieses Thema eignet sich nun wirklich nicht zur Profilierung einzelner Abgeordneter.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir alle müssen da am gleichen Strang ziehen.

Die Landesregierung hat, obwohl wir uns finanziell in äußerst schwierigen Zeiten befinden, noch etwas zusätzlich draufgelegt. Ich glaube, das muss man sehr respektieren. Die zweiten 17 Millionen € pro anno sind ein riesiger Betrag.

Das Problem, warum das aufgehalten wird – das muss man doch auch einmal klar benennen –, ist einfach darauf zurückzuführen, dass Bestrebungen vor Ort teilweise immer noch divergieren. Iffezheim wurde angesprochen. Auch bezüglich der ökologischen Flutungen – ich erinnere an unsere Anhörung – sind sich selbst Naturschützer und Bioengagierte nicht einig, was denn nun gut und was schlecht sei.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wie bitte? – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Stimmt gar nicht! Das ist doch Unsinn!)

Deswegen war es doch richtig, dass wir einfach einmal, weil bestimmte Auswirkungen des Integrierten Rheinprogramms tatsächlich nicht genau absehbar sind, angefangen haben – in dem Bericht der Landesregierung ist ja klar dargelegt, in welchen Abstufungen bereits an den einzelnen Projekten gearbeitet wird –, die Erfahrungen vor Ort aber abwarten und dort, wo es nötig ist, die Maßnahmen flexibel anpassen.

Positiv ist auch, dass die Gespräche über die Naherholungskonzepte laufen und wir diese mit Sicherheit – so, wie es dann leistbar ist – durchführen.

Ich möchte noch etwas Wichtiges ansprechen: Es wird hier nur von Maßnahmen entlang des Rheins geredet. Wir sind da als Oberlieger auch nordrhein-westfälischen und rheinland-pfälzischen Gemeinden verpflichtet. Wir sollten aber auch in unserem Land noch ein Stück weiter denken. Man müsste vieles am Rhein nicht zurückhalten, wenn man es schon oben auffinge. Da, denke ich, wäre es preiswerter, mit den Kommunen darüber zu reden, dass sie bei Genehmigungen für neue Baugebiete vorantreiben, dass die Retention künftig auf der eigenen Fläche stattzufinden hat. Man hat diese technischen Möglichkeiten inzwischen. Ich glaube, die Möglichkeit wird noch zu wenig genutzt, mit der Retention schon an den kleinen Bächen anzufangen, damit das Hochwasser gar nicht erst zu den großen Strömen kommt.

Zum Vorhaben des Herrn Trittin, wieder einmal etwas an den Bund zu ziehen: Das ist hier nun wirklich nicht sinnvoll. Herr Kaufmann hat zu Recht gesagt, dass hier Sensibilität gefragt ist, und diese Sensibilität ist vor Ort subsidiär weit besser zu leisten als aus dem fernen Berlin. Wenn Herr Trittin meint, er müsse da etwas tun, kann er sich bei länderübergreifenden Aufgaben als Moderator anbieten, falls das nötig sein sollte. Aber ich denke, das ist das höchste der Gefühle.

In den letzten Wochen ist deutlich geworden: Hochwasserschutz ist in Baden-Württemberg Chefsache, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schon betont worden: In Sachen Integriertes Rheinprogramm besteht hier weitgehend Einigkeit. Ich darf auch für die Fraktion GRÜNE Zustimmung zum Integrierten Rheinprogramm und auch zum Konzept

(Dr. Witzel)

der ökologischen Flutungen signalisieren. Wir betrachten das als wichtigen Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Renaturierung der Rheinauen.

Auch das, was die Vorredner zu den Hochwassern der letzten Jahre und zur Notwendigkeit des Handelns gesagt haben, kann ich voll unterstreichen. Deshalb mahne ich an, dass hier zügig weitergeplant wird und dass eine baldige Umsetzung dieses Programms erfolgt.

Trotz der Einigkeit, die hier im Landtag besteht, muss man aber auch sehen, dass es vor Ort an manchen Stellen Widerstand gegen die Maßnahmen gibt. Ich darf zum Beispiel an die Gemeinde Hartheim erinnern. Hartheim liegt ja in dem Bereich des so genannten 90-Meter-Streifens. Der 90-Meter-Streifen ist aber nur ein Fachterminus. Im Schnitt soll auf einer Breite von 90 Metern ausgekieset werden; aber im Bereich der Gemeinde Hartheim beträgt die Breite nicht 90 Meter, sondern ein Vielfaches davon. Es besteht daher die Sorge, dass der dort stehende Wald verschwindet und dass dort nach der Auskiesung nur noch Kiesflächen übrig bleiben. Ich meine, diese Sorge der Bevölkerung müssen wir ernst nehmen, und ich bitte darum, dass in dem anstehenden Verfahren darauf Rücksicht genommen wird.

Wie könnte das geschehen? Zum einen: Die Gemeinde hat eine so genannte „Hartheimer Lösung“ vorgelegt. Leider hat sie diese Hartheimer Lösung bei der Anhörung im Landtag noch nicht vorgelegt, sondern erst später. Meine Bitte wäre aber, dass diese Vorschläge der Gemeinde im anstehenden Planfeststellungsverfahren berücksichtigt werden. Es sollte dabei auch geprüft werden, ob nicht zumindest Teile dieses Konzepts umgesetzt werden können.

Eine zweite Möglichkeit, den Bedenken der Bevölkerung entgegenzutreten, könnte darin liegen, dass man die Vorteile nutzt, die dieser 90-Meter-Streifen hat und die darin liegen, dass man ihn sukzessive umsetzen und während dieser sukzessiven Umsetzung bereits die Erfahrungen aus den vorangegangenen Schritten mit einarbeiten kann. Konkret könnte das so aussehen, dass die Auskiesung im Bereich Neuenburg beginnt und dann nach Norden weitergeht, sodass Hartheim erst relativ spät an die Reihe kommt. Die Hartheimer Bevölkerung könnte dann sehen, dass in Neuenburg die versprochene Renaturierung funktioniert und sie erst dann an der Reihe sind, wenn ihre Bedenken aufgenommen und widerlegt sind. Für eine solche Lösung spräche auch, dass Neuenburg ja schon konkrete Planungen hat, um diese ausgekieseten Bereiche in ein Naherholungskonzept einzubeziehen. Die Gemeinde Neuenburg spricht sich also voll dafür aus. Sobald das Vorhaben in Neuenburg gelungen ist, würde man dann nach Hartheim gehen und dort mit der Auskiesung beginnen.

Die Anregung, die ich für das Verfahren geben will, soll nicht den Anschein erwecken, ich spräche mich hier gegen das Integrierte Rheinprogramm aus. Wir sind klar und deutlich für die Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms und auch für den 90-Meter-Streifen. Aber ich meine, wir müssen die Bedenken der Bevölkerung, die sich teilweise in Protesten ausdrücken, ernst nehmen und in dem jetzt noch laufenden Verfahren möglichst weitgehend berücksichtigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, das Jahr 2002 hat vielleicht für den Hochwasserschutz in Deutschland insgesamt, jedenfalls aber in Baden-Württemberg einen Durchbruch gebracht. Das ist keine simple Anspielung auf das Elbe-Hochwasser. Wir haben im Jahr 2002 konzeptionell, in der Öffentlichkeitsarbeit und was die Grundentscheidungen für die Finanzierung anbelangt wesentliche Änderungen erreicht. Wir haben so etwas wie „Hochwasserbewusstsein“ erreicht.

In Bezug auf das Integrierte Rheinprogramm hat daran erfreulicherweise – es ist schon mehrfach gesagt worden; ich will das gerne bestätigen – auch der Landtag mitgewirkt. Er wird weiterhin mitwirken, weil das Budgetrecht bei ihm liegt. Aber vor allem für die Übereinstimmung hinsichtlich der Konzeption des Integrierten Rheinprogramms bin ich wirklich dankbar.

Es ist von allen schon angesprochen worden: Die Einigkeit hier ist das eine, aber der Streit und die Einwände vor Ort sind das andere. Für ein Verwaltungsverfahren, für das politische Klima und für die öffentliche Wahrnehmung ist es schon ein kleiner Unterschied, ob etwas zwischen den Landtagsfraktionen umstritten ist oder nicht. Es ist hilfreich, wenn es nicht umstritten ist. Das bekommen wir auch vor Ort, sozusagen atmosphärisch, als Unterstützung zu spüren.

Wir befinden uns auf einer langen Wegstrecke. Beim Integrierten Rheinprogramm – ich beschränke mich jetzt nur auf dieses und spreche nicht von sonstigem Hochwasserschutz – sprechen wir immer noch von einer Phase der Umsetzung in der Größenordnung von 15 Jahren, und wir sind nicht am Ende aller Auseinandersetzungen.

Ich will einmal die neuesten Entwicklungen schildern, die seit der letzten Befassung im Umwelt- und Verkehrsausschuss des Landtags eingetreten sind – also kein langes Referat über die ganze Geschichte.

Wir haben ein Retentionsvolumen von 55 Millionen Kubikmetern geschaffen; 167 Millionen brauchen wir. 12 Millionen befinden sich im Bau. Wir haben jetzt – das meine ich wörtlich, mit dem heutigen Tage – insgesamt weitere 22 Millionen Kubikmeter Retentionsvolumen in Planfeststellungsverfahren. Diese Aussage bezieht sich gerade darauf, dass heute Planfeststellungsverfahren in Breisach/Burkheim mit 6,5 Millionen Kubikmetern und beim Kulturwehr Breisach mit 9,3 Millionen Kubikmetern eingeleitet worden sind.

Bei der Rheinschanzinsel sind wir ja schon im Verfahren, hoffen, im Sommer 2003 abschließen zu können, und schreiben dann aus. Ich kann heute schon sagen: Wenn wir die 34 Millionen € für Hochwasserschutz an Gewässern I. Ordnung vom Landtag zugebilligt bekommen, wie es die Regierungsfractionen vorgeschlagen haben, werden wir so schnell wie möglich mit der Realisierung des Polders Rheinschanzinsel beginnen. Das kann vielleicht noch Ende 2003, aber jedenfalls im Jahr 2004 sein. Wir sind dann finanziell handlungsfähig. Das ist der große Vorteil, dass wir

(Minister Müller)

dann einerseits die Pläne haben und andererseits unmittelbar in die Realisierung übergehen können. Dann schaffen wir zusätzlich 6 Millionen Kubikmeter.

Dass wir bei diesen beiden Projekten, die ich gerade angesprochen habe – Breisach/Burkheim einerseits und Kulturwehr Breisach andererseits –, in die Planfeststellung gehen können, hängt auch damit zusammen, dass sich die Atmosphäre vor Ort durch unsere Bemühungen, den Kommunen bei ihren Einwänden entgegenzukommen, verbessert hat. Ich selbst war Mitte Dezember vor Ort und habe mit den Bürgermeistern und der Bürgerinitiative gesprochen.

Wir bewegen uns im Bereich der ökologischen Flutungen. Ich will es einfach so beschreiben: Ökologische Flutungen sind für uns nicht ein eigenständiges Ziel, sondern eine notwendige Begleitmaßnahme für den Hochwasserschutz im Rahmen dessen, was naturschutzrechtlich geboten ist. Deswegen gehen wir an die Untergrenze dessen, was naturschutzrechtlich geboten ist. Es geht uns nicht darum, die gesamte Rheinebene umzugestalten und in eine Landschaft zurückzuführen, wie sie vor 100 Jahren existiert hat, sondern wir machen das, was unbedingt notwendig ist.

Diese Aussage und die daraus abgeleiteten Maßnahmen, nämlich dass wir nach Verminderungsmöglichkeiten suchen – konkret: die Zahl der ökologischen Flutungen um 30 % reduzieren können –, ist eine der Voraussetzungen dafür, dass die Dinge leichter durchsetzbar werden.

In der Zwischenzeit haben wir im Übrigen einen positiven Raumordnungsbeschluss für den 90-Meter-Streifen. Wir haben die formelle Feststellung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, dass wir im Raum Bellenkopf/Rappenwörth kein Raumordnungsverfahren brauchen, das heißt, wir können dann unmittelbar in ein Planfeststellungsverfahren gehen.

Ich will immerhin auch erwähnen, dass sich das Kabinett Mitte Dezember 2002 noch einmal mit dem Integrierten Rheinprogramm befasst hat. Es hat alles, was es in diesem Hause an Konsens und in unserem Hause an Aussagen gibt, als Landesregierung bestätigt.

Das heißt, wir haben eine politisch sehr stabile Situation, und wir kommen verfahrensmäßig jetzt ziemlich flott voran, wie man, glaube ich, an dieser schnellen Schrittfolge sieht.

Wenn wir auf der anderen Seite auch immer wieder den Dialog pflegen müssen, auf Einwände eingehen, Einwände versuchen abzubauen, sei es atmosphärischer Art, sei es auch inhaltlicher Art, dann sind wir in einem Dilemma, das bei den Ausführungen des Kollegen Witzel vielleicht auch noch einmal deutlich geworden ist. Man kann natürlich immer wieder neue Lösungen bringen: die Hartheimer Lösung usw. usw., Alternativen zu dem 90-Meter-Streifen wie die Wehrlösung. Man kann das ewig untersuchen. Man trägt damit dem Gesichtspunkt, dass man alles abwägt und untersucht und überprüft, Rechnung. Auf der anderen Seite verzögern wir damit die Realisierung. Das ist das Dilemma, in dem wir uns befinden.

Wir haben natürlich auch ein inhaltliches Dilemma, gerade was die Hartheimer Lösung angeht. Ich will das nur zart andeuten. Sie haben das selber auch angesprochen. Einen

ökologischen Vorteil werden wir daraus nicht entwickeln. Ich glaube, das kann man so sagen. Wir haben im Raumordnungsverfahren die Hartheimer Lösung bewertet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass auch sie wie seinerzeit die Alternativen zum 90-Meter-Streifen nicht weiterverfolgt werden sollte. Insofern sind wir hier im Grundsatz bereits zu einer Entscheidung gekommen und können damit dem Gedanken der Beschleunigung, der ja durch den Landtag eingefordert wird, Rechnung tragen.

Ich will auch erwähnen, dass es in der Zwischenzeit – ich beschränke mich auf Aktuelles – Aussagen der Haushaltsstrukturkommission gibt, dass die Standards beim Integrierten Rheinprogramm überprüft werden sollen. Da kann ich eindeutig sagen: Die Schutzstandards werden nicht nach unten korrigiert. Wir müssen bei dem 200-jährlichen Hochwasserschutz bleiben.

Ich will die Gelegenheit dieser Aussage nutzen, um einmal auf einen noch etwas allgemeineren Gedanken zu sprechen zu kommen. Wir alle, meine Damen und Herren, stehen unter dem Eindruck – vielleicht unter dem subjektiven Eindruck, vielleicht unter dem objektiv berechtigten Eindruck –, dass möglicherweise die Zahl und die Schwere von Hochwassern im Laufe der Zeit durch den Klimawandel zunehmen. Wir haben darüber schon einmal gesprochen, Herr Professor Kaufmann. Wir haben noch keine wissenschaftlichen Aussagen, die uns das klar signalisieren. Aber ich persönlich stelle mich – je länger, je mehr – auf die langfristige Tendenz ein, dass wir wahrscheinlich ein erhöhtes Gefahrenpotenzial bekommen, gemessen an dem, was wir heute als 50-jährlich, 100-jährlich, 200-jährlich ansehen.

Jetzt ist die große Frage: Wie reagiert man darauf? Ich glaube, wir können darauf nicht dadurch reagieren, dass wir sagen: „Bei einzelnen Maßnahmen nehmen wir das, was wir heute noch nicht wissen, aber vermuten, schon einmal vorweg und erhöhen dort bereits den Schutzstandard“, sondern die Strategie muss, weil wir ja viele Probleme im ganzen Land zu lösen haben, sein, uns nicht an wenigen Stellen heute schon sozusagen auf das 300-Jährliche vorzubereiten, sondern tatsächlich erst einmal den Schutzstandard für das 200-Jährliche oder 100-Jährliche – je nachdem, um was es geht – zu schaffen, aber nach oben kompatibel zu sein. Das wäre meine Strategie. Das heißt also, selbst wenn wir im Laufe des Integrierten Rheinprogramms zu der Erkenntnis kommen, dass das, was wir bisher noch als 200-jährliches Hochwasser angesehen haben, vielleicht in einigen Jahren als 150-jährliches taxiert wird, dann würde ich jetzt im Moment konzeptionell nichts ändern, aber wir werden später drauflegen müssen. Das wäre eine strategische Bemerkung, die, wie gesagt, weit in die Zukunft gerichtet ist, aber man sollte das durchaus ansprechen.

Ich will im Übrigen doch noch einmal kurz etwas zum Geld sagen, nachdem im Vorfeld des Nachtragshaushalts vonseiten der SPD gesagt worden ist: Legen wir noch einmal 8 Millionen € drauf. Ich hätte nichts dagegen, wenn es so käme. Ich bin ja unersättlich; das ist keine Frage. Aber man muss zu gleicher Zeit vernünftig sein und Realist sein. Ich will einmal sagen: Sehr viel mehr als die 34 Millionen € könnten wir im Moment mit dem jetzigen Personal gar nicht bewältigen. Wir werden übrigens auch 13 k.w.-Stellen, also vorübergehende Stellen, aus diesen Sachmitteln fi-

(Minister Müller)

nanzieren, damit wir überhaupt das Geld richtig bewirtschaften können. Natürlich könnte man sagen: Bei 40 oder 42 Millionen €, die es dann wären, könnte man noch mehr k.w.-Stellen schaffen. Insofern könnte man dann mit dem Geld doch umgehen. Aber es ist in diesen Zeiten schon ein irrer Hammer, wenn man sagen kann, dass man in einem bestimmten Bereich die Mittel für eine öffentliche Aufgabe von einem Jahr auf das andere verdoppelt. Das ist einfach eine tolle Geschichte; das muss ich wirklich sagen.

Falls es je zu einer politischen polemischen Auseinandersetzung kommen sollte – noch höre ich sie nicht, aber ich sage es schon einmal vorsorglich –, dann verweise ich einmal in aller Bescheidenheit darauf, dass mein Vorvorgänger, der Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, angehörende Umweltminister Schäfer, in seinem letzten Amtsjahr 10 Millionen zur Verfügung hatte. Wir haben jetzt 33 Millionen; das ist mehr als das Dreifache. Also damit kann ich mich sehen lassen, würde ich jetzt einmal ganz einfach sagen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen bin ich zusammen mit Ihnen der Auffassung, dass es beim Integrierten Rheinprogramm – das hat ja Frau Berroth erwähnt – durchaus auch um die Nebenflüsse geht, also Acher, Rench, Kinzig usw.; das ist gar keine Frage. Wir tun auch dort etwas. Auch geht es – das ist uns wichtig, und da tun wir jetzt laufend etwas – zusätzlich um die Dammsanierung. Wir werden in diesem Jahr Dammsanierungen abschließen und neue beginnen. Das Wichtigste ist natürlich, dass zunächst einmal die vorhandenen Anlagen funktionieren, bevor man neue Anlagen erstellt.

Wir beginnen dann Verfahren für zwei weitere Rückhalte-räume, nämlich die Elzmündung mit 5,3 Millionen Kubikmetern und Wyhl/Weisweil mit 7,7 Millionen Kubikmetern. Wir meinen, damit ebenfalls noch 2003 das Planfeststellungsverfahren beginnen zu können. Dann haben wir von den 167 Millionen, die entweder fertig gestellt oder in Bau oder in der Planfeststellung sind, immerhin ziemlich genau 100 Millionen in einem sehr konkreten Stadium. Ich glaube, damit kann man sich wirklich sehen lassen.

Ich will zum Schluss kommen und noch etwas zu dem Thema Bundeszuständigkeit auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes anmerken. Ich befasse mich jetzt ziemlich intensiv mit allen Fragen rund um den Hochwasserschutz. Ich bin auf alle möglichen Probleme gekommen, nicht aber darauf, dass es einen Mangel an Zuständigkeiten gibt und dass irgendetwas besser laufen würde, wenn es der Bund machen würde. Ich wüsste nicht, dass fehlende Bundeskompetenz ein Problem gewesen wäre oder dass wir mit anderen Ländern ein Abstimmungsproblem gehabt hätten. Ob ich jetzt

an die Iller oder an den Rhein denke: Die gesamte Konzeption des Integrierten Rheinprogramms haben wir national und international ohne Bundeszuständigkeit abgestimmt. Wir können alles Mögliche brauchen, wir können auch Geld vom Bund brauchen – das hat die Umweltministerkonferenz übrigens schon zu Unionszeiten mehrfach beschlossen –, aber eine Bundeszuständigkeit zur Verbesserung des Hochwasserschutzes brauchen wir nicht.

Lassen Sie mich mit einer ganz zarten, kleinen Polemik schließen: Wie ein Mitglied dieser Bundesregierung annehmen kann, dass ein Problem besser gelöst wird, wenn es in ihren Händen liegt, ist mir ein Rätsel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/1565. Stimmen Sie der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. September 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Stellungnahme zu dem Gesamtkatalog der Empfehlungen der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ – Drucksachen 13/1329, 13/1633**

**Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer**

Die Fraktionen sind übereingekommen, über diesen Tagesordnungspunkt keine Aussprache zu führen.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Damit ist auch Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit ist die heutige Tagesordnung abgewickelt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 23. Januar 2003, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:29 Uhr**